

gelesen haben!“) Sie sehen, der Herr Tasch schafft es inzwischen, mich nicht mehr zu duzen, wie er es bei seinem letzten Zwischenruf gemacht hat. Inzwischen ist da etwas mehr Distanz entstanden. Das freut mich sehr! Das wird fünf Jahre so bleiben! (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das ist aber auf Sie zurückzuführen!“ – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Sie sind wirklich eine hantige Dudel, da kann man nicht ‚du‘ sagen!“)

Da sieht man, was man sich alles gefallen lassen muß, wenn man in dieser Position eine Grüne ist und wenn man zum Thema „Sozialpolitik“ zu dieser Tageszeit redet. Ich bitte jetzt den Abgeordneten Schinnerl, sich für die „hantige Dudel“ bei mir zu entschuldigen, oder der Herr Chibidziura? (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ich bitte um Entschuldigung, das ist mir so rausgekommen!“ – Glockenzeichen. – Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Eine kurze Unterbrechung. Darf ich die Damen und Herren bitten, auch zu dieser späten Stunde noch den Ernst der Situation zu wahren. Wir reden über ein Kapitel, das von wesentlicher Bedeutung ist. Frau Kollegin, bitte um Entschuldigung, daß ich Sie unterbrochen habe, aber fahren Sie bitte fort!“) Darf ich endlich reden?

Wir haben heute leider sehr wenig die Möglichkeit gehabt, die „Sozialphilosophie“ von Frau Landesrätin Rieder präsentiert zu bekommen. Das wird sie im Laufe des heutigen Abends oder der heutigen Nacht sicher noch machen. Wir haben live die Sozialrhetorik von zwei sehr erfahrenen SPÖ-Abgeordneten erlebt, von Frau Gross und Frau Geltewa. Wir haben auch live erlebt, wie es die F schafft, speziell Sozialsprecher Schinnerl, zu diesem Kapitel zu sagen – obwohl die F gestern teilweise kritische Anträge mitgetragen hat –, es hat eh keinen Sinn, wenn man da diskutiert.

Der Herr Lopatka, den ich sehr schätze, mit dem ich seit kurzem offenbar wieder per du bin, ist gestern bei der Abstimmung der einschlägigen Gesetze, speziell Behindertengesetz und Sozialhilfegesetz, hinter dem Kachelofen gesessen. Ich hätte ihn so gerne dort gesehen, wo er mit seiner regionalen Erfahrung und mit seiner Kompetenz wirklich hingehört, nämlich ins Zentrum dieses Raumes. Warum war das wohl so? War es ihm kalt? Soziale Kälte? (Abg. Gennaro: „Deswegen hat er sich beim Kachelofen angewärmt!“) Herr Lopatka, lassen Sie es zu, daß ein Gewerkschafter, ein „Stahlnacken“, wie der Herr Gennaro (Abg. Ing. Peinhaupt: „Frau Kollegin, mit ‚h‘ oder mit ‚ll‘?“ – Heiterkeit bei der SPÖ.) Es ist nicht witzig! Sehen Sie, da sieht man, die SPÖ. Wenn der Herr Gennaro jetzt so macht, gehe ich davon aus, daß er zu dem Budgetkapitel, das wir jetzt zu dieser Zeit diskutieren, sehr gerne so machen würde (Abg. Gross: „Das ist eine Unterstellung!“), wenn er in Ansätzen die soziale Kompetenz der SPÖ nicht abgeben möchte. Es gibt so viele Zwischenrufe. (Abg. Vollmann: „Bleiben Sie vielleicht auch bei der Sache, dann tun wir uns leichter, Sie ernst zu nehmen!“) Ich probiere es die ganze Zeit, aber es gibt permanent von Ihnen Unterbrechungen.

Es ist vorher ein Bereich angesprochen worden, der bis jetzt in dieser Diskussion noch nicht präsent war und den ich einbringen möchte. Und zwar eine Umstrukturierung im Bereich der Sozialhilfeträger, der für die Betroffenen sehr starke Erleichterungen bringen würde. Und zwar einfach dadurch, daß das Angebot

im sozialen Bereich, in allen Bereichen der Betreuung dadurch koordinierter zusammengeführt werden könnte. Es sind vorher die integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel erwähnt worden. Die integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel sind seit mehreren Jahren in der Steiermark in Diskussion. Ich weiß auch, daß vom Büro Rieder dazu ein meiner Ansicht nach sehr kompetentes Konzept erstellt worden ist. Ich glaube, wir sind eine der wenigen Fraktionen, die diese Kapitel sehr genau durchgeschaut haben, auch mit externer Beratung von Leuten, die in diesen Bereichen professionell arbeiten oder die direkt betroffen sind. Ich glaube, daß im Bereich der integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel als Nachbereitung für diese legislative Fehlleistung im Sozialbereich noch einiges gemacht werden könnte. Diese Sprengel dürfen aber nicht in dieser Schmalspurversion durchgeführt werden, wie es aus meiner Sicht, soweit ich das in den Medien beobachten konnte, von den im letzten Landtag vertretenen Fraktionen avisiert gewesen ist.

Wir gehen davon aus, daß die Sprengel tatsächlich umfassenden Überblick geben müssen über das, was im jeweiligen Bezirk oder in einer anderen Verwaltungseinheit – da gibt es noch Diskussionen, das weiß ich – angeboten wird an Leistungen.

Wir sind sicher dagegen, daß man die Sozial- und Gesundheitssprengel in eine Richtung abspeckt, daß nur mehr ein oder zwei Leistungen konkret angeboten werden. Ich habe sehr viel Kontakt mit Sozialarbeitern, und die sagen, daß, wenn sie in Gemeinden arbeiten und dieses Konzept vorstellen, von dort viel Widerstand kommt. Und zwar Widerstand von allen Fraktionen, der dadurch bedingt ist, daß man sagt, in dem Moment, in dem es die Sprengel gibt, haben wir eine neue Struktur, die bestehende Einrichtungen konkurrenziert. Ich glaube, in diese Richtung muß man sehr viel an Aufklärungsarbeit leisten. Man muß meiner Ansicht nach zuerst einmal ganz klar das Profil von diesen integrierten Sozial- und Gesundheitssprengeln darlegen. Das geht nämlich genau in die Richtung, daß es keine Konkurrenz zu den bestehenden Trägern ergibt, sondern daß einer Frau, wie ich sie jetzt beschreibe, automatisch, schnell, professionell und für sie und für die Betreuungseinrichtung befriedigend geholfen wird.

Wie schaut es aus, wenn Sie in der Steiermark eine Arbeitslose sind, eine Frau sind, eine Ausländerin sind und vielleicht auch noch behindert sind? An welche Stelle wenden Sie sich? Ich habe einschlägige Erfahrungen im Magistrat Graz mit Personen, die mit mir in Kontakt sind, die von einer Stelle zur anderen geschickt wurden. Es gibt ein absolutes Ämterwirrwarr. Es ist für Leute, die nicht eindeutig einer bestimmten Zielgruppe zuordenbar sind, absolut unzumutbar, daß sie diese Koordinierungsschwäche, die es derzeit im Land gibt, in dieser Form zu spüren kriegen. Gäbe es die Einrichtung der integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel, würde diese Frau an eine Person kommen: Bei den meisten dieser Sprengel reicht es vollauf, wenn eine Person dort sitzt, die regelmäßig die aktuellen Informationen von den lokal verankerten Betreuungseinrichtungen bekommt, die regelmäßig auch in Kontakt steht mit den zuständigen Landesstellen. Und dieser vorher zitierten Frau würde

dort sehr schnell und professionell Unterstützung zukommen, nämlich eine Unterstützung, die sie sofort an die zuständigen Beratungseinrichtungen mit dem entsprechenden Profil weiterleitet. (Abg. Dr. Lopatka: „Was machen wir mit den Sozialhilfeverbänden?“) Die Sozialhilfeverbände werden in dieser Form sicher nicht konkurrenziert werden. Davon gehe ich aus. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie wollen sie weiterhin haben?“) Bei den Sozialhilfeverbänden in der bestehenden Form kann ich mir durchaus vorstellen, daß sie weiterexistieren. Bitte, kommen Sie jetzt nicht mit dem Kostenargument. Jetzt sind wir schon wieder per „Sie“! Immer, wenn der Herr Lopatka so ernsthaft dreinschaut, muß ich Sie zu ihm sagen, obwohl ich ihn schon so lange aus der Entwicklungszusammenarbeit kenne. (Abg. Tasch: „Wie ist das ‚Du‘ zustande gekommen?“) Dadurch, daß er in der Pfarrgruppe Hartberg einer der wenigen war, die sich konsequent mit Afrika auseinandergesetzt haben, und ich das sehr mutig gefunden habe. (Applaus vom Rednerpult.)

Ich möchte jetzt noch zu einem Bereich kommen, der in diesem Budgetkapitel auch versteckt ist und der meinem Gefühl nach in den letzten Jahren im Landtag sehr wenig angesprochen worden ist, nämlich die Entwicklungszusammenarbeit. Dieser Budgetposten versteckt sich bei der Wohlfahrt, umfaßt 2,3 Millionen Schilling. Das sind die steirischen Schillinge, auf die ich sehr stolz bin, wenn dieser Posten aus meiner Sicht auch sehr gering dotiert ist. Ich möchte jetzt nicht inhaltlich auf das eingehen, was mit diesem Geld gemacht wird, sondern ich möchte einen Vergleich herstellen, wie die Mittelvergabe in diesem Ressort funktioniert und wie die Beiräte im Steiermärkischen Land funktionieren.

Mein typischer Vergleich besteht einfach darin, daß ich den Jugendwohlfahrtsbeirat hernehme, in dem ich ordentliches Mitglied bin, wofür ich sehr dankbar bin. Die Ausschließungsmechanismen von der Steiermärkischen Landesregierung gegenüber den kleinen Parteien haben sehr, sehr gut funktioniert. Wir sind nur in fünf Beiräten vertreten. Das hat vieles an Kampf bedeutet. Das widerspricht auch dem, was in allen anderen Bundesländern kleinen Fraktionen an Mitsprachemöglichkeit zugebilligt wird. Das Klima, um bei diesem Stichwort zu bleiben, das gestern vom Herrn Schützenhöfer, der leider nicht da ist, sehr vollmundig eingebracht wurde in diesen beiden Beiräten, ist sehr unterschiedlich.

Im Entwicklungspolitischen Beirat schaut es so aus, daß Experten zugelassen sind, und seit neuestem – und das freut mich sehr – wird es auch möglich sein, daß ich als Person in einer Nichtregierungspartei dabeisein kann. Im Entwicklungspolitischen Beirat werden besagte Mittel vergeben, mit sehr gut überlegten Diskussionen, mit vielen Möglichkeiten, sich inhaltlich einzubringen, und mit einer Moderation, mit der ich im großen und ganzen sehr, sehr zufrieden bin, weil man das Gefühl hat, die Tagesordnung paßt, die Gesprächsführung paßt. Die Leute, die dort sitzen, können sich wirklich in einer Qualität einbringen, wie es ihrer Qualifikation entspricht.

Frau Landesrätin Rieder, ich mußte leider einen für mich selber sehr unangenehmen Vergleich anstellen, nämlich zum Jugendwohlfahrtsbeirat, wo Sie im letzten Beirat, an dem ich teilnehmen durfte – Beto-

nung auf durfte – die Moderation gemacht haben. Dieser Beirat war nach ungefähr eineinhalb Stunden aus. Ich habe mich dort mehrmals zu Wort gemeldet. Den anderen Leuten, es waren ungefähr 30, dazu ist offenbar schon die Luft ausgegangen. Die Gesprächsführung von Ihrer Seite war sehr straff, sehr autoritär und aus meiner Sicht für die Leute, die dort teilnehmen, auch einfach entwürdigend. Es kommen in diesen Beirat Leute aus der ganzen Steiermark. Ich als Grazerin bin privilegiert. Ich habe ein Fahrrad, ich bin von mir zu Hause im Hohen Landtag, im „Hohen Sitzungssaal“ oder im „Hohen Rittersaal“ in ungefähr einer Viertelstunde. In diesen Beirat kommen Leute aus der ganzen Steiermark, und mir ist gesagt worden, daß es Beiratssitzungen gibt, die ungefähr 20 Minuten dauern. Die Tagesordnung liest sich so, wie man es sich vorstellt, wenn von einem politischen Büro eine Tagesordnung erstellt wird, das sehr wenig Interesse daran hat, daß externe Fachleute inhaltlichen Input geben. Die Art dieser Beiratsführung hat mich dann ganz stark daran erinnert, wie die Landesrätin beziehungsweise auch die ihr unterstehenden Ressorts und wie auch die SPÖ und die ÖVP, weil beide haben die Gesetze gestern mitgetragen, mit den nicht zustande gekommenen oder sehr, sehr schlecht zustande gekommenen Begutachtungsverfahren für diese Gesetze umgegangen sind. Fachleute sind so gut wie nicht einbezogen worden. Es ist zum Beispiel der Kinderanwalt des Landes Steiermark, meinem Wissen nach, beim Jugendwohlfahrtsgesetz nicht einbezogen worden.

Gut, ich möchte jetzt noch die Gelegenheit ergreifen, nachdem ja alle Anwesenden eine Bombenkondition haben und wir es problemlos schaffen, dieses Sozialkapitel jetzt am Abend zu diskutieren, noch einige Positionen von Betroffenen beziehungsweise von Leuten, die in diesem Bereich aktiv sind, vorlesen.

Ich möchte anfangen mit der Resolution, die am Montag unten im Landhaushof verlesen wurde. Viele Leute sind damals unten gestanden. Und es tut mir leid, wenn ich das wieder und wieder wiederholen muß, voll der Erwartung unten gestanden, daß die Abgeordneten beziehungsweise die Landesrätin, die diese Resolution überreicht bekommen, in den nächsten Tagen, also am Dienstag und Mittwoch, bereit ist, die Inhalte, die in dieser Resolution drinnen sind, ernst zu nehmen und in den Landtag zu tragen. Diese Stimmung habe ich unten sehr stark vermittelt bekommen. Diese Stimmung hat sich in den letzten beiden Tagen in den Landtag überhaupt nicht fortgesetzt. Ich habe immer wieder gehört, daß man den Chef der Lebenshilfe zitiert hat. Ich habe immer wieder gehört, daß man auf, aus meiner Sicht, teilweise auch ein bißchen herablassende Art und Weise über behinderte Menschen gesprochen hat. Ich habe niemand gehört von denen, die unten gestanden sind und diese Resolution entgegengenommen haben, außer die Liberalen und die Grünen, aber sicher nicht die drei anderen Parteien, also in Ansätzen vielleicht die F, der auf die Inhalte dieser Resolution Bezug genommen hat. Und deshalb möchte ich sie jetzt vorlesen.

(Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Frau Kollegin Zitz, darf ich Sie jetzt kurz unterbrechen und Sie daran erinnern,

daß in der Präsidiale, auch in Anwesenheit und mit Beschluß Ihres Klubobmannes, eine Redezeit für den Erstredner von 20 Minuten fixiert wurde. Diese 20 Minuten haben Sie erreicht. Ich bitte Sie, langsam zum Schluß zu kommen!“) Ich werde jetzt nicht zum Schluß kommen, Herr Präsident, sondern ich werde diese Resolution und einige andere, die uns zugeschickt worden sind, hier vorlesen. Wenn es am Anfang nicht so viele Zwischenrufe und so viele sehr ironisierende Bemerkungen gegeben hätte, hätte ich die Möglichkeit gehabt, auch auf eine seriösere Art und Weise in dieses Thema einzusteigen. Das war aber nicht möglich, weil alle möglichen sehr komischen Untergriffe gekommen sind.

„An die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung. Resolution! Behinderte Menschen bedürfen unserer uneingeschränkten Solidarität. Wir fordern daher: Sicherung der Lebensqualität behinderter Menschen! Durch die geplanten Sparmaßnahmen des Landes Steiermark, durch Einfrieren der Tagsätze und durch Kostenrücksätze von den Angehörigen behinderter Menschen werden geistig-, mehrfach- und schwer körperbehinderte Menschen zunehmend nicht mehr in der Lage sein, am gesellschaftlichen Leben durch Beschäftigung und eigenständiges Wohnen teilzuhaben (Integration). Viele Menschen mit Behinderungen und ihre Familien werden sich gezwungen sehen, auf professionelle Hilfe zu verzichten. Mittelfristig besteht die Gefahr, daß bei Überforderung der Familie viele behinderte Menschen wieder in teuren Pflegeanstalten und Spitälern untergebracht werden. Die Gesellschaft darf die Verantwortung für behinderte Menschen nicht in Frage stellen und muß die Kosten für professionelle Hilfe weiterhin voll tragen.“

Keine Diskriminierung der Angehörigen behinderter Menschen! Behinderte Menschen und ihre Angehörigen tragen in einem größeren Maß als der Durchschnitt der Bevölkerung die Einsparungen im Bundesbudget. Die zusätzlich geplanten Sparmaßnahmen der Steiermärkischen Landesregierung treffen die Eltern nur deshalb, weil sie ein behindertes Kind haben. Durch diese Sondersteuer (Kostensersatz nach dem Behindertengesetz) würde der Lebensstandard von Familien mit behinderten Kindern weiter drastisch sinken. Familien mit behinderten Kindern dürfen wirtschaftlich nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Im Gegenteil: Die Leistungen der Angehörigen sind verstärkt anzuerkennen.“

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich merke, daß einige von Ihnen den Saal verlassen haben, die jetzt wahrscheinlich draußen bei der Anlage mithören oder in ihren Klubbüros oder im Büfett. Ich merke auch, daß einige Leute auf die Uhr tippen. Ich weiß auch, daß die Situation für die Stenographinnen jetzt an der Grenze der Belastbarkeit ist. Aber ich möchte noch einmal sagen, vier Parteien im Landtag haben diese Situation zustande gebracht, daß wir am Abend, eine Stunde und zwanzig Minuten vor Mitternacht, eines der relevantesten Budgetkapitel besprechen müssen. Und ich bitte Sie deshalb, Ihre Ungeduld zurückzuhalten und weiterhin – zumindest geistig, soweit es Ihnen möglich ist – anwesend zu sein.

„Keine Gefährdung bestehender Einrichtungen der Behindertenhilfe! Private Trägervereine übernehmen

seit vielen Jahren freiwillig die Durchführung der gesetzlichen Verpflichtung des Landes Steiermark gegenüber Menschen mit Behinderung. Die Vereine erbrachten in den letzten 20 Jahren Eigenleistungen und finanzielle Aufwendungen (Kredite und Spenden) in der Höhe von Hunderten Millionen Schilling für den Aufbau von Wohn- und Beschäftigungseinrichtungen. Die Vereine bürgen allein für die dafür aufgenommenen Kredite. Durch die beabsichtigte „Deckelung“ der Tagsätze kommen die Vereine in große Schwierigkeiten, den laufenden Betrieb in Tages- und Wohnheimen mit der derzeitigen Qualität aufrechtzuerhalten. Die Existenz der bestehenden Einrichtungen für behinderte Menschen darf nicht gefährdet werden.

Weiterer Punkt: Strukturelle Verbesserungen in der Behindertenhilfe. Dringend notwendige strukturelle Veränderungen (bedarfsgerechte ambulante und mobile Formen im Wohn- und Arbeitsbereich, Ausnahme behinderter Menschen aus psychiatrischen Krankenhäusern) können mittelfristig auch zu kostengünstigeren Betreuungsformen führen und zeitgemäße Behindertenpolitik ermöglichen. Sparsam ja, aber durch gute strukturelle Veränderungen. Die geplanten Belastungen für behinderte Menschen und ihre Angehörigen sind daher im Interesse der behinderten Menschen in unserem Bundesland zurückzunehmen. Die in den letzten zwanzig Jahren begonnene Entwicklung, behinderten Menschen die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, ist zu sichern. Graz, am 22. April 1996. Landesverband der Lebenshilfe Steiermark und Chance B Gleisdorf.“

Diese Resolution unterstützen: Lebenshilfe Ausseer Land, Lebenshilfe Bruck an der Mur, Lebenshilfe Deutschlandsberg, Verein „mit“, Lebenshilfe Ennstal, Lebenshilfe Feldbach, Lebenshilfe Fürstenfeld, Lebenshilfe Graz und Graz-Umgebung, Lebenshilfe Hartberg, Lebenshilfe Judenburg, Lebenshilfe Knittelfeld, Lebenshilfe Leibnitz, Lebenshilfe Leoben, Lebenshilfe Murau, Lebenshilfe Mürzzuschlag, Lebenshilfeprojekt Alpha Nova, Lebenshilfe Radkersburg, Lebenshilfe Schladming, Lebenshilfe Trofaiach, Lebenshilfe Weiz, Jugend am Werk Steiermark, Odilienverein zur Förderung und Betreuung Sehbehinderter und Blinder Steiermarks, Steirische Vereinigung zugunsten behinderter Kinder und Jugendlicher.

Und es sind auch drei Landtagsklubs auf dieser Resolution drauf, die Freiheitlichen, die Grünen und die Liberalen. Und zur Erinnerung für uns alle habe ich jetzt diese als die erste Resolution vorgelesen. Ich möchte jetzt zur zweiten kommen. (Abg. Dr. Karisch: „Wir haben auch noch Unterlagen, wenn Sie was brauchen!“) Danke für das Angebot, Frau Karisch. Ich bin sicher, Sie meinen das nicht zynisch bei diesem ernstesten Thema. (Abg. Dr. Karisch: „Nein, ich meine es nicht zynisch!“)

Es ist mir in den letzten beiden Tagen beziehungsweise uns, der Grünen Fraktion, mehrmals vorgefallen worden, wir wären sehr auf „Show und Aktionismus“ aus. Ich habe das persönlich als sehr verletzend empfunden, weil dadurch zweierlei in Frage gestellt wird. Zuerst wird einmal in Frage gestellt, daß die Grünen versuchen, Themen auf eine andere Art und Weise aufzugreifen, wie es andere Parteien machen, und daß wir da auch Vermittlungsmethoden benutzen, die unkonventionell sind, die

anders sind, die unterschiedlich ankommen. Das ist für mich auch ein Stück politischer Kultur. Und ich habe zum Beispiel mit großer Freude gesehen, daß heute der Kollege Andreas Wabl in Wien eine Wasseraktion gemacht hat, die sicher sehr, sehr stark aufgenommen wird, und ich glaube, mit dieser Aktion hat er mehr an grüner Wasserkompetenz oder auch an grünem Zugang zu diesem Thema vermittelt als das, was von einem guten Teil der Redner und Rednerinnen im Landtag zu diesem Thema gebracht wurde. Das einmal zur methodischen Seite von „Show und Aktionismus“.

Der zweite Bereich zum Stichwort „Show und Aktionismus“, der uns Grünen vorgeworfen wurde, ist für mich der viel problematischere und für mich der demokratiepolitisch viel bedenklichere. Sie, sehr geehrte Damen und Herren, die noch anwesend sind, gehen davon aus, daß die Leute, die in den letzten Landtagssitzungen hinten im Zuschauerraum anwesend waren, sozusagen durch die Grünen „aufgestachelt“ oder durch die Grünen motiviert in den Landtag gekommen sind. Es ist ganz klar, wir haben zu vielen von den jungen Leuten Brief- und Telefonkontakt. Genauso, wie alle anderen Angehörigen dieses Landtages, haben wir von den Studierenden, von den Naturschutzorganisationen, von den Sozialhilfe- und Behindertenorganisationen vehemente inhaltliche Angebote bekommen. Und ich sage jetzt sehr bewußt „inhaltliche Angebote“, und nicht Schreiben, mit denen man uns unter Druck setzt, und nicht böse Briefe, wo man uns sagt, daß wir unser politisches Mandat verfehlt haben, was übrigens viele von uns in den beiden letzten Tagen getan haben. Ich sage noch einmal „inhaltliche Angebote“.

Diese Leute sind in den Landtag gekommen und haben sich hier so bemerkbar gemacht, wie es für sie angemessen war. Sie wissen sehr genau, unten im Landhaushof sind Transparente gewesen von den Behindertenorganisationen, unten im Landhaushof war vor einigen Wochen ein riesengroßer Sandhaufen mit Schotter drauf und mit einigen Blümelein, die mit Sand überschüttet wurden von den Naturschutzorganisationen. Und ich habe gesehen, mit welcher Freude Landesrat Hirschmann sich bemüht hat, auf die Fotos zu kommen, die die Presse da unten gemacht hat. Und diese Aktion war sehr aktionistisch, da war viel „Show“ dabei! Und es war aber die einzige Methode von diesen Organisationen, ihr Thema in den Landhaushof zu bringen! Im Landhaus haben sie agiert mit Transparenten, haben sie jetzt, von seiten der Studierenden, auch agiert mit Sprechchören.

Es ist für mich auch sehr befremdlich, ich möchte das auch zu den drei Präsidenten des Landtages sagen, daß Zwischenrufe auf teilweise überraschend niedrigem Niveau von der Abgeordnetenbank aus möglich sind, daß es aber nicht möglich ist, daß Leute, die hinter diesem wunderbaren Vorhang sitzen, in irgendeiner Form Zustimmung oder Ablehnung zu dem kundtun können, was wir hier teilweise in ihrem politischen Auftrag machen. (Abg. Dr. Lopatka: „Da muß man die Geschäftsordnung ändern; es gibt Spielregeln!“)

Und ich möchte noch einmal sagen, was gestern passierte. Einer der Ordner, und ich sage jetzt nicht, welcher, hat tatsächlich versucht, vor den Studieren-

den, die da hinten gestanden sind, den Vorhang zuzuziehen. Und das würde automatisch auch heißen, den Vorhang zuziehen vor einem guten Teil Ihrer Wähler und Wählerinnen, aber leider auch vor einem guten Teil unserer Wähler und Wählerinnen. Und ich wünsche mir, daß dieser Vorhang im Landhaus offenbleibt, auch wenn da hinten Sachen passieren, die uns beschämen. Weil das, was wir – und ich sage jetzt sehr bewußt wir – in den Wahlreden gesprochen haben, daß wir das nicht realisieren. Ich sehe auch, daß es für uns Grüne sehr, sehr viel schwieriger ist, Umwelt- oder Sozialthemen in den Landtag einzubringen, weil aus meiner Sicht von den anderen Parteien kein Klimawechsel eingetreten ist, sondern eine Eiszeit.

Ich komme jetzt noch zum Thema Solidarität. Die Studierenden und auch teilweise Lehrbeauftragten an der Universität haben sich seit vielen Monaten darum bemüht, im Bereich des Belastungspaketes Solidarität und Vernetzung mit anderen Betroffenen herbeizuführen. Ich möchte jetzt eine Resolution der Hochschülerinnen und Hochschüler gegen Sparen bei Armen vorlesen, die sich konkret an die Mitglieder der Landesregierung und des Landtages wendet. Das steht auch unten drauf. Sie wollten diese Resolution gestern austeilen, es war nicht möglich, weil in der Früh, bevor Sie den Raum betreten haben, jemand von der Präsidialkanzlei diese Blätter eingesammelt hat, um Sie offenbar – ich möchte jetzt nicht sagen, in welchem Auftrag, das interessiert mich in diesem Zusammenhang auch nicht – vor dieser Positionierung von Hochschülern und Hochschülerinnen zu bewahren.

„Solidarität. Die schwere Belastung der sozial Schwachen durch die Budgetpolitik der Bundesregierung setzt sich auf Landesebene fort. Im Eilzugtempo werden im Land Gesetzesänderungen durchgedrückt, die insbesondere auch für eine ohnehin schon schwierigen Lebensverhältnissen ausgesetzte Bevölkerungsgruppe, nämlich für die Behinderten und deren Angehörige, neue Erschwernisse ihrer Lebensbedingungen nach sich ziehen werden. Diese Gesetzesänderungen werden durchgepeitscht, ohne vorher Fachleute und Behindertenorganisationen zur Begutachtung vorgelegt worden zu sein, also ohne jede Rücksichtnahme auf die Notwendigkeiten einer annehmbaren Behindertenversorgung.“

Eingesparrt werden sollen dadurch 20 Millionen Schilling. Für das Landesbudget ist diese Summe ohne jede Bedeutung, für die Behinderten und ihre Angehörigen aber bedeutet sie viel: Wegfall notwendiger Therapien und Betreuungen, die für die Angehörigen von Behinderten mit niedrigem Einkommen nicht erschwinglich sein werden, mit der Folge, daß viele Behinderte wichtiger Chancen auf Integration in die Gesellschaft, auf ein menschenwürdiges Leben in ihr beraubt sein werden. Aggressionen von Eltern gegen ihre behinderten Kinder, von Kindern gegen ihre behinderten Eltern, von Eltern behinderter untereinander werden in dieser Notlage erzeugt und verstärkt werden; letzten Endes wird die Folge eine aller Menschlichkeit Hohn sprechende Absonderung und Isolierung vieler Behinderter sein.

Wir, Assistentinnen und Assistenten und Studentinnen und Studenten der Universität Graz, die wir selbst auch von der gegenwärtigen Sparpolitik betroffen sind

und dagegen ankämpfen, finden die im Land gegen ein menschenwürdiges Dasein der Behinderten ebenfalls anlaufenden Maßnahmen unerträglich und sehen uns als Bürgerinnen und Bürger dazu verpflichtet, gegen diese Maßnahmen aufs schärfste zu protestieren. Uns mit den Behinderten und ihren Angehörigen solidarisch wissend, fordern wir die sofortige Aufhebung der einschlägigen, den Behinderten zum Nachteil gereichenden Gesetzesänderungen, die Beziehung von Fachleuten und Behindertenorganisationen für eine befriedigende Neuregelung der die Behinderten betreffenden Gesetzeslage.

Gut, ich möchte jetzt im fliegenden Wechsel dem Martin Wabl das Wort übergeben. Der Sozialpolitik in der Steiermark ist die Luft ausgegangen und zwischendurch mir jetzt auch. (22.52 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Sehr geehrte Frau Kollegin, das Wort zur Rede erteilt das Präsidium, der Präsident, und nicht Sie. Aber ich erteile dem Abgeordneten Wabl das Wort.

Abg. Dr. Wabl (22.52 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte eines vorausschicken, daß es uns überhaupt nicht darum geht, hier unseren Willen aufzuzwingen. Aber dieses Thema „Soziales“ – Schützenhöfer, du kannst da eine Handbewegung machen, ich bin schon fertig. Aber lasse mich einige Sätze noch sagen. (Abg. Schützenhöfer: „Ein bisserl zuviel, was du machst!“)

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, daß ich der Frau Wicher gegenüber meinen Respekt ausdrücke – ich habe heute dazu keine Gelegenheit gehabt. Mich haben ihre Worte tief beeindruckt. Ich bin sicher, daß, wenn sie gestern auch gehalten worden wären, das bei manchen ein Umdenken hervorgerufen hätte. Und ein Zweites, weil mir die Frage der Behinderten so wichtig ist und man vielleicht momentan etwas irritiert ist, weil das etwas länger dauert. Ich habe Bekannte aus Feldbach – und, Lopatka, du kennst ja auch die Menschen –, und die sind heute zu Mittag, ohne meine Empfehlung, bitte, das möchte ich vorausschicken, mit fünf Behinderten – einer war blind, zwei im Rollstuhl – hergefahren und waren der Meinung, daß heute die Sozialgesetze diskutiert werden. Und sie haben stundenlang da hinten gewartet, Lopatka. Ich kenne die Frau und habe dann zufällig gefragt und mit ihr geredet, und sie hat gesagt, sie hat gewartet darauf, um die Debatte mitzuverfolgen. Und einer davon hat gesagt, wir sind in Sorge, daß wir zu Hause bleiben müssen. Und damit bin ich schon am Ende.

Ich habe mich dann gefreut, daß es mir möglich war, die Frau Landeshauptfrau Klasnic, die gerade hinausgegangen ist, diese Frau mit ihren Behinderten vorzustellen, und die Frau Landeshauptfrau Klasnic hat sich dann dieser Behinderten angenommen. Die hätten womöglich noch stundenlang auf die Sozialdebatte gewartet. Und ich habe das Gefühl, daß wir dieser Problematik – ich weiß schon, daß es jetzt 11 Uhr ist, und wir haben vorher auch erklärt, daß wir der Meinung sind, daß wir das morgen hätten machen sollen. Und es ist uns überhaupt nicht darum gegangen, und das möchte ich hier ausdrücklich

sagen, dieses Thema zu zerreden oder das Thema in die Länge zu ziehen. Ich sage nur, daß diese Behinderten heute, die im Namen der Lebenshilfe da waren, mehrere Stunden darauf gewartet haben und sich gar nicht fragen getraut haben, wann das diskutiert wird. Und dann sind sie nach Hause gefahren, und morgen kommen angeblich von einer anderen Lebenshilfe andere. Das sind keine Berufsdemonstrierer, das sind auch keine Gruppen, die von uns hergeholt wurden. Ich bitte daher, daß man hier Verständnis bringt. Es ist uns nicht darum gegangen, daß man da irgendeinen Willen aufzwingt, aber wir wollten auch beweisen – und ich wollte es auch beweisen –, ich muß jetzt auch sagen, ich habe diese Bestimmung jetzt auch verletzt, daß nur einer von einer kleinen Fraktion reden darf, aber es war mir ein Bedürfnis, auch zum Thema „Soziales“ gemeinsam mit meiner Kollegin und Freundin, denn das wird niemandem gelingen, daß wir da auseinanderdividiert werden. Und ich muß eines auch sagen, wenn ich aus den Reihen der Sozialdemokratie ständig höre, Frau Klubobfrau Zitz, bitte, wir sagen das bei euch ja auch nicht. Aber ich bin stolz darauf, daß sie hier als so tüchtig und engagiert erkannt wird. Und da gibt es keine Unterschiede. Ich bin auch nicht beleidigt. Aber ich sage, damit bin ich am Ende.

Ich wünsche, daß wir in der Steiermark auf die Stimmen der Behinderten in Zukunft mehr hören, wie wir das heute gehört haben, was die Frau Wicher gesagt hat, was uns tief beeindruckt hat. Aber wir sollten uns weit öfter Zeit nehmen, mehr miteinander zu reden und mehr hineinzuhören. Und wenn behinderte Leute draußen warten, vielleicht kann man in Zukunft auch eines machen. Wenn man auch einen Ordner- oder Saaldienst hat, daß man Leute fragt, warum sie da sind oder ob sie irgendwelche Wünsche haben. Vielleicht hätten die dann sagen können, wir warten auf die Debatte. Das wäre vielleicht ein konstruktiver Beitrag noch zum Schluß – daß sich das erübrigt. Die Menschen sind ja hilflos. Es gibt ja nicht nur Menschen, die hilflos sind, weil sie behindert sind. Es sind auch andere Menschen hilflos – die Betreuerin ist da gesessen, die ist mit dem Bus wieder nach Hause gefahren, und hat eigentlich darauf gewartet, daß ihre Anliegen debattiert werden. Das war ein Zufall, weil wir die Begleitgesetze vorher diskutiert haben, was richtig war.

Ich danke für die Aufmerksamkeit, und ich hoffe, daß wir morgen mit frischen Kräften – also ich halte auch einiges aus – (Abg. Schinnerl: „Du hast schon ganz schön geschwitzt heute!“) die Budgetdebatte zu einem glücklichen Abschluß bringen. Danke schön! (22.56 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als letzte Rednerin zum Punkt „Soziales“ bitte ich nunmehr die Frau Landesrätin Rieder um ihre Wortmeldung.

Landesrätin Dr. Rieder (22.56 Uhr): Herr Präsident, danke für das Wort. Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Trotz der fortgeschrittenen Stunde bitte ich Sie einige Minuten noch um Aufmerksamkeit. Vorerst möchte ich mich ganz herzlich bei den Debattenrednern zur Gruppe 4 bedanken. So kontroversiell die

Standpunkte auch vorgetragen wurden, aber sie haben doch die Wichtigkeit des Ressorts gezeigt. Vor allem, daß es unbestritten notwendig ist, ein gut funktionierendes soziales Netz für die Bewohner unserer Steiermark sicherzustellen. Die unterschiedlichen Auffassungen sind nicht verwunderlich. Sie liegen bedingt in den geänderten Rahmenbedingungen, sowohl in den wirtschaftlichen als auch in den politischen. Ein Wort zur Freiheitlichen Fraktion. Herr Abgeordneter Schinnerl, bis vor kurzem war Ihnen noch jeder Schilling im Sozialbereich zuviel, heute ist er Ihnen zu wenig. Nur eine kurze Bemerkung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir einige grundsätzliche Bemerkungen. Die rasante gesellschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte zwingt die grundsätzliche Neuorientierung im Sozialbereich. Das sozialpolitische Credo, Hilfe jedem zu gewähren, der die Hilfe der Öffentlichkeit braucht, hat natürlich nach wie vor seine Gültigkeit. Aber wir müssen die Art und Weise, wie wir ihm diese Hilfe zuteil werden lassen, überdenken.

Es gibt heute in der Steiermark mehr Einrichtungen als je zuvor, mehr Einrichtungen für verhaltensauffällige Jugendliche und Kinder, mehr Möglichkeiten, mobile wie stationäre, der älteren Generation zu helfen, mehr Behinderteneinrichtungen und gleichzeitig auch mehr arbeitsmarktpolitische Aktivitäten. Und trotzdem steigt zusehends die Zahl jener Personen, die aus sozialen oder auch gesundheitlichen Gründen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Die Sozialhilfe sichert zwar die materielle Grundlage, trotzdem sind die Leute von der Gesellschaft ausgeschlossen, sind finanziell abhängig, fühlen sich persönlich unterfordert und werden – noch nicht selten, muß ich leider sagen – von populistischen Demagogen und auch von der öffentlichen Meinung zum Teil als Sozialschmarotzer abqualifiziert. Nicht versorgen und abschieben, sondern helfen und integrieren muß daher unser Leitspruch sein, der auch den Zustand unserer Gesellschaft damit fixiert.

Eine Änderung des gesellschaftlichen Bewußtseins wäre wünschenswert. Wir müßten wieder die Balance finden zwischen Egoismus und Altruismus, zwischen Individualismus und solidarischem Handeln. Wir müssen lernen, die eigenen Bedürfnisse zu erkennen und danach zu leben. Wir müssen aber auch die Bedürfnisse eines anderen respektieren und sie sehen. Diese integrative und solidarische Dimension der Sozialpolitik gilt besonders in der heutigen Situation. Unter den verschärften Rahmenbedingungen einer Rekordarbeitslosigkeit sind die Chancen von Leuten, die eben nach Unfällen, aus sozialen und körperlichen Gründen in ihrer Erwerbstätigkeit eingeschränkt sind, beinahe aussichtslos. Eine nachhaltige und absehbare Lösung ist nicht in Sicht, im Gegenteil, die Abkoppelung der Konjunktur vom Arbeitsmarkt, steigende Arbeitslosenzahlen und dabei wachsendes Wirtschaftswachstum lassen Schlimmes befürchten. Als Sozialpolitikerin würde ich mir daher wünschen, daß nicht nur Konvergenzkriterien und Finanzmärkte Bestandteil der Maastricht-Verträge sind, sondern auch der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Damit verbunden wären eine Europäische Beschäftigungsunion und verbindliche Ziele der EU im Kampf

gegen diese Arbeitslosigkeit. Eine Forderung, die auch von der österreichischen Arbeiterkammer mehrfach erhoben wurde. Gerade in dieser schwierigen Situation, Absicherung des Wirtschaftsstandortes Steiermark, Erhaltung der Investitionsfähigkeit, kommt dem vorliegenden Sparprogramm eine ganz besondere Bedeutung zu. Ich weiß, es ist schmerzhaft in vielen Bereichen, für viele Betroffene, auch für mich. Glauben Sie mir, als Sozialreferentin war ich sicherlich nicht glücklich, als mir dieser Auftrag zugekommen ist, 10 Prozent des Finanzvolumens einzusparen, aber gerade als Sozialreferentin weiß ich auch, daß nur eine funktionierende Wirtschaft Garant für die Aufrechterhaltung des Sozialnetzes ist, und dieses ist immer noch vorbildlich. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Nun zu den Zahlen. Meine Sparvorgabe für zwei Jahre ist eine halbe Milliarde Schilling. Davon werden 400 Millionen Schilling durch ressortinterne Einsparungen gesichert. Das restliche Fünftel, also 20 Prozent, durch eine Neuaufteilung des Kostenschlüssels zwischen Land und Gemeinden im Sozialbereich. Diese Maßnahme wird erst ab 1997 zum Tragen kommen und gilt aber für alle anfallenden Kosten im Sozialbereich. Ausschlaggebend für diesen von mir vorbereiteten Vorschlag ist die Entwicklung der letzten zehn Jahre. Die Ausgaben im Sozialbereich sind auf Landesebene in diesem Zeitraum um 1,6 Milliarden Schilling gestiegen, jene der Gemeinden um eine Viertel Milliarde. Betrachtet man alle anfallenden Sozialkosten zusammengenommen, so errechnet sich der Kostenaufteilungsschlüssel derzeit 70 zu 30 zu Lasten des Landes. Es ist erforderlich und von mir vorgeschlagen, diesen Schlüssel um 6 Prozent zu verschieben, so daß er künftig sich auf 64 zu 36 belaufen wird. Damit liegen die steirischen Gemeinden, und ich bitte Sie hier auch in diesem Zusammenhang um Ihr Verständnis für diesen Vorschlag, noch immer weitaus besser als die Gemeinden anderer Bundesländer, die nicht selten 40 und 50 Prozent aufzubringen haben. Insgesamt beläuft sich das Budget des Sozialressorts auf 3,03 Milliarden Schilling, das sind zirka 8 Prozent des gesamten Landesbudgets, davon die Hälfte, nämlich 1,5 Milliarden Schilling, wird für die Behindertenhilfe aufgebracht, zieht man davon das Pflegegeld ab, so sind, im Vergleich zum Vorjahr, real tatsächlich mehr als 150 Millionen Schilling zur Verfügung, und eine Steigerung von 150 Millionen Schilling – Herr Abgeordneter Schinnerl, wenn ich Sie ansprechen darf – im Sozialbudget, im Behindertenbereich ist nicht als unmenschlich abzuqualifizieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Hinzu kommt noch die Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe, woraus wir ebenfalls Mittel für die Behindertenhilfe lukrieren werden. Eine Bemerkung noch zum Kostenbeitrag, der ist bitte im derzeit bestehenden Behindertengesetz bereits vorgesehen, wurde nur bisher nicht vollzogen. Ich möchte auch in dieser Stunde das Versprechen abgeben, daß ich mich bemühen werde, die Richtlinien so zu erstellen, daß keine sozialen Härtefälle entstehen, daß es sozial ausgewogene Richtlinien sein werden und wir natürlich auch die Behindertenorganisationen in die Erstellung dieser Richtlinien miteinbinden werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Sozialhilfe ist mit etwas mehr als einer Milliarde Schilling dotiert, die Jugendwohlfahrt mit einer halben Milliarde. Dazu kommen noch Ermessensausgaben von 90 Millionen Schilling, das entspricht zirka 2,99 Prozent des Sozialbudgets. Aus diesen Ermessensausgaben werden sozial- und gesellschaftspolitisch wertvolle und unverzichtbare Projekte finanziert. Ich möchte anführen: die Schuldnerberatung mit 6 Millionen Schilling, das Grazer Frauenhaus mit 1,5 Millionen Schilling, 10 Millionen Schilling sind aus dem Sonderinvestitionsprogramm für öffentliche Pflegeheime und Behinderteneinrichtungen vorgesehen, die Tagesmütter haben wir mit 13 Millionen Schilling dotiert, das ist eine Aufstockung von 3 Millionen Schilling. Und ich möchte noch anschließen an meine Worte, die ich beim Schulbereich gesagt habe. Im Hinblick auf das Sparbudget des Bundes mit der Einschränkung des Karenzjahres halte ich diese Aufstockung für unbedingt erforderlich. (Beifall bei der SPÖ.)

Was habe ich pro futuro vor? Ich möchte ein neues Sozialhilfegesetz oder eine Novelle zum Sozialhilfegesetz dem Landtag zur Entscheidung vorschlagen. Mit dieser Novelle möchte ich die mobilen Dienste entsprechend ordnen, und zwar im Rahmen der integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel. Und ich glaube, die Probleme des Herrn Abgeordneten Tschernko, die er angesprochen hat, werden wir hier mitlösen können.

Mein zweites Vorhaben ist ein steirischer Behindertenplan. Auch hier möchte ich natürlich die Behindertenorganisationen einbinden. Ein entsprechender Antrag hat die Regierung bereits passiert und wird demnächst in den Landtag kommen. Ich halte die Erstellung eines Behindertenplanes für notwendig und sinnvoll. Eine breite Diskussionsebene, erstens einmal, um die seit über zwanzig Jahren bestehenden Angebote im Behindertenbereich zu überdenken, ob sie noch zeitgemäß und notwendig sind, beziehungsweise auch, ob es nicht ein anderes, zeitgemäßeres Angebot geben soll. Jedenfalls ein breiter Diskussionsprozeß soll in Gang gesetzt werden.

Zuletzt einen Dank noch an mein Büro, das in den letzten Wochen besonders gefordert war, aber auch an die Rechtsabteilung 9, an die Mitarbeiter und Herrn Hofrat Dr. Knapp, dir im besonderen herzlichen Dank für die Zusammenarbeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich hätte noch der Frau Abgeordneten Keshmiri zum Frauenhaus eine Antwort gegeben, aber vielleicht liest sie es dann im Protokoll nach. Ich habe den Subventionsbetrag von 900.000 um 600.000 Schilling aufgestockt, es stehen 1,5 Millionen für das heurige Jahr zur Verfügung. Neben den Leistungen der Stadt Graz und der Sozialhilfeverbände ist damit für das heurige Jahr das Frauenhaus ausfinanziert. Ein Projekt für ein Frauenhaus in der Obersteiermark habe ich in der Projektierungsphase unterstützt. Die Sozialhilfeverbände von Leoben und Bruck haben aber keinen Bedarf, zumindest vorläufig, feststellen können, und daher ist das Projekt zumindest derzeit nicht verfolgt worden. Eine Feststellung noch, Herr Abgeordneter Schinnerl. Sie haben gemeint, der Kollege Dr. Hirschmann hätte heute in seinen Worten festgestellt, die Änderung des Kostenaufteilungsschlüssels würde eine personelle Belastung der Bezirksverwaltungsbehörden verursachen. Dazu möchte ich sagen – der Kollege

Hirschmann weiß es, aber offenbar hat er es nicht zum Ausdruck gebracht, deshalb möchte ich Sie informieren –, Sie haben die von mir vorgelegten Gesetze nicht durchgeschaut, dort ist nämlich vorgesehen, daß als Ausgleich der Vollzug des Pflegegeldgesetzes in der Rechtsabteilung 9 künftig erfolgen wird, so daß eine Personalaufstockung daher nicht notwendig ist. (Abg. Schinnerl: „Ich habe gesagt, Gesetzesvollzug – Millionenaufwand!“) Dann ist leider auch er nicht informiert. (Abg. Dr. Lopatka: „Glauben Sie wirklich, daß das ein adäquater Ersatz ist?“) Ich glaube schon. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Bezirkshauptleute sehen das ganz anders. Wissen Sie das auch?“) Ich weiß es, aber ich glaube trotzdem, daß es ein Ausgleich ist.

Sie haben mich weiters angesprochen, Herr Abgeordneter Schinnerl, bezüglich der Krankenpflege. Da bin ich nicht zuständig. Sie haben erwähnt die Altenhelferschule der Caritas in Rottenmann und eine in Graz, die besteht bereits seit 20 Jahren. Es gibt ein Jubiläum in diesem Jahr. Es ist nicht durch das Alten-, Familien- und Heimhilfegesetz bedingt, und die Subvention wird auch schon seit Jahren gewährt. Frau Abgeordnete Zitz, auf Ihre Ratschläge, wenn ich das so feststellen darf, kann ich verzichten. Als Sozialdemokratin weiß ich sehr wohl, was ich zu tun habe. Ihren Populismus lehne ich ab. (Beifall bei der SPÖ.) Zum Schluß darf ich sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das vorliegende Sozialbudget ist zweifelsohne unter einem enormen Zeitdruck zustande gekommen, aber deshalb ist es sicherlich keine Husch-Pfusch-Aktion, wie das erwähnt wurde. Es ist trotz der gebotenen Sparsamkeit ein verantwortungsvolles und ausgewogenes Instrumentarium, um die Hilfe den pflegebedürftigen und hilfsbedürftigen Menschen zur Verfügung stellen zu können. Aus diesem Grund bitte ich Sie abschließend um Ihre Zustimmung. Sie würden nämlich mit dieser Zustimmung zum Ausdruck bringen, daß Sie auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Leuten mit sozialen Problemen helfen wollen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 23.14 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlußwort, sofern sie von diesem Recht Gebrauch macht.

Abg. Gross: Ich verzichte!

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Reihenfolge der Abstimmung.

Es wird erstens über den Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten zum ersten Teil der Gruppe 4 des Landesvoranschlages 1996, zweitens über den Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen zum ersten Teil der Gruppe 4 des Landesvoranschlages 1997, dann als Drittes über den Beschlußantrag der Abgeordneten Schinnerl, Dr. Brunner, Keshmiri und Dietrich, betreffend die soziale Treffsicherheit, abgestimmt und viertens über einen Beschlußantrag der Abgeordneten Schinnerl, Mag. Hartinger, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dr. Wabl, Dr. Brunner, Mag. Zitz und Keshmiri, betreffend die Einbindung des Sozialressorts in die Länderkommissionen.

Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten zum ersten Teil der Gruppe 4 (Ansätze 41 bis 46) des Landesvoranschlages für 1996 ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten zum ersten Teil der Gruppe 4 (Ansätze 41 bis 46) des Landesvoranschlages für 1997 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Schinnerl, Dr. Brünner, Keshmiri und Dietrich, betreffend die soziale Treffsicherheit, Ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich bitte nunmehr jene Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Schinnerl, Mag. Hartinger, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dr. Wabl, Dr. Brünner, Mag. Zitz und Keshmiri, betreffend die Einbindung des Sozialressorts in die Länderkommissionen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat ebenfalls nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis morgen früh um 8.30 Uhr und wünsche allen eine gute Nacht und eine gute Heimfahrt. (Unterbrechung der Landtagssitzung um 23.15 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Ich wünsche einen guten Morgen und setze die unterbrochenen Beratungen fort. (25. April, 8.31 Uhr.) Sie finden auf Ihren Tischen ein Paket. Es ist dies ein Geschenk der steirischen Bauernschaft. Der Landesrat Pörtl will kurz erklären, was es damit auf sich hat. Bitte, Herr Kollege. (Allgemeiner Beifall.)

Landesrat Pörtl (8.32 Uhr): Meine Damen und Herren!

Meine Erklärung hat zwei Linien. Die erste Linie, wir wollten die Fleischeslust erstmals steigern (Abg. Dr. Karisch: „Das ist gegen die Volksgesundheit!“), und daher die zweite Erklärung, wir mußten es deshalb verpacken, weil – ich bin schon gespannt auf die Umweltdebatte, wo gesagt werden wird, der Umwelt- und Agrarlandesrat verpaßt uns da wieder Verpackungsmaterial – das leider aus hygienischen Gründen unumgebar ist. Ich bitte um Verständnis und hoffe, daß euch das gut schmeckt. Messer dürft's in diesem Haus nicht nehmen! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Präsident: Ich bedanke mich, lieber Erich Pörtl.

Zu diesem Thema liegt zumindest keine weitere Wortmeldung vor. Und so kommen wir zur Gruppe 3 „Kultur“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (8.33 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 3 gliedert sich in folgende Unterkapitel: Musik und darstellende Kunst: Ausbildung in Musik und darstellender Kunst, Einrichtungen der Musikpflege, Maßnahmen zur Förderung der Musikpflege, Einrichtungen der darstellenden Kunst, Maßnahmen zur Förderung der darstellenden Kunst; Schrifttum und Sprache: Förderung von Schrifttum und Sprache; Museen und sonstige Sammlungen: Museen, Sonstige Sammlungen; Sonstige Kunstpflege: Einrichtungen zur Kunstpflege, Maßnahmen zur Kunstpflege; Heimatpflege: Heimatmuseen, Denkmalpflege, Altstadterhaltung und Ortsbildpflege, Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen; Rundfunk, Presse und Film: Förderung von Presse und Film; Sonstige Kulturpflege: Einrichtungen der Kulturpflege, Maßnahmen der Kulturpflege.

Meine Damen und Herren, der Voranschlag 1996 sieht Einnahmen in diesem Kapitel von 24,13 Millionen Schilling vor, Ausgaben von 614,086 Millionen Schilling, der Voranschlag 1997 Einnahmen von 24,13 Millionen Schilling und Ausgaben von 629,273 Millionen Schilling. (8.34 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und darf zur Diskussion kommen. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (8.34 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das lateinische Wort „cultura“ ist mit all seinen Bedeutungen ein sehr umfassender Begriff. Man versteht darunter nicht nur die Pflege des Materiellen und Geistigen, sondern auch Tätigkeiten wie Bauen und Bebauen, Wohnen und Bewohnen, Pflegen und Verehren. In seiner gesamtheitlichen Bedeutung kann mit dem Begriff Kultur nahezu alles bezeichnet werden, was der Mensch geschaffen hat, was also nicht naturgegeben ist. In einem etwas engeren Sinne bezeichnet Kultur die Handlungsbereiche, in denen der Mensch auf gewisse Dauer angelegte und einen kollektiven Sinnzusammenhang gestaltende Produkte, Produktionsformen, Lebensstile, Verhaltensweisen und Leitvorstellungen hervorzubringen mag. Diese eigentlich allgemein akzeptierte Breite des Kulturbegriffes – ich weiß schon, sie klingt etwas theoretisch – wird aber sofort sichtbar, wenn er in den unterschiedlichen Bedeutungsebenen angesprochen wird. Die Ebene des pfleglichen Umgangs mit der Natur und ihren Ressourcen finden Sie in einer geläufigen Hochschulbezeichnung wieder – es gibt in Wien eine Universität für Bodenkultur.

Natürlich gibt es auch eine rituelle Ebene, eine Ebene der Normen und Werte. In der Bundesrepublik gibt es zum Beispiel ein Kultusministerium, also eine soziale Institution, die zu ihren Aufgaben die Pflege der gesamtgesellschaftlich erforderlichen Werte und Leitbilder zählt. Der Kulturbegriff findet sich auch auf der Ebene der individuellen und gruppenspezifischen Bildung wieder. Die Bildung des Individuums vollzieht sich ja nicht nur als Entwicklung und Prägung der kognitiven, emotionalen und sozialen Persönlichkeit, sondern gleichermaßen als individuelle Übernahme von Normen der jeweiligen Kultur. Auf dieser Ebene

ist unsere kulturelle Identität beheimatet. Aber auch die Ebene der sozialen Beziehungen soll nicht unerwähnt bleiben, das Feld der individuellen Fähigkeiten, wie Höflichkeit und Umgangsformen, dazu gehört nicht nur die Sprachkultur, sondern zum Beispiel auch die politische Kultur, deren mangelnde Ausprägung meist allerorts beklagt wird.

Die steirische Kulturpolitik eines Koren, Jungwirth, Krainer verstand den Begriff der Kultur immer umfassend. Sie war geprägt von einem Klima der Offenheit mit weitem Horizont, von Toleranz, einem Bekenntnis zur Unabhängigkeit von Kunst und Kultur, in einem Freilegen des Weges für alle schöpferischen und geistigen Kräfte in diesem Land, in einer Sicherung der Freiheit von künstlerischen Entscheidungen, in einer gelungenen Verbindung von Tradition und Moderne, von Heimmattiefe, Weltoffenheit, im Erkennen, daß Kultur nicht auf Lebenssegmente beschränkt ist, sondern das gesamte menschliche Leben durchwirkt und Ausdruck menschlicher Lebensqualität ist. Wenn dieses Kulturverständnis auch in Zukunft die Kulturpolitik des Landes bestimmt, dann wird sie unterstützt und mitgetragen werden, gleichgültig, von wem die Vorschläge kommen und wer für kurze oder längere Zeit das Kulturreferat führt.

Es ist heute der geeignete Zeitpunkt, in Kürze, aber doch die großen kulturellen Verdienste dieser drei Persönlichkeiten, die dieses Land und die Hauptstadt Graz weit über ihre statistische Größe hinaus in Europa bekannt gemacht haben, festzuhalten.

Auf Koren geht der „steirische herbst“ 1968 zurück, das erste Festival zeitgenössischer Kunst in Österreich, damals eine neue Plattform für neue Produktionen in einer bewegten Zeit am Ende der sechziger Jahre. In seiner Zeit wurde 1959 die erste Landesausstellung im Grazer Joanneum mit dem Thema „Erzherzog Johann“ durchgeführt. Koren, dieser liberal-konservative und weltoffene Heimatverliebte, wie er häufig bezeichnet wurde, sah seine Aufgabe darin, das Bleibende und Neue zu versöhnen, sah Tradition nie als Ziel, sondern als Ausgangspunkt. Koren hatte Vertrauen zur Kunst als Lebensmacht, und er wußte, daß in jedem von seinem Schöpfer erstgemeinten Werk etwas von dem Entwurf eines zukünftigen Weltbildes enthalten ist, und er sagt: „Daran ändert auch nichts, wenn Scharlatane und Blender, Halbkönnner und Nachbeter sich der modernen Kunstmittel bedienen, in den immer gegenwärtigsten Tendenzen exerzieren und damit ihre Geschäfte machen.“ Auch in der heutigen Zeit fast prophetische Worte.

Jungwirth hat die Landesausstellungen aus Graz hinausgetragen und zu großen regionalpolitischen Initiativen ausgeformt. Die Gotikausstellung in Sankt Lamprecht 1978 brachte zum ersten Mal über 100.000 Besucher, die Erzherzog-Johann-Ausstellung 1982 in Stainz 200.000 Besucher, Herberstein 300.000 Besucher, wie übrigens auch 1989 Bärnbach sowie 1987 die Riegersburg „Hexen und Zauberer“ mit über 350.000 Besucher. Auf ihn geht 1985 die Einrichtung der Styriarte zurück. Die Absicht war, Nikolaus Harnoncourt, einen begnadeten Musiker und Künstler, in seiner Heimatstadt eine Plattform zu bieten. In die Zeit von Jungwirth fällt das Grazer Altstadtgesetz 1974, das steirische Ortsbildgesetz 1977 sowie die Förderung neuer Architektur unter anderem durch Schaffung

des Landespreises für Architektur. Das Netz der steirischen Musikschulen wurde komplettiert, rund 120 Büchereien in der gesamten Steiermark wieder oder auch neu eröffnet.

Krainer hat diese Kulturpolitik erfolgreich fortgeführt und ist dafür eingetreten; daß die Kombination aus traditionellen Zeugnissen der Vergangenheit und sichtbaren Zeichen zeitgenössischen Kunst- und Kulturschaffens, aus reichem Erbe und zukunftsorientierter Vitalität ein Wesensmerkmal unseres Bundeslandes ist und bleibt. Ich verweise dabei etwa auf seine Radiorede vom 9. April 1995 unter dem Titel „Steirisches Kulturschaffen – Vielfalt und Qualität“. Allein die Tatsache, daß der Herr Altlandeshauptmann 90 Prozent seiner Verstärkungsmittel für den Kultur- und Kunstbereich einsetzte, zeigt nachvollziehbar, welchen Stellenwert er der Kultur in diesem Lande beimaß.

Er hat die Landesausstellungen erfolgreich weitergetragen und die Basis und die Konzepte bis zum Jahr 2000 gelegt. Als wesentliche Ereignisse fallen in seine Zeit die so erfolgreiche Zeughausausstellung in den USA und Kanada sowie seine Bemühungen um das Joanneum, das durch die Umwandlung in eine selbstständige Fachabteilung mehr Autonomie erhielt. Auf seine Initiative hin wurde etwa vor zehn Jahren ein Revitalisierungsfonds eingerichtet, der der Erhaltung historisch bedeutsamer Bauten in allen Teilen des Landes diene. Rund 100 Millionen Schilling kamen in den letzten zehn Jahren allein über diesen Fonds der Denkmalpflege zugute. Es war seine tiefe Überzeugung, daß die Landeshauptstadt Graz einen den heutigen Erfordernissen entsprechenden Ausstellungs- und Veranstaltungsort für die Gegenwartskunst braucht. Obwohl es einen gemeinsamen Grundsatzbeschuß der Landesregierung vom Oktober 1990 gab und die Mittel dafür seit Jahren bereitstanden, konnte dieses Vorhaben nicht realisiert werden. Ich komme darauf noch zurück.

Ein großes Anliegen war dem Altlandeshauptmann auch die Ausgewogenheit der Kulturförderung zwischen Graz und den Regionen einerseits sowie den vielen Formen steirischer Volkskultur und allen Formen der sogenannten Hochkultur andererseits. Der Kulturförderungsbericht des Landes Steiermark weist für das Jahr 1993 über 500 Förderpositionen auf, so mehrere Dutzend in den Bereichen der Erwachsenenbildung, Musikpflege, Theaterförderung, Literaturpflege, Kunstpflege, Heimatpflege, für Film und Video. Auf diese Ausgewogenheit wird in Zukunft zu achten sein. Dafür werden wir aus Überzeugung eintreten.

Die künstlerischen Initiativen, die sich in diesem Klima entwickeln konnten, werden weit über die Grenzen der Steiermark hinaus anerkannt. steirischer herbst und Styriarte sind zwei Festivals mit zwar gänzlich unterschiedlicher, aber internationaler Ausstrahlung; das Forum Stadtpark wird heute als wichtigstes Zentrum der jungen österreichischen Literatur im Band 9 von Mayers enzyklopädischem Lexikon gewürdigt. Über die „manuskripte“ gibt es bereits Bücher, und die Literatur der Avantgarde aus Graz wird bereits in den Schulen weitergegeben. Es sollte nicht schwerfallen, darauf in der Zukunft aufzubauen.

Weitere Highlights der steirischen Kultur sollen nicht vergessen werden. Die sogenannte „Grazer Schule der Architektur“ prägt das kulturelle Profil der Steiermark. Es ist eine der großen kulturpolitischen Leistungen Josef Krainers, das öffentliche Bewußtsein dafür geweckt zu haben, daß Architektur und Kultur zusammengehören und daß die Architektur eine künstlerische und kulturprägende Bedeutung hat.

Nachdem Wilfried Skreiner die Neue Galerie am Landesmuseum Joanneum mit der Trigon-Biennale und den Malerwochen zu einem international anerkannten Brennpunkt der zeitgenössischen bildenden Kunst ausgebaut hatte, hat das seit 1993 arbeitende neue Führungsteam mit Peter Weibel, Werner Fenz und Christa Steinle die internationale Vernetzung forciert. Ausstellung, Sammlung und Symposien der Neuen Galerie gehören zu den vor allem auch in der internationalen Presse mit großem Interesse zur Kenntnis genommenen kulturellen Highlights der Steiermark. Peter Weibel hat als österreichischer Kommissär für die Biennale in Venedig 1995 den Grazer Medienkünstler Richard Kriesche nominiert, der als erster Österreicher in der hundertjährigen Geschichte der wohl größten Präsentation zeitgenössischer Kunst der Welt mit einem Preis ausgezeichnet wurde.

Zu jenen kulturellen Bereichen, in denen die Steiermark hervorragende Pionierarbeit geleistet hat, gehört auch die heute allgemein so genannte „Neue Volksmusik“, die Rückbesinnung junger Musiker auf unsere eigenen musikalischen Traditionen und in Verbindung der musikalischen Welten eben die „Neue Volksmusik“ kreierten. Der Preis der deutschen Schallplattenkritik für die Gruppe „Broadlahn“ zum Beispiel ist ein schöner Beweis, in welcher Qualität hier gearbeitet wird. All das hat sehr wohl mit einem dynamischen Begriff von Volkskultur zu tun, der in der Steiermark vom Volksliedwerk, vom Sängerbund und von anderen Initiativen und Institutionen konsequent beachtet wird.

Lassen Sie mich nun auf einzelne Teilbereiche und Facetten ohne Vollständigkeit eingehen und einige herausgreifen. Die Sozialdemokratische Partei hat bei der letzten Landtagssitzung am Dienstag, dem 16. April, wieder den Entwurf für eine Novellierung des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes eingebracht. Wir werden mit konstruktiver Grundhaltung in die Verhandlungen eintreten. Im Sinne der steirischen Kulturpolitik wird darauf zu achten sein, daß an die Kultur als Förderbereich in ihrer Gesamtheit gedacht wird, und nicht nur an bestimmte Kunstinitiativen. Es soll ja ein Kulturförderungsgesetz werden, und kein Kunstförderungsgesetz. Das Oberösterreichische Kulturförderungsgesetz vom 2. Oktober 1987, das bei den letzten Parteienverhandlungen auch von der SPÖ vorbildhaft genannt wurde, definiert die Kultur in ähnlich umfassender Weise, wie es dem steirischen Kulturverständnis bis jetzt entsprach, und hält auch in der Präambel fest, daß Kunst zwar ein wesentlicher Teil der Kultur, aber eben ein Teil der Kultur ist. Und wenn man von einem Kulturvolk spricht, versteht man auch mehr als nur seine künstlerischen Aktivitäten.

Außer Streit stand bereits bei den letzten Parteienverhandlungen, daß für ausgewählte steirische Kulturprojekte mittelfristige Fördervereinbarungen bessere

wirtschaftliche Rahmenbedingungen gewährleisten sollen. Im übrigen hat das bestehende Kulturförderungsgesetz schon bei seiner Schaffung im Jahr 1985 die Intention verfolgt, Einrichtungen von landesweiter Bedeutung Sockelfinanzierungen zu garantieren, und hat auch einzelnen Einrichtungen, wie etwa dem Forum Stadtpark, dem Culturcentrum Wolkenstein, dem Sängerbund, dem Kunsthhaus Müzzuschlag und so weiter, ein kontinuierliches Arbeiten und eine existentielle Absicherung ermöglicht. Selbstverständlich läßt das bereits bestehende Gesetz auch die Möglichkeit offen, mit anderen Einrichtungen ebenfalls Sondervereinbarungen zur finanziellen Absicherung zu treffen. Das ist sicher ein notwendiger und richtiger Schritt, aber meiner Meinung nach steckt der Teufel im Detail. Es ist klar, daß viele, wenn nicht alle, Kulturinitiativen nach solchen mittelfristigen Fördervereinbarungen trachten werden. Das führt zur Aufgabe, einen Kriterienkatalog festzulegen. Das ist auch deswegen notwendig, da der jährliche von den Förderungswerbern gewünschte Subventionsbedarf ein Mehrfaches des ordentlichen Haushaltes ausmacht.

Man wird auch die Frage einer nachträglichen Evaluierung zu prüfen haben, so schwer sie auch ist. Das haben bereits die Gespräche bei den vergangenen Parteienverhandlungen zum Kulturförderungsgesetz gezeigt, ohne daß ich allerdings das Gefühl gehabt habe, daß der Gedanke an sich abgelehnt worden wäre. Es mag in diesem Zusammenhang interessant sein, darauf hinzuweisen, daß auch im Koalitionsabkommen der derzeitigen Bundesregierung von einer Evaluierung von künstlerischen Tätigkeiten und Projekten gesprochen wird.

In den letzten Jahren hat es immer wieder Diskussionen zu den Landesausstellungen gegeben. Waren die Landesausstellungen anfangs reine kulturelle Vorhaben, so entwickelten sie sich in den letzten Jahren zu kulturellen Großereignissen mit starken wirtschaftlichen Komponenten. Wie andere kulturelle Ereignisse leisteten sie einen Beitrag zur Lebensqualität, zum Tourismus, zur infrastrukturellen Verbesserung der Ausstellungsorte und zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Region. Ab 1991 begann das Sponsoring, ein Standbein auch in der Finanzierung zu werden.

Die Steiermärkische Landesregierung hat im Mai 1995 einen Grundsatzbeschluß für die Landesausstellungen bis zum Jahr 2000 gefaßt, heuer Mariazell und Neuberg, das Ende nächster Woche eröffnet wird, Leoben 1997, Bad Radkersburg 1998, Knittelfeld-Seckau 1999, und für das Jahr 2000 ist die Landesausstellung in der Landeshauptstadt vorgesehen. Dieser Beschluß ist einzuhalten und umzusetzen. Wie es danach weitergeht, ob im einjährigen oder zweijährigen Rhythmus, darüber ist rechtzeitig eine Diskussion ohne pragmatisierte Meinungen zu beginnen. Kriterien werden primär die Wünsche und Konzepte der Regionen sein und vor allem eine Aussage, wie und in welcher Form an eine Nachnutzung gedacht wird. Natürlich gibt es auch einen finanziellen Aspekt. Ist es nicht auch überlegenswert, alle zwei Jahre, aber dann mit verstärktem finanziellem Einsatz, eine Landesausstellung durchzuführen? Sicher! Ich meine aber, primär sind die Konzepte zu bewerten. Mehr Geld ist wünschenswert, führt aber nicht automatisch zu besseren Projekten. Wesentlich erscheint mir für die

Zukunft, daß Thema und Ort beziehungsweise Region übereinstimmen. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt auch, daß Landesausstellungen, die diese Bedingung erfüllt haben, den größten Besuchererfolg aufzuweisen hatten.

Darin liegt ja auch ein wenig das Problem der nächstjährigen Landesausstellung in Leoben. Das ursprünglich von der Stadtgemeinde vorgesehene Thema „200 Jahre Vorfriede zu Leoben“ beziehungsweise „Franzosenzeit“ läßt jeden aktuellen größeren Identifikationsgrad mit Leoben und der Region vermissen. Das derzeitige Thema „Made in Styria“ bedarf noch vieler Detailüberlegungen und Feinarbeit, so daß höchste Eile geboten ist. Dazu ist noch ein Erschwernis gekommen, Sie wissen, vor etwa elf Monaten ist Hofrat Cwienk verunglückt – der Leiter der Kulturabteilung. Es ist mir an dieser Stelle ein inneres Anliegen, dem Herrn Kollegen Cwienk, der sich noch im Rehabilitationsstadium befindet, den Dank für alle seine Leistungen auszusprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Mit den beiden großen Festivals, dem „steirischen herbst“ mit dem Musikprotokoll und Trigon sowie der Styriarte mit Nikolaus Harnoncourt, wird unser Bundesland auch im Ausland am deutlichsten kulturell identifiziert. Beide Festivals, die gänzlich anderen Intentionen dienen, sind kulturelle Großereignisse, unverzichtbar und weiterhin jährlich durchzuführen.

Der „steirische herbst“ hat als Avantgardefestival den Ruf der Steiermark in die Welt getragen. In ihm hat die künstlerische Avantgarde eine Plattform in vielfältigsten Sparten gefunden, wobei die jüngere Szene vermehrt in die Gestaltung der Programme einbezogen werden sollte. In seiner Grundkonzeption wird der „steirische herbst“ immer eine Gratwanderung bleiben. Ich weiß, daß nicht alles gefällt – auch mir nicht, aber mir gefällt auch nicht alles Konservative. Im übrigen ist die Zeit selbst der unerbittlichste Richter. Das Neue muß in der Kunst immer wieder gewagt werden, wohl wissend, daß das Neue nicht deswegen schon das Bessere ist, nur weil es neu ist. Was mir allerdings notwendig erscheint, ist eine Ehrlichkeit im künstlerischen Tun – eine Selbstzensur. Ich habe mit positiver Aufmerksamkeit in einem Porträt über die neue Intendantin des „steirischen herbstes“, Frau Frisinghelli, gelesen, daß sie es als ihre eigentliche Aufgabe ansehe, vermittelnd zu arbeiten, und eine Ebene schaffen will, auf der sich Produzenten und Rezipienten von Kunst als Dialogpartner begegnen. In diesem Sinne sehe ich auch ihr vor kurzem präsentiertes erstes „herbst“-Programm.

Die Styriarte mit Nikolaus Harnoncourt ist seit 1985 ein Brennpunkt der Musikinterpretation, und die steirische Kulturpolitik hat die Aufgabe, diesen Mann – einen der weltbesten Dirigenten und Interpreten – an seine Heimatstadt zu binden. Vom Publikum wurde die Styriarte mit großer Begeisterung aufgenommen, wobei das Erfreuliche der hohe Besucheranteil an Jugend ist. Der Stellenwert der Styriarte zeigt sich auch in den wachsenden Sponsorenbeiträgen. Wirklich unverständlich, für mich nahezu ein Skandal, ist in diesem Zusammenhang nur das Verhalten des Bundes. Seit 1985 bis heute – also in zehn Jahren – beträgt die Gesamtbundesunterstützung 100.000 Schilling – 10.000 Schilling pro Jahr. Das Verhalten

wird umso unverständlicher, wenn man in Betracht zieht, daß bei anderen überregionalen Veranstaltungen, etwa in Kärnten, Vorarlberg oder Burgenland, sich der Bund sehr wohl anders verhält und einer unterstützenden Verpflichtung nicht entzieht.

Die Vereinigten Bühnen sind für eine Stadt wie Graz eine selbstverständliche Einrichtung, die von ihrem Publikum geschätzt wird und die im Erhalt ihrer Sparten und in der Realisierung ihres Gesamtauftrages für die Zukunft zu sichern ist.

Der letzte eindeutige Kulturbau – das Kulturhaus – stammt aus dem Jahre 1952. Während in nahezu allen größeren Städten Österreichs Kunst- beziehungsweise Ausstellungshäuser existieren oder kurz vor der Fertigstellung sind, wurde der Grundsatzbeschluss aus dem Jahre 1990, ein Trigon-Haus zu bauen, aus Gründen, die Sie alle kennen und die ich nicht wiederholen möchte, nicht realisiert. Es wird aber niemand in Abrede stellen, daß dies für Graz eine dringende Notwendigkeit darstellt. Die Landeshauptstadt ist zum Beispiel nicht in der Lage, ein Großereignis, wie etwa die Ausstellung von Monet, die derzeit im Belvedere läuft, nach Graz zu holen. Ein solches Ausstellungs- und Kulturhaus sollte auch deshalb rasch, spätestens bis zum Jahr 2000, realisiert werden, damit die Stadt Graz dieses Haus für die Landesausstellung nützen kann. Wie Sie wissen, wurden für diesen Zweck Mittel angespart, derzeit gegen 300 Millionen Schilling, mit der Zweckwidmung, nicht nur das Trigon-Haus zu bauen, sondern auch das Joanneum zu renovieren.

Zu den Budgets für die Jahre 1996 und 1997 sind auch 2,5 Milliarden Schilling Sonderinvestitionen bis 2000 vorgesehen, die den ordentlichen Haushalt nicht belasten. Die Mittel sollen aus Dividenden, Auflösung von Rücklagen und verantwortungsvollen Privatisierungen kommen. Die Auflistung der Sonderinvestitionen weist im Bereich Kultur auch das Joanneum, Landesarchiv (Baumaßnahmen) mit 300 Millionen Schilling auf. Das ist höchst erfreulich. Ich hoffe nur, daß es sich hier nicht – und verzeihen Sie den Ausdruck – um einen „Wiener Schmah“ in der Form handelt, daß die 300 Millionen Schilling, die für das Trigon-Haus angespart wurden, als Rücklage aufgelöst werden, daraus eine Sonderinvestition für das Joanneum und auch Landesarchiv gebildet wird, aber für den Bau eines notwendigen Ausstellungs- und Kulturhauses kein Groschen übrigbleibt. Für das Joanneum, für das durch die Errichtung einer eigenen Fachabteilung die Grundlage für mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung gelegt werden konnte, liegen Konzepte vor, die im Zusammenwirken mit dem Joanneumsausschuß und dem Kuratorium vorbereitet wurden und nun verwirklicht werden können.

Ein Hauptanliegen, das in Ruhe, aber möglichst bald realisiert werden soll, ist das Schaffen von Leistungsanreizen durch finanzielle Beteiligungen an Einnahmen, etwa nach dem Muster der Teilrechtsfähigkeit der Bundesmuseen. In der reichhaltigen steirischen Kulturlandschaft, die sich in den letzten Jahrzehnten gebildet hat, sind möglichst viele bewährte Schwerpunkte fortzusetzen und auszubauen. Die Steiermark braucht damit weiterhin und wieder, nachdem es in den letzten Jahren etwas verlorenging, ein Klima des kulturellen Konsenses und des kulturellen Wachstums. Dies wird noch wichtiger vor dem Hinter-

grund eines Europas der Regionen. Das bedeutet nicht nur ein kulturelles Marketing der Steiermark nach innen, sondern mehr als bisher nach außen, nach Europa, in die Welt. Damit sollte darüber nachgedacht werden, wie die Präsentation steirischer Künstler im Ausland, vor allem in Europa, unterstützt und finanziert werden kann. Dazu gehören auch Überlegungen zu überregionalen Kulturinformationen.

So könnte etwa in Graz ein aktuelles Kulturinformationsnetzwerk zumindest für den Alpen-Adria-Raum eingerichtet werden, über das Termine für den Zeitraum einer Woche abrufbar sind. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf eine CD-ROM mit dem Titel „Ein telematisches Museum“, eine nachahmenswerte Idee, die mir sehr gut gefallen hat, und Initiative von Wolfdieter Dreiholz, ausgeführt von Peter Weibel und Christiane Holler, in der 800 Kunstwerke, die über das ganze Bundesland verstreut sind und aus dem Beschluß vor 20 Jahren stammen, bei jedem Bauvorhaben mindestens ein Prozent der Investitionssumme für Kunst auszugeben, jedem nun in Form einer CD mit Kommentaren zugänglich ist.

Damit angesprochen wird die Frage einer verstärkten Jugendkunstförderung. So wäre es etwa eine überlegenswerte Form der Jugendkunstförderung im Bereich der bildenden Kunst, die Initiierung und Gründung einer künstlerischen Ausbildung mit Hochschulniveau in Graz. Eine solche Einrichtung ließe junges kreatives Potential in der Steiermark halten, was auch etwa den Fächern der bildnerischen Erziehung – hier gibt es einen persönlichen Bezug zu meiner Frau – an den Mittelschulen zugute käme. Hochbegabten jungen Künstlern sollte auch die Möglichkeit eingeräumt werden, mit Hilfe von Auslandsstipendien sich im Ausland profilieren zu können.

Kultur kann sich genauso wenig finanzieren wie Wissenschaft oder unser Gesundheitswesen. Es wird also immer um Absicherung von Finanzierungen, von Investitionen mit Augenmaß und visionärer Perspektive gehen. Da kulturelle Aktivitäten mitunter auch erhebliche wirtschaftliche Umsätze bewirken, meine ich, daß unter diesem Gesichtspunkt das steirische Förderungstableau für die EU-Regionalförderung überdacht werden müßte. Es ist die Frage zu prüfen, ob nicht wichtige kulturelle Projekte auch in ihrer Tourismus- beziehungsweise Wirtschaftsrelevanz darzustellen sind und damit EU-Zuschüsse ansprechbar wären.

Ohne im einzelnen darauf einzugehen – das Faktum wurde bereits mehrmals in der Vergangenheit in diesem Haus angesprochen –, empfinde ich die Verteilung der Bundesmittel im Kulturbereich als Zumutung. Es wird eine wesentliche Aufgabe des zuständigen Referenten sein, und er wird hier – so nehme ich an – die geschlossene Unterstützung der Landesregierung und des Landtages haben, gegen die ungerechte und einseitige Bevorzugung Wiens bei der Verteilung der öffentlichen Mittel für die Kultur anzukämpfen, um einen gerechteren Verteilungsschlüssel für die Steiermark, aber auch für die anderen Bundesländer zu erreichen. (Beifall bei der ÖVP.) Eine Koalition in dieser Frage mit allen Bundesländern, außer Wien, sollte daher wohl nicht schwierig sein.

Kultur, meine sehr geehrten Damen und Herren, im weitesten Sinn ist jener Inbegriff von Wissen, Glauben, Kunst, Moral, Gesetz, Sitte und allen übrigen Fähigkeiten und Gewohnheiten, welche der Mensch als Glied der Gesellschaft sich angeeignet hat – so der englische Anthropologe Tylor. Mich hat als Jugendlerner eine andere Definition von Kultur angesprochen und nachdenklich gemacht – ich gebe gerne zu, daß ich nicht mehr weiß, wo ich sie gelesen habe –, eine Definition, die oft auch nicht ohne Beziehung zu unserem Landtag ist. Sie heißt: „Der Mensch braucht Kultur, um sich selbst und seinesgleichen ertragen zu können.“ (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 9.01 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (9.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem ich vorhabe, mich jedenfalls an die von uns frei gewählte Zeitdisziplin, Herr Kollege Jeglitsch, zu halten, werde ich der Versuchung widerstehen, eine Definition von Kunst und Kultur zu geben. Das ist zwar sehr häufig der Fall, wenn Politiker grundsätzlich über Kunst und Kultur sprechen sollen. Ich persönlich glaube aber, daß es schlicht und einfach nicht die Aufgabe von Politik ist, Definitionen zu geben und damit womöglich Einengungen vorzunehmen für das, was man unter Kunst und Kultur versteht. Wir sprechen ja auch nicht darüber, was man unter Wissenschaft versteht. Auch das, meine Damen und Herren, steht uns nicht zu. Das steht schlicht und einfach denjenigen zu, die Wissenschaft produzieren, und im Bereich Kunst und Kultur stehen die Selektionskriterien dafür, was man unter Kunst und Kultur und vor allem erfolgreicher Kunst und Kultur versteht, sicher den Kunst- und Kulturschaffenden selbst zu, umgeben von einem kritischen Umfeld von Kultur- und Kunstkritik. Ich glaube, daß diese Selektionskriterien hinreichend streng sind, so daß sich die Politik, die Kultur- und Kunstpolitik, in unserem Land auf andere Dinge konzentrieren kann.

Welche Dinge, meine Damen und Herren? Welche Rolle, würde ich meinen, sollte die Rolle von Kunst- und Kulturförderungspolitik eigentlich sein? Die erste und wichtigste Aufgabe ist es wohl, den Zugang zu ermöglichen, den Zugang zu Kunst und Kultur. Dieser Zugang hat einen, wie soll ich sagen, einen regionalen Aspekt und hat einen inhaltlichen Aspekt. Wenn Kunst/Kultur zu weit entfernt ist, ist der Zugang erschwert. Das bedeutet, es muß unser Bestreben sein, Kultur- und Kunstangebote zu regionalisieren, die Zugänglichkeit von Kunst und Kultur in diesem regionalen Sinn zu verstärken. Und der zweite Aspekt dieses Förderns des Zuganges zu Kunst und Kultur ist es, daß es auch Aufgabe der Politik sein sollte, Schwellenängste zu mindern. Das beginnt selbstverständlich schon im Schulwesen, setzt sich fort im höheren Schulwesen, an den Universitäten, aber auch im Bereich der Erwachsenenbildung ist es der kultur- und kunstfördernden Politik möglich, Schwellenängste abzubauen, insbesondere anspruchsvollen Kunstformen gegenüber, avantgardistischen Kunstformen gegenüber, denen auch wir manchmal viel-

leicht selbst mit Unverständnis, ja, das Wort sagt es schon, „nicht verstehend“ gegenüberstehen.

Meine Damen und Herren, dieser Abbau von Schwellenängsten bezieht sich sowohl auf die aktive Beteiligung am Kunstgeschehen, am kulturellen Leben. Hervorragende Leistungen, um das hier auch gleich deutlich zu sagen, erbringen hier etwa die steirischen Musikschulen, die es wirklich ermöglichen, daß es in der Steiermark eine aktive Musikkultur gibt. Nicht viele Bundesländer können auf derartig Positives verweisen. Aber selbstverständlich muß es auch Aufgabe von Kultur- und Kunstpolitik sein, einen kritischen Kulturkonsum zu ermöglichen, die Möglichkeiten zu schaffen, daß Wissen hinsichtlich dieser genannten anspruchsvollen Formen von Kunst und Kultur vermittelt wird.

Zweitens, meine Damen und Herren, ich halte es für eine zentrale Aufgabe von Kunst- und Kulturpolitik, ein Klima der Toleranz zu schaffen. Das ist wohl etwas, worauf wir uns sehr einfach einigen können. Vielleicht nicht alle, ich bin mir nicht mehr ganz sicher. Im letzten Wahlkampf hat es diesbezüglich durchaus auch Erscheinungen gegeben, die diesem Ziel nicht gerade dienlich waren. Aber ich würde meinen, es geht nicht nur um das Schaffen von Toleranz. Ich würde einen Schritt weitergehen. Es ist doch auch Aufgabe der Kultur- und Kunstpolitik, Interesse zu schaffen, wirkliches Interesse an moderner, auch an moderner Kunst und Kultur. Um eine einfache Methode hier nur anzusprechen: Wir sollen uns in diesem Zusammenhang auch selbst vorbildlich benehmen, auch selbst gerade dieses Interesse an Kunst und Kultur zeigen. Ich glaube, daß Landespolitikerinnen und -politiker, oder generell Politiker und Politikerinnen, zu den Kulturintensivkonsumenten zählen sollten, um dadurch auch das Interesse nach außen hin zu kommunizieren.

Drittens, meine Damen und Herren, und ich komme jetzt auf den engeren Sinn von kunst- und kulturfördernder Politik. Politik muß vermehrt zu einem verlässlichen langfristig fördernden Partner von Kulturschaffenden und Kulturvermittelnden werden. Konkret – und das wurde vom Kollegen Jeglitsch ja bereits angesprochen – geht es darum, daß wir unsere Kulturförderung umbauen von punktuellen Unterstützungen, von der Jährlichkeit, und hingelangen – und da bedarf es auch der Lösung einiger rechtlicher Probleme – zu mittelfristigen Förderungen für Kulturschaffende und kulturvermittelnde Einrichtungen, und wiederum insbesondere, weil die es besonders schwer haben, für jene Einrichtungen, die sich auf innovative, experimentelle, nicht etablierte Formen von Kunst und Kunstvermittlung beziehen.

Der neue Landeskulturreferent, Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner, hat hier eine Reihe von Altlasten zu bewältigen. Altlasten, die der frühere Kulturreferent überlassen hat. Es geht darum, hier einige finanziell sanierende Maßnahmen durchzuführen. Es geht nicht an, daß diese freien kulturvermittelnden Einrichtungen bloß aus den Verstärkungsmitteln unterstützt werden. Ich glaube, daß wir mit der Beschlußfassung zum Fernsehschilling hier einen wesentlichen sanierenden Schritt im Landtag getan und es dem Landeskulturreferenten ermöglicht haben,

diesen Bereich der Kunst- und Kulturvermittlung auf gesunde Füße zu stellen.

Welche Prioritäten, ausgehend von diesen Grundsätzen, würde ich meinen, sollten gesetzt werden? Welche Prioritäten? Diese Frage leitet sich relativ einfach im Rahmen der Kulturpolitik aus den bestehenden Defiziten ab, und diese Defizite sollten doch auch herausgearbeitet werden.

Es bedarf keiner großen Begründung zu erkennen, daß gerade das Landesmuseum Joanneum an der ersten Stelle genannt werden muß, was die Prioritäten der Landeskulturpolitik betrifft. Oft allerdings, meine Damen und Herren, wird der Zustand des Landesmuseums zu sehr beklagt. Man muß sich schon auch vergegenwärtigen, daß rund eine halbe Million Besucher die 16 Abteilungen, die ja eigentlich im wesentlichen eigenständige Museen sind, besuchen, konsumieren und davon profitieren. Allerdings, und darin sind wir uns wohl einig, ist der bauliche Zustand, jedenfalls der bauliche, aber teilweise auch der organisatorische Zustand des Landesmuseums Joanneum äußerst beklagenswert. Wertvollste Sammlungstücke des Joanneums befinden sich in den Kellern. Es bedarf einer Generalsanierung, die Schritt für Schritt angegangen werden muß. Es muß möglich gemacht werden, daß die wertvollen Stücke des Landesmuseums auch adäquat präsentiert werden. Es muß ein museumsdidaktisches, museumspädagogisches Konzept überhaupt erst baulich ermöglicht werden. Das ist derzeit sicherlich nicht der Fall. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, muß auch das bereits zitierte „Haus der Moderne“ genannt werden. Die Standortsuche und Standortbewertung laufen ja bereits. Ich glaube, daß das noch ein wesentliches fehlendes Glied ist im Rahmen des Landesmuseums, wenn es um die Großpräsentation moderner Kunst und Kultur geht.

Zweitens: Diesen Bereich habe ich bereits angesprochen. Es muß sehr stark auch in der Landeskulturpolitik um die autonomen – wie sie genannt werden –, freien und oft regionalen Kulturinitiativen gehen und um deren Unterstützung. Ich habe schon betont, der frühere Landeskulturreferent hat diese Kulturinitiativen tatsächlich am seidenen Faden gehalten. Ich halte das für keine gute Kultur, wenn man so sagen will, zumal diese regionalen Kulturinitiativen ja tatsächlich die kulturelle Infrastruktur unseres Landes darstellen. Und ich spreche dieses Wort nicht in einem technokratischen Sinne aus, ich meine tatsächlich, daß diese kulturelle Infrastruktur mindestens die gleiche Bedeutung hat wie die Infrastruktur, mit der wir uns hier im Landtag sehr häufig befassen – Kanalisation, Müllentsorgung und so weiter, Wasserversorgung und, und, und. Diese kulturelle Infrastruktur ist mittlerweile ein ebenso notwendiger Standard, der zu erhalten und auszubauen ist.

Ich glaube, es ist wirklich notwendig, hier einige dieser Einrichtungen punktuell, sicherlich nicht umfassend, zu erwähnen. Ich erwähne an allererster Stelle eine Einrichtung, die mittlerweile bereits internationales Ansehen und internationalen Rang erworben hat, nämlich das Culturcentrum Wolkenstein. Es ist nicht ganz einfach, in dieser Region unter diesen regionalen Rahmenbedingungen, was das Publikum betrifft, diesen Rang zu erreichen. Dem Culturcentrum

Wolkenstein ist das gelungen. Und ich freue mich, sagen zu können, daß das auch auf die Initiative von Kunstminister Scholten zurückzuführen ist, daß das gelungen ist. Ich bin überzeugt, daß sich hier der Landeskulturreferent Peter Schachner und der Bundeskulturreferent, wenn man so sagen darf, die Hand reichen werden.

An nächster Stelle ist selbstverständlich das Kunsthaus Mürzzuschlag zu nennen, in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren – auch ein positives, ein optimistisches Wort im Zusammenhang mit den Landesausstellungen. Sie alle wissen, daß das Kunsthaus Mürzzuschlag auf eine Landesausstellung zurückzuführen ist und mittlerweile einen integrierten Bestandteil eben dieser kulturellen Infrastruktur im Bezirk Mürzzuschlag und darüber hinaus darstellt; Kulturkreis Deutschlandsberg; auch kleinere müssen erwähnt werden: Kulturkreis Gallenstein – ist nicht allen bekannt vielleicht, aber ein außerordentlich innovatives Unternehmen, Unternehmen im Kulturbereich; auch Graz-Initiativen sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Graz-Initiativen mit Strahlkraft in die gesamte Steiermark – die Steirische Kulturinitiative, die Steirische Gesellschaft für Kulturpolitik fallen mir hier ein. Ich habe schon betont, hier steht leider zunächst einmal Altlastensanierung an, Entschuldung, ähnliche Aufgaben. Wir werden aber, davon bin ich überzeugt, sehr rasch zu einer mittelfristigen Finanzierung dieser Einrichtungen zum größten Teil, so hoffe ich, gelangen.

Drittens, meine Damen und Herren, Landeskulturpolitik muß im Gegensatz zu Gemeindekulturpolitik darauf achten, daß es gelingt, auch da und dort international sichtbare Kultur- und Kunstprojekte, Kultur- und Kunstaktivitäten zu generieren oder zu unterstützen, nährenden Bedingungen für derartige international sichtbare Projekte zu schaffen, denn, meine Damen und Herren, und auch das vergessen wir in der Kulturdebatte nur allzu leicht, Kunst und Kultur sind mittlerweile längst Standardfaktoren im Rahmen der Wirtschaftspolitik. Es ist nicht mehr möglich, anspruchsvolle Betriebe, High-tech-Betriebe mit einem hohen Anteil von Akademikern anzusiedeln, ohne ein entsprechendes Angebot für diese Belegschaft in der Umgebung des angesiedelten Betriebes.

Lassen Sie mich zwei klassische Einrichtungen, die ich nach wie vor zu den international kulturell wahrnehmbaren Einrichtungen zähle, die allerdings doch erhebliche Krisen durchleben haben müssen, erwähnen.

Erstens das Forum Stadtpark: Sie wissen alle, daß gerade im Bereich künstlerische Fotografie und Literatur das Forum Stadtpark genau diesen Anspruch erfüllt. „Camera Austria“ und die „manuskripte“ sind Einrichtungen, die uns Weltruf vermittelt haben, in Graz und in der Steiermark – internationales Renommee. Die Krise, die ich angesprochen habe und die von den Beteiligten des Forum Stadtparks so genannt wird, das ist also nicht eine Analyse eines Kulturpolitikers, sondern durchaus von den Beteiligten, von den Machern des Forums Stadtpark, wurde für einen kreativen Neubeginn genutzt. Dem neuen Leiter – Walter Grund – wird es gelingen, das Forum wieder insgesamt auf die internationale Kulturlandkarte zu bringen, nicht zuletzt, wie gesagt, auf Grund mit dem

Land Steiermark diskutierter und vereinbarter struktureller und organisatorischer Neuerungen.

Zweitens der „steirische Herbst“: Auch hier ist der Neubeginn – und ich spreche sehr bewußt von einem Neubeginn – sehr vielversprechend. Ich hoffe, daß Christine Frisinghelli die Stagnation, die da und dort bemerkbar war, überwinden wird können und daß sie den „steirischen Herbst“ wieder zu dem machen wird, was er vom Grundgedanken her ja eigentlich war, nämlich zu einem Labor des kulturellen und des künstlerischen Experimentes.

Ich sehe noch einen weiteren Bereich, meine Damen und Herren, der bisher vielleicht noch nicht so wahrgenommen wurde, der es ermöglicht, vielleicht eben einen dritten Bereich auf die internationale oder zumindest nationale Kulturlandkarte zu bringen, nämlich die steirische und insbesondere die Grazer Theaterszene. Bekannt sind Ihnen allen die Vereinigten Bühnen – Oper und Schauspielhaus –, die exzellente Qualität liefern, kürzlich eröffnet Next Liberty – das Jugendtheater in Graz, demnächst, in diesem Sommer, werden die Kasematten von den Vereinigten Bühnen bespielt, und auch das Orpheum wird von den Vereinigten Bühnen verwaltet. Zu wenig bedankt und zu wenig bemerkt gibt es aber in Graz verstärkt eine freie Theaterszene. Die älteren Einrichtungen in diesem Bereich sind das Theater im Keller, die Kleinkunsthöhle im Theatercafé. Aber auch den neueren Einrichtungen ist mittlerweile eine Institutionalisierung weitestgehend gelungen. Ich nenne hier nur den Theater-März, das „Theater am Bahnhof“ am Lendplatz – auch Stadtteilpolitik kann mit Kulturpolitik gemacht werden –, das THEATRO, das Theater am Ortweinplatz, Forum Stadtpark Theater, das Carl-Franz-Theater, die Arena, die Minoriten. Durch und durch großartige schauspielerische Leistungen werden hier von durchwegs jungen Theatermannschaften erbracht.

Ich glaube die Landeskulturpolitik sollte in diesem Bereich der möglichen nationalen und internationalen Sichtbarkeit einen Schwerpunkt setzen, insbesondere in der Unterstützung dieser Initiativen in der Außendarstellung. Hier sehen Sie vielleicht auch die Bezüge der Kulturpolitik zur Tourismuswirtschaft. Es gibt zu wenig so etwas, würde ich einmal meinen, wie Kulturtourismus. Ich denke aber, daß die Landeskulturpolitik sich im Verein mit der Tourismuswirtschaft, mit der Wirtschaftsförderung insgesamt, durchaus zu einem synergistischen Ganzen zusammenschließen kann, gerade in diesen Bereichen, wo man erkennen kann, daß Kultur, Kulturpolitik zu einer Standortfrage geworden ist. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 9.18 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (9.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Kultur war in der Steiermark immer ein sensibler und wichtiger Bereich der Politik. (Abg. Tasch: „Ist heute Volkskultur oder Hochkultur?“) Und diesen Bereich hat die ÖVP immer sehr mit großem Bedacht behütet. Ich habe es miterleben dürfen, wenn ein

Landesrat für Kultur, Universitätsprofessor Dr. Koren, in diesem Auditorium gesprochen hat, oder Herr Landesrat Jungwirth. Und auch Landeshauptmann Krainer, der ja 1981 dieses Ressort übernommen hat, damit es ja nicht in falsche Hände gerät, hat sich immer sehr um einen Ausgleich bemüht. 1996 wurde nun nach dem Abgang von Landeshauptmann Krainer die Kultur – und das muß ich wirklich als Vorwurf an die ÖVP hier einbringen – verschleudert an die linke Reichshälfte. Für viele Steirer war das wirklich unverständlich. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Für dich vor allem!“ – Abg. Riebenbauer: „Das geschieht dir aber hart!“) Ja, auch für mich.

Und ich muß es wirklich sagen, es ist eine Frage, die ich mir natürlich stellen muß, wenn auf der einen Seite die Freiheitlichen ein legitimes Mittel, parlamentarisches Mittel, einsetzen und dann die ganze linke Reichshälfte beleidigt ist. Aber wenn sich dann der Herr Erlitz hierher stellt, der Herr Erlitz, der Herr Magister Erlitz, der Herr Professor Magister Erlitz (Abg. Mag. Erlitz: „Du, ich bin auch noch Löschmeister bei der Feuerwehr!“), der Herr Kultursprecher der SPÖ – und wir sollten, gerade weil es um Kultur geht, auch davon reden, wie man mit uns umgeht – und der Herr Professor Magister Erlitz, der Generalredner der SPÖ (Abg. Mag. Erlitz: „Kurz: Der General Erlitz!“), stellt sich da her und behauptet glatt eine Unterstellung, eine infame Unterstellung, nur damit es ein klasser Sager ist, damit er einen Applaus in den eigenen Reihen kriegt: „Wer sich nicht von seiner faschistischen Vergangenheit distanziert hat, ist es nicht wert, daß er in der Demokratie akzeptiert wird.“ Genau das haben Sie gesagt! (Beifall bei den Grünen.) Das muß man wirklich sagen und sich fragen, ist die Kultur dazu ein wirklicher Aufhänger, welche Gesprächskultur gibt es denn da? Wir sollten wirklich miteinander behutsamer umgehen. Wir brauchen uns als Freiheitliche von einer faschistischen Vergangenheit nicht absetzen oder sonst etwas. Wir als Freiheitliche sind im Jahre 1956 als Partei gegründet worden, und Sie als Mathematikprofessor sollten wissen, daß 1956 ein Stück nach dem Jahr 1945 ist. Der Untergriff ist infam, sage ich Ihnen. Wir Freiheitlichen haben keine faschistische Vergangenheit! (Abg. Dr. Wabl: „Teilweise in der Gegenwart!“) Nehmen Sie das zur Kenntnis! Wir geben zu, und wir haben auch immer gesagt, wir stehen rechts, meine sehr geehrten Damen und Herren, jawohl, wir bekennen uns dazu. Wir wissen auch, daß Sie von der sozialistischen Seite links stehen. Es freut mich, daß Sie das anerkennen. Weil nämlich alle Sozialisten links stehen. Auch die sowjetischen Sozialisten sind links. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Balzizek: „Die wohl, ja!“) Auch alle nationalen Sozialisten stehen links! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Balzizek: „Das ist ja ein Witz; ich halte das nicht aus!“ – Allgemeine Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob Sie nicht Ihre Umbenennung mit einem schlechten Gewissen geführt haben. Ich möchte nur sagen, weil der Kollege Getzinger von der Toleranz gesprochen hat, Sie sollten selbst ein wenig in sich gehen, ich kenne genug Leute aus Ihrer Reichshälfte. (Abg. Dr. Wabl: „Das falsche Thema hast du!“) Ja, ich komme schon dazu. („Bravo“ bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben schon einiges über Kultur gehört, über die Volkskultur, über die Hochkultur. Und es ist richtig und notwendig, daß Kultur auch unterstützt wird. Ich kann Ihnen sagen, ich bin froh und glücklich, daß die Blasmusik in guten Händen ist. Gerade in Zeiten wie diesen ist die Blasmusik beim Herrn Landesrat Schmid angesiedelt. – Ich sage Ihnen, ich bin seit dem Jahre 1978, mit Unterbrechung 1986 bis 1991, in diesem Haus, und ich habe immer kritisiert, daß die Blasmusik vom Stellenwert her zu wenig beachtet wird. Und ich habe mit Freude feststellen können und müssen, daß es unser Landesrat war, der es geschafft hat, in Zeiten des Sparens statt 2 8 Millionen in das Budget einzubringen. Wir können ehrlich als Blasmusiker stolz sein, daß es gelungen ist, daß man hier den Stellenwert der Blasmusik aufgewertet hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, ich habe es oft genug bereits erklärt, es geht um die gesellschaftspolitische Bedeutung der Blasmusik. Und wir wissen, daß die Blasmusik der größte Kulturträger in unserem Land ist, vor allem in unseren ländlichen Gemeinden. (Abg. Dr. Wabl: „Die Gesangsvereine auch, bitte!“) Keine Frage. Ich als alter Sänger, wem sagt du das, Martin? Ich weiß das, und wenn es nicht mehr Leute gibt, die bereit sind, gerne zu singen und gerne hier für die Gemeinschaft etwas zu tun, dann hört sich sowieso alles auf. Und wir müssen froh sein, daß es noch solche Leute gibt, die Idealismus haben und sich hier einsetzen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Steirische Blasmusikverband hat 16.000 Mitglieder (Abg. Schützenhöfer: „Das ist viel!“), davon sind mehr als ein Drittel Jugendliche. Und dieser Blasmusikverband bietet diesen Jugendlichen ein umfassendes Programm, von Jugendblasmusiktreffen angefangen, über Wettbewerbe zur Erlangung des Musikerleistungsabzeichens sowie auch zur Fortbildung, Weiterbildung von Musikern, natürlich auch der Kapellmeister. Hier ist es natürlich ein großes Anliegen des Verbandes, exzellente Kapellmeister auszubilden, damit die Qualität in unserem Land der Blasmusik noch besser wird. Aber diese Aktivitäten sind nicht von den Vereinen allein aufbringbar, sie erfordern hohe finanzielle Aufwendungen, und daher ist es auch vollkommen richtig, daß die Blasmusikkapellen ordentlich gefördert werden. Wir wissen, die Preise für Instrumente steigen immer mehr, auch die Kosten für Trachten und Noten und ähnliches. Musikerheimeumbau und -verbesserungen sind notwendig, die wirklich sehr viel Geld kosten. Daher stellt auch die Landesregierung immer wieder diese Subventionen zur Verfügung, und ich habe schon gesagt, es erfüllt mich mit Freude, daß hier eine Vervierfachung der Förderungsmöglichkeit laut Budget geschehen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen, daß diese 8 Millionen ja eigentlich schon immer in einem höheren Maß angestrebt wurden. Der Herr Landesrat Schmid hat aus seinen persönlichen Verstärkungsmitteln zu den im Budget ausgewiesenen 2 Millionen (Abg. Purr: „Sind das nicht Landesmittel?“) Landesmittel in der Höhe von 5,8 Millionen zur Verfügung gestellt. Verstärkungsmittel, die er auch anderweitig hätte einsetzen können. (Beifall bei der FPÖ.) Da sehen Sie die Wertigkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte hier natürlich den Dank all jenen abstaten, die hier mitgewirkt haben, daß dies möglich geworden ist – und das ist nicht allein der Herr Landesrat Schmid, natürlich auch die Landesregierung, die hier eingesehen hat, daß der Stellenwert der Blasmusik wirklich höher ist, als er bisher war. Ich danke allen! Aber ich danke auch den Obmännern, Funktionären, Kapellmeistern und natürlich auch den Musikanten, Musikern, die sich im Dienste der Gemeinschaft immer zur Verfügung stellen. Und glauben Sie mir, ich bin selbst Obmann eines Vereines (Abg. Dr. Wabl: „Das haben wir uns gedacht!“), wenn ein Verein im Jahr 38 bis 41 Proben hat, ebenso viele Ausrückungen, in der Größenordnung von 80- bis 100mal im Jahr, heißt das, immer ein- bis zweimal pro Woche für die Gemeinschaft da zu sein. Das ist kein leichter Dienst, und da braucht es wirklich Idealismus, Freude und natürlich auch Engagement. Jetzt wäre es im übrigen zum Klatschen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das tue ich sowieso, am Schluß dann, wenn du fertig bist!“) Ich hätte gehofft, daß du klatscht.

Meine Damen und Herren, aber wir müssen die Dinge auch ehrlich betrachten. Die Gemeinden sind sehr engagiert. Sie wissen, was sie mit der Blasmusik haben, und sie wenden wirklich große Summen für die Förderung der Blasmusik auf. Wenn wir im Land Steiermark – jetzt nicht nur die Förderung betrachtet – natürlich auch weitere Dinge fördern, das sind die Musikschulen, so bringen die Gemeinden doch immerhin für die Blasmusikkapellen allein 120 Millionen Schilling auf, die Bevölkerung spendet 18 Millionen, und 29 Millionen bringen die Musikkapellen selbst herein. Das wurde bei der Generalversammlung des Steirischen Blasmusikverbandes am vergangenen Sonntag publiziert, bei der Generalversammlung, bei der der altgediente Landesobmann Hofrat Dr. Meier sein Amt zurückgelegt hat und wo eben der Hochschulprofessor Dr. Wolfgang Suppan als neuer Landesobmann gewählt wurde. Ich möchte hier dem alten Landesobmann Hofrat Meier recht herzlich Dank sagen für seinen Einsatz. 15 Jahre hindurch hat er diesen Landesverband geführt, und es ist sicherlich auch eine große Tat und eine Arbeit, die man ihm danken muß. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben schon einiges gehört zum Beispiel über Landesausstellungen, aber ich möchte doch auch noch ein Wort dazu sagen.

Gerade heuer, die Landesausstellung zum Millennium „1000 Jahre Österreich“, haben wir feststellen müssen, es ist alles korrekt abgelaufen, auch die Vergabe des Kataloges. Aber es ist trotzdem eine Panne, wenn der Katalog nicht in der Steiermark gedruckt wird, sondern, weil es eben wirklich billiger ist, in Slowenien. Ich glaube, das ist eine Panne, die unbedingt repariert werden muß im nächsten Jahr. Es darf nicht passieren, daß hier der steirischen Wirtschaft Gelder verlorengehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber eines liegt mir noch am Herzen, das sind unsere Musikschulen. Wo liegen die Probleme? Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Probleme liegen bei

den Elternbeiträgen, bei der Akzeptanz, in einem Gemeinderat Geld für Musikschulen auszugeben. Wir haben jetzt das Problem oder die Aufteilung: das Land Steiermark bezahlt die Musikschuldirektoren zu 100 Prozent, die Gemeinden übernehmen die Restkosten und teilen diese auch zwischen Gemeinde und Eltern auf. Der Anteil des Landes ist zirka bei 40 Prozent, die restlichen Prozent teilen sich eben Gemeinde und Eltern – zusätzlich natürlich auch die Betriebskosten. Nur, die Elternbeiträge sind in der Steiermark derart unterschiedlich, was eigentlich bedauerlich ist. Wenn eine gutsituierte Gemeinde es sich leisten kann, wenn sie zum Beispiel eine Müllgemeinde, wie Frohnleiten, ist, dann kann man dort natürlich so viel zuschießen, daß es praktisch ein Nulltarif für die Schüler ist. Da werden alle gerne kommen, und alle Talente, die sich hier bieten, können gefördert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist die Frage immer, was ist es uns wert, und eines ist auch klar, die Beurteilung muß natürlich der Politik übertragen bleiben. Auf der anderen Seite, natürlich, was nichts kostet, ist nichts wert. In der Schweiz und in Deutschland hat man Studien durchgeführt und hat festgestellt – was heute schon Getzinger angezogen hat –, daß neben der Toleranz, neben dem Einfühlungsvermögen, neben der Freizeitbeschäftigung für junge Leute eines festgestellt wurde, daß gerade bei Beschäftigung mit Musik beide Hirnhälften beansprucht werden und daß das ein unwahrscheinlich gutes Gehirntraining für die jungen Menschen ist. (Abg. Mag. Zitz: „Die rechte und die linke Hirnhälfte?“) Richtig! Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Studien haben gezeigt, daß die Konzentrationsfähigkeit eines Menschen, der Musik geübt, gelernt hat, weit besser ist und die Leistungen jener Menschen auch besser sind. Nicht umsonst hat das die Wirtschaft erkannt, und die Großkonzerne verlangen bei den Ausschreibungen auch, daß die Manager ein Musikinstrument spielen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und wenn ich darauf zurückkomme auf die Gemeinde und auf die Gemeinderäte, so ist es halt so, wenn in einer Schulsitzgemeinde die Gemeinde die Kosten zum Großteil übernimmt für die Musikschule, so kommt ein talentierter Schüler aus der Nachbargemeinde, und dort sagt der Gemeinderat „für was brauchen wir das, da zahlen wir nichts“. Das heißt, wir haben hier Größenordnungen, wo die Elternbeiträge auf der einen Seite von null bis zu 13.000 Schilling und mehr umspannen. Gar keine Frage, der Landesanteil liegt ungefähr bei 25.000 Schilling je Schulstunde und Jahr. Aber denken Sie daran – und wenn man noch so talentierte Kinder hat –, wenn Kinder in der Anzahl von zwei, drei oder gar mehr sind, dann ist das einfach für eine Familie nicht erschwinglich, und daher muß man die Dinge überdenken. Überdenken auch aus unserer Sicht. Es ist eine gerechte Lösung dieses Musikschulwerkes notwendig, es ist aber auch ein Schutz für die bestehenden Musikschulen. Ich sage Ihnen, hier wird Qualität produziert. Die Musikschulen müssen sich anstrengen, die müssen zum Bürger gehen, die müssen hart arbeiten, damit sie auch ihre Schüler erhalten. Und Sie wissen, das erste, was hier entsteht, wenn ein Schüler irgendwo in der Schule schlecht ist, „dann hörst du auf von der Musikschule“. Klar, weil die

Eltern natürlich meinen, daß hier die Zeit nicht so gut verwendet ist.

Auch das müssen wir den einzelnen Elternteilen sagen. Die Musikschullehrer sind die, die heute noch die Kultur draußen tragen. Kapellmeister, Dirigenten, Chorleiter, die bringen die kulturellen Leistungen in den Gemeinden. Leider Gottes habe ich feststellen müssen, daß ein Großteil der literarischen Lehrer diese kulturellen Aufgaben gar nicht mehr in Angriff nehmen. Wir sollten den pädagogischen Ansatz, unsere Musikschulen beziehungsweise unser Musikschulwerk überdenken, damit dem Musikland Österreich eine Chance gegeben wird für die Zukunft, daß alle Talente der Steiermark die nötige Förderung erhalten können, so daß die eigenen österreichischen und auch steirischen Orchesterstellen mit steirischen Musikern besetzt werden können. Ich danke Ihnen für Ihr Ausharren! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 9.41 Uhr.)

Präsident: Als nächste Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag. Zitz das Wort.

Abg. Mag. Zitz (9.41 Uhr): Ja, speziell dem letzten Redner, dem Querdenker im kulturellen Bereich, Herrn Chibidziura, möchte ich einige Anregungen zu seinem speziellen Schwerpunkt „Blasmusik in der Steiermark“ mit auf den weiten Weg in die Kultur dieses Landes geben. Die Blasmusik ist, so wie Sie es dargestellt haben, der größte Kulturträger des Landes. Herr Abgeordneter, ich schlage da vor, bemühen Sie den Landesrat Schmid, da vielleicht eine EU-Kofinanzierung aufzutreiben. Das wäre ein ganz deutlicher Schwerpunkt der Freiheitlichen, und der darf nicht international unbeachtet vorübergehen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die Idee ist gut, wir werden sie verfolgen, Gnädigste. Warum sind Sie nicht schon früher gekommen mit dem?“) Sehen Sie, erster Erfolg!

Ein zweiter Bereich. Sie haben vorher angesprochen, daß nur die Blasmusik speziell finanziert werden soll. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Nein, nicht nur, neben allen anderen!“) Ich denke, wenn wir jetzt hergehen und nach Instrumentenklassen differenzieren, wie es dem Kulturverständnis der F offenbar entspricht, dann würde ich bitten, eine eigene Budgetpost für lateinamerikanische Perkussion einzuführen. Gehen Sie auch hier mit, Herr Chibidziura? (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ich sage Ihnen ganz ehrlich, die Perkussion der Südamerikaner sind ja eh da, die werden ja von uns gefördert. Die werden ja vom Blasmusikverband geholt, weil gerade auch die Blasmusik spielt südamerikanische Weisen. Das ist ja kein Problem!“) Gut, aber lassen wir einmal dieses Thema. Über das gesamtpolitische Verständnis des Herrn Chibidziura, auch bezogen auf seine äußerst seltsame Rechts-Links-Definition, über das möchte ich nicht weiter reden, weil das für mich zu dieser Zeit in der Früh ein bißchen zu unappetitlich ist.

Zu den beiden anderen Vorrednern. Der Herr Abgeordnete Getzinger hat vorher alle möglichen Initiativen sehr lobend erwähnt. Das Interessante ist, die, die er erwähnt hat, die aus dem alternativen Bereich kommen, die finden sich nicht im Budget. Und das wäre ein ganz konkreter Ansatzpunkt für den jetzigen Ressortchef in diesem Bereich. Genau diese

Initiativen erwähnt die SPÖ jetzt positiv, weil sie einen alternativen Ansatz haben, weil sie mutig arbeiten, weil sie experimentell arbeiten – und das ist mir auch wichtig –, weil sie es auch wagen, außerhalb von Graz regional zu arbeiten, oft unter sehr, sehr schwierigen Bedingungen, dort, wo die Blasmusik und das Kulturverständnis vom Herrn Chibidziura teilweise dominiert, dort zu arbeiten. Ich wünsche mir, daß diese Initiativen, Günter Getzinger, die du hier so lobend erwähnt hast, daß diese fix im Budget sind und daß sie nicht, was vielen von ihnen passieren wird, am Ende dieses Jahres ein Sechstel ihrer Finanzierung nicht ausbezahlt bekommen, weil die Budgetüberschreitungsermächtigung nicht möglich ist. (Abg. Schinnerl: „Ein herrliches Zusammenspiel!“ – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ist das ein Doppelpaß, Gnädigste?“) Ein Doppelpaß zu wem, Herr Kollege? Zum Chibi oder zum Getzinger?

Jetzt zum Herrn Jeglitsch. Der Herr Jeglitsch hat vorher eine Grundsatzrede gehalten, wie man es von seiner Fraktion nur erwarten kann. Jahrzehntelange sehr betuliche Kulturpolitik, wo die Dominanz des ÖVP-Ressorts genau diese Initiativen auch ganz stark zurückgedrängt hat. Wenn die jetzt ein bißchen mehr Licht bekommen würden, wäre das ein Ansatz, den wir von grüner Seite her stark unterstützen würden.

Ich komme zurück auf den Schwerpunkt, den ich mir jetzt einmal für meine Ausführungen gesetzt habe, zur Landesausstellung 2000. Ich gehe davon aus, daß die Kosten für die Landesausstellung meiner Ansicht nach, zumindest halb, nicht in diesem Budget anzusiedeln sind, sondern im Bereich Wirtschaftsförderung und Tourismus. Weil in diesem Verständnis ist man in den letzten Jahren und Jahrzehnten mit den Landesausstellungen umgegangen. Das würde eine Entschlackung des Kulturbudgets bringen, das mit 620 Millionen Schilling, das ist jetzt der Durchschnitt aus dem Jahre 1996 und 1997, ohnehin sehr, sehr schwach dotiert ist. Es ist nicht einzusehen, weshalb das durch die volle Finanzierung der Landesausstellungen zusätzlich noch belastet werden soll.

Der zweite Bereich. Es sind heuer Budgetkosten für die kommenden Landesausstellungen – Kollege Jeglitsch hat es erwähnt – in Leoben-Donawitz und in Bad Radkersburg budgetiert. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Eine Bitte, nennen Sie mich bitte nicht ‚Kollege‘, das ist eine persönliche Sache!“) Ich glaube, er besteht darauf, daß ich „Herr Abgeordneter“ oder „Herr Universitätsprofessor“ zu ihm sage. Wenn das für ihn erträglicher ist, sehr gerne!

Herr Jeglitsch, Sie haben gerade hervorragend gezeigt, daß Sie es nicht einmal schaffen, auf der Ebene die Kollegialität zu bewahren, die die Frau Landeshauptfrau Klasnic und die der Landeshauptfraustellvertreter am Anfang dieser Legislaturperiode allen in die Hand versprochen hat. Danke für Ihr Outing, Herr Kollege! (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Bitte nennen Sie mich nicht ‚Kollege‘, das ist ein schmerzhaftes Erlebnis!“) Halten Sie es aus inzwischen?

Zurück zu den Landesausstellungen. Die Landesausstellung, die 2000 in Graz stattfinden wird, wird höchstwahrscheinlich rund um den Schloßberg gestaltet werden. Es gibt von der Stadt Graz, vom Tourismusverband und von anderen Initiativen Konzepte in

die Richtung, die für uns aber inhaltlich sehr unbefriedigend sind. Warum? Es gibt Konzepte, die diese Landesausstellung dazu mißbrauchen, eine Garnierung für die ohnehin seit langer Zeit in Diskussion stehende Schloßberggarage zu sein. Und wir gehen davon aus, daß dieser Mißbrauch des Schloßbergs, noch dazu als Abstellplatz für Autos, wo ein Stellplatz ungefähr 200.000 bis 300.000 Schilling kostet, eine absolut sinnlose Investition ist. Also, die Landesausstellung als ein Promotor für eine Garnierung der Landesausstellung mit Stellplätzen im Berg: sicher nicht!

Der zweite Ansatz, der stark von den Medien aufgenommen wurde, das wären – ich sage es jetzt verkürzt – Mega-, Macho-, Gigashows mit Schwarzenegger. Dieses Konzept ist leider Gottes auch sehr stark von der ÖVP unterstützt worden und von Teilen der SPÖ und sieht überhaupt keine gesamtheitliche Nutzung des Schloßberges als Ausstellungsort vor.

Der Ansatz, den wir am ehesten unterstützen können, ist einer, der für diese Landesausstellung 2000 drei Komponenten beinhaltet.

Die erste Komponente: Eine bewußte Verbindung von Wissenschaft, Kultur und Ökologie im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für diese Ausstellung im Jahr 2000. Es gibt Initiativen in diese Richtung vom Stadtgartenamt. Es gibt Initiativen in die Richtung auch von einem jungen Grazer Ökologen, der auch probiert, eine Wirtschaftskomponente hineinzunehmen. Und es gibt speziell noch eine Initiative, nämlich die „Bürgerinitiative Schloßberg“, die dieses Konzept sehr gerne begleiten würde, wenn man sie nur fachlich einbeziehen würde und ihr diese Möglichkeit gibt.

Zweiter Bereich: Die Landesausstellungen sind meiner Ansicht nach, wann immer es möglich ist, so zu gestalten, daß sie den ganzen Ausstellungsort räumlich erfassen. Ich möchte auf eine Ausstellung zurückgreifen, die in Graz stattgefunden hat, die für mich selber sehr beeindruckend war, nämlich im Jahr 1988 „Bezugspunkte 1938–1988“ in Graz im „Bedenkjahr“. Damals war es möglich, diese Ausstellung in Graz zu erwandern, zu mehreren verschiedenen Punkten zu gehen und die Ausstellung auch in kleinen Portionen zu konsumieren. Ich glaube, das ist auch ein Zugang zur Landesausstellung, der für mich sehr attraktiv ist: Daß man sich Zeit nehmen kann, daß man gustieren kann und daß man diese Dosis an Kultur, die einmal im Jahr vom Land Steiermark finanziert wird, auch gesondert an mehreren Tagen hintereinander aufnehmen kann.

Der dritte Bereich, den ich ansprechen möchte, und das ist jetzt eine Finanzierungsfrage: Aus unserer Sicht sind Landesausstellungen mehrjährige Beteiligungsprojekte. Das heißt, es wäre sinnvoll, Budgets etwa für die Ausstellung im Jahr 2000 bereits im Budget für das Jahr 1997 drinnen zu haben. Das ist leider Gottes nicht möglich, weil dieses Budget in ungefähr einer Stunde hier abgestimmt wird. Das heißt, die erste Finanzierung startet dann im Jahr 1998. Ich möchte jetzt mit dem Bereich Landesausstellungen abschließen. Das waren die ersten Vorstellungen, und ich hoffe, wir haben die Möglichkeit, mit dem zuständigen Referenten diesbezüglich weiter im Gespräch zu bleiben.

Was mir sehr negativ auffällt am gesamten Budget, aber speziell auch in dem Bereich: Es fehlt in dieser

Gruppe, wie auch in allen anderen Gruppen, eine Liste der Empfänger und Empfängerinnen von Subventionen. Es sind einige der vorher erwähnten Initiativen fix im Budget festgeschrieben, aber bei weitem nicht alle. Ich glaube, im Sinne einer Transparenz, und ich glaube auch, im Sinne einer Wertschätzung von Kulturinitiativen wäre es sinnvoll, diese Liste der Subventionsempfänger im Budget anzufügen. Die Stadt Graz macht das seit Jahren, und das wird von Subventionsempfängern als äußerst positiv gesehen, weil es ein Schritt in Richtung Transparenz ist. Und zwar Transparenz sowohl dafür, daß man sagt, die Stadt oder das Land schätzt unsere Arbeit, als auch Transparenz in die Richtung, daß man sagt, die Stadt und das Land haben für unsere Arbeit nur sehr, sehr wenig Geld bereit.

Ja, und der letzte Punkt, den ich noch einbringen möchte – Kameradschaftsbund. Mich hätte es interessiert, wo sich im Budget Finanzierungen für den Kameradschaftsbund finden. Ich habe leider das aktuelle Stichwortverzeichnis nicht bekommen. Ich nehme an, diese Finanzierungen laufen im Bereich der Denkmalpflege, auch im Bereich der Blasmusik und sind in einigen anderen Ressorts versteckt. Noch einmal, um transparent zu machen, wie das Land Steiermark dermaßen anachronistische und militaristische Strukturen unterstützt, wäre so eine Liste der Subventionsempfänger auch sehr interessant. Das wäre ein konkreter Auftrag auch an den zuständigen Referenten. Ich könnte mir vorstellen, daß man die Summe, die der Kameradschaftsbund derzeit kassiert, umwidmet und sie einer Enquete zur Verfügung stellt, die im Herbst stattfindet, mit dem Schwerpunkt Antirassismusbearbeitung und Arbeit in Richtung Auflösung der Hetze, die derzeit in Österreich gegen Fremde gemacht wird. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 9.53 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (9.53 Uhr): Ich habe ein stilles Übereinkommen mit den Damen des Stenographendienstes, nämlich daß ich nicht immer so reden soll (Richtung Abgeordneten F zeigend) und daß ich das Pult ein bißchen anheben soll. Ich möchte mich bei Ihnen bedanken, daß Sie mir das gesagt haben, weil ich möchte Ihre Arbeit nicht erschweren. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du schaust lieber nach rechts!“) Wenn du da bist, dann schaue ich zu dir, aber du bist leider nicht so oft da, daß ich zu dir schauen könnte.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Diskussion zwischen Herrn Kollegen Chibidziura und Frau Kollegin Zitz ist für mich zwar eine typische Diskussion und Auseinandersetzung, und sie ist wichtig, aber sie ist eine unfruchtbare Diskussion. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich eine Wertung anbringe. Ich bin dafür, daß wir die Blasmusik haben, und ich bin auch dafür, daß wir die autonomen Kulturinitiativen haben. Ich bin dafür, daß wir die traditionellen Kulturfestivals haben, was nicht richtig als Hochkultur bezeichnet wird, und ich bin dafür, daß wir zahlreiche kleine Purzelbaumkulturinitiativen quer

durch das Land haben, weil nur so ein dichtes Geflecht von kultureller Aktivität entstehen kann. Wobei ich jetzt nicht dem Herrn Kollegen Chibidziura das Recht nehmen möchte, daß er sich schwerpunktmäßig für die Blasmusik einsetzt, und nicht dir, Edith, das Recht nehmen möchte, daß du dich schwerpunktmäßig für die autonomen Initiativen einsetzt.

Ich möchte nicht sehr viel zu den allgemeinen Aspekten der Kultur sagen, weil ich das schon in meiner Generalrede angesprochen habe. Ich möchte nur ein paar Punkte nochmals festhalten. Was wir brauchen, sind Labors und Experimentierfelder für Künstlerinnen und Künstler. Ganz gleich, ob das die Avantgarde oder ob das die traditionelle Kunst ist. Was wir brauchen, ist eine Gesinnung, die weggeht von dem so ein bißchen fördern und Almosen geben gegenüber den Künstlerinnen und Künstlern. Ich würde mir wünschen, daß wir sie zum Beispiel mit einer handhabbaren Infrastruktur ausstatten, mit Ateliers, mit Ausstellungsräumen, mit Aufführungsräumen, die ihnen kostenlos zur Verfügung gestellt werden können. Ich würde mir auch wünschen, daß verstärkt junge Künstlerinnen und Künstler ins Ausland gehen können, ins Ausland geschickt werden können, damit eben die Weltoffenheit der steirischen Kultur garantiert ist.

Ein Wort noch zu dir, Edith, zu den Landesausstellungen. Ich habe nicht nur kein Problem, daß Landesausstellungen nicht nur kulturelle Ereignisse sind, sondern auch ökonomische Effekte haben, nämlich, daß die Infrastruktur dort, wo die Landesausstellung läuft, verbessert wird. Ich bin zutiefst überzeugt davon, daß es heute nicht mehr möglich ist, Gesundheitspolitik isoliert zu betreiben, Bildungspolitik isoliert zu betreiben, Kulturpolitik isoliert zu betreiben. Alle diese Politikbereiche müssen und sind mit ökonomischen Aspekten zu vermengen oder sind auch ökonomische Aspekte hineinzugeben. Ich weiß schon, daß manche, nicht zuletzt aus ideologischen Gründen, das nicht gerne hören, wenn man das zum Beispiel bei der Kulturpolitik oder bei der Bildungspolitik sagt. Aber angesichts eben der Finanzierungsprobleme, die wir haben, ist auch die Frage zu stellen, wie weit Bildung nicht nur, aber auch ökonomisch verwertet werden kann, und ist auch die Frage zu stellen, ob wir uns ein bestimmtes Gesundheitssystem leisten können oder nicht. Und ich möchte in dem Zusammenhang nicht falsch zitiert werden, weil Herr Kollege Ussar den Kopf schüttelt (Abg. Ussar: „Ich bin weiterhin der Ansicht, daß der Staat für die öffentlichen Schulden aufzukommen hat!“), Bildung darf sich nicht in der Frage der ökonomischen Verwertbarkeit erschöpfen.

Aber es ist auch die Frage zu stellen, ob wir uns zum Beispiel das Hochschulsystem, das wir haben, auf diese Weise noch leisten können. Ob es nicht notwendig ist umzuschichten, andere Wege der Bildung, wenn ich bei dem Punkt kurz bleiben darf, zusätzliche Wege der Bildung zum Beispiel zu beschreiten in der Form einer „Open University“. Andere Länder exerzieren uns das vor, wo gleiche Bildungseffekte mit weit geringeren Kosten erreicht werden können als im österreichischen Bildungssystem. Und das gleiche gilt auch für die Kultur. Kultur hat nichts mit ökonomischer Verwertbarkeit zu tun. Ich möchte nicht falsch zitiert werden. Aber wenn Landesausstellungen geplant

werden, ist das ein legitimer Aspekt, auch die infrastrukturellen und damit ökonomischen Aspekte mit einfließen zu lassen. Ich stimme Edith Zitz zu, wenn sie sagt, daß dann das nicht ins Kulturbudget hineingerechnet werden darf und man dann nicht mit der großen Zahl Kulturmillionen hausieren gehen darf. Das soll man fein säuberlich trennen und sagen, für die Kultur im engeren Sinn wird soviel aufgebracht, und für die Infrastrukturgeschichte wird soviel aufgebracht. Und man kann durchaus auch über die Inhalte der Landesausstellungen diskutieren, ob hier nicht auch – ich sage es einmal so – nicht nur traditionelle Aspekte angesprochen werden sollen, sondern daß Aspekte, die weit in die Zukunft hineinreichen, angesprochen werden sollten, beispielsweise eine Ausstellung zur Frage der Telekommunikation. Wenn ich mir so die Vernetzung dieser verschiedenen Kulturideologien anschau, dann ist für mich Müzzuschlag ein sehr schönes Beispiel, und ich kann dabei nicht verhehlen, daß ich Müzzuschlager bin, das Kulturhaus in Müzzuschlag, die Buchebner-Gesellschaft auf der einen Seite, und auf der anderen Seite die Brahms-Gesellschaft, die Rosegger-Gesellschaft; alle diese Gesellschaften haben das Kulturleben in Müzzuschlag ganz intensiv geprägt und haben nebeneinander Platz, und sie haben ein fruchtbares Miteinander gefunden. Ich halte nichts davon, immer die rechte Seite gegen die linke Seite in der Kultur auszuspielen und umgekehrt.

Ich möchte noch auf einen ganz konkreten Aspekt eingehen, der jetzt nichts mit der hohen und großen Kulturpolitik unmittelbar etwas zu tun hat, nämlich auf das Landesmuseum Joanneum. Kollege Jeglitsch – ich hoffe, ich darf Kollege sagen. (Abg. Mag. Zitz: „Er schon – ich nicht!“) Ich meine, daß wir eine Titeldiskussion im Landtag haben, ist Bestandteil der österreichischen Kultur. Also, Franz, du hast gesagt, daß das Landesmuseum Joanneum, indem es eine Fachabteilung geworden ist, mehr Autonomie bekommen habe, mehr Eigenständigkeit, mehr Eigenverantwortlichkeit. Ich möchte das in Abrede stellen. Und du bist mir nicht böse, wenn ich dir sage, ich verstehe dich nicht ganz, wenn du sagst, das sei nach dem Muster der Teilrechtsfähigkeit geschehen. Ich darf dich daran erinnern, Franz, daß du gemeinsam mit mir und anderen Rektorenkollegen intensivst darum gekämpft hast, daß die Universitäten und Institute Teilrechtsfähigkeit bekommen. Und das ist eine Erfolgsstory gewesen. Ich möchte dich fragen, was du sagen würdest, wenn man jetzt sagt, naja gut, dein Institut hat keine Teilrechtsfähigkeit mehr, aber es wird halt eine Sektion im Wissenschaftsministerium. Das war nämlich deine Analogie: Das Landesmuseum Joanneum hat Selbständigkeit oder mehr Selbständigkeit bekommen, indem es eine eigene Fachabteilung im Amt der Landesregierung geworden ist. Ich möchte festhalten, daß Einrichtungen, wie das Landesmuseum Joanneum und andere, Teilrechtsfähigkeit brauchen, damit sie ihre Aufgaben flexibler erfüllen können, damit sie auch eigenes Geld erwirtschaften können. Und ich möchte festhalten, Teilrechtsfähigkeit hat überhaupt nichts mit Privatisierung zu tun. Die Teilrechtsfähigkeit ist ein Weg, beide Gesichtspunkte so quasi unter einen Hut zu bringen. Selbstverständlich soll das Landesmuseum Joanneum nicht privatisiert werden, weil es allgemeine kulturpolitische Aufgaben

zu erfüllen hat, und das sind auch staatliche Aufgaben. Aber parallel dazu soll es mehr Freiheit in seiner Gestion haben, parallel dazu soll es motiviert werden, Dinge zu tun, die es jetzt nicht darf. Und wenn es diese Dinge tun kann, dann kann Geld hereingespielt werden. Franz, du weißt ganz genau, daß das Landesmuseum Joanneum, weil es eben nicht Teilrechtsfähigkeit hat, nicht Vermögen erwerben darf durch Schenkungen zum Beispiel, nicht durch Spekulationen an der Börse, sondern nicht Vermögen erwerben darf durch Schenkungen, nicht Sponsorverträge im eigenen Namen abschließen darf, keine außerbudgetären Sonderausstellungen durchführen darf, nicht Druckwerke und Tonträger und Bildträger und Andenkenartikel im eigenen Namen verkaufen und vertreiben darf. Auch nicht selbständig Dienstverträge abschließen darf, um solche zusätzlichen Aufgaben zu erfüllen. Ich bin zutiefst überzeugt davon, daß das Landesmuseum Joanneum Teilrechtsfähigkeit braucht, um größere Flexibilität zu haben, um auch eigene Mittel zusätzlich zu dem, was wir zur Verfügung stellen, einzuspielen. Und das ist ja nicht eine neue Erfindung oder wäre keine neue Erfindung vom Land Steiermark.

Die Bundesmuseen exerzieren uns diesbezüglich, Herr Kollege Getzinger, auch eine Erfolgsstory vor. Meine Bitte ist, daß Sie sich auch für diese Erfolgsstory einsetzen, und nicht nur für die Fachhochschulstudiengänge. Sie exerzieren uns eine Erfolgsstory vor, die Bundesmuseen, weil ihnen im Gefolge der Universitäten Teilrechtsfähigkeit eingeräumt wurde. Und ich frage mich, was für ein Unterschied von der Aufgabenstellung her zwischen dem Kunsthistorischen Museum in Wien zum Beispiel einerseits und dem Landesmuseum Joanneum andererseits ist. Wir plädieren daher dafür, daß dem Landesmuseum Joanneum die Teilrechtsfähigkeit eingeräumt wird, und wir stellen in diesem Zusammenhang einen Beschlußantrag:

Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, daß erstens dem Landesmuseum Joanneum Teilrechtsfähigkeit in Analogie zu Paragraph 31 a des Forschungsorganisationsgesetzes zukommt, zum Beispiel daß es berechtigt ist, durch unentgeltliche Rechtsgeschäfte, gemischte Schenkungen oder Sponsorverträge Vermögen und Rechte zu erwerben oder Überschüsse zu erzielen und hiervon mit der Ausnahme der Veräußerung von Sammlungsobjekten im eigenen Namen zur Erfüllung ihrer Zwecke Gebrauch zu machen, außerbudgetäre Sonderausstellungen und sonstige Fachveranstaltungen auf der Grundlage vorausschauender Planung durchzuführen, Druckwerke, Ton- und Bildträger, Repliken, Andenkenartikel und ähnliche Gegenstände herzustellen beziehungsweise zu verlegen und im Museum sowie im Rahmen der Ausstellungstätigkeit zu vertreiben. Im Rahmen der Teilrechtsfähigkeit sollen ferner auch Dienstverträge, auf die das Angestelltengesetz angewendet wird, abgeschlossen werden können; zweitens alle Einnahmen aus Entgelten für Leistungen des Landesmuseums Joanneum als zweckgebundene Einnahmen dem Landesmuseum Joanneum zur Verfügung stehen und drittens die vom Landesmuseum Joanneum genutzten Räumlichkeiten und

Liegenschaften vom Landesmuseum vermietet werden können und die Mieteinnahmen als zweckgebundene Einnahmen dem Landesmuseum Joanneum verbleiben.

Viertens: Darüber hinaus wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert zu prüfen, ob auch anderen Einrichtungen des Landes, zum Beispiel dem Landesarchiv, dem Konservatorium des Landes Steiermark, dem Künstlerhaus, dem Volksbildungsheim Retzhof et cetera, in analoger Weise wie dem Landesmuseum Joanneum Teilrechtsfähigkeit im oben genannten Ausmaß eingeräumt werden kann.

Was zum Beispiel das Landesarchiv anbelangt und das Konservatorium, sind das ebenfalls nicht neue Erfindungen oder wären das nicht neue Erfindungen im Hinblick auf die Teilrechtsfähigkeit. Die Universitätsbibliotheken haben zum Beispiel Teilrechtsfähigkeit bekommen. Und das war eine segensreiche Reform, sie haben mehr Spielraum, sie können eigene Mittel hereinspielen, sie können über diese eigenen Mittel verfügen. Und das gleiche gilt für das Konservatorium des Landes Steiermark. Unsere sechs Musikhochschulen haben in analoger Weise wie die Universitäten Teilrechtsfähigkeit und nutzen das einerseits, indem sie mehr und auch neue Aufgaben erfüllen können, und andererseits, indem sie zusätzliche Mittel einspielen und damit auch ein bißchen die öffentlichen Haushalte entlasten. Ich bitte Sie, daß Sie unseren Beschlußantrag unterstützen! (10.07 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Erlitz (10.07 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Punkt 1: Auch wir stehen zur Blasmusik, keine Frage. Ich weiß als langjähriger Kulturreferent der Marktgemeinde Frohnleiten, welche Bedeutung so eine Blasmusik für das kulturelle Leben eines Ortes hat. Abgesehen davon war es unser Antrag, der SPÖ-Antrag, der eine Aufstockung der Finanzen für die Blasmusik verlangt hat.

Auch die Musikschule in Frohnleiten, weil du es angesprochen hast, ist ein wesentlicher Zubringer für unsere Musikkapelle und auch für andere wahrscheinlich. Aber es gibt in Frohnleiten keine Nulltarife, denn auch wir sind in Frohnleiten an Kostenwahrheiten gebunden und budgetieren sauber. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ich habe gesagt, nahezu, bitte!“) Ich sage dir das nur, wenn du es nicht weißt. Was diese Anschuldigungen anlangt, daß ich die Fs eines faschistischen Verhaltens geziehen hätte, so ist das eine böartige Unterstellung, und die weise ich in aller Form zurück, in aller Form. Ich habe hier gesagt, „Haider und seine Statthalter brauchen nicht wehleidig zu klagen, denn wer sich nicht glaubwürdig gegenüber einer faschistischen Vergangenheit oder gegenüber faschistoiden Tendenzen des Heute abgrenzt, muß damit rechnen, sich selbst auszugrenzen.“ Das war auf Haider gemünzt. Das ist, glaube ich, jetzt klargestellt. Aber dein gesamter Beitrag, Kollege Chibidziura, spricht für das Kulturverständnis der Freiheitlichen. Über die Baßtuba hinaus seht ihr nichts. Das ist aber kein Armutszeugnis gegenüber der Baßtuba.

Meine Damen und Herren, ich habe in meiner Generalrede schon einiges im Bereiche der Kultur ansprechen können. Ich möchte nur noch zwei Facetten unterstreichen, die hier von einigen Vorrednern bereits angesprochen wurden.

Es gibt ja, seit geraumer Zeit feststellbar, einen anhaltenden Boom für große Ausstellungen in allen Kulturländern der Welt. Es gibt so etwas wie eine Bildkonjunktur. Weltweite Kooperationen für Ausstellungen sind eigentlich eine Selbstverständlichkeit geworden, aus Kostengründen, Synergieeffekten, Verbesserungen des Angebots und vor allem Nützung der in diesen Ausstellungen gebündelten Kreativität. An dieser Bildkonjunktur hat auch nichts die Kultur im elektronischen Bereich geändert. Weder herkömmliche Medien, Fernsehen, Radio, Internet, World Wide Web, E-Mail und so weiter, wie das alles heißt, konnten diesen Boom eigentlich reduzieren oder wären diesem Boom abträglich gewesen. Aber auch für das traditionelle Ausstellungswesen sowie für diese elektronischen Medien sind eben spezielle Räume, Techniken, Sicherheitserfordernisse, Präsentationsformen unerlässlich, und in der Steiermark gibt es halt auf diesem Gebiet eine Leermeldung, eine Fehlanzeige. Wir haben keine Möglichkeit, diese Ausstellungen zu präsentieren.

In den späten siebziger und achtziger Jahren gab es einen Boom, eine Neubauserie von Museen und Ausstellungshallen europaweit – Deutschland, Schweiz, Frankreich –, aber auch in den USA, und bei uns hatten wir nichts dergleichen anzubieten. Bei uns gibt es oder gab es die Trigon-Diskussion mit vielen unterschiedlichen Vorschlägen, aber letztlich kein Konzept, mit dem man einen Neubau dieser Größenordnung hätte beginnen können. Die Trigon-Idee war ja nur so lange maßgeblich, als Südost- und Osteuropa noch nicht von diesen politischen Umwälzungen verändert wurden. Seit diesen Ereignissen, seit dieser Umwälzung hier im Südosten, ist diese Triogon-Idee historisch überholt und nicht mehr geistiger Inhalt eines solchen Hauses oder kann nicht mehr geistiger Inhalt eines solchen Hauses der Moderne sein. Und letztendlich ist der Beitritt Österreichs zur EU als Herausforderung zur Grenzüberschreitung zu verstehen.

Erst mit der Übernahme des Kulturressorts durch den Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner wurde ein neuer Denkprozeß in diese Richtung „Haus der Moderne“ eingeleitet, mit dem Arbeitstitel „Haus der Moderne“. Eine Standortstudie ist in Auftrag gegeben worden. Denn ich meine, daß man einer Beliebigkeit des Standortes hier auch nicht zustimmen kann. Eine Standortstudie ist also von ganz entscheidender Bedeutung, ebenso wie ein entsprechendes neues Konzept, wobei auch ein zukünftiger Leiter oder eine zukünftige Leiterin dieses Hauses schon Konzept sein kann. Ein „Haus der Moderne“ ist für unser Land von großer Bedeutung, und ich glaube, da stimmen wir alle überein, denn bis heute sind alle großen Ausstellungen von Weltformat mangels räumlicher, technischer, sicherheitsmäßiger Voraussetzungen an der Steiermark vorbeigegangen. Ein neues Ausstellungshaus böte natürlich völlig neue Möglichkeiten in dieser Hinsicht und wäre für unser Land ein kulturpolitischer Quantensprung.

Ich erinnere an die Einladung des Guggenheim-Direktors Thomas Krenn durch Peter Schachner vor einigen Jahren – 1991. Das Ergebnis war ein eindeutiges. Thomas Krenn hat damals zugesagt, die eine oder andere große Ausstellung dieser Guggenheim-Foundation, dieses weltberühmten New Yorker Museums, auch in Graz zeigen zu wollen, wenn die dazu nötigen Voraussetzungen stimmen. Ein solches Haus ist unumgänglich notwendig.

Zweiter Punkt, zweite Facette: Auch beim „steirischen herbst“, wir stimmen überein, ein kulturelles Aushängeschild unserer Steiermark, der durchaus auch ein Zwischenmieter in diesem „Haus der Moderne“ sein kann, stimmen manche Voraussetzungen nicht. Erstens, über Jahrzehnte hat gerade unsere oder meine sozialdemokratische Fraktion die eigenartige Konstruktion kritisiert. Einerseits die Gesellschaft bürgerlichen Rechts durch den Vertrag von Land und Stadt mit dem Präsidium auf der einen Seite, und die Steirische Herbst-Veranstaltungs-Ges. m. b. H. mit dem Alleineigentümer Verein der Freunde des Steirischen Herbstes auf der anderen Seite. Sie hören allein daraus schon diese verkorkte Konstruktion, denn die gesamte Verantwortung liegt einerseits beim Präsidium, und auf der anderen Seite hat aber das Präsidium auf die Gestaltungsmöglichkeit keinen Einfluß – ein Zustand, der ja auch vom Landesrechnungshof schon entsprechend kritisiert wurde und erst vor kurzem Gegenstand einer Ausschußberatung war. Denn der Landesrechnungshof hat hier wortwörtlich festgestellt, daß hier ein Zustand vorliegt, den es seit 1976 gibt – bitte sehr, schon der vorvorige Kulturreferent Jungwirth hat diese Konstruktion geschaffen. Der Landesrechnungshof hat hier also bestätigt und gemeint, daß der Verein des Steirischen Herbstes und seine 100prozentige Tochter, die Steirische Herbst-Veranstaltungs-Ges. m. b. H., gemäß Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz nicht unmittelbar der Kontrolle des Landesrechnungshofes unterliegen, obwohl das Land Steiermark auf Grund faktischer, finanzieller und persönlicher Verbindung bezüglich dieser Unternehmungen eine dominante Stellung einnimmt. Also hier, glaube ich, müßte man eine Strukturbereinigung vornehmen. Der Landesrechnungshof erachtet es als untragbar, daß die Verwendung von öffentlichen Mitteln in einer nicht unbeachtlichen Dimension der Überprüfung entzogen ist.

Und zweitens, neben dieser Strukturbereinigung ist auch meines Erachtens über ein Ende der als unstatthaften – weiß ich nicht –, aber ein Ende der Funktion des „steirischen herbstes“ als Subventionsverteiler nachzudenken. Einige wirklich wichtige Kunst- und Kulturveranstalter haben ja durch Gewohnheitsrecht des vorvorigen Kulturreferenten eine Art Zuwendungsrecht aus dem „herbst“-Budget erworben. Der „steirische herbst“ muß also einige Mitveranstalter mitfinanzieren. In erster Linie Forum Stadtpark, das Kunsthaus Müzzzuschlag, das Culturzentrum Wolkenstein in Stainach sowie kleinere Initiativen, alles hochkarätige Einrichtungen, damit wir uns da nicht mißverstehen. Aber von einem Intendanten oder einer Intendantin, so wie jetzt, seit Beginn des Jahres, wird selbstverständlich ein markantes Programmprofil erwartet, es wird ja auch danach beurteilt. Aber wie soll sie, oder wer auch immer dann Intendant einmal sein wird, aber

jetzt ist es einmal eine Intendantin, wie soll sie das zuwege bringen, wenn sie gleichzeitig ererbte Mitveranstalter finanziell quasi bedienen muß, ohne diese tatsächlich auf ihr Programm einschwören zu können? Ich weiß schon, ohne die Existenz dieser von mir angesprochenen Einrichtungen gefährden zu wollen, bilden sie doch, glaube ich, für jeden Intendanten des „steirischen Herbstes“ in dieser Konstellation einen gewissen Klotz am Bein.

Schon in meiner Generalrede habe ich festgehalten, nichts einstellen zu wollen. Kulturpolitik heißt, zu gewähren, zu ermöglichen und Vielfalt zu garantieren. Ganz im Gegenteil, ich bin Erhalter und denke da ganz besonders – und auch das wurde angesprochen – an das „Musikprotokoll“. Seit 1969 ist es ein vom ORF gestalteter unverzichtbarer Bestandteil des „steirischen Herbstes“. Seit 1974 im Vertrag zwischen Land und Stadt Graz festgehalten, wofür auch dem ORF ein Vizepräsident im „Herbst“-Präsidium eingeräumt wurde. Jüngst wurde aber – und das bedauere ich – die Programmleitung der „Musikprotokolle“ nach Wien in die Zentrale geholt. Und das ist nicht immer ein gutes Zeichen, nach Wien in die Zentrale geholt zu werden. Vielleicht ist es für den Herrn Programmierer, für den Programmierer, durchaus eine Aufwertung, nach Wien geholt zu werden, aber für die Steiermark droht dies doch ein großer Nachteil zu werden. Ich sage hier nur, das „Musikprotokoll“ ist eines der wenigen Markenzeichen des „steirischen Herbstes“, und ihm würde viel fehlen, dem „steirischen Herbst“, wenn diese höchst lebendige Traditionsveranstaltung „Musikprotokoll“ von Graz abgezogen würde oder überhaupt verlorengeinge. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, Schlußsatz. Ich bin der Meinung, daß die Steiermark insgesamt einen kulturellen Schub benötigt. Einen kulturellen Schub, der für den gesamtgesellschaftlichen Diskussions- und Entwicklungsprozeß der Steiermark notwendig ist. Und ich bin überzeugt davon, daß dieser kulturelle Schub untrennbar mit dem Namen Peter Schachner verbunden sein wird. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 10.21 Uhr.)

Präsident: Heute begrüße ich auf der Zuschauergalerie folgende Besuchergruppe: 17 Schüler der Gendarmerieschule Graz unter der Leitung von Herrn Chefinspektor Hans-Jürgen Eibel und Herrn Chefinspektor Heinz Schlemmer. (Allgemeiner Beifall.)

Und jetzt hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl zu einer einminütigen Rede gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Wabl (10.21 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte einen persönlichen Beitrag zu dieser Kulturdebatte liefern. Man sagt immer, Politiker reden viel und sagen wenig, Dichter reden wenig und sagen viel. Und ich habe mich bemüht – behaupte nicht, ein Kulturträger zu sein –, Gedichte zu schreiben, und möchte da hier einmal zwei vorlesen zur Auflockerung. Auch der Gedichtband ist herausgegeben worden, das ist ein aktueller Bezug mit einem Sehbehinderten, und ich lese Ihnen diese Gedichte vor, weil ich glaube, daß sie vielleicht auch zum Nach-

denken anregen. (Abg. Tasch: „Du hast schon wieder die Vereinbarung gebrochen!“) Du, ich habe den Präsidenten gebeten, ich bin in einer Minute fertig. Wenn du mich nicht unterbrichst, bin ich gleich fertig.

„Vor Gericht,
Angst gehabt,
still gestanden,
hochdeutsch gesprochen,
nichts verstanden,
erleichtert nach Hause gegangen.“

Und das zweite Gedicht:

„Behindert.
Die Welt von unten, von außen,
die Menschen von oben, von der Seite,
Gefühle von innen,
eine erste flüchtige Berührung.“

Und ich möchte dieses Buch dem Herrn Abgeordneten Jeglitsch überreichen mit der Widmung von uns beiden: „Von der Kollegin und dem Kollegen der Grünen Fraktion für Herrn Prof. Jeglitsch, mit den besten Wünschen für ruhige Stunden! Martin Wabl und Edith Zitz.“ Danke schön! (Beifall bei den Grünen und bei der SPÖ. – 10.23 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Jeglitsch zu einer Berichtigung. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (10.23 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eine Berichtigung zu dir, Christian. Ich habe nicht davon gesprochen, daß mit der Errichtung einer Fachabteilung auch die Teilrechtsfähigkeit gelöst ist, sondern ich zitiere nochmals wörtlich aus den Redeunterlagen: „Ein Hauptanliegen, das möglichst bald realisiert werden soll, ist das Schaffen von Leistungsanreizen durch finanzielle Beteiligungen an Einnahmen, etwa nach dem Muster der Teilrechtsfähigkeit der Bundesmuseen.“ Das ist eine Aufgabe, die ich definiert habe, die möglichst bald zu erfüllen ist. Nach Überlegungen – das ist auch die Ursache, warum wir deinem Beschlusantrag nicht folgen, aber sofort Gespräche aufnehmen, wie diese Teilrechtsfähigkeit gestaltet werden soll.

Ein Zweites. Ich bin nicht in den Landtag gekommen und habe nicht ein Mandat angenommen, um von allen in diesem Landtag geliebt zu werden. Das wird wohl auch Ihnen so gegangen sein. Ich nehme solche Begriffe wie Kollegialität inhaltlich sehr ernst. Man kann sich gegen Anreden, wie immer man angesprochen wird, nicht wehren, sondern hat sie zu akzeptieren oder zu erdulden. (Abg. Mag. Zitz: „Das schaffen Sie offenbar nicht!“) Und bei der Anrede im Sinne der Kollegialität ist für mich ein Maßstab, wie Damen und Herren in diesem Haus mit diesem Haus und den übrigen Abgeordneten umgehen. Das ist für mich die Basis einer kollegialen Verständigung. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 10.25 Uhr.)

Präsident: Ich erteile jetzt dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (10.25 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Am Beginn ein paar technische Anmerkungen beziehungsweise Antworten auf das, was vorgebracht wurde. Es ist von der F-Fraktion mit großer Begeisterung steiermarkweit die Frage der Drucklegung in Slowenien im Zusammenhang mit der Landesausstellung ventiliert worden – scheinbar ein ungemein wichtiges politisches Thema. Es fliegen im ganzen Land die Flugzettel herum. Zur Kenntnis genommen. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Die Kulturabteilung hat das sorgfältigst vorbereitet, längst vor meiner Zeit, der Verfassungsdienst war eingeschaltet und hat das begutachtet, und die Steiermärkische Landesregierung hat einen einstimmigen Beschluß gefaßt. Es wäre angenehm, wenn Sie das dazusagen würden.

Zweiter Punkt, zu Frau Mag. Zitz. Es ist ein Informationsrückstand, den Sie haben, was die Landesausstellung in Graz betrifft. In den vielen Gesprächen mit dem Herrn Bürgermeister der Landeshauptstadt und mit dem Herrn Kulturreferenten der Landeshauptstadt haben wir klargelegt, daß im Jahr 2000 die Vorstellungen mancher, mit der Dimensionierung Schwarzenegger und Garagen, mit Aufstieg zu einem entsprechenden Restaurant, nicht das sein kann, was wir uns vorstellen. Wie wir auch einvernehmlich festgestellt haben, daß der Schloßberg zwar da und wichtig ist, aber kein Inhalt.

Inhalt der Landesausstellung in Graz wird an dieser Jahrhundert- und Jahrtausendwende, zumindest aus unserer Einstellung und Sicht – aber wir lassen jetzt darüber nachdenken, wie sich das im übrigen gehört, man soll das ja nicht vorgeben – gerade in diesem historischen Zeitabschnitt die Verknüpfung von Kunst und Wissenschaft sein, und nicht das, was Sie angesprochen haben. Ja, Sie haben von Garagen und vom Schwarzenegger geredet. Ich sage Ihnen nur, damit das klar ist, daß es das nicht sein wird.

Die rechtlichen Fragen: Christian Brünner, ich bin mit dir, daß wir uns sehr sorgsam überlegen sollen, inwieweit wir gewisse Bereiche ausschließlich an der Kandare der Landesverwaltung führen. Die Teilrechtsfähigkeit ist ein Modell, man kann darüber reden. Aber es gibt natürlich auch die noch weitergehende Möglichkeit, sich überhaupt in den Bereich einer Gesellschaftsform zu begeben, die noch Spielräume gibt. Ich bin, und das hat man ja beim Joanneum Research gesehen, all diesen Dingen zugänglich, weil ich durchaus meine, überall dort, wo man Methoden verbessern kann, auch Drittmittel hereinzuholen, auch das Sponsoring voranzutreiben. Ich bin für jede gute Idee nicht nur zu haben, sondern ich werde mich bemühen, sie zu verwirklichen. Wobei wir alle wissen, so einfach ist es auch nicht, in der Landesverwaltung diese Schritte sehr rasch zu setzen, aber es wird möglich sein.

Eine vierte technische Anmerkung: Es wurde sehr oft von allen – Günter Getzinger, aber auch von anderen – darauf hingewiesen, daß es den Konnex zum Tourismus und zur Kultur und Kunst insgesamt gibt. Ich bin davon zutiefst überzeugt, daß das längst eine ganz große Rolle spielt. Ich bin auch der Meinung, daß das Kulturangebot im weitesten Sinn längst eine Standortentscheidung ist, auch für Unter-

nehmen und Unternehmensbeteiligte, die einen Standort auswählen. Und ich habe daher dem Kollegen Hirschmann in einem sehr offenen Gespräch gesagt, diesen Konnex, der bisher auch zu wenig von der Vermarktungstechnik her tatsächlich betrieben wurde, haben wir herbeizuführen. Dieser Konnex ist da, er ist gegeben. Wir müssen uns auch in der ganzen Tourismusfrage darüber hinaus beschäftigen, wie sinnvoll es ist, daß irgendwelche einzelnen Regionen mit irgendeinem kulturellen Ereignis werben – also so groß ist dann die Steiermark auch nicht –, daß man das konzeptuell und in der Realisierung in eine gesamtsteirische Aktivität überführt, bis hin zur Frage, ob man für die Stadt Graz eine eigene Tourismusgesellschaft braucht und für das Land eine ähnliche Einrichtung, und dann noch für jede Region etwas anderes. Und diese Verknüpfung mit einem Angebot dessen, was uns besonders stark macht – alles wurde genannt –, geht hin bis zu dem, was du sagst, Günter, daß wir in Graz mittlerweile ein unglaubliches Angebot und eine Dichte an Bühnen haben. Daß das auch in ein Tourismuskonzept als Selbstverständlichkeit hineingehört, ist für mich unbestritten.

Meine Damen und Herren, ich habe die technischen Fragen so rasch als möglich beantwortet. Sie wissen, daß wir uns Zeitdisziplin auferlegt haben, und ich möchte sie wirklich nicht über Gebühr strapazieren.

Darf ich zum Grundsätzlichen etwas sagen? Ich glaube, es wäre ein riesiges Mißverständnis, wenn irgend jemand in diesem Haus glaubt, ich habe ein Problem mit einem Rückblick in die Vergangenheit. Die Damen und Herren der Volkspartei wissen vielleicht nicht mehr alle, daß es bei Hanns Koren auch innerhalb Ihrer eigenen Fraktion und Ihrer Klientel, auch im Bereich der Kulturschaffenden, die heftigsten Auseinandersetzungen gegeben hat und Hanns Koren mitunter gewaltig unter dieser Auseinandersetzung gelitten hat. Und ich darf Ihnen – was Sie vielleicht gar nicht oder nur mehr marginal wissen – sagen, daß es sehr oft finanzielle Probleme für ihn gegeben hat, daß die finanzielle Problemlösung letztendlich damals bei meinem Vater gelandet ist und sie das in Gemeinsamkeit, sehr oft auch mit sehr viel Unverständnis der eigenen Parteikollegen, durchgezogen und bereinigt haben. Ich wollte das nur dazusagen.

Für mich, meine Damen und Herren, ist auch dieser Blick zurück, dieser bedeutungsvolle Mann mit dieser Verinnerlichung des Innerösterreichischen, nicht nur kein Problem, sondern einfach eine Standortbestimmung. Denn wenn wir nicht wissen, wo wir herkommen, werden wir nicht wissen, wo wir hingehen. Also, daher ist es für mich nichts als eine Selbstverständlichkeit, das auch zu sehen, aber es hat sich Gewaltiges geändert. Wolfgang Erlitz hat das ganz kurz angeschnitten, ich möchte mich nicht verbreitern. Aber etwas ist klar, der alte innerösterreichische Raum ist ein spannendes Element. Der altösterreichische Raum insgesamt ist von der Dimensionierung mindestens so interessant und ist angesichts der bevorstehenden und auch geplanten, wengleich erst nach der Jahrtausendwende durchzuführenden Osterweiterung der EU eine Dimension, die Österreich und damit die Steiermark wieder in eine besondere Rolle rückt. Ich glaube also, daß wir – und das meine ich –, in die Zukunft blickend, diesen Teil verstärkt sehen müssen,

und so wichtig Alpen-Adria und so wichtig Trigon war, so sehr, sage ich, ist es heute diese europäische Dimensionierung, auch in der Kultur, klarerweise innerhalb der EU und in Hinsicht dessen, was in der Osterweiterung zu erwarten ist. Ich glaube, daß diese Gewichtverschiebung einfach notwendig ist und daß wir das auch einmal sagen sollen. Denn das nur Festhalten ist zu wenig oder kann zu wenig werden, um das äußerst zurückhaltend zu formulieren.

Ich stimme mit allen jenen überein, die meinen, wenn es so gemeint ist, daß niemandem von uns zusteht, irgendeinen Teil der Kultur in dem Sinn zu bewerten, daß wir etwas abwerten, gleichgültig was es ist. Es steht aber natürlich jedem einzelnen und auch mir zu – und das tue ich auch, zur Überraschung mancher Kunstschaffender –, eine subjektive Werthaltung einzunehmen, aber wir müssen aufpassen, daß es so etwas wie objektive Qualitätskriterien gibt. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Mir kann etwas nicht gefallen, aber ich bin verpflichtet zu hinterfragen, ob das objektiv Qualität hat, denn, Christian, es gibt diese Maßstäbe schon. Daher meine ich, wir haben es mit einem unglaublich sensiblen Bereich zu tun – in der Kultur insgesamt, und bei den Kunstschaffenden im besonderen. Daher kann niemals gelten, daß wir in einen Bereich, wie sich das manche vorstellen, hineinfahren, ihn sozusagen von uns ordnend neu vorgeben. Dafür bin ich nicht nur nicht zu haben, sondern das widerspricht zutiefst meiner Überzeugung. Die Sensibilität der Kunstschaffenden gebietet, daß wir mit allen Bereichen behutsam umgehen. Das heißt nicht, daß wir nichts tun sollen, ganz sicherlich nicht. Aber behutsames, sorgsames Umgehen ist, glaube ich, das oberste Gebot, und wenn das in diesen Wortmeldungen gemeint wurde, dann gibt es einen sehr breiten und intensiven Konsens, den ich mir in der Kulturpolitik unzweifelhaft wünsche.

Meine Damen und Herren, in aller Kürze. Ich habe eigentlich vom ersten Tag an gesagt – auch im Sinne des Bewahrenden – daß es mir schon ein bißchen mißfällt, wenn ich in das Landesarchiv gehe und sehe, wie dort uralte, unwiederbringliche Werte verkommen, weil sie einfach falsch gelagert sind, und wir beschäftigten uns ausschließlich mit einem Neubau. Wo auch immer, wie auch immer und wofür auch immer. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Das heißt, auch ich weiß, daß wir in Graz ein Haus brauchen, in dem wir eine ordentliche Ausstellung machen können. Es müßte die Renoir-Ausstellung nicht in Tübingen sein. Sie oder etwas ähnliches könnte auch bei uns einmal sein, um etwas zu sagen, was mir von der Größenordnung auch einmal vorschwebt, weil ein Event in der Kulturpolitik eben auch eine Rolle spielt. Das weiß ich, und ich stehe auch dazu, daß wir so etwas brauchen. Aber ich meine, daß es unsere Aufgabe ist – da wir ja nicht alles zugleich und alles immer können –, daß wir dort den Hebel ansetzen, wo es dringend notwendig ist. Ich meine, Joanneum, Landesarchiv und in der Folge ein solches Haus der Moderne oder Kulturhaus oder Kunsthaus in Graz zu errichten wäre eine Prioritätenliste, und ich wäre froh, wenn Sie dem dem Grunde nach zustimmen könnten.

Bei den Landesausstellungen mache ich kein Hehl daraus. Es hat gar keinen Sinn, jetzt im nachhinein etwas herumzureden. Wir haben einstimmige Regierungsbeschlüsse, was die Jährlichkeit betroffen hat. Ich selbst bin nicht nur, Herr Prof. Jeglitsch, des Pekuniären wegen – Sie haben gemeint, das allein kann es nicht sein – der Meinung zu überlegen, auf eine zweijährliche Dauer überzugehen, sondern es geht schlicht und ergreifend auch darum, wie die Vorbereitungszeit und die Nachbetreuung aussehen. Die Nachnutzung ist ohnedies ein Kapitel für sich. Sehr oft überlassen wir die Nachnutzungsprobleme dann denen, wo das hingestellt wurde. Die sind dann zum Teil im nachhinein wieder Sanierungsfälle finanzieller Art, also das Problem kommt auch noch dazu. Aber mir geht es um die Nachbetreuung. Wenn – und ich danke dafür – der Kulturschilling nun erhöht wird und wir in einem Volljahr einiges an Mittel mehr lukrieren, sage ich dazu, daß wir andererseits davon auszugehen haben, daß die Verstärkungsmittel, die – das ist unbestritten – zu einem ganz hohen Maß davor für die Kultur verwendet wurden, einfach im Budget so heruntergestrichen sind, daß sie von der Dimension, selbst wenn auch ich 90 Prozent verwenden würde, bedeutend niedriger wären. Also der Spielraum, von dem sich jetzt manche vorstellen, daß er unendlich erweitert wurde, ist nicht so groß, weil wir gleichzeitig im Budget – wie Sie wissen – die Verstärkungsmittel deutlich abgesenkt haben. Früher war es tatsächlich so, daß eine Quelle der sehr späten, aber doch immer wieder erfolgenden Nachbedeckung in der Weihnachtsaktion der Regierung bestanden hat, besonders die Kultur zu bedenken.

Das führt mich zum nächsten Punkt, der mir ganz wichtig erscheint. Aus dieser Tatsache heraus – und das ist überhaupt wertfrei gemeint –, daß das bisher so gehandhabt war, hat es eine große Verunsicherung innerhalb der Kulturschaffenden gegeben. Und sie sind – wenn ich an die letzten Wochen denke, wo ich fast alle nun gehört habe – nach wie vor zutiefst verunsichert und stellen die Frage, ob es nicht möglich ist, daß wir qualitativ auf ein höheres Vertrauensniveau kommen. Ich merke, es ist nicht das Problem, daß der einzelne für sich herausstreicht, obwohl es tatsächlich eines ist, denn die Leute haften alle auch persönlich, weil es dahinter ja sonst nichts gibt, und sie haben in Wirklichkeit keine Zusagen und keine Sicherheiten. Aber es geht ihnen natürlich um noch viel mehr und noch viel Wichtigeres, über dieses persönliche Element hinaus. Es geht ihnen darum, diese Dinge schlicht und einfach vorbereiten zu können. Wir wissen alle, daß kulturelle Veranstaltungen Vorlaufzeiten von ein, zwei, drei Jahren haben, wenn sie etwas sein sollen. Und daher ist einer der wichtigen Ansätze der, daß wir die Qualität der Vertrauensebene erhöhen. Was heißen sollte, wir sollten gemeinsam dazu kommen, daß man bei aller Selbstverständlichkeit, vorbehaltlich der jeweiligen Landtagsbeschlüsse, zumindest mittelfristig zusagt. Es ist klar, daß unsere Prinzipien der Budgeterstellung dadurch nicht über den Haufen geworfen werden dürfen und können, das wäre auch demokratiepolitisch undenkbar. Wir wissen alle miteinander, daß es keine Drittwirkung des Budgets gibt. Daher kann es nur um eine vertrauensbildende Maßnahme gehen. Aber ich bekenne mich dazu, und

ich halte das für einen ganz wichtigen Punkt für das Klima der Kuntschaffenden.

Ich meine, daß wir bei den angesprochenen Musikschulen tatsächlich einen Nachholbedarf haben. Es gibt ein paar weiße Flecken. Sie kennen sie alle. Ich nehme stellvertretend einen Problemkreis heraus, das Mariazeller Land. Wir müssen aber natürlich schon auch sehen, was das an Lasten für das Land bedeutet. Es ist leicht, sich hinzustellen und zu sagen, das werden wir machen, aber es ist nicht leicht, wenn man die dazugehörigen Personalkostenprobleme sieht. Ich glaube, das geht nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung. Ich bin davon überzeugt, daß Sie selbst die gleiche Auffassung vertreten wie ich, daß das Musikschulwesen ungemein wichtig ist und immer war, aber zunehmend wieder von Bedeutung ist und wir halt versuchen müssen, auch diese kostenintensive Seite anzugehen, um die paar Teile im Land, die noch unterversorgt sind, tatsächlich auf ein Versorgungsniveau zu heben, wie wir es uns gemeinsam wünschen.

Es gibt den Wunsch nach künstlerischen Laborplätzen. Es wurde richtig gesagt, daß es sehr wichtig ist, daß unsere Kuntschaffenden die Möglichkeit haben, ins Ausland zu gehen. Wir müssen Methoden und Möglichkeiten suchen, das noch stärker als bisher zu fördern. Aber, meine Damen und Herren, auch der umgekehrte Weg ist entscheidend. Wir müssen zur Internationalisierung auch so spannend und so interessant werden, daß zunehmend wieder Menschen zu uns kommen. Das gilt auch für alle Großveranstaltungen, die angesprochen wurden. Und für mich – und das sei auch klar gesagt – ist in dieser Behutsamkeit und in dieser Sorgsamkeit, mit der man das ganze Ressort anzugehen hat, auch klar, daß wir diese Veranstaltungen von vornherein überhaupt nicht in Frage stellen. Für mich ist der „steirische Herbst“ genauso ein Teil der steirischen Kulturidentität wie die Styriarte, auch wenn sie einmal von den einen und einmal von den anderen angegriffen wird.

Ich glaube, in dieser Vorgangsweise, immer wieder mit dem Bemühen, etwas Neues zu tun, sich zu fragen, wie schaut die Styriarte nach Harnoncourt aus, ist berechtigt, ist auch notwendig, aber deswegen nicht das Ganze in Frage zu stellen, sondern zu fragen: Wohin geht der „Herbst“? Was ist Avantgarde heute? Ist sie nach den 100 Jahren tatsächlich, wie manche meinen, am Ende, weil sie alle ihre Ziele erreicht hat? Wie schaut es aus mit den modernen Instrumenten, Technologien und Methoden der Telekommunikation im Verhältnis zur Kunst? Alles das haben wir zu hinterfragen und einzubringen, um die Spannung zu erhöhen, denn Kultur und Akzeptanz der Kultur braucht vor allem das Element der Spannung und der Annahme durch unsere Menschen. Wir brauchen, glaube ich, noch einen Schub zur Akzeptanzerhöhung. Wenn wir uns gemeinsam anstrengen, wird es gelingen! Ich danke Ihnen für Ihre Beiträge! Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP, FPÖ und dem LIF. – 10.45 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 3 nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort. Bitte, Herr Abgeordneter Getzinger.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (10.46 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf Ihnen noch einen mündlichen Bericht des Finanz-Ausschusses zu Gehör bringen. Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 18. April 1996 zu den Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 112/1 und Einl.-Zahl 126/1, über den Landesvoranschlag 1996 und den Landesvoranschlag 1997, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan über Beschlußanträge beraten und zur Gruppe 3 nachstehenden Beschluß gefaßt:

Antrag: Der Hohe Landtag wolle zu den Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 112/1 und 126/1, folgenden Beschlußantrag beschließen:

Zu Gruppe 3: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß regionale Kulturinitiativen forciert unterstützt und erhalten werden. (10.47 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich. Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 des Landesvoranschlages für 1996 zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Das ist die Mehrheit.

Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 des Landesvoranschlages für 1997 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, ich stelle auch hier die mehrheitliche Annahme fest.

Wenn Sie dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Kulturinitiativen, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Wenn Sie dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend die Zuerkennung der Teilrechtsfähigkeit an das Landesmuseum Joanneum und an andere Einrichtungen des Landes, zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Das ist die Minderheit.

Wir kommen zur Gruppe 5. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich bitte ihn um seine Ausführungen.

Abg. Mag. Erlitz (10.49 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Kapitel „Gesundheit“ besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten: Gesundheitsdienst: Medizinische Bereichsversorgung, Familienberatung, Sonstige medizinische Beratung und Betreuung, Röntgenzug, Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen; Umweltschutz: Natur- und Landschaftsschutz, Reinhaltung der Gewässer, Reinhaltung der Luft, Lärmbekämpfung, Müllbeseitigung, Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen; Rettungs- und Warndienste: Rettungsdienste, Warndienste; Ausbildung im Gesundheitsdienst: Ärztliche Dienste, Krankenpflegefachdienste, Medizinisch-technische Dienste, Sanitätshilfsdienste, Sonstige Gesundheitsdienste; vormals eigene Krankenanstalten: Sonstige Einrichtungen und

Maßnahmen; Krankenanstalten anderer Rechtsträger: Betriebsabgangsdeckung, Errichtung und Ausgestaltung; Heilvorkommen und Kurorte: Kurfonds; Veterinärmedizin: Einrichtungen der Veterinärmedizin, Maßnahmen der Veterinärmedizin; Gesundheit, Sonstiges: Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds.

Das ergibt Ausgaben in der Höhe von 3.851,147.000 Schilling. Dem gegenüber stehen Einnahmen von 3.180,744.000 Schilling. Soweit das Budget 1996.

Die Zahlen für das Budget 1997: Ausgaben von 3.843,529.000 Schilling. Dem gegenüber stehen Einnahmen von 3.180,744.000 Schilling.

Ich bitte Sie, die beiden Budgets 1996 und 1997 anzunehmen. (10.51 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine verehrten Damen und Herren, bevor wir in die Diskussion dieser Gruppe eingehen, möchte ich sehr herzlich auf der Besuchergalerie das Mitglied des Deutschen Bundestages, Herrn Dr. Peter Klotz, früher Bundesgeschäftsführer der SPD - nunmehr Professor an der Universität München, begrüßen. Er befindet sich zu einem Kurzaufenthalt in der Steiermark, und wir freuen uns, daß er Interesse an unseren Beratungen hat.

Wie üblich schlage ich im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, die Spezialdebatte der Gruppe 5 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil „Umweltschutz“ und im zweiten Teil „Gesundheit“ behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen somit mit dem ersten Teil der Gruppe 5 „Umweltschutz“. Erste Rednerin, Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

Abg. Dr. Karisch (10.53 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die erste Spannung ist vorbei, die erste Pause nötig. Ich hoffe, Sie haben ein bißchen Aufmerksamkeit auch für den Umweltschutz. Wir befinden uns in einer Zeit, in der der Wirtschaft ein rauher Wind ins Gesicht bläst. Internationale Handelsabkommen und global wirkungsvolle Märkte sorgen für scharfe Konkurrenz. Niedriglohnländer unterbieten unsere Arbeitslöhne, neue Technologien und Datenhighways ermöglichen die Verlagerung von Dienstleistungen in andere Länder und auch andere Kontinente. In einer solchen Zeit des großen Wettbewerbes hat es der Umweltschutz schwer, Akzeptanz zu finden. Er wird manchmal als Luxus angesehen. Als ein Luxus, der den Wettbewerb durch Kostenerhöhung verzerrt. Lassen Sie mich dazu zwei Bemerkungen machen.

Erstens: Es wäre ein großer Fehler, und es wäre auch kurzfristig, im Bemühen um mehr Umweltschutz innezuhalten. Wir wissen heute alle, daß Unterlassungen im Umweltschutz, daß Einsparungen auf diesem Sektor verheerende Auswirkungen haben können und in späterer Folge nur noch, wenn überhaupt, mit sehr hohem Mitteleinsatz wieder gutgemacht werden können. (Beifall bei der ÖVP.) Ich appelliere daher an Sie alle und an uns alle, an die Vertreter der Wirtschaft ebenso wie die Vertreter der Landwirtschaft, Umweltschutz auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten ernst zu nehmen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich freue mich

und möchte dazu auch etwas Positives sagen: Ich kenne sowohl in der Wirtschaft als auch in der Landwirtschaft viele, die sich darum redlich bemühen, auch wenn es nicht immer leicht ist.

Eine zweite Bemerkung: Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze. Sie sind keine feindlichen Schwestern. Ganz im Gegenteil, die Ökologie ist ein Motor für die Ökonomie. Gut gemachte Ökologie schafft Arbeit und schafft Arbeitsplätze. Es ist sehr wichtig, einen Vorsprung in der ökologischen Entwicklung zu haben. Selbst ein Ökomusterland zu sein, wie wir das von uns behaupten können, schafft frühzeitiges Know-how, ein Know-how, das sich gut verkaufen läßt. Die Umweltschutzindustrie ist heute weltweit eine der innovationsintensivsten und am schnellsten wachsenden Wirtschaftszweige. Es wäre daher fatal, im ökologischen Bemühen in unserem Land innezuhalten. Im Gegenteil, wir müssen innovativ den Umweltschutz vorantreiben. Wir müssen Pilotprojekte auf die Beine stellen, um das dazugehörige Know-how zu erwerben und verkaufen zu können. Die Befolgung ökologischer Grundsätze wird nicht nur weltweit entscheidend für das Überleben der Menschheit sein, sondern sie wird auch entscheidend für die Lebensqualität und unseren Wohlstand von morgen sein.

Meine Damen und Herren, Österreich und auch unsere Steiermark hat in der Vergangenheit auf dem Umweltsektor vieles geleistet. Ich darf Sie an einige Dinge kurz erinnern. Die steirischen Fließgewässer weisen bereits zu 85 Prozent die Güteklassen I und II auf. Die Anzahl der biologischen Kläranlagen wurde von 117 im Jahre 1985 mit einer Reinigungsleistung von damals 1,2 Millionen Einwohnerequivalenten auf 163 im Jahre 1995 mit einer Reinigungsleistung von 2,55 Millionen Einwohnerequivalenten erhöht.

Im Rahmen des Grundwassersanierungsprogramms wurden vor allem im Bezirk Leibnitz deutliche Fortschritte erreicht. Beim Abfall, wo wir immer schon vorbildlich waren, ist es auch wieder einen Schritt vorwärtsgegangen. Wir können eine Abnahme der Restabfallmenge auf 128 Kilo pro Kopf und Jahr feststellen. Ein kleines Novum dazu, es sind bereits 229 Frischmilchtankstellen im ganzen Land eingerichtet. Das bedeutet, daß für zirka 3 Millionen Liter Milch keine Verpackungsabfälle anfallen. Mehr als 80 Biomasse-nahwärmenetze wurden errichtet. Gemeinsam mit den 240.000 Quadratmetern Solarkollektoren und der Fernwärme ergibt das allein für das Jahr 1994 eine CO₂-Gesamtreduktion von 182.000 Tonnen. Die Landwirtschaft und die Wirtschaft haben jeder in seinem Bereich einiges getan, und dafür möchte ich Dank sagen. Aber, meine Damen und Herren, vieles bleibt noch zu tun. Großen Handlungsbedarf werden wir in den nächsten Jahren auf dem Gebiet der Energiepolitik und auch auf dem Gebiet einer ökologischen Verkehrspolitik haben. Zwei Bereiche, die nicht leicht zu lösen sind.

Bevor ich mich unseren steirischen Problemen zuwende, möchte ich ein paar Worte zur globalen Situation sagen. Die ganze Welt wird immer mehr zum Dorf. Nicht nur, daß wir immer besser und immer schneller über Kontinente hinweg miteinander kommunizieren können, uns über die neuen Datenhighways das Geschehen in anderen Ländern jederzeit ins Haus

rufen können. Umweltverschmutzung auf einem Teil der Erde wirkt sich immer mehr global auf alle anderen aus. Wir Österreicher sind keine Insel der Seligen. Auch wenn wir unser Heimatland in Ordnung halten, können wir uns den Auswirkungen fremder Umweltverschmutzungen nicht entziehen. Ich denke da an die Folgen von Atomkatastrophen, über die wir gestern gesprochen haben. Ich denke an die Klimaerwärmung durch Luftverschmutzung, um nur ein paar Beispiele zu nennen, aber auch an den Schwefeleintrag aus Slowenien zum Beispiel. Meine Damen und Herren, wir, die reichen Länder, die industrialisierten Länder, sind für einen Großteil der Umweltzerstörungen auf dieser Erde verantwortlich. Wir werden unser Verhalten ändern müssen, und wir werden auch unseren Verbrauch zugunsten der Bewohner der dritten Welt einschränken müssen, wollen wir alle überleben. Nicht auszudenken, wenn alle soviel verbrauchen und belasten wie wir. Die großen Umweltprobleme unserer Erde lassen sich nur auf internationaler Ebene lösen. „Global denken, lokal handeln“ heißt die Devise. Im lokalen Handeln sind wir nicht schlecht, die globalen Strategien fehlen leider noch immer. (Beifall bei den Grünen.)

Ich freue mich, daß wir da übereinstimmen. Verbal stimmen wir alle überein, wir müssen nur versuchen, auch in der Praxis etwas weiterzubringen, und das kann ein Kleiner halt allein sehr schwer.

Als Umweltmusterland müssen wir uns global dafür einsetzen, daß weltweit verbindliche Umweltregeln festgeschrieben werden. Wir werden uns dafür einsetzen müssen, daß internationale Handelsabkommen, wie zum Beispiel das GATT, ökologisiert werden. Erst wenn Ökodumping bestraft wird und zu einem gewissen Grad gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen, wird der rücksichtslose Raubbau an den Grundlagen unseres Lebens einzudämmen sein. Wir werden einen ökologischen Marshall-Plan brauchen, der die Eigenleistungen aller Staaten im Umweltschutz aufeinander abstimmt und den wirtschaftlich schwächeren Staaten finanzielle Hilfe für die notwendigen Ökologierungen zur Verfügung stellt. Die internationalen Verkehrssysteme werden neu orientiert, und zwar ökologisch orientiert werden müssen. Das kann auch nicht einer allein.

Meine Damen und Herren, mir macht der internationale Luftverkehr Sorge. Flugzeuge gehören zu den größten Luftverschmutzern, wir sprechen nur sehr wenig davon. Auch hier wird man neue umweltfreundlichere Technologien finden müssen, und man wird ganz einfach unnötige Flüge, Binnenflüge, Kurzstreckenflüge einstellen und durch andere Verkehrsmittel ersetzen müssen. Und etwas, meine Damen und Herren, was uns hart treffen wird, jeden einzelnen von uns, was aber unbedingt notwendig sein wird. Wir werden die Umweltverschmutzungsrechte, die wir uns herausnehmen, teilen müssen, international teilen müssen, so wie wir in Zukunft auch die Arbeit teilen werden müssen.

Ein Wort zum Klimabündnis. Die Steiermark ist bereits 1992 dem internationalen Klimabündnis beigetreten. Wir haben uns verpflichtet, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2010 um 50 Prozent zu reduzieren. Österreichweit sind 100 Gemeinden beigetreten, in der Steiermark sind es 33 Mitglieder. Wir werden uns

sehr anstrengen müssen, das gesteckte Ziel zu erreichen.

Meine Damen und Herren, wir sind ein reiches Land, ein kleines, aber trotzdem reiches Land. Reich an unseren Naturschätzen, reich an Wasser, ein Schatz für die Zukunft, reich an Begabungen unserer Menschen. Über das Wasser haben wir schon gesprochen. Zum Naturschutz ein paar Worte. Wir haben nicht nur eine sehr vielfältige Landschaft in der Steiermark, wir haben auch eine ungewöhnlich hohe biologische Vielfalt auf engem Raum. Dieser Reichtum an Ökosystemen muß uns Verpflichtung sein. Nicht nur, weil wir es unseren Kindern schuldig sind, ihn zu erhalten, sondern weil es auch ein wirtschaftlicher Wert ist. Ein Wert an Genen, ein Wert für die Zukunft, an Nahrungsmitteln, an Heilmitteln. Um die Artenvielfalt langfristig zu gewährleisten, müssen Lebensräume geschützt werden. Lebensräume, wie Feuchtgebiete, naturnahe Wälder, Auen und Trockenstandorte. Gebiete, Grundstücke, die nicht immer geschätzt werden, weil man ihren Nutzen nicht so sehr sieht. Heute gehen natürliche Lebensräume, auch in Österreich, in einem dramatischen Ausmaß verloren. Der Naturschutz ist damit zu einem Wettlauf mit der Zeit geworden. Obwohl wir, verglichen mit anderen Ländern, wenig Geld für den Naturschutz in den letzten 10, 15 Jahren aufbringen konnten, hat die Steiermark sehr gute Voraussetzungen für ein Naturschutzmusterland. Mit 60 Prozent Waldflächenanteil sind wir das grüne Herz Europas, und, meine Damen und Herren, bei uns wächst der Wald. Auf anderen Kontinenten wird er abgeholzt, bei uns wächst er. 42 Prozent unserer Landesfläche stehen unter Naturschutz und Landschaftsschutz, und etwas möchte ich erwähnen, was wir im allgemeinen auch nicht immer sehen, ein Heer von engagierten Naturschützern arbeitet mit großem Idealismus in zahlreichen Vereinen zum Wohl der Natur. Vom Naturschutzbund bis zur Bergwacht leisten sie viele unbezahlte Stunden, und ich möchte nur einen stellvertretend für alle nennen, die Österreichische Bergwacht hat 163.000 freiwillige Arbeitsstunden unbezahlt in einem Jahr geleistet. Ein herzliches Dankeschön dafür! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Wir haben viele Aufgaben vor uns, über die wir in der letzten Zeit öfters gesprochen haben, vom neuen Naturschutzgesetz angefangen über den Tabuzonenkatalog für die Fließgewässer, die Biotopkartierung, Abschnitt II, den Ausbau des Vertragsnaturschutzes, bis hin zu den Aufgaben, die uns die EU-Mitgliedschaft im Naturschutz auferlegt, und das sind nicht wenige. Sie werden Geld kosten, wir müssen daher unseren Ökoschilling, den wir hier einnehmen, den sogenannten Schotterschilling, möglichst auch diesen Zweckwidmungen zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, es gibt auch Positives zu berichten. Viel Positives geschieht in unserem Land im Umweltschutz. Die Aktion Prepare ist eine europaweite Initiative zur Verbreitung von Methoden zur Abfall- und Emissionsvermeidung. Es gibt Prepare-Programme in der Steiermark, das Ökoprotit-Programm der Stadt Graz, ein Prepare-Programm für das Land Steiermark. Es gibt die Öko-Audit-Aktionen mit guter Beteiligung. Sie beginnen, in der Wirtschaft anzulaufen. Es gibt auch manches Positive auf dem

Energiesektor. Über die alternativen Energieträger haben wir hier oft gesprochen. Ich möchte daher heute nicht darüber sprechen. Ich möchte ein paar Worte zur Energieberatung des Landes Steiermark sagen, die sehr intensiv tätig ist, oft ungeschätzt und wenig gesehen tätig ist, die für den Aufwand, für die Mittel, die wir dort einsetzen, aber doch sehr vieles hervorbringt. Das jährlich aufgezeigte Sparpotential dieser Energieberatungsstelle beträgt 12,5 Gigawattstunden, das entspricht dem Stromverbrauch aller Haushalte in Leibnitz. Das ist nicht wenig. Empfohlene Energiesparmaßnahmen in einem Jahr sind, wenn sie umgesetzt werden, 20 Jahre wirksam. Das bedeutet, auf diese 20 Jahre umgesetzt, also Input Energieberatungsstelle und ihre Kosten, bringt in einem Jahr an Einsparungen an Kohlenwasserstoffen 11.900 Kilogramm, an Stickoxiden 48.000 Kilogramm, Schwefeldioxid 56.360 Kilogramm, Kohlenmonoxid 59.900 Kilogramm, Staub 5870 Kilogramm, Kohlendioxid 93.500 Tonnen. Meine Damen und Herren, das ist sehr, sehr viel. Die Beratung eines Jahres bringt, wenn sie umgesetzt wird, in 20 Jahren eine Energieverbraucherersparnis von 250.000.000 Kilowattstunden. Sie bringt Heizkostensparnisse für den Bürger, sie bringt aber auch, und das dürfen wir nicht übersehen, sehr viele Impulse für die Wirtschaft, die die Energiesparmaßnahmen umsetzt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Was können wir tun? Nachhaltig handeln, davon wird allerorts gesprochen. Nachhaltigkeit ist eine Handlungsweise, die die Bedürfnisse der Gegenwart so deckt, daß dadurch künftige Entwicklungschancen nicht geschmälert werden. Das, meine Damen und Herren, ist ein Auftrag zum Maßhalten, zur Selbstdisziplin und zur Selbstbeschränkung. (Beifall bei der ÖVP.) Der Steirer Josef Riegler hat den Weg der ökosozialen Marktwirtschaft vorgegeben, und ich möchte Sie alle auffordern, gehen wir diesen für unser Land, für unsere Umwelt und für die nächsten Generationen so wichtigen Weg gemeinsam. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 11.10 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (11.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Umweltsprecher und Umweltsprecherinnen in den anderen Fraktionen, von denen im Moment leider nicht alle anwesend sind – besonders den Günter Getzinger vermissen ich jetzt ganz besonders. (Abg. Gennaro: „Er wird schon wissen, warum!“) Ich habe mir auch gedacht, daß der Günter Getzinger vor mir spricht, er macht das leider Gottes nicht. (Abg. Ing. Löcker: „Ich gehe ihn holen!“) Das ist reizend von Ihnen.

Ich möchte schwerpunktmäßig beim Kapitel „Umwelt“ zu den beiden Naturnutzungsabgaben sprechen, die von diesem Hohen Landtag gestern in der Nacht beschlossen worden sind, genauso wie die Sozialgesetze auch gestern in der Nacht beschlossen worden sind und das Sozialbudget gestern in der Nacht beschlossen worden ist. Gestern in der Nacht, Frau Kollegin. Das Sozialbudget gestern in der Nacht.

Sie wissen, daß wir bis 23 Uhr dagesessen sind, um uns dann heute in der Früh auf sehr unterschiedlichem Niveau uns mit dem Thema Kultur auseinanderzusetzen. (Abg. Schinnerl: „Wer stellt das Niveau fest?“)

Ich möchte jetzt eine Bestandsaufnahme zur Wasser- beziehungsweise Bodenmaterialabgabe geben. Das wird der Schwerpunkt von dieser Rede sein. Ich möchte auf andere Bereiche nicht eingehen. Deshalb auch, weil ich davon ausgehe, daß diese Bodennutzungsabgabe dermaßen vermässelt worden ist, daß sie mir eine ganze Menge Möglichkeit gibt, erstens einmal grüne Gegenkonzepte darzustellen und zweitens auf die absolut antiökologische Vorgangsweise, die in diesem Hohen Haus in den letzten beiden Tagen stattgefunden hat, hinzuweisen.

Diese beiden Abgaben – der „hochheilige Wasserschilling“ und der „hochheilige Schottereschilling“. Dieser Schottereschilling ist in den letzten 15 Jahren in Form von Briefen, in Form von Demos, in Form von Reden bei diversen Versammlungen immer wieder an den Hohen Landtag herangetragen worden. Zugehört oder ernstgenommen hat das offenbar niemand. (Abg. Schinnerl: „Wollt ihr immer Steuern erhöhen?“) Ich weiß, dieser Antrag ist vom Herrn Glössl, einem der größten Schotterbarone im Land, der jetzt auch einer der größten Gegner der vorliegenden Abgabe ist! (Abg. Dr. Karisch: „Er ist auch von mir eingebracht worden!“) Der zweite Bereich – Frau Karisch, warum haben Sie dann nicht für eine Erweiterung des Gegenstandes gestimmt, wie es auch der Herr Glössl vorgeschlagen hat, was ich ihm sehr hoch anrechne? Er war einer der wenigen, die gesagt haben, es wäre sinnvoll, auch Gips, auch Magnesit, auch andere Formen des Abbaumaterials in diese Abgabe reinzunehmen. (Abg. Schinnerl: „Dafür ist er nicht mehr da!“) Wie gesagt, diese Abgabe zeigt, daß das Land Steiermark den Begriff Ökologie oder das Prinzip, Ökologie und Ökonomie zu vernetzen, überhaupt nicht ernst nimmt.

Mir tut es sehr leid, daß jetzt der Herr Landesrat Paiarl nicht anwesend ist. Mir ist aufgefallen, daß in den letzten Tagen sowohl zur Schotter- als auch zur Wasserabgabe sich zwei Landesräte zu Wort gemeldet haben, denen ich durchaus hohe fiskalische und finanztechnische Kompetenz zutraue, nämlich der Landesrat Paiarl beziehungsweise der Landesrat Ressel, die aber mit Ökologie unwahrscheinlich wenig am Hut haben. Ich habe in den letzten Tagen Wortmeldungen vom Landesrat Pörtl vermißt, ich habe Wortmeldungen vom Landesrat Hirschmann vermißt, und ich habe auch bei der Diskussion, nicht nur im Finanz-Ausschuß, sondern auch hier im Plenum, konkrete Wortmeldungen von den anderen Abgeordneten vermißt, mit Ausnahme von der Frau Kollegin Karisch und sehr schüchtern und zurückhaltend auch vom Günter Getzinger.

Um darauf zurückzukommen, was mir erst vor zwei Tagen im Finanz-Ausschuß aufgefallen ist: Die Steiermark hat 1993 ein Landschaftspflege- und -ökologengesetz bereits vorgelegt gehabt. Und der Landesrat Ressel war ungeschickt genug, das als Argumentationslinie in den Finanz-Ausschuß einzubringen, indem er gesagt hat, „na schauen's, Frau Zitz, dieses Gesetz gibt es bei uns seit drei Jahren. Dort stehen die

Dinge drinnen, die wir jetzt drinnen haben.“ Es steht noch einiges mehr drinnen. In diesem alten Gesetz, das mit dem jetzigen Null, aber wirklich Null zu tun hat, ist erstens einmal eine Bodenversiegelungsabgabe drinnen – auf Straßenneubau, auf Parkplätze, auf Golfplätze. Aus grüner Sicht denke ich mir, welche Freude! Nur, dieses Gesetz ist obsolet und ist jetzt überrollt worden von einem Bodennutzungsabgabengesetz, das eine komplett andere Ausrichtung hat und das Null mit diesen ursprünglichen leicht grünen Versionen zu tun hat.

Ich sehe, der Klubobmann Flecker bewegt sich wieder nach draußen. Das zeigt ganz klar den Stellenwert, den die Ökologie in seiner Fraktion hat. Ich sehe, der Klubobmann Schützenhöfer ist gar nicht mehr anwesend. Falls er mich im Büfett hört, Mahlzeit, ich hoffe, Sie essen Almö-Schnitzel. (Abg. Gennaro: „Nur biologische Produkte!“ – Abg. Günther Prutsch: „Nicht einmal der Getzi ist da!“ – Landesrat Pörtl: „Frau Kollegin, warum sie hinausgehen, das müßten Sie sich einmal fragen!“) Ich glaube nicht, daß das an der Spannungslosigkeit meiner Wortmeldung liegt, Herr Landesrat Pörtl. Ich freue mich, daß sich der Herr Flecker (Abg. Dr. Flecker: „Wenn Sie Sehnsucht haben nach mir, bleibe ich da!“) Herr Flecker, ich habe im ökologischen Bereich, aber ausschließlich im ökologischen Bereich unwahrscheinliche Sehnsucht nach Ihnen. Wie Sie über uns gestern als Fraktion drübergefahren sind, das war schamlos, das war eine absolute Frechheit! (Abg. Gennaro: „Sie sind nicht weniger frech in Ihren Aussagen!“) Und wie Sie gestern die Diskussion abgedreht haben, wie es um die Kompetenz Ihrer Ressortkollegin gegangen ist, das war ebenfalls eine absolute Frechheit. Aber jetzt setzen Sie sich hin, das letzte Mal hat sich der Landesrat Schmid auch hingesetzt, und hören Sie mir jetzt einmal weiter zu. (Glockenzeichen des Präsidenten: „Frau Abgeordnete!“ – Abg. Dr. Flecker: „Ich bin nicht Ihr Stehaufmänder!“) Der Landtag und die Landesregierung haben es geschafft – danke für den Zwischenruf, Herr Präsident – (Präsident Dr. Strenitz: „Das war kein Zwischenruf, sondern eine sanfte Ermahnung!“) Der Landtag und die Landesregierung haben es geschafft, vorliegende Wasserabgabe und Schotterabgabe in einer Husch-Pfusch-Aktion durchzupushen, wo die eigene mehrjährige Arbeit komplett ignoriert worden ist.

Ich möchte am Ende meiner Ausführungen noch Korrekturvorschläge aus grüner Sicht bringen, die, glaube ich, so konstruktiv sind, daß sie auch von den mehreren befaßten Landesräten angenommen werden könnten. Danke für den Applaus aus der grünen Reihe, Klubobmann Martin Wabl. (Abg. Dr. Wabl: „Die Reihen werden noch stärker werden!“) Ich möchte jetzt noch zu einem Thema sprechen, das in den letzten Wochen, oder sagen wir in den letzten zwei Wochen, sehr präsent war, und zwar die Lenkungsabgaben.

Zur Schotterabgabe: Die Schotterabgabe gibt es in anderen Bundesländern teilweise seit zehn Jahren, das ist kein innovatives steirisches Konzept! Es gibt in anderen Bundesländern genug Erfahrungen, sehr geehrte Landesräte und Landesrätin, es gibt in anderen Bundesländern genug Strukturen, die Ihnen eine Vernetzung ermöglichen, zum Beispiel auf Ebene der

Umweltreferenten, zum Beispiel auf Ebene der Wirtschaftsreferenten, zum Beispiel auf Ebene der Finanzreferenten. Warum haben Sie, sehr geehrte Herren, diese Strukturen für sich nicht in Anspruch genommen und haben einfach nachgefragt: Wie machen das andere Bundesländer mit der Schotterabgabe? Und ich kann es nicht akzeptieren, wenn wir jetzt im Landtag hören – und ich habe das mehrfach gehört –, bei meinem Versuch, wieviel Schotter, wieviel Kies, wieviel Lehm, wieviel Erde wird in der Steiermark gefördert, ich kann es nicht akzeptieren, daß uns gesagt wird, es gibt in der Steiermark keine mengenmäßige Erfassung von diesen Bodenressourcen. Sie wissen sehr genau, daß der Schotterabbau, der Gipsabbau und speziell der Magnesitabbau – wie die Kollegen Karisch immer sagt – „tiefe Narben“ in ganz Österreich im Landschaftsbereich hinterlassen hat. Sie wissen sehr genau, daß die Förderung von Schotter eine gewaltige Menge an Abraum hinterläßt, und zwar im Verhältnis eins zu eins: Wenn ich eine Tonne Schotter gewinne, produziere ich automatisch eine Tonne Abraum, der nicht verwendet werden kann. Das ist der sogenannte „ökologische Rucksack“, der dranhängt. Und das gleiche gilt für Lehm in noch verstärkter Form, das gilt natürlich auch für Gips, das gilt für Magnesit, wobei Magnesit ja leider Gottes aus der jetzigen Abgabe herausgefallen ist. Also erstens einmal ein bißchen bei den anderen Bundesländern nachschauen, zweitens nicht so tun, als ob es nicht möglich wäre, genau herauszufinden, in welchen Quantitäten diese für die Ökologie sehr schädlichen Materialien gefördert worden sind.

Der zweite Bereich: Da schließe ich mich dem an, was auch von Naturschutzorganisationen gefordert worden ist. Wir haben ein Gesetz, das in der vorliegenden Form für alle unbefriedigend ist. Es ist unbefriedigend für einen Finanzlandesrat, der mit diesem Gesetz sich selber in die Pflicht genommen hat, ein fatales Budget zu flicken. Es ist unbefriedigend für Leute mit einem ökologischen Zugang, weil dieses Gesetz genau nach außen trägt, das irgendein „Öko“ vor diesen „Abgaben“ ersatzlos zu streichen ist. Es ist unbefriedigend – und ich sage das jetzt sehr bewußt auch als Grüne – für Teile der Industrie, die möglicherweise, wenn man ihnen Zeit gelassen hätte, konstruktive Vorschläge einbringen hätten können. Es ist letztlich unbefriedigend für die Steirer und Steirerinnen, die jetzt das Gefühl haben, sie allein zahlen speziell die Wasserabgabe.

Ich möchte noch einen Bereich aus meinem eigenen Haushalt einbringen, bezüglich Wasser. Ich bin sehr wohl bereit, diese Wasserabgabe zu zahlen. Ich zahle in meinem Haushalt im Jahr ungefähr einen Wasserzins von 300 Schilling. Das ist ein absolut geringfügiger Anteil an meinen Betriebskosten, und ich habe keine Schwierigkeit, wenn der hinaufgesetzt wird. Zu den Einnahmen und zu der vorher zitierten starken Reaktion aus dem Wirtschaftsbereich: Den absurdesten Brief habe ich natürlich von den Grazer Wasserwerken erhalten. Es wird sehr viel von „Härtefällen“ geredet. Es wird sehr viel davon geredet, daß der Industrie- und Wirtschaftsstandort Steiermark gefährdet wird. Ich möchte jetzt ein paar „ökologische Härtefälle“ anführen, und zwar ökologische Härtefälle, die dadurch entstanden sind, daß es in der Steiermark

kein umfassendes Wassermanagement gibt. Und ich verwende den Begriff Wassermanagement sehr bewußt, auch Bezug nehmend auf die Vorschläge, die ich am Ende meiner Ausführungen anbringen möchte.

Sie wissen sehr genau, daß in der Obersteiermark, in dem Bereich, wo die Wiener Hochschwab-Ia-Qualitätsquellwasser abzapfen, immer wieder natürliche Wasservorkommen massiv gefährdet sind, speziell der Grüne See, bald auch schon der Leopoldsteinersee. Sie wissen auch sehr genau, daß die ZWHS, eine Tochter der Grazer Wasserwerke, auf die absurde Idee gekommen ist, aus dem Süden der Hochschwabregion eine zweite Leitung nach Graz zu bauen. Als Grazerin verbrachte ich am Tag ungefähr 150 Liter Wasser zu unterschiedlichsten Zwecken. Andreas Wabl hat gestern am Titelbild einer Zeitung demonstriert, wofür ein Großteil dieses Wassers verwendet wird, nämlich für die Klospülung. (Abg. Schinnerl: „Das war ein Stumpfsinn!“ – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das war nicht der Martin?“) Und von diesen 150 Liter Wasser wird ungefähr mein Lebendgewicht, nämlich 50 Kilo, direkt aus der Hochschwabregion zugeleitet. Ich möchte das nicht. Ich möchte, daß die Trinkwasserversorgung und die Versorgung mit Wasser einfach dort funktionieren, wo die Leute leben. Ich möchte, daß das Wasser, das ich konsumiere, aus Feldkirchen kommt, aus Andritz kommt, aber nicht aus der Hochschwabregion. (Abg. Schinnerl: „Keine Ahnung von der Praxis, nur Theorie!“) Herr Schinnerl, bitte, warum „keine Ahnung“? Geben Sie mir eine Chance, präzisieren Sie! Der Sozialsprecher der Freiheitlichen zeigt Ökokompetenz. Das gilt es auszunutzen! (Abg. Schinnerl: „Warum sollen die Grazer kein frisches Wasser haben?“) Als Grazerin wünsche ich mir frisches und gesundes Wasser aus den Wasserwerken, die bei mir direkt in der Nähe sind. Ich möchte keine weiteren Fernwasserleitungen. Genauso, sehr verehrte Damen und Herren von der ÖVP und SPÖ, wie Sie sich gegen die 380-kV-Leitung aussprechen sollten, die unter anderem Atomstrom quer durch diesen Bereich unseres Bundeslandes liefert.

Der zweite Bereich, den ich ansprechen möchte, einnahmenseitig, zum Stichwort Wasserabgabe: Die Industrie hat sich sehr stark zu Wort gemeldet. Bis jetzt haben wir, zumindest ich, keine Wortmeldungen und keine Interventionen aus dem landwirtschaftlichen Bereich bekommen. Was die Industrie betrifft, sehe ich drei Stufen. Die Leykam beispielsweise arbeitet bekanntlich mit fließenden Oberflächengewässern, das hängt einfach damit zusammen, daß die Papierproduktion durchlaufendes Wasser braucht. Die Leykam bemüht sich durchaus, Kläranlagen in halbwegsger Qualität zu installieren, und führt selbstverständlich das Wasser, das sie für den industriellen Prozeß benützt, wieder ins Oberflächengewässer zurück. Einer Reduktion der Wasserabgabe bei der Leykam, einer mehr oder weniger starken, kann ich mich auch als Grüne anschließen. Was die obersteirischen Industrien betrifft, die bekanntlich nicht mit fließendem Oberflächenwasser arbeiten, sondern mit Brunnen arbeiten: In diesem Bereich wird sehr stark mit Kühlwasser gearbeitet. Das wird mit industrie-eigenen Pumpen entnommen. Da ist für mich eine Besteuerung durchaus verständlich und nach-

vollziehbar, weil die Quantitäten natürlich komplett anders sind auf Grund des Produktionsprozesses, als etwa bei der Leykam.

Das Thermenland, das von der F mit der Kompetenz des Umweltsprechers Peinhaupt, wenn ich ihn jetzt richtig zuordne, immer wieder als Negativbeispiel angeführt wurde, ist ein ganz besonderer Fall, weil es hier die Möglichkeit gäbe, Abwärmenutzung zu betreiben. Es fließen aus den dortigen Infrastrukturen riesige Mengen von Wasser weg, und die Abwärme wird sehr wenig genutzt, und – (Abg. Majcen: „Was glauben Sie, was die tun? In Loipersdorf werden die Hotels beheizt und alles!“) sehr geehrter Herr Kollege Majcen, die Abwärme wird praktisch nicht im Bereich der Fernwärme oder im Bereich der Gewinnung von Alternativenergien genutzt. (Landesrat Pörtl: „Es wird dreimal genutzt!“) Zeigen Sie mir ein einziges konkretes Beispiel, wo Abwärmerückgewinnung praktiziert wird in der Thermenregion. Da fahren wir gemeinsam hin, ich zahle Ihnen ein Zweite-Klasse-ÖBB-Ticket. (Abg. Majcen: „Danke, ich wohne dort!“)

Wir kommen zurück zu dem Bereich, der sich aus meiner Sicht leider Gottes in diese Diskussion bis jetzt nicht eingeklickt hat, weil mich die Position der Landwirtschaft, bezogen auf die Wasserabgabe, ganz speziell interessieren würde.

Ich denke mir, und ich weiß aber, daß der Landesrat – (Abg. Ing. Peinhaupt: „Frau Kollegin, Gruppe 7, bitte!“) vernetztes Denken, Herr Kollege Peinhaupt (Abg. Ing. Peinhaupt: „Sie werden es schon noch lernen!“), Sie wissen ganz genau, als einer der höchsten Experten in diesem Landtag zum Bodenabgabennutzungsgesetz, daß die Landwirtschaft in der jetzig vorliegenden Novelle komplett ausgeschlossen worden ist, und zwar Land- und Forstwirtschaft, von der Wasserabgabe. Das möchte ich durchaus zur Diskussion stellen, und zwar einfach deswegen, weil wir sehr genau wissen, daß es in der Steiermark Gebiete gibt, wo es wassermäßig irrsinnig schlecht aussieht, wo es klimatisch inzwischen auch schon sehr schlecht aussieht. Ich kann mir vorstellen – aber wir brauchen da einfach auch eine Reaktion und einen Input aus der Landwirtschaft –, daß man da durchaus nach der Betriebsform differenziert, und daß selbstverständlich alle Biobauern oder, was auch vorstellbar wäre, Bauern, die aktiv an ÖPUL teilnehmen, und zwar an den besseren Programmen von ÖPUL, automatisch von einer Abgabe ausgeschlossen werden. Bei Grundwasserbrunnen, die zur großflächigen Beregnung benützt werden, zum Beispiel im Leibnitzer Feld, zum Beispiel für Maismonokulturen, hätte ich wenig Schwierigkeiten, auch um einen Wasserschilling oder diese lächerlichen 2,50-Wasserschilling zu bitten.

Eine Chance, die vorher angesprochen wurde – von der Frau Kollegin Karisch. Für mich ist diese überhüdelte durchgepushte Naturnutzungsabgabe, speziell im Bereich Wasser, auch eine vertane Chance, in der Steiermark im Sinne vom vielzitierten und oft mißbrauchten Spruch „Umwelt und Ökonomie passen doch irgendwie zusammen“, Initiativen zu ergreifen. Ich sehe diese Chance deswegen als vertan an, weil es genug Möglichkeiten gäbe, gerade diesen Bereichen der Industrie, die sich gefährdet fühlen, mehr oder weniger legitim gefährdet fühlen, im Bereich der Umrüstung in Richtung Wassereffizienz, im Bereich

der Umrüstung im Wassersparen, im Bereich einfach eines nachhaltigeren Wirtschaftens, auch unter die Arme zu greifen. Zum Herrn Landesrat Paierl: Wenn es ihm wirklich ernst wäre mit dieser Naturnutzungsabgabe, müßte eigentlich parallel dazu in seinem Budget im Bereich der Wirtschaftsförderung einen neuen Ansatz machen, wo er Betrieben, die sich möglicherweise, und ich sage wieder sehr bewußt möglicherweise, finanztechnisch durch diese Abgabe gefährdet fühlen, Möglichkeiten gibt, im investiven Bereich wassersparende und Wassereffizienztechnologien verstärkt zu entwickeln und auch einzusetzen. Davon habe ich nichts gehört, und das finde ich frustrierend. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das hindert die Unternehmungen nicht, das auch einzureichen. Sie kennen sich nicht aus in der Wirtschaft!“) Der Herr Landesrat Paierl ist inzwischen auch anwesend, ich begrüße ihn sehr herzlich. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich bin immer anwesend!“) Es freut mich sehr, daß auch er zugegen ist. Er sagt, er ist immer anwesend, zumindest geistig anwesend. (Landesrat Pöttl: „Sie sind auch nicht immer da; warten Sie, wenn Sie das nächste Mal nicht da sind!“) Wir sind leider noch nicht in der Regierung, Herr Landesrat Pöttl, und wir sind leider nur zu zweit, und wir erlauben es uns, zwischendurch auch einmal auf einen Kaffee zu gehen.

Ich möchte jetzt noch konkret auf die Wasserwerke eingehen. Sehr geehrte Landesräte, wenn Sie zum Kampf nach Wien ausrücken: Wir sind zwar von den Grünen her extrem unzufrieden mit dem, was in den letzten Tagen passiert ist. Aber in dieser Auseinandersetzung mit Wien möchten wir Ihnen den Rücken stärken. Und zwar deswegen, Herr Landesrat Paierl und oder Pöttl, wissen Sie, wieviel Gewinn die Wiener Wasserwerke im Jahr machen? (Landesrat Pöttl: „Das wissen wir auch, daß das eine Milliarde ist!“) Es ist genau eine Milliarde! (Landesrat Pöttl: „Wie gescheit Sie sind!“) Der Herr Landesrat lobt mich gerade als besonders gescheit. Aus seinem Munde freut mich das natürlich besonders. Herr Landesrat, die Wiener Wasserwerke, wie Sie gerade bestätigt haben, verdienen eine Milliarde Schilling im Jahr, unter anderem mit steirischem Hochquellwasser. Ich glaube, daß man die Wiener Wasserwerke durchaus heranziehen kann, diese Abgabe auch finanziell mitzutragen. (Landesrat Pöttl: „Eine eigene Wasserabgabe, das wissen wir schon längst!“) Nur, was die Wiener Politik betrifft, verstehe ich schon, daß die tendenziell eher bereit sind, dann etwas zu bezahlen, wenn sie das Gefühl haben, das Geld wird in der Steiermark in Wassereffizienz, in Wassersparen und in ein Wassermanagement der sinnvollen Art investiert. Dieses Gefühl haben wir ihnen bis jetzt nachhaltig nicht vermittelt.

Der zweite Bereich, auf den ich eingehen möchte – Abwasser in der Steiermark. Bis jetzt schaut es so aus, daß es eine sehr unheilige Allianz gibt zwischen der Bauindustrie, zwischen dem Gesetzgeber und zwischen Gemeinden, die einfach Angst haben, neue Technologien, auch wenn sie noch so sensibel und nachhaltig von der Struktur her sind, einzusetzen. Im Abwasserbereich wären mindestens 30.000 Objekte für die dezentrale Kleinkläranlage zu haben. Das wird ein Thema sein, das Martin Wabl im nächsten Kapitel noch aufgreifen wird.

Jetzt noch kurz – nein, eigentlich nicht kurz –, ich nehme mir das Recht, als Grüne zum Umweltkapitel ausführlicher zu sprechen. Mir fällt immer wieder auf, daß in diesem Hohen Haus, dann, wenn Kapitel in Diskussion sind, die inhaltlich nicht geklärt sind, die vom politischen Gesamtverständnis nicht abgedeckt sind – (Abg. Tasch: „Frau Magister, was sagen Sie?“) Herr Tasch, es freut mich, gestern am Abend waren Sie noch per Du zu mir, jetzt nennen Sie mich Frau Magister: Sagen Sie einfach Frau Zitz. (Abg. Tasch: „Das ist typisch – so ein Hendl! Man soll die Leute reden lassen und die Hennen gogerzen!“) Der Herr Tasch, der Herr Kollege Tasch, hat offenbar ein sehr allgemeines humanistisches Verständnis von Menschen und Tieren. Herr Kollege Tasch, man sagte mir einmal, in jedem Menschen gibt es hohe Anteile vom Tierischen, und in den Tieren gibt es leider sehr wenige Anteile vom Menschlichen. (Abg. Ing. Löcker: „Aber einen gesunden Hausverstand!“ – Glockenzeichen! Präsident Dr. Strenitz: „Frau Abgeordnete Zitz, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Bemerkungen wie diese einen Ordnungsruf zur Folge haben können. Ich bitte, darüber nachzudenken!“) Herr Präsident, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß ich in den letzten zwei Tagen in diesem Hohen Haus sehr unwürdig und demütigend behandelt wurde. Und ich weiß nicht, wie Sie darauf reagiert haben, als gestern ein Herr von der F mich eine, wie hat er gesagt, „hantige Dudel“ genannt hat. (Präsident Dr. Strenitz: „Ich würde überhaupt empfehlen, daß wir solche gegenseitigen Klassifikationen künftighin unterlassen. Bitte, reden Sie weiter zur Sache, zu der Sie sich gemeldet haben!“) Sie sehen, ich muß einiges aushalten. Der spezielle Humor, die Heiterkeit des Kollegen Tasch, die leider nur zum Ausdruck kommt, wenn er in der zweiten Reihe bei der ÖVP sitzt, und die nie zum Ausdruck kommt, wenn er hier Berichterstatter oder Redner ist, weil er sich sehr selten öffentlich zu Wort meldet, die ist, glaube ich, allen, die ihn lange, länger als ich, kennen, bereits seit Jahren aufgefallen.

Ich komme jetzt zum Bereich der Schotterabgabe. Die Schotterabgabe wäre jetzt um einiges einfacher zu diskutieren, wenn der Gesetzgeber bereit gewesen wäre, erstens einmal die Erfahrungen von Naturschutzorganisationen, die seit Jahren am Tisch liegen, inhaltlich einzubinden, und zweitens, wenn man sich von der Legistik überlegt hätte, zwei getrennte Gesetze – eines für die Schotter- und eines für die Wasserabgabe – zu machen. Die heißen Diskussionen um die Wasserabgabe werden die Durchführung dieses Gesetzes ganz stark behindern. Jetzt nimmt er mir das Wasser weg. Ich bitte um ein Glas. Was die Schotterabgabe betrifft, unsere Position dazu haben wir in mehreren Beschlußanträgen gestern in der Nacht bereits kundgetan. Diese Beschlußanträge sind in den meisten Fällen niedergestimmt worden. Wir stehen trotzdem nach wie vor dazu, daß die Einnahmen bei der Schotterabgabe eindeutig zweckgebunden werden, und zwar viel eindeutiger als das, was im Gesetz vorliegt. Man hat den Eindruck, daß die Zweckbindung der Mittel aus der Schotterabgabe in eine Kofinanzierung des ÖPUL investiert werden soll, was in einigen Bereichen äußerst problematisch ist. Ich denke, es wäre wesentlich sinnvoller gewesen, diese

Erträge zu 100 Prozent in einen bereits bestehenden Fonds einfließen zu lassen, und zwar in den Landschaftspflegefonds.

(Glas Wasser) Danke schön. Sehen Sie, so viel, nämlich Wasser in der Höhe von drei Fingern von diesem Glas, stammen direkt aus der Hochschwabregion. Ist das jetzt anschaulich genug? Und auf diese „drei Finger“ möchte ich verzichten (Abg. Gennaro: „Auf das Wasser, nicht auf die drei Finger verzichten!“), im übertragene Sinn möchte ich auf diese drei Finger verzichten. Dieses Wasser soll dort bleiben, wo es hingehört, nämlich in eine unserer ökologisch und vom Naturstandpunkt wertvollsten Regionen, in die Hochschwabregion. Ich werde mir Zeit nehmen für dieses Thema, Herr Kollege! Das heißt, wir schlagen eine Zweckbindung der Mittel für den bereits bestehenden Landschaftspflegefonds vor, der im Naturschutzgesetz festgelegt ist. Wir schlagen weiters eine Arbeitsgruppe im Sinne der „Völkerverständigung“ zwischen den Menschen, die vor, und den Menschen, die hinter dem Semmering leben, vor, sprich, den Wiener und steirischen Politikern und Politikerinnen. Wir schlagen vor, daß es sofort eine Arbeitsgruppe gibt, besetzt mit inhaltlich befaßten Abteilungen aus beiden Gebietskörperschaften zu Umwelt, Wasser, Naturschutz, Landwirtschaft und selbstverständlich Finanz. In diese Arbeitsgruppe sollten auch diejenigen politischen Referenten, die dieses Gesetz konstruiert haben, und die, die sich dagegen mit Händen und Füßen wehren, einbezogen werden. Und in diese Arbeitsgruppen, eine zur Wasser-, eine zur Schotterabgabe, sollten weiters Fachleute und Nicht-Regierungsorganisationen – etwa im Rahmen der Plattform der steirischen Naturschutzorganisationen – als Experten, die jahre-, jahrzehntelang zu diesem Thema arbeiten, eingeladen werden.

Zweitens schlagen wir vor, damit wir als Grüne zumindest im korrekativen Bereich das Gefühl haben, daß die Landesregierung konstruktiv arbeiten möchte, daß es ein gesetzliches Rahmenprogramm zu beiden Abgaben gibt. Im Wasserbereich würde das konkret bedeuten: Ausweisung von Grundwassersanierungsgebieten in einer klaren Form. Man hätte damit auch einen Parameter in der Hand, in welchen Regionen in der Steiermark große Landwirtschaften auf jeden Fall die Wasserabgabe zahlen sollten: Nämlich genau in den Regionen, wo das Grundwasser bereits gefährdet ist. Wir schlagen weiters vor, daß es in der Wohnbauförderung Möglichkeiten gibt, Menschen, die bereit sind, in ihrem eigenen Haushalt Wasserzähler zu installieren oder andere Maßnahmen der Wassereffizienz zu setzen, im Bereich der Wohnbauförderung besser zu behandeln. Das ist mein üblicher „Arbeitsauftrag“ an den jetzt leider nicht anwesenden Landesrat.

Herr Präsident, oder an die Präsidenten im Landtag: Mir ist auch aufgefallen, daß Sie bezüglich Zwischenrufen mit zweierlei Maß messen. Wenn wir als Abgeordnete vom Sitzplatz aus zwischenrufen, wird mit uns sehr streng umgegangen. Ich beuge mich „demütig“ als eine Frau, die erst kurz im Landtag ist, den Usancen dieses Hohen Hauses. Wenn aber ein Landesrat da neben mir steht, oder da auf einem der F-Sitzplätze sitzt, hat er jede Möglichkeit, mich zu unterbrechen, und die Präsidenten, oder der damals

agierende Präsident hat nicht reagiert. Das ist auch eine Usance in diesem Hohen Haus, gegen die wir uns wehren, weil sie demütigend ist und weil sie die Position des Präsidenten als Moderator von diesem Gesamtgremium Regierung und Landtag aus meiner Sicht durchaus in Frage stellt.

Weiter jetzt zum Bereich Schotter: Im Bereich Schotterabbau wäre klar, daß man einmal eine Bestandsaufnahme macht über die ökologischen Folgewirkungen, die der Schotterabbau, der Lehmabbau, der Gips- und Magnesitabbau in der Steiermark hervorgerufen hat. Es gibt diese Bestandsaufnahme einfach nicht.

Zum Bereich übergeordnete Instanz, Berggesetz. Ich habe mit großer Freude gesehen, daß die SPÖ im letzten Landtag eine Initiative gestartet hat, die Landesregierung möchte an den Bund herantreten, bezüglich einer Novellierung des Berggesetzes. (Abg. Dr. Karisch: „Auch die ÖVP!“) Auch die ÖVP, danke. Als Grüne wären wir natürlich auch gerne auf die Petition gegangen, aber beim Stichwort „Petitionen an den Bund“ geht man über uns hinweg. Und wenn es in der Steiermark konkret etwas zu tun gäbe, geht man auf unsere Anträge nicht drauf ein. Vielleicht schaffen wir es am Ende dieser Periode, etwas mehr Gleichgewicht herzustellen. Das heißt, im Berggesetz wäre die wichtigste Änderung, daß der Schotterabbau und der Steineabbau in die Gewerbeordnung eingegliedert werden, wie das bis 1990 vorgesehen war, und daß natürlich die Anrainer und Anrainerinnen von Abbaugebieten Parteienstellung haben. Das ist bis jetzt nicht vorgesehen und ist für mich demokratiepolitisch genauso bedenklich, wie wenn ich in Hartmannsdorf oder, wie es früher geheißen hat, Windisch-Hartmannsdorf, erfahre, daß dort niemand genau weiß, wo der Acker liegt, wo der bastaresistent gemachte Mais angebaut wird, und daß die Menschen, die in der Gegend leben, nicht einmal die Möglichkeit haben, sich im Begutachtungsverfahren dagegen auszusprechen.

Ja, das war es im großen und ganzen. Aus grüner Sicht sind wir absolut unzufrieden mit der Art, wie diese beiden Naturnutzungsabgaben durchgepusht wurden. Der Landtag hat sich selber nicht ernst genommen. Ich habe aber jetzt in den letzten Ausführungen einige – hoffentlich freundlich genug formulierte – Vorschläge eingebracht, wie man aus den beiden fehlgeleiteten Lenkungsabgaben doch noch Lenkungsabgaben in die richtige Richtung machen könnte.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit – Wiederschaun! (Beifall bei den Grünen und dem LIF. – 11.44 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich bitte ihn um das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (11.44 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Herren Landesräte!

Im Zusammenhang mit diesem Budgetkapitel ist es immer wieder üblich, daß wir die budgetären Schwerpunkte im Bereich Natur- und Umweltschutz herausarbeiten, analysieren, begründen und da und dort

auch begründet kritisieren. Erlauben Sie mir, daß ich aus gegebenem Anlaß – meine Damen und Herren, es ist Ihnen sicherlich nicht entgangen, daß wir im Februar dieses Jahres einen historischen Höchststand an Arbeitslosigkeit in unserem Bundesland gehabt haben, nämlich über 52.000 Arbeitslose – das Natur- und Umweltschutzbudget eben gerade aus dieser Perspektive, aus einer arbeitsmarktpolitischen, wirtschaftspolitischen Perspektive, analysiere und da und dort mir erlaube, einige Vorschläge an die zuständigen Landesräte, beide sind anwesend, der Wirtschaftslandesrat, der Umweltlandesrat, es fehlt mir noch der Naturschutzlandesrat, das ist ein wichtiger Bereich, der Naturschutz; ja, auch der Finanzlandesrat. Letztlich kommen wir ja immer drauf, daß der Natur- und Umweltschutz ja eine Querschnittsmaterie ist, das heißt, daß ohnedies jeder dafür zuständig ist. Wichtig wäre, daß sich alle auch dafür verantwortlich fühlen, das ist das Entscheidende. Bei Ihnen, Herr Kollege Paierl, bin ich völlig davon überzeugt, daß das der Fall ist. (Beifall bei den Grünen. – Abg. Mag. Zitz: „SPÖ – mitklatschen!“)

Meine Damen und Herren, Ihnen ist vielleicht noch nicht bekannt, daß in Österreich mittlerweile über 100.000 Menschen im Bereich Umwelt- und Naturschutz tätig sind, in den unterschiedlichsten Berufen, auf unterschiedlichsten Qualifizierungsniveaus, vom Handarbeiter bis zum Kopfarbeiter. Es liegt in der Hand der Wirtschafts-, der Technologie-, der Landwirtschafts-, Wohnbau- und Umwelt- und Energiepolitik in unserem Land, daß diese Arbeitsplätze und die Arbeitsplatzpotentiale, die es in diesem Sektor gibt, die Tendenz in diesem Bereich ist nämlich stark steigend, in unserem Bundesland geschaffen und gehalten werden. Es wird davon abhängen, ob wir hier in unserem Bundesland die richtigen Signale ordnungspolitisch, förderungspolitisch aussenden, daß sich entsprechende Firmen gründen können, entsprechende Firmen angesiedelt werden können und daß es in diesem Bereich zu Wachstum kommt.

Meine Damen und Herren, es liegt also, das würde ich hier doch behaupten wollen, stark am politischen Willen in diesem Haus und in der Landesregierung, ob es gelingen kann, dieses Potential, Experten schätzen es auf etwa 10.000 Dauerarbeitsplätze, die in wenigen Jahren geschaffen werden könnten, ob dieses Potential bei uns auch wirklich freigesetzt werden kann.

Die Kosten einer derartigen Initiative „Arbeitsplätze durch Umwelt- und Naturschutz“ hängen sehr, sehr stark von der Schwerpunktsetzung ab. Viele der Maßnahmen allerdings, meine Damen und Herren, rechnen sich, sind ökonomisch langfristig, teilweise sogar kurzfristig tragfähig. Ich denke da an den Bereich der Wärmedämmung, generell des effizienteren Umgangs mit teuren, mit kostbaren Ressourcen, wozu jetzt sicherlich auch das Wasser vermehrt zu zählen ist.

Auf diesen ersten Bereich möchte ich noch etwas ausführlicher eingehen, nämlich auf den Bereich des sparsameren oder effizienteren Umgangs mit Heizenergie, mit Wärmeenergie. Ich glaube, daß hier tatsächlich, mittlerweile schon kurzfristig, Handlungsbedarf auf Landesebene besteht. Ich höre auch aus dem Ressort von Herrn Landesrat Schmid, daß man an einer neuen Wärmedämmverordnung arbeitet, daß

man an einer neuen Heizungsverordnung arbeitet, die neue Standards in diesen beiden Bereichen festlegen sollen und die dazu führen sollen, daß die Investitionen, die jetzt mittlerweile bereits auch ökonomisch sinnvoll und effizient sind, auch tatsächlich passieren. Daß also die privaten Haushalte, teilweise die Firmen, dazu angehalten sind, daß das, was ökonomisch sinnvoll ist, auch tatsächlich realisiert wird. Selbstverständlich ist es auch notwendig, in diesem Bereich Energieberatung zu intensivieren. Ich bin daher sehr froh, daß in vielen Regionen in der Steiermark, beispielsweise – erst kürzlich habe ich davon erfahren – im Bezirk Radkersburg, Bezirk Feldbach, Energieagenturen eingerichtet werden. Das sind also Agenturen, mit denen es gelingen kann, private und öffentliche Haushalte, Firmen dazu anzuregen, energie-technische Innovationen durchzuführen, die sich, wie gesagt, auf Grund der mittlerweile schon sehr hohen Energiepreise durchaus in vernünftigen Zeiträumen auch rechnen. Einerseits also, ich betone das, ist es notwendig, ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen zu verbessern – wir haben sie in der Steiermark, man muß sie verbessern. Andererseits ist es auch notwendig, die entsprechende Beratung und da und dort auch Förderung, zumindest im Sinne einer „Schuh-löffelförderung“, anzubieten.

Der zweite Bereich, den ich ansprechen möchte, der sehr, sehr viele Arbeitsplätze schaffen könnte, ist der Bereich Sonnenkollektoren. Beim ersten Bereich, vielleicht sollte ich das noch erwähnen, hat man errechnet, daß in der Steiermark alleine durch diesen Sektor rund 2000 Dauerarbeitsplätze geschaffen werden könnten, durch eine Initiative im Bereich Wärmedämmung und im Bereich Heizungstechnik. Der zweite Bereich, wie gesagt, der erwähnenswert erscheint, ist der Bereich der Sonnenkollektoren. Sie kennen die wirklich hervorragende Selbstbaukultur, die es in unserem Bundesland gibt, aber auch sehr, sehr viele Firmen befassen sich mittlerweile mit der Sonnenkollektor-technologie auf der Ebene der Warmwasserbereitung und vermehrt – und das freut mich besonders – auch im Bereich der Gebäudeheizung, zumindest der teilweisen Heizung von Gebäuden über Sonnenkollektoren. Derartige Investitionen rechnen sich im privaten Haushalt in Zeiträumen von etwa sieben bis zwölf Jahren, sind also ökonomisch auch sinnvoll, ökologisch würde ich meinen – angesichts der Bedrohung durch den Treibhauseffekt – praktisch notwendig. Das deutsche Bundesland Berlin ist knapp daran, in seiner Bauordnung festzulegen, daß jeder, der ein Gebäude neu errichtet, dazu verpflichtet ist, Sonnenkollektoren mitzuerrichten, die in der Lage sind, 60 Prozent des jährlichen Warmwasserbedarfes zu decken.

Dritter Bereich des arbeitsmarktbezogenen Umweltschutzes – Biomassenutzung: Auch hier ist Ihnen bekannt, daß wir in der Steiermark eine exzellente Kultur der Nutzung der Biomasse haben. Ich glaube aber, daß wir die jetzt wahrscheinlich auf Grund der teilweise erschöpften Förderungstöpfe eintretende Stagnationsphase überwinden sollten, dadurch etwa – und das ist ein Vorschlag von mir zur bevorstehenden Raumordnungsnovelle –, daß wir es den Gemeinden überlassen, in ihrem Gemeindebereich sogenannte Biomassevorrangzonen auszuweisen. Das heißt, in ihrem Bereich selbst definiert, im selbständi-

gen Bereich definiert, Bereiche in der Gemeinde auszuweisen, in denen vorrangig mit Biomasse zu heizen ist, sei es über Biomassenahwärmenetze, sei es über Biomassekleinfeuerungsanlagen.

Der Bereich der dezentralen Stromerzeugung scheint mir auch einer zu sein, wo in der Steiermark noch Nachholbedarf besteht. Auch hier gibt es im Bezirk Radkersburg im Bereich der Nutzung von Rapsmethylester, also einem Treibstoff, der aus Raps gewonnen wird, vielversprechende Ansätze. Ich glaube, daß wir uns sehr gut darüber unterhalten sollten, ob wir nicht in der Steiermark – diese Möglichkeit hätten wir rechtlich – Stromeinspeisungen aus Blockheizkraftwerken, die biogene Rohstoffe, also etwa das Rapsmethylester, verwenden, zu einem besseren Tarif vergüten, als das bisher auf der Basis der jetzt gültigen Verordnung der Fall ist, und damit wiederum Investitionen gerade in diesem Bereich auslösen. Das gleiche gilt für Windenergie. Hier ist die Steiermark allerdings nicht so begünstigt, wie das etwa Niederösterreich oder Oberösterreich ist. In Niederösterreich ist derzeit bereits ein Windenergieboom beobachtbar. Das gilt im sehr geringen Ausmaß auch für die Bereiche Photovoltaik und für die Nutzung von Biogas. Nicht zu vernachlässigen, meine Damen und Herren, und das möchte ich noch einmal betonen, ist der Einsatz von Biomasse im Rahmen von Blockheizkraftwerken. Und ich glaube, daß es hier, vielleicht im Verein mit dem Landesenergieversorgungsunternehmen, mit den kommunalen, mit den privaten Energieversorgungsunternehmen, gelingen könnte, eine Vorreiterrolle in Österreich zu erlangen.

Fünfter Bereich – auch der wurde bereits von meinen VorrednerInnen angesprochen – dezentrale Abwasserentsorgung und selbstverständlich auch Sanierung bestehender Abwasserentsorgungsanlagen. Es ist ein Faktum, daß mit der Errichtung von dezentralen Abwasserentsorgungsanlagen ein deutlicherer arbeitsmarktpolitischer Impuls verbunden ist als mit Großanlagen: Ganz einfach, weil Großanlagen natürlich mit mehr Maschineneinsatz errichtet werden. (Beifall bei den Grünen.) Darüber hinaus bin ich überzeugt, daß in der Größenordnung von 30.000 Haushalten in der Steiermark ausschließlich über dezentrale Entsorgungsanlagen an den Stand der Technik der Abwasserbehandlung herangeführt werden können, da die Kanalkosten, die Kanalisationskosten schlicht und einfach nicht mehr finanzierbar sein werden – rund 30.000 Haushalte derzeit. Um eine Ziffer auch noch zu nennen: Derzeit gibt es in unserem Bundesland nur rund 300 wasserrechtlich genehmigte Pflanzenkläranlagen. Da gibt es einen sehr, sehr großen Nachholbedarf im Bereich der dezentralen Abwasserentsorgung. Ich freue mich aber, von Landesrat Pörtl zu hören, daß er im Budget 1996 und 1997 erstmals Vorsorge in diesem Bereich getroffen hat, er willens ist, im Bereich dezentrale Abwasserentsorgung auch wirklich einen budgetären, sprich investiven Schwerpunkt zu setzen. Nicht zu vernachlässigen, darüber brauche ich aber nicht viel sagen, ist selbstverständlich der Bereich der Sanierung bestehender Abwasserentsorgungsanlagen. Uns ist das Problem der Undichtigkeiten von Kanalisationsanlagen sehr bekannt. Hier besteht großer Sanierungsbedarf, der

sicherlich nur unter Zuhilfenahme von Bundesmitteln zu bewältigen sein wird.

Sechster Bereich, der mir im Sinne einer arbeitsmarktpolitisch orientierten Umweltpolitik erwähnenswert erscheint, der Bereich der betrieblichen Abfallvermeidung, der betrieblichen Erhöhung von Ressourceneffizienz, stofflicher Ressourceneffizienz und der Bereich der Altlastensanierung: Beides hat mit Müll zu tun. Wir wissen es aus dem Modellprojekt Ökoprotit, das ja mittlerweile auf die gesamte Steiermark übergreift, daß damit entweder Arbeitsplätze geschaffen werden können in Form von Beratungsdienstleistungen, die angeboten werden müssen, daß die Betriebe diese sich rechnenden Investitionen auch wirklich tätigen, daß steirische Betriebe derartige Technologien auch anbieten und verkaufen können, abfallvermeidende Ressourcen, umweltschonende Technologien, und daß zumindestens aber Arbeitsplätze erhalten werden können. Denn heutzutage ist es notwendig, als kostenbewußter Betrieb, auch wirklich die Kosten des Ressourceneinsatzes, die Kosten, die im Bereich Einkauf entstehen, zu minimieren. Ich glaube nach wie vor, daß es sinnvoll wäre, in unserem Bundesland eine Gesellschaft für ökologische Betriebsberatung zu gründen, weil ich es für notwendig halte, eine Clearingstelle in unserem Bundesland zu haben, die klarlegt, welche Prioritäten im Bereich betrieblicher Abfallvermeidung zu setzen sind. Im Bereich der Altlastensanierung stehen wir vor einem Jahrhundertprojekt, würde ich meinen. Es gibt weit über 1000 Altlasten und Altstandorte in unserem Bundesland, die unser Grundwasser gefährden. Hier ist es notwendig, Prioritätensetzungen durchzuführen. Das geschieht teilweise durch das Umweltbundesamt. Ich bin nicht ganz zufrieden mit der Art der Prioritätensetzung. Es hat den Anschein, daß hier andere Bundesländer eher zum Zug kommen bei der Sanierung von Altlasten, die wie gesagt auch grundwassergefährdend sind. Ich würde meinen, daß wir uns also in unserem Bundesland über unsere entsprechenden Fachabteilungen intensiver mit diesem Thema befassen und vehemente Mittel zur Altlastensanierung in unserem Bundesland einfordern sollten.

Der siebte Bereich gehört zum Naturschutz: Biotopkartierung, Landschaftspflege, Biotopmanagement, Schutzwaldsanierung: All das sind gesellschaftlich notwendige Aufgaben, würde ich meinen. Ich bin auch, wie Kollegin Karisch, wie viele hier im Raum, nicht ganz zufrieden mit der Aufteilung der Mittel aus der sogenannten Schotterabgabe, glaube aber nach wie vor, daß es der richtige Einstieg war, das richtige Signal gesetzt wird und auch immerhin die Mittel im Naturschutzbereich erhöht werden. Ein Faktum, das allzu leicht vergessen wird angesichts der Tatsache, daß in anderen Bereichen gekürzt wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Achter Bereich: Öffentlicher Verkehr: Uns allen ist bewußt, daß die Schieneninfrastrukturen in unserem Bundesland im wesentlichen der Schieneninfrastruktur entspricht, die vor 100 Jahren geschaffen wurde; daß die Qualität des hochrangigen Schienennetzes im Vergleich zum hochrangigen Straßennetz schlecht ist – beim hochrangigen Straßennetz kann man davon ausgehen, daß etwa 95 bis 98 Prozent ausgebaut sind, beim hochrangigen Schienennetz bewegen wir uns

bei etwa 35 Prozent. Daraus kann man den gigantischen Aufholbedarf ableiten, den es in diesem Bereich gibt. Ich fürchte allerdings, daß es dafür, weil es sehr teure Investitionen sind im Bereich der öffentlichen Hand, daß es dafür auch zu einer neuerlichen Diskussion um Abgaben, wie der Mineralölsteuer beziehungsweise um die Mineralölsteuererhöhung, kommen wird müssen.

Letzter Bereich, den ich noch ansprechen möchte und der in anderen Wortmeldungen ebenfalls bereits erwähnt wurde: Ich glaube, daß die Debatte um die Stilllegung oder die mögliche Stilllegung des Kernkraftwerkes Krško auch aus steirischer arbeitsmarktpolitischer Perspektive zu sehen ist. Erstens geht es um Ersatzstromlieferungen. Ersatzstromlieferungen können nur aus unserem Bundesland kommen, nämlich aus dem Kraftwerk Voitsberg III. Wir können also durch diese Ersatzstromlieferungen und durch das Angebot dieser Ersatzstromlieferungen mittelfristig die Arbeitsplätze in Voitsberg erhalten. Auch im Bergbau! (Beifall bei den Grünen.) Mir sind die Kosten sehr wohl bekannt, und mir ist auch bekannt, Herr Kollege – man muß aufpassen, daß man die Redezeit nicht zu sehr überschreitet, aber wir können das gerne im Zwiegespräch klären –, daß es Gespräche gibt zwischen dem Verbundkonzern und dem slowenischen EVU, wo schon klargelegt wird, daß natürlich die Slowenen etwas zu bezahlen haben für den Strom aus Voitsberg III. Aber ich glaube, daß man im Wege von Verhandlungen, von Kompensationsverhandlungen, mit Leistung und Gegenleistung durchaus so etwas wie ein steirisches Paket schnüren könnte, ein steirisches Angebot schnüren könnte, auch nur als Schuhlöffel für ein österreichisches Angebot.

Ich bin nicht so naiv, Herr Landesrat, zu glauben, daß das ein steirisches Problem sei und daß wir das im Rahmen unseres Bundeslandes lösen können. Aber ich denke doch, daß die Bundesregierung mit ihrer Aussage, daß sie dafür kämpfen wird, daß Mitteleuropa zu einer kernkraftfreien Zone wird, beim Wort zu nehmen ist. Das muß auch etwas kosten, also Regierer dürfen nicht einfach nur Begriffe in den Raum stellen, ohne damit zu verbinden, daß damit auch Kosten verbunden sind. Ich würde das auch für die Steiermark sagen wollen. Auch wir müssen uns dessen bewußt sein, wenn wir es ernst meinen mit dieser Bannung der Gefahr des Kernkraftwerkes Krško, daß wir dazu unseren Beitrag zu leisten haben.

Alles aber, meine Damen und Herren, unter dem Gesichtspunkt, daß damit auch die Möglichkeit besteht, in der Steiermark im Bereich der Elektroindustrie, im Bereich der Stromversorgung und im Bereich der Bergwerke, des Kohlebergbaues Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 12.01 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Löcker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Löcker (12.01 Uhr): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

Zum Landtag möchte ich einmal in dieser Budgetdebatte sprechen und mehrere Themenkreise gleich rationellerweise zusammenziehen. Überbegriff: Umweltschutz, Naturschutz und deren Finanzierung. Wir

wissen, daß in Zeiten nicht allzu großer wirtschaftlicher Prosperität bei Meinungsumfragen die Bewertung der Arbeitswelt und des Arbeitsplatzes immer sehr hoch oben liegt und gleichzeitig aber die Bewertung des Umweltschutzes rückläufig ist und in Konjunkturzeiten diese Bewertung sich verkehrt. Jetzt ist aber der Umweltschutz etwas Langfristiges und in nicht so kurzen Perioden, wie etwa Wirtschaftsperioden, zu messen, so daß also grundsätzlich diese Tatsache eigentlich bedauert werden muß.

Aber wir haben ja viel längerfristige Vorbilder. Denken wir zum Beispiel an die Maoris in Neuseeland oder in Australien, die seit mehreren zehn Jahrtausenden die Natur dort in Ordnung gehalten haben, weil, ihrem Selbstverständnis entsprechend, die Erde ein Lebewesen ist und man mit der Oberfläche, der Haut dieses Lebewesens, so umgehen sollte, wie mit der eines Menschen. Und aus dieser Grundphilosophie haben sie dort mehrere zehntausend Jahre lang im Einklang mit der Natur leben können. Auch bei uns war ja die Landwirtschaft bis zur jüngsten Zeit, als sie unter den wirtschaftlichen Druck der internationalen Wettbewerbsfähigkeit kam, der Naturschützer Nummer eins, ohne daß sie das gewußt hat oder das laut verkündet hat, geschweige denn, daß sie deswegen in Populismus ausgebrochen ist.

Man muß das schon einmal feststellen. Und wenn in der „Kleinen Zeitung“ von heute am Titelbild ein Wabl zu sehen ist, der Bruder unseres Landtagskollegen, der wieder einmal mit Kübel und Musik im Wiener Innenstadtbereich sich verkauft, dann möchte ich einmal aus meiner praktischen Erfahrung etwas in den Hintergrund dieser Aktionen gehen. Das Wasser hat einen natürlichen Kreislauf. Wie wir wissen, kommt es vom Himmel, durch den Regen oder durch den Schneefall, und es gibt weder eine Wolke, die Trinkwasser bringt, noch gibt es dann hinten nachfolgend weitere Wolken, die Nutz- oder Gebrauchswasser bringen. Das heißt also, wir bekommen eine Wasserqualität im allgemeinen. Und wenn nun auf der Erde sozusagen der Mangel an Qualitätswasser eintritt, dann nur deswegen, weil wir das Wasser über den Boden oder andere auch über Emissionen der Luft verunreinigen. Es ist also unsere Verursachung, und nicht das Problem der Wasserquantität. In der Steiermark fallen im Jahr etwa 1170 Millimeter Niederschlag, das ist mehr als Meter. In der Nordsteiermark auf Grund der Meteorologie fast 2000 Millimeter und in der Südsteiermark etwa 400. Und von diesen im mindesten Fall 400 Millimeter Niederschlag werden derzeit für die landwirtschaftliche Bewässerung, wenn man alles umlegt auf die Fläche, 2 Millimeter, auf die Industrie 20 Millimeter und für die Haushaltsnutzung 8 Millimeter entnommen und verwendet, also insgesamt 30 Millimeter von einem Mittel von 1100 Millimeter. Das heißt also, das relativiert das Mengenproblem schon ganz gewaltig. Und da ist sehr viel Show dabei und sehr viel weniger Realismus.

Und dann noch etwas. Es hat natürlich auch der Konsument schon lange erkannt, daß das Wasser, unabhängig in welchem Ausmaß es vorhanden ist, ein wertvolles Lebensmittel ist und deswegen geschont und sparsam benutzt werden soll. Und der Wasserverbrauch in der Landeshauptstadt Graz ist zum Beispiel in den letzten zehn Jahren um sage und schreibe

25 Prozent zurückgegangen. Jährlich 2,5 Prozent! Und in den letzten Jahren hat sich das auf 4 Prozent jährlich gesteigert.

Und nun muß man aber nicht nur theoretisch die Wasserversorgung sehen, sondern auch in der Praxis. Das Wasser muß einmal vom Brunnen bis zum Bezieher kommen, und das braucht eine Weile. Und in Graz sind Tausende Kubikmeter, wenn ich die ganzen Netze zusammenrechne, permanent in Bewegung. Und wenn das Wasser, weil es zu wenig gebraucht wird, zu lange in der Leitung verharnt, dann erhöht sich die Temperatur des Wassers, und es beginnt eine Verkeimung, und aus dem Trinkwasser wird, falls man es vorher nicht chemisch konserviert, ein Nichttrinkwasser. Das heißt also, es hat von Natur aus schon von der Technik, zwingend, wenn man nicht überhaupt auf die Wasserversorgung verzichten will, eine untere Grenze des Wasserverbrauches gegeben. Das muß man einfach respektieren, und da kann man nicht theoretisch sagen, das Wasser ist zu wertvoll, um es zu benutzen. Denn wenn man es nicht benutzt, tritt hier der gegenteilige Effekt ein. Dann muß man ja bedenken, daß das Wasser einen Kreislauf vollzieht. Und ich bin ganz auch bei der Meinung des Kollegen Getzinger, daß dieser Kreislauf nicht technisch gesehen erweitert werden soll, so daß also die räumliche Trennung zwischen Wasserentnahme und Wasserrückführung über die Kläranlage nicht allzu groß sein soll, um dieses biologische Element nicht zu wenig zu berücksichtigen.

Nun ist also die Frage der Quantität nicht gegeben, aber sehr wohl die Frage der Verteilung. Und wenn man zu Beginn der Menschheit die Städte und die Orte natürlich an den Fließgewässern errichtet hat, so hat man dann mit Zunahme der Zivilisation immer weiter ins flache Land gebaut, wo dann das Wasser nicht mehr so vorhanden war – vor allem in den letzten zehn Jahren. Dadurch hat man den Zwang zur sogenannten Fernwasserleitung geschaffen, denn sonst müßte man sagen, viele Teile der Ost-, Süd- oder Weststeiermark wären wieder abzusiedeln und zu rekultivieren, denn dort ist kein natürliches Wasser vorhanden, es muß von woanders hergebracht werden. Und wir waren so stolz, daß wir eine Infrastruktur mit Milliardeneinsatz von öffentlichen Mitteln geschaffen haben, daß eben diese Bewohner dort eine Chancengleichheit bei der Entwicklung ihrer Lebensmöglichkeiten gehabt haben, sowohl in der Arbeit als auch beim Wohnen. Jetzt kann man doch nicht aus ökologischen Gründen, noch dazu unbegründet, sagen, das darf nicht funktionieren.

Nun zu unseren Verbrauchssteuern. Ich kann mich der Kollegin Zitz, die zwar immer beklagt, wenn sie spricht, daß niemand da ist, aber ich sehe sie zurzeit auch nicht, aber ich verzeihe es ihr gerne, ich kann der Kollegin nur sagen, daß ich in vielen Bereichen ihren Argumenten folgen kann. Diese Steuer ist tatsächlich schlecht vorbereitet geworden. Das ist eine Tatsache. Man muß versuchen, das Beste daraus zu machen und wenn es geht, auch möglichst bald zu reparieren. Der grundsätzliche Fehler ist, daß man die Vollziehbarkeit und auch das Verständnis für diese Steuer zu wenig überlegt hat. Sie ist zu sehr auf den fiskalischen Ertrag ausgerichtet gewesen, und der ökologische Aspekt ist zu gering bewertet worden. Man hätte also nicht nur

mit Juristen und Budgetspezialisten reden sollen, sondern auch Fachleute beiziehen sollen, die einfach die natürlichen beziehungsweise die praktischen Grenzen der Durchführung aufzeigen hätten können.

Das Land hat eine Menge von Abteilungen mit hervorragenden Beamten, die sich damit beschäftigen, die alle zusammen nicht einbezogen oder konsultiert wurden. Wir haben eine Rahmenplanung für die Wasserwirtschaft. Wir haben überhaupt für die Siedlungswasserwirtschaft eine Abteilung. Und man hätte von diesen Abteilungen die Grundlage erfragen können, auf der man dann ein Gesetz entwerfen hätte können, das auch gehalten hätte.

Da, glaube ich, ist einiges passiert, und wir wissen ja, wer dieses Gesetz entworfen und eingebracht hat. Ich will das also hier klarstellen.

Zum Beispiel, bei der Schotterabgabe war die Wirtschaft gar nicht so negativ eingestellt. Diese 5 Schilling, die zuerst entworfen wurden, von 65 Schilling sind es etwa 8 Prozent, wären sogar verkraftbar gewesen, wenn man dann nicht in der Wasserabgabe übersehen hätte, daß zum Beispiel 80 Prozent der entnommenen Mineralien vor deren Verwertung gewaschen werden müssen, beim Kies zum Beispiel die Lehmanteile ausgeschwemmt, und daß diese Wasserverbrauchssteuer pro Tonne Kies mehr gekostet hätte als diese 5 Schilling. Und das hätte man natürlich vorher erkennen müssen. Dann hätte man vielleicht gar nicht auf die heftige Reaktion der Wirtschaft warten müssen, um dann von 5 auf 3 Schilling zurückzugehen, sondern man hätte sogar auf 5 Schilling bleiben können. (Abg. Schinnerl: „Ich habe nur eine Frage, wieso hast du dann mitgestimmt?“) Das werde ich dir noch am Ende meiner Rede sagen. Das habe ich mir vorgenommen. Die Frage ist berechtigt, aber ich verantworte auch mein Mitgehen.

Ja, und was das Geschrei der Wiener zurzeit über die Wassersteuer betrifft, möchte ich folgendes sagen. Einige Prozente versorgen sie ja aus ihrem eigenen Bereich, überwiegend aus der Lobau. Dort muß das Wasser künstlich aufbereitet werden, und die Kosten für diese künstliche Aufbereitung sind auch gleich groß, als wie wenn sie von uns das gesunde Wasser versteuert bekommen, was heißt, ich tausche doch gerne ein gesundes Wasser mit 2,50 Schilling Steuer gegen ein aufbereitetes aus der Lobau, das gleich viel kostet.

Dann möchte ich noch etwas sagen, und das ist eine historische Entwicklung, Kaiser Franz Joseph hat vor 100 Jahren weitsichtig, „vielleicht sogar schon auf Grund der jüngsten ökologischen Erkenntnisse“, den Hochschwab zur Nutzung herbeigeht und herbeigezogen. Aber als Folge hat dann Niederösterreich und besonders Wien gedacht, man braucht doch im eigenen Wirkungsbereich sozusagen den Gewässerschutz nicht mehr so streng verfolgen, weil die Versorgung ohnehin vom Hochschwab garantiert ist. Und der Beweis ist ja, daß man zum Beispiel im größten Grundwasservorkommen Österreichs oder sogar Europas, in der sogenannten Mitterdorfer Senke, völlig unverantwortlich Mülldeponien hineingebaut hat, wie etwa die Fischer-Deponie, die, glaube ich, jetzt mit 700 Millionen Schilling Aufwand saniert werden muß – mit Steuergeldern aller Österreicher, worüber sich niemand beklagt. Aber um die paar hundert Millionen für

die Wassersteuer des gesunden Wassers aus der Steiermark gibt es die große Aufregung.

Es gibt also hier sehr viele Gegenargumente, die auch für diese Wassersteuer sprechen und auch begründet werden können.

Nun zum Naturschutz. Wir haben – und das habe ich schon eingangs erwähnt – nicht immer die gleiche Erkenntnis der Notwendigkeit des Naturschutzes, aber trotzdem glaube ich, ist in der Steiermark durch verschiedenste Referate in der Regierung, von der Landwirtschaft beginnend, ein großes Verständnis für den Naturschutz gegeben. Das neue Naturschutzgesetz verbessert diese Möglichkeiten, außerdem ersetzt es überholte Verordnungen, die auf dem Reichsnaturschutzgesetz noch basieren.

Wir haben auch drei Naturparks, und weitere sind schon von der Bevölkerung anerkannt oder akzeptiert und könnten verwirklicht werden.

Die im laufenden, in dem zu Rede stehenden, Budget 1996 vorgesehenen 18,2 Millionen Schilling sind leider zu wenig. Das wissen wir, und es wäre schön gewesen, wenn wir mehr hätten. Ich würde mir das auch für die Zukunft wünschen, vor allem, weil wir es uns nicht erlauben können, auf EU-Kofördermittel zu verzichten, weil wir die Kofinanzierung nicht bewerkstelligen können. Diese Dinge dürfen uns nicht passieren.

Aber das Verständnis ist schon so, daß wir uns anstrengen werden, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Das Ziel wäre natürlich 40 Millionen. Ich würde sagen, warten wir einmal ab, was der Wasserschilling bringt, wenn er zur Wirkung kommt. Ich bin irgendwie zuversichtlich, daß die Berechnungsgrundlagen etwas unterschätzt wurden und daß man vielleicht allein aus diesem Titel mehr bekommen wird.

Nun jetzt die Antwort auf die Frage meines Kollegen, der meint, wieso ich da zugestimmt habe. Das ist mein persönliches Verständnis von einer politischen Verantwortung, und zwar aus folgenden Gründen. Wir haben hier in diesem Landtag in der letzten Periode von Anfang bis zum Ende Christkindl gespielt und das Geld ausgegeben. Wir haben jedes Jahr Gesetze beschlossen, die nicht budgetiert waren, die zu Nachtragsbedeckungen geführt und natürlich zur Verschuldung dieses Landes beigetragen haben. Da ist nie jemand aufgestanden und hat sich entrüstet und empört, das ist nicht vorhanden. Da war immer ein guter Grund gegeben, sei es Soziales, sei es der Kindergarten, sei es das Gesundheitswesen. Immer wieder war etwas da. Und ich finde es schon ein bißchen als ein gespaltenes Bewußtsein eines politischen Verantwortungsträgers, wenn er jetzt, wo die Konsequenzen durchschlagen, auf einmal sagt, damit möchte ich nichts zu tun haben, und ich möchte keine Belastung oder keine Sanierung des Haushaltes haben. Das entspricht nicht meiner politischen Verantwortung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Der Populismus soll sich überall in Grenzen halten. Ich bin dafür, daß man mit diesem Wasserschilling sparsam umgeht und daß der Naturschutz sobald als möglich die ihm gebührende finanzielle Unterstützung bekommt. (Beifall bei der ÖVP. – 12.15 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Bevor ich dem vorläufig letzten Redner aus der Reihe der Damen und Herren Abgeordneten, dem Abgeordneten Chibidziura, das Wort erteile, begrüße ich sehr herzlich Schüler einer Wahlpflichtgruppe der 8. Klasse des Bundesgymnasiums Fürstenfeld mit Prof. Rupert Asbäck. (Allgemeiner Beifall.) Der Herr Abgeordnete ist am Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (12.16 Uhr) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe den Eindruck, wenn es um die Umwelt geht und um den Umweltschutz, wir zwar überall dabei sind, wenn es aber um die Pflichterfüllung geht, sehr zurückhaltend sind, meinte der Herr Landesumweltanwalt Dr. Oswald. Ich kann ihm hier beipflichten, ich gebe ihm recht. Auch wenn er andere Dinge als unzureichend betrachtet, unter anderem, daß das Bundesministerium die Nitratgrenzen für unser Trinkwasser wieder anheben will im Rahmen der EU.

Oder wenn er auch sagt, daß wir in Österreich kaum eine Chance haben, das Toronto-Ziel, das eine Reduktion der CO₂-Emissionen vorsieht, in der nächsten Zeit einhalten zu können. Ähnlich verhält es sich bei der Müllvermeidung oder auch beim Klimabündnis. Ich kann ihm nur zustimmen, es geht wirklich leider Gottes nicht sehr viel weiter. Wir haben umweltpolitische Defizite, wir sind in der Steiermark auch in Verzug, und der Herr Landesrat Pörtl weiß es ja auch genau, die Deponieverordnung ist nun unterschrieben, liegt auf dem Tisch, unkontrollierte Emissionen aus Deponien haben es doch so weit gebracht, daß nun die Deponieverordnung auf dem Tisch liegt. Chemische Prozesse laufen in den bestehenden Deponien so ungeordnet ab, daß wir hier praktisch eine Umweltverschmutzung durch unsere Mülldeponien haben.

In Zukunft ist der Zwang zur thermischen Behandlung von Müll unumgänglich, und es wird für die vorhandenen Mülldeponien schwierig werden, weil die Mengen, die anfallen, nicht mehr so groß sein werden, die goldenen Jahre der Deponien werden sicherlich zu Ende sein. Aber diese neue Deponieverordnung verlangt natürlich einiges von uns, die thermische Behandlung ist sicherlich notwendig für den Restmüll, und natürlich braucht man dafür aber auch die Einrichtungen. Es ist notwendig, daß wir hier Standorte festlegen von Müllverbrennungsanlagen. Wir haben nur mehr sieben Jahre Zeit, und ich habe noch im Ohr, daß der Herr Landesrat Pörtl gemeint hat, zehn Jahre brauchen wir, bis wir eine Müllverbrennung auch wirklich stehen haben. Herr Landesrat, bis wann werden wir hier auf dem Sektor der Müllverbrennung eine Standortfestlegung haben? Wir haben ja als Land beziehungsweise die Landesregierung und Sie als Verantwortlicher in dem Fall die Vorgaben zu geben. Hier ist vor auszudenken, hier ist vor auszugehen und zu garantieren, daß die Müllentsorgung in der Steiermark nicht das Geschäft einer Mülllobby wird, sondern daß die Müllentsorgung durchschaubar wird für jeden Bürger, weil es einfach sein muß, daß jeder Bürger weiß, was mit seinem Geld geschieht, er muß ja auch schließlich die Müllentsorgung bezahlen.

Ich glaube, eine gläserne Müllentsorgung wird notwendig sein. Herr Landesrat, wir werden überlegen

müssen. Soll das ein System werden wie bei der TKV, eine Zwangsablieferung? Wir haben ja in Summe 150 bis 200 Tonnen Restmüll, 100 Tonnen Gewerbemüll, 150 Tonnen Klärschlamm, das wären im Jahr 600 Tonnen, und wir werden für die Verbrennung rechnen müssen mit ungefähr 3000 Schilling. Das ist eine enorme Belastung für unsere Bürger, und wir sollten es dem Bürger auf den Tisch legen, und hier fehlen die Vorgaben. In Anbetracht des Termines 2003 brennt der Steirerhut, Herr Landesrat. Ja, ich glaube, auch bei dir. Aber auch beim Abwasserwirtschaftsgesetz. Ich glaube nicht, daß du erwartest hast, daß ich kein Wort dazu sage. (Landesrat Pörtl: „Ich wäre tief enttäuscht!“) Ja, das habe ich mir gedacht. Vor fünf Jahren hast du noch gesagt zu mir „du Trittbrettfahrer!“. Ich kann heute sagen, es ist doch etwas Dampf gemacht worden bei der alten Lokomotive. (Landesrat Pörtl: „Du hast schön zu tun gehabt, daß du mitkönnen hast!“) Du bist heute noch nicht nachgekommen, du könntest Blumenpflücken gehen, verstehst? Das bist du vielleicht gewöhnt, aber ein bißchen schneller sollte es doch gehen. Gut, die Pflanzenkläranlagen, Stand der Technik, ist über die Runde. Aber bei den Bauern, Änderung des Wasserwirtschaftsgesetzes, da hast du selber gesagt, ja, da müssen wir was tun. Aber bis heute haben wir noch nichts gemacht. Da ist es wirklich an der Zeit, daß etwas geschieht. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, es gibt Bauern bei uns, die durch Jahre hindurch den Klärschlamm übernommen haben von Kläranlagen, Bodenuntersuchungen gemacht haben, Untersuchungen für die Verträglichkeit des Klärschlammes. Alles positiv, jahrelang den Klärschlamm übernommen, nur den eigenen Abwasserbereich haben sie nicht entsorgen dürfen. Die Hausabwässer dürfen nicht hinkommen, die Gülle darf hinkommen, und jetzt sind sie bei der Kanalisation angeschlossen worden, zahlen 100.000 Schilling Anschlußgebühr und ähnliches mehr. Der Verwaltungsgerichtshof hat hier gesagt: Es fehlen in Wirklichkeit ja nur die Gutachten. Mit einem Gutachten wäre es möglich, daß man hier sagt, das ist eine ordnungsgemäße Entsorgung von Hausabwässern. (Landesrat Pörtl: „Nein, das werde ich dir sagen, wie es wirklich ist!“)

Herr Landesrat, ich muß dich fragen, wie viele Gutachten hast du in Auftrag gegeben, ob das eine ordentliche Entsorgung ist oder nicht? Weil du meinst, ich habe keinen, der mir das bestätigt. Es gibt selbstverständlich hier die Möglichkeit, diese Dinge auch wissenschaftlich zu untermauern. Dann gibt es eine andere Verwaltungsgerichtshofentscheidung Wilfinger, Schäffern. Die zeigt die Diskrepanz zu unserem jetzigen Abwasserwirtschaftsgesetz ja wirklich auf. Paragraph 4 Absatz 5 Ausnahmegenehmigung ist auch nach der Errichtung einer Kanalanlage noch immer möglich. Wie schreibt der Verwaltungsgerichtshof? „Entgegen der Ansicht der belangten Behörde wird der geänderte Sachverhalt schon dadurch verwirklicht, daß tatsächlich andere Gegebenheiten vorliegen, und zwar unabhängig davon, ob eine allenfalls gemäß Paragraph 57 Absatz 1 litera g Steiermärkische Bauordnung bewilligungspflichtige bauliche Anlage ohne die erforderliche Bewilligung errichtet wurde. Die Formulierung der Ausnahmebestimmung des Paragraphen 4 Absatz 5 Kanalgesetz 1988 bietet keinen Grund

zur Annahme, daß eine nachträgliche Befreiung von der Anschlußverpflichtung unzulässig wäre.“ Da brennt auch der Steirerhut, Herr Landesrat. Da müssen wir eine Änderung machen. Das Abwasserwirtschaftsgesetz ist zu novellieren, hier gibt es einige Dinge. Und wie gesagt, warum machen wir es nicht gleich so, daß wir bei der Planung davon ausgehen, es gibt keine Anschlußverpflichtung? Dann werden sich die ökonomischen Überlegungen durchsetzen müssen, und es wird einmal ordentlich gegeneinander abgewogen, ist das jetzt die gescheiterte Lösung oder nicht, und was ist der ökologische Anteil?

Meine Damen und Herren, ich hoffe, der Herr Landesrat wird demnächst hier mit einem Vorschlag kommen. Ich habe gesehen, daß er die Förderungen für die Kleinkläranlagen zwar ein bißchen im Budget versteckt hat, 10 Millionen. Es ist ein Ansatz. (Beifall bei der ÖVP.)

Mir fehlen noch die Richtlinien, daß auch wirklich verbreitet werden kann und daß das alte Argument, du kriegst keine Förderung, wenn du nicht die Großtechnologie machst, auch zum Tragen kommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch etwas nachholen, weil ich schon am Wort bin. Frau Dr. Karisch hat hier angezogen, die Umweltverschmutzungen wirken sich immer mehr global aus. In drei Stunden ist die Giftwolke bei uns, was wir hoffen, daß es nie eintritt, wenn wir an Krško denken. Ich möchte hier nicht noch aufzählen, was Tschernobyl uns alles gezeigt hat. Aber Tschernobyl ist das Synonym für die Unbeherrschbarkeit dieser Technologie für den Menschen geworden, und wir sollten daran denken, daß hier die Atomenergie doch eine Sackgasse ist.

Wir haben gemeinschaftlich in unserem Ausschuss formuliert, an die Regierung, daß die Regierung doch in Wien vorstellig werden möge, gemeinsam mit allen Abgeordneten aller Fraktionen, der Landtags- und der Nationalratsfraktionen, daß hier ein gemeinsames Ausstiegspaket geschnürt wird, nicht nur für Temelin und Mochovce und die anderen, die noch an Gefährlichkeit stärker sind, sondern auch für Krško. Und wir wissen, daß Krško ein Gefahrenpotential hat, das sehr hoch ist, weil eben Krško auf einer Bebenlinie liegt, von der wir wissen, daß sie nicht unerheblich ist.

Ich hoffe, wir werden gemeinschaftlich für den Umweltschutz einiges in der nächsten Zeit weiterbringen. In diesem Sinne danke! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 12.29 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Hirschmann (12.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf sozusagen zum Vorspann zum Erich Pörtl, der dann das große Schlußwort zu dieser Gruppe halten wird, mit einer programmatischen Erklärung für das Jahr 2000 kurz einiges zum Thema Naturschutz sagen.

Ich habe gesagt – Chibi, wo bist du denn, du mußt jetzt schon ein bißchen zuhören, komm her – ich habe

gesagt, Chibi, gleich, wieviel du sprichst, allerdings etwas schneller, wie du weißt. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ich bin schnell; tu nicht so hudeln!“) Und der German hat gesagt, es muß sich ja alles ein bißchen ausgleichen.

Ich wollte mich bei allen Damen und Herren, die hier zum Thema Naturschutz, das ist meine eigentliche Profession in diesem Zusammenhang, gesprochen haben, sehr herzlich bedanken für das Engagement und für die Mitarbeit in diesem Bereich und darf vielleicht zwei, drei kurze Bemerkungen machen.

Das Erste: Die Steiermark als die grüne Mark Österreichs hat trotz aller Probleme und Sorgen, die es selbstverständlich auch gibt, in den letzten Jahrzehnten immer eine gewisse Vorbildfunktion, eine Modellfunktion im Bereich des Umweltschutzes, aber auch in vielen Bereichen des Naturschutzes gehabt. Und darauf sind wir stolz, weil das Dinge waren, die in diesem Lande selbstverständlich von sehr engagierten Umweltschützern und Naturschützern gemacht wurden, getragen wurden, und auch gegen Widerstände getragen wurden, wie wir wissen. Ich möchte sagen, in vielen Bereichen werden wir uns selbstverständlich anstrengen, auch in den nächsten Jahren, hin zur Jahrtausendwende, diese Vorbildfunktion und diese Sache, daß wir uns bemühen, eine Vorreiterrolle da oder dort zu spielen – man kann das klarerweise nicht überall machen –, auch sehr ernsthaft weiterhin anzustreben.

Ich möchte mich für meine Ressortführung, dort wo wir unmittelbar zuständig sind, heute auf folgende kurze Bemerkungen beschränken, weil ich das unlängst auch in einem Gespräch mit der Plattform der Naturschutzgruppen andeuten durfte.

Im Vorjahr hatten wir das Naturschutzjahr, wo es gerade von diesen privaten Organisationen ein außerordentlich großes Engagement gegeben hat, und selbstverständlich auch gleichzeitig von der zuständigen Behörde innerhalb der Steiermärkischen Landesregierung, deren Vertreter mit dem Hofrat Wippel und dem Umweltanwalt auch anwesend sind, die alle keine leichten Aufgaben haben, die alle in sehr konfliktrichtige Situationen tagaus, tagein kommen und die hier eine sehr schwierige Aufgabe und Funktion übernommen haben, wofür ich auch sehr herzlich danke, daß hier manche Mühsal und manche Plage in tapferer Art und Weise auf sich genommen wird. Denn in diesen Bereichen kann man es natürlich nie allen recht machen, sondern muß man immer schauen, daß man halt in einer Abwägung von verschiedenen Interessen auch einen guten Kompromiß, im positiven Sinne des Wortes, finden und schließen kann.

Ich möchte nur darauf hinweisen, meine verehrten Damen und Herren, daß ich demnächst mit meiner Behörde in das Hohe Haus einen Regierungsentwurf für ein neues Naturschutzgesetz einbringen werde. Das wird eine sehr umstrittene Sache sein, beschließen müssen das sowieso die Damen und Herren des Hohen Hauses, hier reihum. Ich möchte nur meine prinzipielle Vorstellung von einem neuen Naturschutzgesetz mit wenigen Worten hier deponieren.

Das eine ist selbstverständlich, wenn wir so etwas machen, habe ich – im Hinblick auch auf das, was ich gestern im Zusammenhang mit Verwaltungsreform gemeint habe – für mich jedenfalls die Vorstellung,

daß es zu keiner weiteren bürokratischen Aufblähung unserer Institutionen kommen darf. Und einen zweiten Wunsch selbstverständlich, daß wir von dem hoheitlichen Naturschutz zu einem Vertragsnaturschutz kommen und selbstverständlich die Eigentumsrechte, nicht nur in einem ideologischen, sondern auch in einem sehr praktischen Sinn gewahrt bleiben müssen.

Ein neues Gesetz hat aber selbstverständlich nur dann einen Sinn, wenn auch das Gesetz dahin gehend modern und zukunftsorientiert abgefaßt ist, wenn man zumindest die Schwerpunkte künftiger Naturschutzpolitik bei uns auch klar und deutlich ablesen kann.

Ein Zweites, meine verehrten Damen und Herren, im Zusammenhang damit. Ich möchte eine sehr offene Diskussion in den nächsten Jahren auch führen über die Schaffung eines Nationalparks in diesem Lande, ja oder nein. Da gibt es also auch von Fachleuten eine sehr kontroverielle Meinung zu diesem Thema. Ich gebe hier nichts vor in dem Sinne, daß ich sage, das muß so oder so sein. Ich möchte eine offene Diskussion haben, verheimliche aber nicht, daß ich persönlich, weil ich ja auch der Fremdenverkehrsreferent bin und es auch in meinem Sportreferat so halte und auch im Personalreferat etwas davon halte, daß man markante Dinge und Leitbildprojekte angeht. Und als solches würde ich einen Nationalpark betrachten, aber, wie gesagt, auch in völliger Absprache mit den jeweils Betroffenen. Wobei ich mir persönlich durchaus vorstellen kann, da ja das Land große Besitzungen hat, oder auch der Bund, daß wir im Zusammenhang damit hier einiges anbieten oder abtauschen könnten.

Ein Drittes: Wir haben einige Naturparks, mittlerweile vier, im Lande Steiermark. Ich halte das als Tourismusreferent für eine derzeit noch weithin ungenutzte Chance, auch hier eine sinnvolle Verbindung zwischen Natur erleben auf der einen Seite und Tourismus auf der anderen Seite herzustellen, die wir in jedem Fall offensiver nützen müssen.

Und ein vierter und letzter Punkt vorläufig, ich habe das auch mit einigen Damen und Herren des Hohen Hauses in den letzten Wochen besprochen: Trotz aller Schwierigkeiten mit unserem Sparbudget werden wir dafür Sorge tragen müssen, daß das begonnene Projekt der Biotopkartierung selbstverständlich in den nächsten Jahren vorangetrieben und auch abgeschlossen werden wird.

Lassen Sie mich, meine verehrten Damen und Herren, als zuständiger Referent auch ein Wort zur beschlossenen Schotterabgabe, oder wie immer wir das nennen möchten, sagen. Daß der Naturschutzreferent keine Freude damit hat, daß es hier nicht zu einer 100prozentigen faktischen Zweckbindung kommt, ist ja selbstverständlich. Ich darf nur darauf aufmerksam machen, daß zunächst in Regierungsverhandlungen vor einigen Monaten vorgesehen war, daß Null Schilling einer Zweckbindung zur Verfügung stehen, sondern daß das Gesamte, was hier hereinkommen soll, in das Ressort des Finanzreferenten kommt. Ich habe damit keine Freude, aber im Sinne der Gesamtsolidarität, die vorhin auch der Kollege Löcker angesprochen hat und zu der wir, jedenfalls in der Regierung, auch alle verpflichtet sind, muß ich aus der Not eine Tugend machen und sagen, das ist ein erster Schritt, der besser ist als gar nichts.

Der Vergleich mit anderen Bundesländern hinkt natürlich in einer mehrfachen Hinsicht, auf den ich mich da jetzt im Detail nicht einlassen möchte, aber ich sage, es ist immerhin ein erster Schritt. (Abg. Mag. Zitz: „Entschuldigung, Herr Landesrat, aber bitte erklären Sie im Vergleich zu den anderen Bundesländern den hinkenden Unterschied!“) Darf ich Ihnen folgendes sagen, Frau Kollegin, ich bin kein Anhänger der fundamentalistischen Sektiererlehre, daß hier Naturschutz ganz getrennt ist vom Umweltschutz dort, sondern da bin ich mit dem Ressortkollegen im Finanzressort durchaus einer Meinung, daß das eine mit dem anderen selbstverständlich etwas zu tun hat, nicht nur mit dem Erich Pörtl, sondern auch mit dem Kollegen Ressel. Und wir geben für den Umweltschutz in diesem Land erfreulicherweise, sage ich, einige 100 Millionen Schilling aus. Und ich kann die Diktion des Kollegen Ressel, der hier bei der Budgeteinbringung, wie Sie sich erinnern werden, Frau Kollegin Zitz – das sind noch nicht Ihre Fans, die kommen erst später – (Buhrufe und Pfiffe aus dem Zuschauerraum.) Ich habe es ja gewußt, da sie schon da sind.

Wir sind nur noch bei einem anderen Thema, das nicht alle gleich interessieren wird. Sie kommen ja aus einem gewissen anderen Anliegen, das aber durchaus auch eines ist, das immer wieder bei uns besprochen werden wird.

Ich darf aber die Frage weiter beantworten, Frau Kollegin Zitz, der Unterschied ist zu anderen Ländern auch der, daß es in einigen Ländern gar nichts gibt, nämlich absolut gar nichts in diesem Zusammenhang. (Abg. Mag. Zitz: „Mit diesen vergleichen wir nicht, die interessieren uns nicht!“)

Ich sage nur noch dazu, es gibt Bundesländer, in denen es da oder dort durchaus eine bessere Regelung gibt, die mir persönlich auch angenehmer wäre, und es gibt da oder dort Bundesländer, wo es eindeutig eine schlechtere Regelung gibt. Und dabei bleiben wir.

Ich bin aber sehr dankbar, wenn Sie mir in den nächsten Jahren behilflich sind in diesem Zusammenhang, daß wir für die Sache des Naturschutzes im Sinne dessen, was hier andere Damen und Herren, die zu dem Thema gesprochen haben, noch mehr gemeinsam erreichen. Ich würde mich nur dagegen verwehren, da in die Sache so hineinzublasen, daß man sagt „bitte schön, es ist in diesem Lande gar nichts dafür geschehen“, und möchte mich mit einem großen Dank noch einmal für die Behörde, die wir haben, an der Spitze mit Hofrat Wippel und vor allem mit Dipl.-Ing. Karl Fasching, aber auch bei allen Mitgliedern der Naturschutzplattform für das große Engagement der letzten Jahre sehr herzlich bedanken. Und jetzt wird es ja wieder lustiger. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 12.39 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Pörtl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Pörtl (12.39 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Umweltdebatte war in den letzten Jahrzehnten – so lange bin ich schon in dem Haus – in wechselbarer Form meistens ein wüster Kriegsschauplatz, weil man

zu Beginn der Diskussionen meist die konkreten Auswirkungen unserer Umweltschädigungen diskutiert und hinterfragt hat. Es ist also längst Usus, daß wir heute eine Auseinandersetzung haben, daß das, was alles passiert ist, was ganz konkret greift, was vor allem integrativ in der Wirtschaft, im privaten Konsum, im Verkehr, in den neuen Entwicklungen, in den Prototypen dieser Kreislaufphilosophie täglich passiert, daß das praktisch fast nicht mehr als Erfolg erachtet wird, sondern daß man sehr drängend und auch aggressiv versucht, immer wieder neu dieses Voranschreiten weiterzutreiben. Und ich möchte da also wirklich sagen, ich glaube, daß wir nicht den pädagogischen Fehler machen dürfen – der Kollegin Zitz ist das wirklich, ich möchte nicht sagen verziehen, aber im Grund wird das schon noch kommen, und ich werde mich sehr bemühen um sie, daß wir einmal sozusagen vor Ort die Dinge – (Abg. Mag. Zitz: „Das ist eine gefährliche Drohung!“) Nein, vor mir brauchen Sie sich nicht zu fürchten, da brauchen Sie keine Angst haben, ich bin ein Naturmensch, wissen Sie. Sie müssen nur schauen, daß Sie mich immer verstehen, wenn ich in meiner Mundart versuche, Ihnen gewisse Dinge zu erklären.

Sie müßten einmal konkret schauen, in einer Lyso-meteranlage in diesen Gebieten, wo Sie auf der Stelle ein Sanierungsgebiet wollen, was dort ganz konkret passiert ist und was in der weiteren Entwicklung passiert, zum Beispiel mit den ÖPUL-Maßnahmen oder mit den Begrünungsoffensiven. Und ich weiß gar nicht, ob Sie genau wissen, was eine ÖPUL-Maßnahme ist. Das ist eine schieche Abkürzung, wie andere Abkürzungen. Aber daß damit auch Großvieheinheiten, mäßig begrenzte Bewirtschaftungsformen und Düngerformen und Fruchtfolgeformen mit Entbehrungen und Verlusten verbunden sind, wird nicht bedacht. Und ihr geht die Bauern an und sagt, das sind die Saubarteln. Sie müssen einmal probieren, konkret ökologische Landwirtschaft zu betreiben. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Unterbrechung durch die Studenten. – 12.41 Uhr.)

Studentenprotest (12.41 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren!

Studentin (unbekannt): Jetzt reden einmal wir, und Sie werden uns jetzt einmal zuhören! Wir haben Forderungen mitgebracht, und wir wollen endlich angehört werden von Ihnen! (Alle Studenten: „Rederecht – Rederecht – Rederecht! Und hier und jetzt. Und hier und jetzt. Und hier und jetzt!“) Wir fordern die Bildungssprecher der Parteien auf, zu dem Uni-Sparpaket Stellung zu nehmen und konkret zu unseren Forderungen, und zwar jetzt und hier, so, daß es alle hier hören können!

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren Studenten, darf ich Ihnen einen Vorschlag unterbreiten?

Wir haben hier ein Rednerpult, und ich würde Ihnen gerne die Möglichkeit geben, von diesem Rednerpult aus, daß einer von Ihnen, einer der jungen Damen oder Herren, die Forderungen, die Sie vorzubringen haben,

hier in diesem Hohen Hause vorträgt und daß Sie uns dann die Möglichkeit geben, daß wir unsere Beratungen fortsetzen. Sind Sie damit einverstanden?

Student: „Aktion – Reaktionen! Aktion – Reaktionen!“

Studentin: Wir erwarten eine Stellungnahme von einem Bildungssprecher und wenn möglich von mehreren, aber zumindest eine Stellungnahme von einem Bildungssprecher von diesem Rednerpult aus, bitte, hier und jetzt!

Und diese Resolution, die wir hier haben, das sind unsere Forderungen.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren, ich würde mich einmal darauf beschränken, Ihnen die Möglichkeit zu geben, hier Ihren Protest vorzubringen, und zwar in einem Rahmen, der diesem Hause würdig ist. Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen. Sie können von dieser Gelegenheit Gebrauch machen. Die weitere Vorgangsweise, wie wir Ihren Protest behandeln, bitte ich Sie, uns zu überlassen.

Student: „Sie glauben, Sie können uns mit dem Schmäh nehmen!“

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich habe Sie leider nicht verstanden, aber der Herr oder die Dame, der oder die hier spricht, kann ja alle Protestmöglichkeiten vorbringen. Wie wir Ihren Protest behandeln, müssen Sie bitte schon uns überlassen. Sie haben gerne das Wort, bitte sehr! (Allgemeiner Beifall.)

Darf ich Sie, bevor ich Ihnen das Wort erteile, bitten, daß Sie alle Platz nehmen, sich in Ruhe die Forderungen Ihrer Frau Kollegin anhören (Studentin: „Die sollen Sie anhören!“) und daß alle Damen und Herren und alle Zuhörer, die anwesend sind, die Ausführungen verfolgen können. Wir hören zu, aber nur unter der Prämisse, daß wir auch die Möglichkeit haben zuzuhören und Sie bitte alle Platz nehmen, damit wir die Ordnung in diesem Haus wieder herstellen können. Wir haben nichts dagegen, wenn Sie Ihren Protest in dieser Weise vorbringen, vor allem, wenn er dem Rahmen dieser Institution entspricht! Ich erteile Ihnen hiemit das Wort.

Studentin Ines Aftenberger (12.48 Uhr): Danke!

Wir haben hier eine Resolution mitgebracht, das heißt konkrete Forderungen. Denn wir sind es müde, von den Politikern immer nur vage Absichtserklärungen zu hören, daß sie es eh so gut mit uns meinen. Das hilft uns nicht mehr, uns läuft die Zeit davon. Im Herbst stehen bei uns an den Universitäten die Institute, der Betrieb still, und einige von uns haben zu viel Geld verloren. Wir wollen jetzt Antworten, und wir wollen, daß Sie zu diesen Forderungen, die wir hier mitgebracht haben, für die wir schon seit Wochen auf die Straße gehen – leider ignoriert von einem Großteil von Ihnen –, wir wollen, daß Sie zu diesen Forderungen Stellung nehmen. Wir wollen eine Unterstützung von Ihnen als Abgeordnete dieses Landtages! (Beifall.)

Ich lese Ihnen jetzt diese Resolution vor, und ich hoffe, daß Sie wirklich zuhören, wie Sie es uns zugesagt haben, damit Sie dann dazu Stellung nehmen können, insbesondere die Bildungssprecher, in deren Zuständigkeit es fällt.

„SOS Bildung! SOS Demokratie!“

Das Uni-Sparpaket gefährdet die Lehre an den Universitäten und bedeutet einen sozialen Numerus clausus. Es wird gegen den Willen der Betroffenen und unter Mißachtung demokratiepolitischer Mindeststandards durchgesetzt.

In dieser Situation fordern wir den steirischen Landtag auf, eine klare politische Aussage zu treffen, und wir fordern die steirischen Abgeordneten auf, unsere Anliegen zu unterstützen!

Und zwar mit folgender Resolution: Als Landtagsabgeordneter und Landtagsabgeordnete werde ich mich persönlich im Landtag, in meiner Partei und bei den zuständigen Ministern der Bundesregierung dafür einsetzen, daß folgende Maßnahmen mit den Studierendenvertretern, und Studierendenvertreterinnen verhandelt – es wurde nämlich noch nie verhandelt mit uns – und entsprechend novelliert beziehungsweise bis dahin nicht umgesetzt werden. Diese Maßnahmen, die uns besonders treffen, sind:

Bindung der Familienbeihilfe an die Mindeststudiendauer plus zwei Semester (für 80 Prozent von uns heißt das nämlich Verlust der Familienbeihilfe).

Abschaffung der Freifahrt (die trifft uns alle).

Kürzung der Lehraufträge um 15 Prozent (das ist vorgesehen und bedeutet für einige Studienrichtungen und Institute das Aus, auch wenn es hier vielleicht noch niemand wahrgenommen hat oder nur sehr wenige).

Wir fordern statt dessen die Ausarbeitung eines sozial gerechten Studienfinanzierungsmodells; als Übergangsregelung können wir uns eine Bindung der Familienbeihilfe an den Median der Studiendauer vorstellen.

Wir fordern die Beibehaltung der Freifahrt beziehungsweise, wenn das nicht geht, die Ausverhandlung niedriger Studierendentarife bei den zuständigen Verkehrsbetrieben (das würde ganz konkret in Ihre Kompetenz fallen) und keine Kürzungen mehr bei den Lehraufträgen, denn da kann nichts mehr gespart werden.

Und wir fordern die steirischen Abgeordneten auf, gegen Zugangsbeschränkungen zur Uni, wie Studiengebühren und Numerus clausus, aufzutreten und den freien Hochschulzugang zu sichern!“ (Beifall.)

Und wir möchten jetzt konkret hören – (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Geben Sie doch bitte Ihrer Kollegin die Chance, die Forderungen weiterzuführen!“) Danke, ich komme bei meinen Kollegen und Kolleginnen schon zu Wort. Das Problem habe ich bei anderen Leuten, nicht zu Wort zu kommen. (Beifall.)

Wir möchten jetzt von den Abgeordneten konkret wissen, wie sie zu den Forderungen stehen. Ob sie bereit sind, sie zu unterstützen. Bitte, keine vagen Absichtserklärungen, sondern klare Worte von den Bildungssprechern der Parteien, wenn das möglich ist.

Und wir werden nicht gehen, wir werden so lange bleiben; denn wenn wir uns nicht auf diese Art bemerkbar machen, werden wir ignoriert oder wird einfach ein Polizeieinsatz mehr bezahlt. So nicht! Wir bitten jetzt hier um klare Antworten. (Beifall. – 12.51 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Mit den Bildungssprechern und den Klubobmännern der beiden großen Fraktionen – ich habe ausdrücklich betont „der beiden großen Fraktionen“ – würden wir Ihnen folgenden Vorschlag unterbreiten:

Mit einer Delegation aus Ihren Reihen zusammen mit den Klubobmännern und den Bildungssprechern aller im Landtag vertretenen Fraktionen soll eine Besprechung zu einem Austausch der Meinungen anschließend im Rittersaal stattfinden. Und ich würde die Sitzung einmal vorläufig auf eine Viertelstunde unterbrechen, damit Sie die Möglichkeit haben, mit den Herren zu diskutieren. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir unter anderem noch viele andere Probleme, die dieses Land betreffen, zu behandeln haben und wir Ihnen daher ein konkretes Angebot in bezug auf die Behandlung Ihres Falles unterbreiten können in diesem Gespräch, das Sie selbst mit den Verantwortlichen führen.

Ich glaube, daß das ein Weg ist, der Ihnen die Möglichkeit gibt, Ihre Anliegen anzubringen, und nicht nur anzubringen, sondern auch mit den Betroffenen oder zum nur sehr mäßigen Teil damit sachlich Befassten zu diskutieren, weil es sich ja nicht unbedingt um eine Landessache handelt. Wir können Ihnen ja nur eine Zusicherung dahin gehend geben, daß wir uns bei den entsprechenden Stellen dafür verwenden.

Darf ich Sie also bitten, daß Sie von diesem Angebot Gebrauch machen, und darf ich Sie bitten, daß Sie vor allem den Plenarsaal wieder verlassen.

Studentin: Ich möchte noch etwas dazu sagen.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Bitte!

Studentin: Tun Sie nicht so, als wären unsere Forderungen für Sie neu. Sie kennen unsere Forderungen!

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Die Forderungen sind bekannt!

Studentin: Wir haben die Forderungen schon sehr oft an Sie gestellt, wir haben nie konkrete Antworten bekommen. Deshalb sind wir jetzt hier, und ich glaube nicht, daß Sie eine Viertelstunde benötigen, um sich jetzt konkret zu äußern, denn diese Forderungen sind Ihnen wirklich schon bekannt.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Deswegen gibt es ja ein Gespräch zwischen den Verantwortlichen der einzelnen Fraktionen und Ihnen, aber bitte nicht hier im Hohen Haus, weil das nicht der entsprechende Platz dafür ist. (Beifall)

Studentin: Wir wollen uns mit dieser Verzögerungstaktik nicht hinausdrängen lassen, wir bleiben hier! Das ist ein Beweis für die Politik, die hier in diesem

Land momentan passiert! Wir bleiben, und wir lassen uns mit dieser Verzögerungstaktik auch nicht von hier weg befördern! Jetzt und hier! Für die Verhandlungen, die nicht hier gemacht werden, okay, aber die anderen dürfen da bleiben, das muß einfach gewährleistet werden. Wir kennen das Spiel mit Unterbrechungen, uns dazu zu bringen, uns nicht mehr zu artikulieren. Wir haben das zweimal erlebt. Zweimal wurden in diesem Landtag Anträge abgegeben. Zweimal wurden wir mit Verdrängungen dazu gebracht, hinauszugehen. Die Wirklichkeit ist, daß dieser Landtag nichts mehr mitbekommt. Wir bleiben! (Beifall. – 13 Studenten bleiben in der Mitte des Plenarsaales sitzen.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung auf 15 Minuten. (Unterbrechung der Sitzung um 12.56 Uhr. – Lied: „Schließt euch fest zusammen, wehrt euch, leistet Widerstand gegen den Sozialabbau im Land!“) Haltet fest zusammen, wehrt euch, leistet Widerstand gegen den Sozialabbau im Land! (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Sehr geehrte Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. (13.12 Uhr.) Und ich darf Ihnen in der Zwischenzeit verkünden, welche Vereinbarungen bis zum jetzigen Zeitpunkt getroffen wurden:

Die Vertreter der Studentenschaft und die Bildungssprecher der im Landtag vertretenen Fraktionen befinden sich im Rittersaal zu einer Aussprache, und wir haben konzediert, daß die Damen und Herren Studenten, die hier herinnen sind, hier in stillem Protest – und das war die Vereinbarung, und ich bitte, daß wir uns daran halten – an der Fortführung der Sitzung teilnehmen. Wenn die Gespräche drinnen abgeschlossen sind, wird ein Statement – wie das aussieht, wird drinnen festgelegt – hier im Landtag verlesen, und dann wird die Studentenschaft die Sitzung wieder verlassen.

Ich glaube, daß das ein faires Angebot ist. Ich glaube, daß das auch dazu führen kann, die Konflikte zu lösen, zumindest insoweit, als sie den bescheidenen Anteil, den der Landtag an Verantwortung an diesen Dingen hat, betreffen.

Wir fahren nun fort, und ich darf Herrn Landesrat Pörtl, bei dem ich mich dafür entschuldige, daß er in seinen Ausführungen unterbrochen wurde, bitten, fortzufahren.

Landesrat Pörtl (13.13 Uhr): Nachdem ich beruflich vorgebildet bin und auf überraschende Ereignisse eine geänderte Vorgangsweise ganz normal ist, möchte ich auf Fragen bei der Diskussion in verkürzter Form noch einmal eingehen.

Wir sind in der Gesamtentwicklung, was vor allem die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen betreffen, auf der Basis einer bundesgesetzlichen Grundlage. Und wir haben im Bereich der Abwasserentwicklung, wo es ja eine sehr leidenschaftliche Diskussion gegeben hat, einen derzeitigen Stand, daß wir 70 Prozent der Abwasser gereinigt entsorgen. Daß aber gerade die nächsten Investitionsschübe in den ländlich schwach strukturierten Gebieten, vor allem mit den jetzigen gesetzlichen Vorgaben uns vor enorme finanziellen und technischen Belastungen stellen. Das ist also bemerkenswert – ich möchte das zitieren, daß zum Beispiel

der Abgeordnete Keppelmüller auf Basis des jetzigen Gesetzes folgendes festgehalten hat in diesen parlamentarischen Nachrichten, daß vor allem das Wasserrechtsgesetz, und jetzt zitiere ich: „Extrem formuliert kann das bedeuten, daß zum Beispiel das Wasserrecht so geändert werden muß, daß nicht länger Milliarden in Kanalbauten und aufwendige Steigerung der Reinigungsleisten von Kläranlagen um wenige Prozente investiert werden.“ Der Grund ist vor allem, dieser Konflikt der finanziellen Schwierigkeiten der Finanzierung solcher Investitionen, und vor allem die zweite Linie, diese extrem hohen Normen, die im Wasserrechtsgesetz festgehalten sind. Und ich möchte trotzdem dem Abgeordneten Chibidziura bereits zum dritten oder vierten Mal erklären, daß bei dieser seinerzeitigen Gesetzgebung genau seine Fraktion 53 Abänderungsanträge um Verschärfung gestellt hat. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ich war da nicht dabei!“) Nein, du warst auch da nicht dabei, wie wir es einstimmig beschlossen haben, das steirische Wasserrecht. Ich stelle nur fest, es ist ja kein Angriff, die unterschiedliche Form. Du möchtest sozusagen die Abwasserentwicklung – ich übertreibe – mit sieben Steinen forcieren, das heißt, wenn das Wasser über sieben Steine hinuntergeronnen ist, ist das Abwasser gereinigt, und deine Kollegen in Wien haben die andere Position eingenommen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Herr Landesrat, darf ich kurz unterbrechen?“) Bitte, ich bin es jetzt gewöhnt, ich habe ein gutes Training. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Es ist ein Antrag eingebracht worden betreffend dem Paragraphen 33 Wasserrechtsgesetz. Du hast in dieser Hinsicht nichts unternommen. Er ist nicht zugewiesen worden, um bearbeitet zu werden, daß dieses Wasserrecht unserem gemeinsamen Vorhaben nicht im Wege steht!“) Moment, ich kann dir ganz konkret sagen, daß sogar in der Budgetvereinbarung der jetzigen Regierung die Novellierung des Wasserrechtsgesetzes vereinbart worden ist. Das sind die Folgen einer solchen Entwicklung. Und ich glaube sicher, daß also dort Überziehungen und Übertreibungen im Wasserrechtsgesetz Faktum sind, und wir schlagen uns da gegenseitig die Schädel ein, nach welchen Methoden und technischen Möglichkeiten wir die Abwasserentsorgung vollziehen, speziell in den ländlichen Regionen. Wir haben bereits seit zehn Jahren diese dezentrale Schiene, auch mit den Pflanzenkläranlagen. Ich habe erstmals vorbereitet, weil mit dem Bund keine einfachere Förderung von Einzel- und Gruppenanlagen möglich ist, und einen eigenen Vorschlag gemacht, der sicherlich nicht zufriedenstellend ist für diese Gesamtförderung. Und es ist wahrscheinlich auch erträglich, weil gewisse Eigenleistungen die Kosten günstiger gestalten. Wir haben auch im ökologischen Projekt Graz, im ÖKAB-Projekt, investiert, wo wir vor allem diese technischen Vorleistungen mit einem Erlaß seit 1993 das in der Steiermark forciert haben.

Ich habe ihr alle Unterlagen und Voraussetzungen zur Verfügung gestellt, damit auch diese steirische Entwicklung in Kärnten möglich ist. Und in Niederösterreich und Oberösterreich wird, wenn dezentrale Diskussionen sind, gesagt, das ist die steirische Lösung. Bei uns gibt es natürlich – und daher habe ich da ein bißchen einen Dampf in den Knochen, selbstverständlich aus parteipolitischen Gründen, ich will da nicht die Hütte anzünden, es ist eh warm genug – die

Absicht, es kann nie gut genug sein. Habe ich eine Abwasserentsorgung in einem geschlossenen Gebiet, in einem Dorfgebiet mit zukünftigem Bauerwartungsland, wo halt gewisse Einwohnergleichwerte notwendig sind, gibt es das Prinzip der gelben Linie. Wir haben ein Beispiel im Pöllauer Raum, wo dieser Abwasserwirtschaftsverband alle Möglichkeiten nutzt – eine zentrale im Raum der Region Pöllau, dezentrale in den Ortschaften und jetzt Einzelanlagen –, um die Betreuung durch diesen Wasserverband unter verschiedenen Voraussetzungen zu praktizieren. Das sind heute gängige Methoden.

Die Gemeinde Mitterdorf, wir wissen das, neun Genossenschaften, bereits jetzt wieder fusioniert, um eben aus Kostengründen vernünftiger mit weniger Anlagen das abzuwickeln. Eine Genossenschaft leitet in die Abwasserverbandsanlage in Weiz ein, weil in der Nähe die Möglichkeit ist. Das ist ja an und für sich eine gute Entwicklung.

Und daher haben wir im neuen Entwurf des Abwasserwirtschaftsgesetzes diese Anhörungspflicht, diese Bürgerbeteiligung ganz dringend auch als notwendig erachtet, damit der Nachvollzug passiert.

In Hof bei Straden war eine Bürgermeisterablöse wegen dem Kanalprojekt. Der neue Bürgermeister Pock hat sich das sehr genau angeschaut, genau hinterfragt, Studien machen lassen, und jetzt wird das gleiche Projekt – (Abg. Dr. Wabl: „St. Anna ist das!“) Und jetzt ist man zum Schluß gekommen, daß doch die Variantenuntersuchung die beste Lösung ist.

In Jagerberg gab es einen speziellen Versuch, auch wissenschaftlich begleitet mit EDV-unterstützten Maßnahmen. In der Endkonsequenz ist die Erklärung gekommen, daß eine Vergleichsmöglichkeit durch diese Methode nicht möglich ist, sondern nur die Möglichkeit geschaffen ist, neuerliche Varianten zu entwickeln. Das heißt, es ist nicht so einfach, daß man da hergeht und sagt, die Steirer werden alle zentral entsorgt, in einfacher Form, sondern wir haben gemeinsam diesen Weg zu beschreiten.

Ich habe vor, ich bin aber nicht ganz sicher, ob wir das noch vor dem Sommer schaffen werden, eine Enquete zu veranstalten, wo jede Fraktion ihre Experten mitnimmt, um eben abzuklären, wie wir mit unserem Wirtschaftsabwassergesetz – wir sagen nicht Abwasserwirtschaftsgesetz, sondern Abwassergesetz – die Voraussetzungen schaffen, diese Entwicklungen zu verstärken. Wir sehen gerade bei den jetzigen Budgetansätzen, daß wir mit der Finanzierung nach der derzeitigen Entwicklung nicht die ausreichenden Mittel haben. Und es wird sich selbstverständlich ein Stau in den Genehmigungen und Einreichungen in Richtung Kommunalkredit ergeben. Das ist ein derzeitiges Faktum.

Ich glaube daher, daß wir in der Steiermark in der Frage der abwasserwirtschaftlichen Maßnahmen auf einem sehr guten Weg sind und wir den Weg vor allem zu verstärken haben.

Wir haben auch begleitende Maßnahmen in Vorbereitung, auf die verschiedensten Möglichkeiten im ländlichen Raum. Diese Abwasserberatung ist die Vorbereitung für eine vernünftige Klärschlammverwertung. Wir wissen ja, daß dort selbstverständlich Konflikte vorhanden sind. Nur, fest steht, wenn wir in

verschiedenen Regionen, wo die Flächen vorhanden sind – wir haben auch einen Vorschlag ausgearbeitet, unter welchen Bedingungen auch eine Ausbringung auf die Fläche möglich ist, nach dreimonatiger Lagerung, weil vor allem diese chemisch-biologischen Vorgänge innerhalb des Abwassers eine entsprechende Rolle spielen – und wo Eingrenzungen und wo Möglichkeiten bestehen.

Nur generell, und da bin ich sehr gespannt, wie das praktisch läuft, habe ich eine Urangst, wenn wir im Landtag beschließen, wir befreien die Landwirtschaft generell, und weite Konsumentenkreise und Strategen haben die Möglichkeit, daß wir in der Landwirtschaft Entsorgungsflächen als wertvollen Boden haben. Wir haben nichts Wertvolleres als das Wasser und den Boden. Und da ist mir auch Kritik und Schelte recht, daß wir da kein Risiko eingehen.

Wir kommen ja in der Agrardebatte noch auf das dramatische Problem der psychologischen Beeinflussung, weit über Grenzen hinweg, wenn wir denken, was derzeit die Rinderwirtschaft in Wahrheit durchzumachen hat. Ich glaube daher, daß wir auf dem Weg sicherlich richtig liegen.

Wir haben also das Abwassergesetz in Begutachtung, wir haben das also bereits retour. Dann gibt es die Enquete, und wir wollen auf alle Fälle versuchen, im heurigen Jahr diese Voraussetzungen gemeinsam zu schaffen. Wir haben da überhaupt nichts zu verbergen oder zuzudecken, sondern wir haben die Absicht, auf fachlich sachlicher Ebene, auf Basis der Erfahrungen die beste Möglichkeit zu finden.

Nur eines können wir nicht ersetzen, wenn in den Gemeinden und Kommunen gewisse Spannungen und Auseinandersetzungen sind und auch die Kooperation nicht möglich ist, das werden wir gesetzlich nicht lösen können. Wir haben ja bereits Entwicklungen bei Gruppenkläranlagen, daß diese Gruppe mit fünf Mitgliedern den sechsten und den siebenten und den achten nicht anschließen läßt. Was macht man jetzt mit diesen? Das heißt, wir werden auch bei dieser Beratung überlegen müssen, wie wir bei den Genossenschaften und Gemeinschaften Regelungen treffen, wenn solche privaten Institutionen geschaffen werden außerhalb der Gemeinde, oder den Verbänden, damit so eine Gruppenentsorgungsmöglichkeit gegeben ist.

Zu einigen Dingen im Bereich der Abfallwirtschaft. Ich könnte da wieder die ganze Erfolgsbilanz zitieren. Sie ist sehr eindrucksvoll von der Kollegin Karisch und eigentlich von allen Debattenrednern unterstrichen worden. Ich möchte nur einen konkreten Punkt ansprechen:

Sie glauben das gar nicht, was sich sozusagen in diesem „modernen Verhalten“ alles ergibt. Bei den Restmüllanalysen haben wir in der vergangenen Zeit durch diese starken Reduzierungen auf einmal 11,47 Prozent des Restmülls nur von den Pampers gehabt, das heißt von unseren Babys. Es ist unwahrscheinlich, wie enorm das Problem tatsächlich ist. Die jungen Damen und Herren da (auf die Studenten zeigend) lachen, aber Sie müssen einmal probieren, eine Pampers-Windel niederzuwalzen, die steht wieder auf. Sie sind noch nicht in der Lage des Kinderwickelns gewesen, aber ich habe das üben und trainieren müssen vor der Presse an einem lebenden Baby. Ich sage nur, wir haben damit auch den Mut gehabt, mit Firmen zu

kooperieren in Projekten in Radkersburg, jetzt in Feldbach, wo wir mit Firmen echt kooperieren, wo wir diese Baumwollwindelhöschen mit diesen Filzstreifen als die beste Lösung gefunden haben. Wir haben da Ergebnisse, wo wir diese Restmüllmengen ganz gewaltig reduzieren. (Abg. Dr. Wabl: „Vor Jahren hast du noch gelächelt, wenn über die Pampers geredet worden ist!“) Ich kann mich nicht erinnern, daß ich damals gelacht habe, ich war nur nicht betroffen. Da haben mehrere gelächelt, das muß man sagen. Und auf der anderen Seite ist das nur eine Frage der Umstellung und Einstellung, und wir halten es für vernünftiger, solche Projekte für den Einstieg zu unterstützen. Vor allem junge Familien sind da sehr sensibel, und wir haben da ein sehr erfolgreiches Programm abführen können.

Der nächste Punkt, der Kollege Chibidziura, ich kann nichts dafür, du hast also die ganze Frage der thermischen Abfallbehandlung angesprochen. Faktum ist, daß wir diese thermische Abfallbehandlung mit der Deponieverordnung in verschärftem Ausmaß als konkrete weitere Schritte im Lande haben. Es ist zwar in der Deponieverordnung klar festgelegt, mit 5 Prozent Kohlenstoff, mit 6000 Kilojoule, und es ist die Möglichkeit, thermisch oder mechanisch-biologisch die Abfälle zu behandeln. Wir haben also versucht, über Kompost, über verschiedene Sammelfraktionen, alles, was irgendwie den thermischen Wert erhöht, herauszunehmen.

Nur steht fest, daß derzeit eine Expertengruppe in Wien klar definiert, was ist mechanisch-biologisch, damit es klare Positionen sind. Wir haben seit 1992 Grundsatzbeschlüsse für eine thermische Abfallbehandlung, zuständig nur für die reinen Hausabfälle, und rein pragmatisch wird sich die Frage ergeben, wie gelingt es, ohne riesige Entfernungen für diesen Restabfall eine unternehmerisch vernünftige Anlage zu schaffen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Durchschaubar!“)

Ja, durchschaubar! Bin ich gerne bereit! Das kann man bei allem sagen, das kann man bei der Deponie sagen. Die ganze Welt ist in der Frage Durchschaubarkeit permanent gefordert. Das ist ein ganz entscheidender Bereich. Es soll also nicht passieren, daß über die thermische Abfallbehandlung ein Abcachen passiert. Wir wissen, daß derzeit in der Anlage Wels die Tonnenkosten praktisch 2500 Schilling sind. Wenn ich heute manche Deponiekosten aus der Vergangenheit betrachte, ist das an und für sich sehr christlich, wenn ich denke, die gewaltige Reduzierung der Menge, die also nachher deponiert werden muß.

Wir haben bereits die Umweltverträglichkeitserklärung in der Steiermark von unseren Standorten, wir stehen derzeit in Graz vor zwei Standorten, wo vor allem die weitere Vorgangsweise abzuklären ist. Wir vom Land Steiermark, das möchte ich nur pauschal in den Raum stellen, und auch vom Landtag und von der Regierung haben derzeit nicht die Kompetenz, als Unternehmen für eine solche Errichtung einzusteigen, wie das zum Teil in Oberösterreich ist, mit einer Landesgesellschaft, wo dort sozusagen die Politik auch die Maßnahme macht.

Wir werden versuchen, Unternehmer zu finden, die in solche Projekte einsteigen. Und es ist auch die Frage, wer und welche Gesellschaften sich mit der

thermischen Abfallbehandlung nach einer noch-maligen Hearingsvariante in Richtung thermische oder mechanisch-biologische, um eben einen Weg zu finden, wie auch die Gemeinden und vor allem die Kombination mit ungefährlichen gewerblichen Abfällen eine vernünftige Anlage schaffen können. Das ist praktisch sozusagen der derzeitige Stand. Wir warten derzeit auf einen Antragsteller auf diesen Standorten, Industriegebiet II ausgewiesen, und es ist der nächste Schritt zu setzen, über welche Maßnahmen, entweder eigene im Lande vorhandene Kapitalgesellschaften oder Unternehmungen eine solche Anlage finanzieren und betreiben. Oder – und das ist ja kein Geheimnis – es gibt genug Firmen international, die sich mit einer solchen Anlagenbetreuung im Grunde beschäftigen. Die politische Entscheidung mit Andienungspflicht, Standortfestlegungen, die stellt sich momentan gar nicht. Momentan ist konkret die Frage, wir haben die Standorte im Grunde in Vorbereitung, es ist der nächste Schritt zu setzen, Bewerber und Strategien zu entwickeln, die in der Umsetzung für eine thermische Anlage bereit sind.

Ich möchte aber abschließend vielleicht noch eine allgemeine Position ansprechen, das ist der gesamte Energiebereich. Wir sind derzeit in einer Situation, wo wir vor allem unterschiedlichste energiepolitische Tendenzen und Entwicklungen haben. Wir wissen, durch das rasante Ansteigen der Erdbevölkerung sind vor allem Energie und Wasser mittel- und langfristig extrem, ich möchte nicht sagen gefährdet, sondern bedroht. Und es ist daher ganz wesentlich, daß wir diese Schritte der regenerierbaren Energie umfassend weiterentwickeln. Wir sind in der Steiermark nach wie vor mit 87 Anlagen Spitzenreiter in Österreich. Wir haben permanent Anträge um weitere Genehmigungen. Und wir haben selbstverständlich das politische Anliegen, daß vor allem durch die Ökologisierung des Steuersystems solche Entwicklungen massiv forciert werden würden.

Ich war vor kurzem in Südtirol bei einer Tagung über die Bergbauentwicklung, wo wir dort frei an der Zapfstelle Heizöl extra-leicht mit 9 Schilling vorfinden. Das ist eine Entwicklung, wo es bereits im Laufe des Mai eine Tagung gibt für Bioenergieanlagen, weil dort blind ohne Förderung blitzartig bei solchen Preisen solche bioenergetische Nutzungen möglich sind.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß vielleicht noch ein gewisser Versuch der Entkrampfung. Wir haben ja einige hochinteressante Entwicklungen – sie sind angesprochen worden –, neue Systeme der Kreislaufwirtschaft. Wir können also diese Entwicklungen im energetischen Bereich – der Kollege Wabl verfolgt zum Beispiel diese Möglichkeit von Hanfpflanzen als Energieträger und Rohstoffträger und als Ölnutzung –, wir sind also derzeit in der Lage, vor allem über die Sonnenenergie eine solche vermehrte Wiedernutzung dieser Kreislaufphilosophie auch praktisch umzusetzen. Und ich glaube daher, daß wir mit diesen 5 b-Strategien, mit diesen regionalen Förderungsentwicklungen – und in Radkersburg gibt es bereits ein konkretes Projekt, wo sich der Bezirk Radkersburg autonom mit Sonnenenergie versorgen will und jetzt einmal die theoretischen Voraussetzungen schafft. Wir haben dort bereits die Verästerungsanlagen, es ist geplant

eine Bioenergieanlage, eine Offensive in der ganzen Frage der Solarenergie, wo wir in der Steiermark Spitzenreiter sind und wir im Rahmen der ökologischen Landentwicklung das vor allem draußen weiter forcieren. Wir glauben vor allem, daß wir mit solchen Strategien, aber vor allem auch mit der neuen technischen Strategie der Biogasanlagen Fortschritte machen.

Wir haben bei unserem Kollegen Franz Fiedler in Leitersdorf bei Waltersdorf eine Anlage, wo er mit seinen Abfällen aus der Schweinehaltung, aus den Hotel- und Gasthofbetrieben in der Lage ist, 45 Betriebe beziehungsweise Einfamilienhäuser mit Energie zu versorgen. Aber das ist nur deshalb möglich, weil er in der Lage ist, dieses gespeicherte Gas zu den Spitzentarifzeiten der Feistritzwerke vor allem zu nutzen. Speziell im Winter ist das besonders gefragt, aber im Sommer, wo die Donau und die Mur Wasser genug haben, dort ist der Preis nichts wert, auch in der Nacht ist der Preis schlecht. Er fährt praktisch genau gezielt mit dieser Energie in den Stromkreislauf und läßt sogar wirtschaftlich zu, vor allem mit einem EU-Versorgungsunternehmen eine solche neue Variante im Grunde zu forcieren, mit einer begleitenden Maßnahme, daß vor allem der Wert, der Düngewert, von diesem Biomassegrundstoff noch ansteigt.

Ganz zum Schluß. Ich möchte mich sehr sehr herzlich bedanken bei meinen Mitarbeitern und Kollegen. Solche Veranstaltungen, wie wir sie da heute erlebt haben, die sind bei mir auf Deponie- und vor allem auf thermischen Abfallbehandlungsanlagen und verschiedenen Dingen – also ich will euch da nicht ermuntern, daß ihr weitermacht –, aber das ist für mich keine Sensation mehr, weil vor allem die Interessenskonflikte ungemein zusammenprallen. (Abg. Dr. Wabl: „Sie sind in der Zeit gekommen, als du geredet hast!“)

Nein, vielleicht habe ich sie ermuntert, daß es schneller losgegangen ist, weil ich zufällig leider der Kollegin Zitz, die ich sonst ja sehr gerne mag, aber ich lasse mir die Bahn nicht abmurksen da unten in den südlicheren Gebieten – erläutere habe, und das hat gerade dazugepaßt. Ich hoffe ja nicht, daß ihr wegen mir da hereingekracht seid.

Aber fest steht, daß diese Konfliktfelder, wenn man sie vor allem nachher sachlich analysiert und wenn man sie in Beispiele umsetzt, bewiesen haben, daß solche Dinge lösbar sind. Und das möchte ich ganz zum Schluß sagen: Unsere Mitarbeiter im Büro genauso, aber insbesondere vor allem in den Abteilungen leisten einen ganz gewaltigen Beitrag, damit wir diese Probleme in Chancen umwandeln. Und ich möchte mich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich der Wasserwirtschaft, Abwasserwirtschaft und im Bereich der Abfallwirtschaft sehr, sehr herzlich bedanken für diese Mühe und vor allem auch für diese Geduld, diese neuen Paradigmen sozusagen mit Können und mit Klugheit mitzubegleiten.

Und jetzt ganz zum Schluß, wie bereits einige Male angekündigt: Wir haben also, und das hat vor allem die Kollegin Zitz angesprochen, an und für sich die Beruhigungsspielle, lokal sind wir gut, aber global sind wir hin, und daher fürchten wir uns bis zum Umfallen. Diese Theorie steht im Raum. Wir können die Bevölkerungsentwicklung betrachten. Es gibt Bedrohungsbilder, wo es zum Beispiel passieren könnte, daß Afrika in 30 Jahren keinen Wald mehr besitzt, wenn all

diese Dinge so ausufern und wir in dieser Form so weiterleben, auf Grund dieser Bedürfnisse, die damit automatisch bestehen, oder wenn wir die Entwicklung betrachten, daß China in der Technologie explodiert, der ganze asiatische Raum. Nur, fest steht, wenn wir nicht die Insellösung schaffen, mit Beispiel und Vorbild, gerade in den Wohlstandsregionen, dann ist es wirklich langsam finster – global gesehen. Ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Punkt. Wir dürfen keine Tabus für Neuentwicklungen haben. Das ist, glaube ich – gerade die Umweltpolitik, die Abfallwirtschaft, die Vernetzung im Bereich Landwirtschaft, aber vor allem im Bereich der Wirtschaft –, unser ganzes Bemühen, daß heute die Industrie in der Lage ist, uns massivst zu unterstützen.

Wir waren vor kurzem auf der Uni in Leoben. Präsentiert wurde die Elektronikschrottdramatik: 100.000 Tonnen Elektronikschrott. Wenn sie nicht so konzipiert wären, daß sie in einer Minute, drei Minuten oder fünf Minuten diese giften Säfte oder die giften Teile demontieren, habe ich unheimliche Mengen von Sondermüll. Das heißt, wir sind heute technologisch auf einem Stand, wo diese Vernetzung und Kooperation unabwendbar ist.

Wenn wir nicht diese wissenschaftliche Weiterentwicklung hätten, vor allem auch diese Sensibilität, dann würde mich wirklich der „Schiach“ vor der Zukunft angehen. Ich glaube daher, daß diese produktionsfanatische und technisch- und chemiefanatische Zeit derzeit immer stärker umschlägt in eine ökologische, biologische – wie wir im Grunde natürlich veranlagt sind – Welle, die auch in weiten Bereichen unseres Gesundheitsbewußtseins eine ganz entscheidende Rolle spielt.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich sehr herzlich und wünsche weiterhin eine gute Zusammenarbeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 13.40 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Wir kommen nun, meine Damen und Herren, zum zweiten Teil der Gruppe 5, der Gesundheit, und als erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Bacher (13.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir kommen, glaube ich, zu einem ganz wichtigen Kapitel unseres Budgets, nämlich zum Gesundheits- und Spitalwesen in der Steiermark.

Meine Damen und Herren, seit Jahren wurde darüber diskutiert, nämlich eine leistungsgerechtere Finanzierung unseres Gesundheitswesens in Österreich einzuführen. Wurde bisher in den Spitälern nach Verpflegstagen abgerechnet, so wird ab 1. Jänner 1997 mehr Leistungsgerechtigkeit einziehen. Allerdings möchte ich zu dieser neuen leistungsorientierten Finanzierung einige Bemerkungen machen.

Meine Damen und Herren, wurde die Bundeshauptstadt Wien im bisherigen System schon bevorzugt, glaube ich auch, daß es im neuen System in dieser Richtung wieder eine Bevorzugung geben wird. Es wird zukünftig sein, daß Leistungen nach gewissen Punkten abgerechnet werden. Ich habe anhand eines

Beispiels mir das angeschaut. Wenn ich davon ausgehe, daß für eine Blinddarmoperation rund 13.000 Punkte vergeben werden und dies – mit ungefähr 1,20 Schilling ist der Punkt bewertet – hochrechne, dann bekommt die Steiermark für eine Blinddarmoperation zukünftig zirka 13.000 Schilling. In Wien wird der Punkt mit 2,70 Schilling berechnet, das heißt doppelt so hoch als in der Steiermark. Das hat natürlich seine Ursache darin, daß die Spitäler dort im derzeitigen System schon einen höheren Anteil des Bundeslandes Wien erhalten haben, und auf der anderen Seite auch vom KRAZAF immer mehr bekommen haben. Das wird zukünftig auch ganz wichtig sein, diesen Ausgleich im Interesse aller übrigen acht Bundesländer zu finden. Ich finde das einfach ungerecht! Es wurde im bisherigen System die Verweildauerkürzung und das sparsame Wirtschaften einfach nicht belohnt.

Zweiter Punkt: Es wird zukünftig Länderpools geben. In jedem Bundesland wird es einen eigenen Pool geben, wo die bisherigen Zahler unseres Gesundheitswesens ihre Beiträge einzahlen werden. Im Moment ist die Basis aus dem Jahr 1994 hergenommen, in Kraft treten wird es mit 1. Jänner 1997. Ich bin absolut der Meinung, daß hier nachverhandelt werden muß, damit diese Kostensteigerung zwischen 1994 und 1997 auch nachträglich miteingerechnet werden kann.

Meine Damen und Herren, die zukünftige leistungsbezogene Krankenhausfinanzierung kann aber nur dann voll zum Tragen kommen, wenn man neben der Krankenhausverweildauer auch die Spitalshäufigkeit vermindert. Es hat der Kollege Erlitz in seiner Generalrede bereits darauf hingewiesen. Die Spitalshäufigkeit ist in Österreich mit 22,6 Prozent um 6 Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Die Österreicher sind durch diese hohe Spitalshäufigkeit sicherlich nicht kränker, sondern die Ursachen dafür liegen im falschen System. Würde es beispielsweise gelingen, und es gibt hier Berechnungen, die Spitalshäufigkeit in Österreich auf den europäischen Durchschnitt zu drücken, würden wir uns österreichweit zirka 25 Milliarden Schilling einsparen.

Meine Damen und Herren, die leistungsorientierte Finanzierung in Österreich ist ein ganz wichtiger Schritt in die richtige Richtung, nur, es setzt gravierende strukturelle Veränderungen in den Ländern voraus. Hier haben wir in den nächsten Jahren auch in der Steiermark eine wesentliche Hausaufgabe zu erfüllen.

So finden sich in einigen medizinischen Fachbereichen Überkapazitäten, in anderen Bereichen ein erheblicher Versorgungsgenpaß. Mangelnde Kooperation und Abstimmung zwischen den Krankenanstalten, ja zum Teil regionalpolitisch begründete Konkurrenzverhältnisse behindern eine rationale Verteilung des Angebots. Dies führt vielfach zu regionalen Doppelgleisigkeiten.

Die Ursache, meine Damen und Herren, für die hohe Spitalsfrequenz liegt vor allem in der Einweisungspraxis der niedergelassenen Ärzte und in einer mangelhaften Infrastruktur. Es ist halt immer noch billiger, den Patienten in das Krankenhaus zu schicken, als ihn selber zu betreuen.

Es fehlen Tageskliniken, Gruppenpraxen, Abteilung für Remobilisation, Tagesheime, Pflegeheime. Diese Defizite, vor allem im Pflegebereich, führen zu

Fehlbelegungen in unseren Krankenanstalten. Berühmtes Beispiel: Interne Stationen sind vielfach mit Pflegefällen belegt.

Das weitgehend unakkordierte Verhältnis zwischen Akut- und Langzeitversorgung sowie die mangelnde Koordination der Vor- und Nachsorge verursachen an sich vermeidbare Kosten. Die unpräzise Beschreibung der Aufgaben der einzelnen Versorgungseinheiten und -ebenen, wie eben niedergelassene Ärzte, teilstationäre Versorgungen, Rehabilitationen, Betreuung Pflegebedürftiger, verstärkt die Tendenz zur stationären Versorgung – und in den letzten Jahren immer stärker. Meine Damen und Herren, es fehlt die Integration zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich.

Im Zusammenhang mit der leistungsorientierten Finanzierung, die mit 1. Jänner 1997 in Kraft tritt, möchte ich ein paar Lösungsansätze präsentieren. Grundsätzlich muß man davon ausgehen, daß im Vordergrund die Sicherstellung des gleichbleibenden Zuganges für alle Bevölkerungsgruppen unseres Landes gewährleistet sein muß. Es darf keinen Unterschied geben zwischen Alter, Beruf, sozialer Schicht, Bildung und so weiter.

Zweitens: Im Krankenhaus der kostenintensivsten Ebene sind nur jene Patienten zu betreuen, die bei Sicherstellung gleicher Versorgungsqualität nicht auf anderen Ebenen betreut werden können.

Drittens: Für das funktionierende Zusammenspiel verschiedener Versorgungsebenen ist eine konkrete Aufgabendefinition der einzelnen Versorgungsstufen unerlässlich.

Meine Damen und Herren, Leistungsprofile der Versorgungsebene sind festzulegen und gleichzeitig die Struktur zu schaffen, die eine Vernetzung der Gesundheitseinrichtung fördern. Ein wesentlicher Punkt für mich ist auch: Die Einführung eines Informationssystems unter Wahrung der Datenschutzrechte über die für die Patienten erbrachten Leistungen zwischen den verschiedenen Ebenen ist für die Wirtschaftlichkeit des Gesamtsystems unerlässlich!

Und die Ursachen für die im internationalen Vergleich besonders hohe Einweisungshäufigkeit sind zu analysieren und Strategien zu entwickeln. Sicherzustellen ist auch, daß die Patienten, die aus dem Spital entlassen werden, auch die wirklich für sie so notwendige Betreuungsstruktur vorfinden.

In den letzten Jahren wurde immer davon geredet, daß wesentlich mehr Mittel in die Vorsorge gehen müßten. Gesundheit von Kindern und jungen Menschen und ein Altern in Gesundheit sehe ich als Schwerpunktprogramm, die nicht im Schatten der medizinischen Versorgung stehen soll, sondern vorgelegt sind, um mehr Gesundheit und weniger Krankheit zu produzieren.

Ich nenne jetzt ein Beispiel. Ich habe vor kurzem im Radio gehört, daß die Erkrankung von Masern zunimmt. Und es hat dort auch ein Arzt festgestellt, daß es wichtig wäre, auf diese Problematik einzugehen und durchgehend, vom jungen Alter bis 18 Jahre, lückenlos eine Impfkation zu führen. Und es ist wesentlich besser, in die Vorsorge zu investieren, als man investiert in die Reparatur. Es ist ein sehr gutes Beispiel, daß in England in dieser Zeit eine Kampagne

gestartet wurde, wo die Leute befragt wurden, was sie meinen, sollte man Masern impfen und verstärkt diese Aktion durchführen, wurde in der ersten Anlaufphase die Erkrankung von Masern relativ weit unten plaziert. Man hat dann durch mediale Aufbereitung, durch Information, diese Problematik thematisiert, und man hat in einer zweiten Welle sehr rasch bemerkt, daß die Leute der Meinung waren, daß man diese Aktion durchführen sollte. Daher glaube ich, daß es auch bei uns wichtige Maßnahmen zu setzen gilt, um schon am Anfang diese Dinge in den Griff zu bekommen.

Gesundheit erhalten ist eine Aufgabe der Bildung und somit eine politische Verantwortung, Chancengleichheit zu schaffen. Für diesen Aspekt zeigte die ÖVP immer schon eine besondere Aufmerksamkeit. Die Steiermark hat durch vorbildhafte Strukturen der Gesundheitsförderung, und hier ist vor allem Lindi Kalnoky mit ihrer Gesellschaft für Gesundheitsschutz zu nennen, viele Möglichkeiten der Umsetzung in den Schulen, am Arbeitsplatz, in den Gemeinden, in den Gastbetrieben und vor allem auch bei den Lehrlingen. Kostengünstige, aber auch qualitätsorientierte Programme halte ich für notwendig und für einen notwendigen Schritt, gesundheitspolitische Schritte in die Zukunft zu setzen.

Meine Damen und Herren, auch im Zusammenhang mit der Diskussion über den Mutter-Kind-Paß, den ich nach wie vor für einen sensationellen Einfall halte, weil ich glaube, daß es vor allem in der Erkrankung unserer Kinder wesentlich zur Folge gehabt hat, daß die Säuglingssterblichkeit fast auf Null reduziert werden konnte, meine ich, daß man vor allem auch diese Aktionen weiter fördern sollte. Man muß Anreize schaffen, daß einfach die Leute bereit sind, selbst etwas beizutragen. Und ich halte es auch für wichtig, daß wir mit der Umstellung der Krankenhausfinanzierung mit 1. Jänner 1997 gemeinsam in der Steiermark wirklich beginnen, von den Schlagworten und Worthülsen wegzugehen und konkret versuchen, gemeinsam die Dinge in den Griff zu bekommen im Interesse unserer Bevölkerung.

Abschließend bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren steirischen Spitälern, die wirklich sehr oft zu Unrecht beschuldigt werden, die Kostenverursacher in unserem Gesundheitswesen zu sein. Aber wenn man sich manchmal wirklich die Zeit nimmt und sich das durchstudiert, warum dieser Bereich so personalintensiv ist, dann weiß man es selber, weil man in Wahrheit auch dann, wenn man krank ist, alle Leistungen in Anspruch nehmen möchte, und das zum optimalen Preis beziehungsweise in der optimalsten Form.

In diesem Sinn ein herzliches Dankeschön und ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 13.54 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich begrüße eine Abordnung der Betriebsräte der Wildbach- und Lawinenerverbauung, die im Zuhörerraum Platz genommen hat, auf das Herzlichste! (Allgemeiner Beifall.)

Ich weiß auch, daß Ihre Organisation Sorgen um das Geld hat, und Sie wissen, wie schwer es ist, allen ein Gerechtes und Entsprechendes aus dem Spärlichen, was vorhanden ist, zur Verfügung zu stellen.

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (13.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das steirische Gesundheitswesen war in den vergangenen Jahren immer wieder Gegenstand von öffentlichen Diskussionen. Es hat auch sehr kritische Berichte gegeben, sie waren zu lesen, und ich glaube, das ist auch gut so. Denn es ist eine Notwendigkeit, daß das soziale System auf Grund von Entwicklungen in der Gesellschaft und der medizinischen Wissenschaften einer ständigen Veränderung unterworfen sind. Daher müssen ja die Systeme laufend aktiv gestaltet und weiterentwickelt werden.

Für uns Sozialdemokraten ist es daher die Aufgabe, sich den Veränderungen zu stellen. Und aus der politischen Grundhaltung, für die gesamte Bevölkerung eine positive Entwicklung sicherzustellen, haben die steirischen Sozialdemokraten in hohem Maße Verantwortungsbewußtsein und Kompetenz für das steirische Gesundheits- und Krankenwesen gezeigt.

Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, Landesrat Bammer, Landesrat Heidinger, um sie in Erinnerung zu rufen, und seit 1987 unser heutiger Präsident, damals Landesrat Dr. Dieter Strenitz, der, trotz vieler Angriffe auch unter der Gürtellinie in diesem Haus gestanden ist, Rückgrat bewiesen hat zum Wohle der Bevölkerung, zum Wohle der Spitäler und zum Wohle der Bediensteten. (Beifall bei der SPÖ.)

Landesrat Strenitz hat die KAGES damals in den ersten Jahren nach ihrer Ausgliederung – können wir heute feststellen – stabilisiert und heute unangefochten gemacht. (Abg. Tasch: „Herr Abgeordneter Gennaro!“) Bitte Kurt. (Abg. Tasch: „Interessant, daß am Grab immer die schönsten Worte fallen!“) – So ist es! Gratuliere zum Verstand, es ist so. Aber es ist ernst gemeint und ehrlich gemeint, das kannst du mir auch abnehmen.

Ich habe bereits gesagt, in den ersten Jahren wurde die KAGES nach ihrer Ausgliederung stabilisiert, und heute kann man wohl sagen unangefochten gemacht. Bei den Schwestern und Ärzten wurden über 3000 Personen aufgestockt, der Bund-Land-Vertrag ist zustande gekommen, und das Jahrzehnt des Spitalbaues ist eingeleitet worden. Und dafür möchte ich dir, lieber Präsident Strenitz, für deine Leistungen in diesem Bereich heute namens unserer Fraktion herzlichen Dank sagen! (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich glaube auch, daß mit Unterstützung für das Spitalwesen, für die KAGES, unser neuer Landesrat Günter Dörflinger mit den beiden hier anwesenden Vorstandsdirektoren und der Belegschaftsvertretung gemeinsam, wenn sie daran arbeiten, auch weiterhin diesen positiven Weg fortsetzen, und daß diese alle Herrschaften ihn auch dabei unterstützen.

Aber auch für den Bereich im Gesundheitswesen über den sogenannten Versorgungsbereich hinaus, für den die ÖVP bis 1991 im Zuge des Verlustes ihrer damaligen absoluten Mehrheit verantwortlich war und sie ihn geführt hat, konnte auch in der Vorsorge neues Leben eingehaucht werden.

Meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, und Ihnen sind auch die Stimmen und Probleme bekannt, über die angebliche Unfinanzierbarkeit des österreichischen, aber auch des steirischen Gesundheitswesens. Wir können jedoch mit Stolz darauf verweisen und eine Bilanz ziehen, daß mit den bisher oft umstrittenen, aber aufgewendeten finanziellen Mitteln bleibende Sozialwerte geschaffen worden sind. Es wurden Krankenhäuser neu gebaut – Bruck an der Mur, Feldbach, Graz –, die Kinderchirurgie, um nur einige zu nennen. Es hat Aufstockungen im Pflege- und im ärztlichen Bereich gegeben – habe ich bereits erwähnt. Erstmals wurde ein Konzept zur sinnvollen Weiterentwicklung des Gesundheits- und Spitalwesens vorgelegt, wo die Angebote privater Versorgungsinitiativen, des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der niedergelassenen Ärzte sowie öffentlicher und privater Krankenanstalten sinnvollerweise verzahnt werden und ein komplexes Leistungsangebot bilden.

Ich erinnere auch an die Einrichtung der Patientenvertretung im Interesse der Patienten, wo nach der letzten Statistik bereits jährlich rund 500 Personen dieses Service in Anspruch nehmen.

Ich denke an die Krankenpflegeschulen, die Absolventenzahl ist deutlich gestiegen, um über 23 Prozent erhöht, die Hauskrankenpflege und vieles andere mehr. Die Prämisse, an der die Hauskrankenpflege in der Steiermark aufgebaut wurde, ist, daß jeder Bürger den gleichen Zugang zu jener pflegerischen Betreuung haben soll, die er braucht, egal wo, durch wen und in welcher Form. Hat es 1991 erst 95 Dienstposten gegeben, so sind es heute bereits 195 Diplomkrankenpflegerinnen und -pfleger, die zur Verfügung stehen, und es sind sicherlich noch immer zu wenig.

Meine Damen und Herren, die Gesundheit der Bevölkerung hängt aber nur zu einem kleinen Teil vom Spitalssystem ab. Gesundheitsvorsorge ist eine öffentliche Gemeinschaftsaufgabe, an der alle zur Vorsorge verpflichtend mitwirken müßten. Gesundheitserziehung soll bereits im Kindergarten beginnen, sich durch alle Schularten ziehen, bis hin zur arbeitsmedizinischen Betreuung, um die Krankheitsfrüherkennung zu forcieren und später auftretende Krankheiten oder Berufskrankheiten eventuell zu verhindern, die dann weit mehr Geld kosten als die Vorsorge.

Unser Landesrat Dörflinger hat sich sicherlich auch einige Schwerpunkte gesetzt für das Jahr 1996. Ich zitiere nur ein paar Punkte: Die Koordinierung der vorhandenen Gesundheitsaktivitäten, Vermeidung von Doppelgleisigkeiten, bessere Nutzung von Synergien, Umstrukturierung der Fachabteilung für das Gesundheitswesen, Setzen von Schwerpunkten, Drogenprävention, Kinderunfallverhütung, Gesundheitserziehung in Schulen und, und, und. Die Liste ließe sich sehr weit fortsetzen.

Der Kollege Bacher hat auch das leistungsorientierte Finanzierungssystem angesprochen. Und ich bin sehr froh, denn irgendwie sehe ich das aus der Sicht der Sozialversicherung, daß doch eine gewisse Entlastung kommt, aber, ich sage es auch wertfrei, für das Land sicherlich Probleme entstehen können, nachdem zwar in den Ländertopf hineingezahlt wird, aber nicht mehr als dann zur Verfügung steht. Und die Länder haben selbst mit der KAGES zu schauen, wie sie mit diesen

Geldern auskommen, weil eben auch dementsprechend eine gewisse Koordinierung stattfinden muß. Und daß halt nicht ein jeder glaubt, er muß alles haben und er muß alles machen, ist auch in der Frage eine Koordinierung im Sinne der Finanzierungsmöglichkeit.

Wenn der Landesrat Dörflinger natürlich auch eine schwere Aufgabe zu erfüllen hat, daß er diese sogenannte Minus-10-Prozent-Budgetvorgabe einhalten mußte, so kann man hier, genauso wie im Sozialbereich, festhalten, daß es sehr schwierig ist, gerade auf diesem Kurs in der Gesundheitspolitik einzusparen. Und er hat das durchgesetzt, daß im Investitionsbereich nur eine geringe Einschränkung kommt. Uns ist es bewußt, daß sicherlich nicht in den nächsten Jahren alles gleich eins zu eins umsetzbar ist, aber auf Grund seiner Hartnäckigkeit – wie so viele auch hier im Landtag es oft beweisen, und die hat unser Landesrat auch –, bin ich zuversichtlich, daß er dementsprechend sein Programm umsetzt.

Frau Kollegin Hartinger, Sie werden wahrscheinlich eh nach mir zum Reden kommen in irgendeiner Form. Ich habe Sie ja in der letzten Rede geschont, weil es eine Jungferrede war, und ich habe Ihnen gesagt, wir haben uns das ausgemacht, daß hier nur geklatscht und nie zwischengerufen wird, aber die Schonzeit ist heute vorbei. (Abg. Mag. Hartinger: „Wollen Sie mir Angst einjagen?“) Ich habe mir das zum Ziel gemacht, und ich habe mir sogar die Mühe gemacht, Ihr Protokoll nachzulesen, und da bin ich schon auf etwas draufgekommen. Sie haben sich damals beschwert – ich habe das herausgeholt –, daß die Worthülsen, haben Sie wörtlich zitiert, der verantwortlichen Politiker, die nur die Bürger als Spielball betrachten. So haben Sie das bezeichnet. Ich muß Ihnen schon einiges sagen, da sind noch einige Schmankerl drinnen. Ich erspare mir das, eine Leseübung zu machen. Ihre Kritik in Ehren, aber es scheint mir schon notwendig, auch einige Dinge aus Ihrer eigenen Umwelt zurechtzurücken. Ich habe da so ein Blattl in die Hand bekommen, wo Sie dafür Verantwortung tragen, daß Sie im ärztlichen Verantwortungsbereich ein Einsparungspotential von 15 bis 20 Prozent umsetzen sollten. Das entnehme ich der Unterlage, und ich nehme auch an, daß diese Unterlage wissenschaftlich von Ihnen erstellt wurde und offenbar auch Studenten zur Verfügung steht. Aber wenn man sich dann anschaut, daß Sie im Unternehmen der KAGES für das Controlling verantwortlich sind, für den ärztlichen Verantwortungsbereich zuständig, und ausgerechnet in diesem Bereich explodieren die Kosten, und das ist der größte Ausreißer, macht der KAGES große Probleme, müßte man zuerst einmal der Fairneß halber auch im eigenen Bereich versuchen, die Dinge zu lösen, bevor man mit Kübeln andere anschüttet und hier großspurige Dinge verbreitet. Ich sage das wirklich sehr zurückhaltend, und ich erwarte mir und hoffe ja, daß Sie, wo Sie Verantwortung tragen, in den nächsten fünf Jahren dann schauen, wie Sie in Ihrer Verantwortung zurecht kommen. Sie haben sicher auch keine leichte Aufgabe, um das zu lösen, was man Ihnen vorgegeben hat, daß Sie in Ihrer Verantwortung – ärztlicher Bereich und, und – sich auf 4 Prozent zurückschrauben müssen. Ich werde mir das dann sehr genau anschauen, wie weit es Ihnen gelingt, in Ihrer Kompetenz das zu machen.

Meine Damen und Herren, für uns als Politiker und für unsere Tätigkeit und unser Handeln muß eigentlich feststehen, und das ist bewiesen, daß immer wieder, bei all diesen Betrachtungen, ob Gesundheitspolitik, ob im Spitalswesen, der Mensch im Mittelpunkt zu stehen hat. Und wir alle sollten uns den Spruch ins Stammbuch schreiben, und wir wissen das: „Wenn man gesund ist, hat man viele Wünsche, wenn man krank ist, hat man nur einen – gesund zu sein.“

Und daher möchte auch ich allen im Spitalsbereich und allen Beteiligten in den Organisationen, die für das Wohl der Kranken tätig sind und wirken, herzlichen Dank sagen. Ich wünsche mir nur, daß diese gemeinsame Haltung, zumindestens einmal zwischen den Großparteien, im Spitalsbereich auch in den nächsten Jahren eine positive Auswirkung hat. Glückauf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 14.05 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Hartinger (14.05 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

St. Lewis Hospital London – Schockraum – Intensivstation – Polytrauma – Lebensbedrohung – Patient wird untersucht, daneben ein Computer als Entscheidungshilfe für den Arzt, 100 Parameter des Zustandes von Patienten werden analysiert, Ergebnis: Überlebenschance 10 Prozent; Kosten: 2,5 Millionen Schilling.

Szenenwechsel: Deutschland – Stadtklinik Nürtingen – 25. Oktober – Herr Müller braucht ein Hüftimplantat. Ab Oktober wird durch die Deckelung im Finanzierungssystem kein Hüftimplantat mehr eingesetzt. Ergebnis: Patient muß nächstes Jahr kommen.

Meine Damen und Herren, das sind zwei tragische, leider wahre Ergebnisse der leistungsorientierten Finanzierung und Deckelung in zwei EU-Staaten, wenn die Politik nicht entsprechende strukturelle Vorgaben liefert.

Lernen wir doch aus den Fehlern unserer Nachbarstaaten, und schaffen wir die notwendigen Reformen, daß diese wahren Schreckensszenarien bei uns nicht eintreffen.

Das Gesundheitssystem ist eines der komplexesten Systeme. Es ist wie ein Uhrwerk, wenn sich nicht alle Räder drehen, steht die Uhr. Der Patient Gesundheitswesen kollabiert. Können wir Politiker das verantworten, wir für unser Land Steiermark? Können Sie, Herr Landesrat, das verantworten?

Die leistungsorientierte Finanzierung erfordert Reformen und Veränderungen, wie schon mein Vordröner, der Abgeordnete Bacher, gesagt hat. Haben wir bitte doch den Mut, Entscheidungen zu treffen, auch wenn sie unpopulär sind. Gerade im Gesundheitsbereich, was unbestritten für uns alle – ich glaube, da sind wir uns alle einig – das wertvollste Gut ist, hoffe ich durch Sie, Herr Landesrat, über alle – und ich betone über alle – parteipolitischen Interessen und Egoismen hinweg zu einer zukunftsorientierten, zu einer bedarfsgerechten, aber auch die Qualität und die Ökonomie beachtenden Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung zu kommen. Aber bisher, Herr

Landesrat, wollen auch Sie leider nichts verändern. Gut, Sie haben eine gewisse Schonfrist. Ich gebe Ihnen recht. Aber wir wollen doch reformieren, und ich glaube, Sie wollen das nicht. Wollen Sie nicht auch neu gestalten? Ich habe den Eindruck, Sie wollen nur Macht erhalten und verwalten. Als Beispiel zeige ich Ihnen hier einen Zeitungsartikel „Bauschub – Investitionen“. Das erinnert mich so an Ihren Vorgänger, der auch gern irgendwelche Krankenhäuser neu eröffnet hat, Spätenstiche gemacht hat, das ist immer sehr leicht, das ist immer sehr schön. Das einzige, was sich hier verändert hat, ist allein das Foto. (Landesrat Dörflinger: „Was hatten Sie damit sagen?“) Es ist nur eine Feststellung! (Landesrat Dörflinger: „Sind Sie dagegen, daß es gebaut wird, oder nicht?“) Nein, aber ich meine, daß dies nicht nur Politik sein kann, einfach nur bei Spätenstichen dabei zu sein.

Wenn die innere Autorität nämlich, Herr Landesrat, ins Wanken kommt, dann sinkt die Effizienz und erwachen die Egoisten. Die Stimmung im Gesundheitswesen ist Verunsicherung und Angst.

Leistungsorientierte Finanzierung, kein Kassenvertrag für die Ärzte, keine extramuralen Einrichtungen, sind nur wenige Stimmungsparameter. Wir Politiker sind es unseren Bürgern, den Steuerzahlern, schuldig zu handeln. Auf Grund unserer dringlichen Anfrage am 6. Februar dieses Jahres wurde ein gemeinsamer Beschlüßantrag gefaßt, der Sie ersucht, ehestmöglich ein medizinisches Gesamtstrategiekonzept für die Steiermark vorzulegen. Auf Grund der Situation, daß wir die leistungsorientierte Finanzierung mit 1. Jänner 1997 bekommen, ist die Forderung noch dringlicher.

Herr Landesrat, ich hoffe, Sie werden sich bei den Verhandlungen in Wien, bei der Strukturkommission, nicht über den Tisch ziehen lassen. Denn wenn Sie uns bis jetzt kein Konzept vorlegen konnten, was werden Sie bis Ende des Jahres verhandeln?

Wie sieht beispielsweise die Abgrenzung der medizinischen Leistungen zwischen LKH Oberwart und LKH Hartberg aus? Meine Damen und Herren, die Vorstellungen von Burgenland kenne ich, unsere eigenen jedoch nicht. (Landesrat Dörflinger: „Was haben Sie die ganze Zeit gemacht? Sie müssen mehr lesen, Frau Kollegin!“)

Ich lese sehr genau, auch zwischen den Zeilen. Wie schwierig die objektive Planung und Durchführung für die KAGES ist und wie wichtig politische Rahmenbedingungen sind, möchte ich jetzt aufzeigen.

Zuvor darf ich mir aber erlauben, die beiden Vorstände der KAGES, Dr. Fankhauser und Dipl.-Ing. Martetschläger, sehr herzlich zu begrüßen. (Allgemeiner Beifall.) Ich darf auch ein ganz persönliches Wort an Sie, Herr Direktor Martetschläger, richten – Sie sind ja erst kurz im Vorstand, und wie ich Ihnen damals gratuliert habe, haben Sie gesagt, Sie wissen noch nicht, ob ich Ihnen gratulieren soll oder nicht, erst nach einiger Zeit können Sie das entscheiden. Ich glaube, nicht nur als Ihr Mitarbeiter, sondern auch bewußt jetzt als Freiheitliche Abgeordnete, daß man Ihnen gratulieren kann.

Am 10. April wurde durch Sie, Frau Landeshauptmann, und durch Sie, Herr Landesrat, der Baubeginn des LKH Hartberg mit 12. Juli dieses Jahres durch eine vom Landtag noch nicht beschlossene Sonderfinan-

zierung ermöglicht. Geplant sind hier laut Zeitungs-meldungen, zum Beispiel die „Neue Zeit“, 11. April, eine medizinische Abteilung mit 110 Betten, eine chirurgische Abteilung mit 71 Betten und eine geburtshilfliche Abteilung mit 18 Betten für zirka 900 Geburten. Das sind insgesamt 199 Betten. Die Einreichplanung für die Bedarfsprüfung sieht keinen Vollausbau von 230 Betten, wie ursprünglich geplant, vor, sondern ebenfalls nur 199, aber interessanterweise mit 105 internen und 76 chirurgischen Betten. Laut Generalplaner und ärztlichem Leiter Primarius Resch sollten jetzt aber 30 Betten für eine Geburtshilflich-Gynäkologische Abteilung zu Lasten der anderen Abteilungen geplant werden. (Landesrat Dörflinger: „32!“) 32, bitte, ist mir neu. Der Krankenanstaltenplan 1994 hingegen sieht aber 36 Betten vor. (Abg. Gennaro: „Welche Zahl stimmt jetzt wirklich?“) Ja, das frage ich den Herrn Landesrat, bitte. Ich zeige Ihnen nur auf, welche Planungsvarianten es gibt. (Abg. Gennaro: „Alles klar!“)

Meine Damen und Herren, für eine theoretische Bettenbedarfsberechnung sind gewisse Kenngrößen erforderlich, wie eben der Bedarf, in diesem Falle eben die Geburten, die Entwicklung der Verweildauer und die Auslastung.

Die Verweildauer ändert sich mit der leistungsorientierten Finanzierung, und zwar in diesem Fall, laut Experten, der Ärzte von sechs Tagen sicher auf vier Tage. Dies wurde jedoch in der Planung, und das steht ausdrücklich im Papier drinnen, nicht berücksichtigt. Auch die Leistungen im Rahmen einer Tagesklinik wurden für die Bedarfsberechnung ebenfalls nicht einbezogen.

Nun kurz zum Bedarf selbst. In den nächsten zehn Jahren werden die Geburten in der Steiermark zirka um 1800 pro Jahr sinken, derzeit haben wir 13.000 Geburten pro Jahr, nur zur Information. In der Region Hartberg, und da muß ich dazusagen, obwohl der Trend in Hartberg sicher über dem Durchschnitt liegt, sind daher keine 900 Geburten zu erwarten. Das heißt, von zehn Betten werden sechs leerstehen. Ein Bett kostet 3,8 Millionen Schilling, das sind 23 Millionen Schilling umsonst. Ist das Ihr Sparkonzept? (Landesrat Dörflinger: „Zum Glück mache ich es nicht so, wie Sie es sagen!“)

Weiters, die Differenz der Folgekosten Alt- zu Neu-Hartberg beträgt 41,4 Millionen Schilling pro Jahr. Ein wesentlicher Anteil betrifft die Geburtshilflich-Gynäkologische Abteilung. Es werden dann auf 15 Patienten acht Ärzte kommen, eine Sensation in Europa! Aber wir können es uns ja leisten. Der Vorstand hat in der 35. Vorstandssitzung vom 6. September 1993 dezi- diert festgehalten: „Die rein betriebswirtschaftliche Sicht ergibt eine eindeutige Präferenz für Hartberg ohne Geburtshilflich-Gynäkologische Abteilung.“ Der Vorstand postuliert aber auch andere Kriterien wie Architektenwettbewerb, regionalpolitische Einstimmung auf Geburtshilflich-Gynäkologische Abteilung und wirtschaftliche Impulse durch die Geburtshilflich-Gynäkologische Abteilung.

Und jetzt komme ich also zur Aufgabe und zur Trennung zwischen KAGES und Politik. Laut Gesellschaftsvertrag der KAGES hat der Vorstand das Ziel, und ich zitiere: „... Unter Bedachtnahme auf eine zeitgemäße medizinische Versorgung einen wirtschaft-

lichen Betrieb zu erfüllen.“ Jetzt komme ich zur zeitgemäßen medizinischen Versorgung, zur Qualität. Die Fachgesellschaft der Gynäkologen besagt, daß erst ab rund 800 Geburten pro Jahr von einer medizinischen Qualität gesprochen werden kann, die also dort laut Berechnungen sicher nicht erreicht wird. Wirtschaftlich ist es auch nicht. (Abg. Dr. Wabl: „Sie wissen ja auch genau, daß bei der Geburt auch die vertraute Umgebung eine große Rolle spielt!“) Ich gebe Ihnen vollkommen recht. Bitte mich nicht mißzuinterpretieren. Ich gebe Ihnen recht, daß auch andere Maßstäbe für eine Geburtsabteilung notwendig sind, aber dafür sind andere Gremien zuständig, das zu beurteilen. Jetzt geht es da um die Planungskennzahlen. (Landesrat Dörflinger: „Wir sind zwar keine Gynäkologen, ich kann Ihnen versichern, daß Sie in diese Entscheidung miteingebunden werden!“)

Also wirtschaftlich ist es auch nicht. Und, Herr Landesrat, die Entscheidung ist eine rein politische. Sie sind gefordert, nicht unser Vorstand! Der hat das Beste getan! Die objektiven Daten sprechen dagegen. Erklären Sie mir bitte, und ich nehme an, der Herr Landesrat Ressel wird jetzt auch gespannt sein, wie Sie das vor dem Steuerzahler verantworten können.

Sie sind verantwortlich für diesen Bereich. (Landesrat Dörflinger: „Wenn Sie meinen, daß der Landtag das selbst zu verantworten hat, und wenn Sie meinen, daß ein medizinisches Konzept im Landtag nichts mehr verloren hat, daß ich das allein zu entscheiden habe, dann ist das Ihre Meinung!“) Das habe ich nicht gesagt, Sie haben die Konsequenzen auf Grund der Gesetzeslage zu ziehen. Und ich habe Ihnen auch aufgezeigt, daß die Krankenanstaltenpläne andere objektive Grundlagen haben. Und Sie haben die Verantwortung, weil Sie ja der zuständige Landesrat sind, den Landtag aufmerksam zu machen, wenn Gesetzesänderungen notwendig sind. (Abg. Dr. Wabl: „Sie sind ja sonst auch gegen die zentralen Großeinrichtungen!“ – Landesrat Dörflinger: „Aber genau diese politische Entscheidung schein ich gefaßt zu haben, und die scheint Ihnen nicht zu passen. Sie sind als Politikerin der Meinung, sollten wir das machen oder nicht? Ich glaube, daß nach Hartberg eine Geburtsstation hingehört!“) Das ist mir bewußt. Es gibt jetzt andere Voraussetzungen, das meine ich. Nicht auf Grund der alten Planungsdaten, sondern auf Grund der leistungsorientierten Finanzierung, und ich hoffe, daß Sie das verstanden haben, es sind jetzt andere Voraussetzungen da. (Abg. Dr. Wabl: „Das ist ein Rechenexempel, was Sie machen!“) Herr Abgeordneter Wabl, es geht mir sehr wohl um die Qualität, und ich kann da aus eigener Erfahrung sprechen – ich habe zwei Kinder –, und ich kann Ihnen sagen, im letzten Augenblick kann immer etwas passieren. Und es ist sehr wohl wichtig, wenn die Sicherheit da ist, und nicht nur irgendwie ein schöner Rahmen. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Meine Damen und Herren, darf ich bitten, keine Koreferate zu machen und die Frau Abgeordnete fortfahren zu lassen!“) Danke, Herr Präsident. (Abg. Riebenbauer: „Warum haben Sie das, was Sie jetzt sagen, nicht in Hartberg gesagt?“) Warum ich das in Hartberg nicht gesagt habe? Da war nicht das entscheidende Gremium. Da war ich nicht befugt, das zu sagen. (Abg. Gennaro: „Jetzt sind Sie auch nicht befugt!“) Jetzt bin ich sehr wohl als Abgeordnete befugt, das zu sagen.

Und ich lasse mich sicher nicht, und jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Kollege Gennaro, von Ihnen einschüchtern. Das lasse ich also sicher nicht zu. (Abg. Gennaro: „Ich habe noch jeder Frau den Kopf verdreht, weil jede Frau ihn wegdreht, wenn sie mich sieht!“ – Allgemeines Gelächter.) Das ist sehr schön, daß Sie so viel Selbstbewußtsein haben. (Beifall bei der FPÖ.) Und vielleicht gehe ich gleich auf Ihre Rede ein, Herr Kollege Gennaro. Ich weiß sehr wohl, welche Aufgaben ich im ärztlichen Verantwortungsbereich habe, und Sie haben selber gesagt, es ist schwierig genug. Ich freue mich aber sehr, daß Sie meine wissenschaftlichen Beiträge lesen, also wirklich, Kompliment, verstanden haben Sie sie jedoch nicht. In den letzten zwei Jahren sind die Kosten im ärztlichen Verantwortungsbereich auf Grund meiner Aktionen von 12 Prozent auf jetzt 4 Prozent gesunken. Also meine Leistung habe ich erbracht, und ich werde sie auch weiterhin erbringen, das können Sie mir glauben, weil ich eine sehr engagierte und bewußte Mitarbeiterin der KAGES bin und auch gegenüber dem Steuerzahler eine verantwortliche Bürgerin. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gennaro: „Bravo!“)

Weiters werden wir vor dem Steuerzahler die Impfkationen der Fachabteilung für das Gesundheitswesen zu verantworten haben, inwieweit diese zweckmäßig sind. Sie wissen, daß es Impfkationen gibt, von Hämophilus angefangen bis zu Reiseimpfungen, und da habe ich mir die Zahlen auch angeschaut. 1994 hatten wir noch einen Überschuß, weil wir Einnahmen und Ausgaben haben, von 11 Millionen Schilling, 1996 sind es nur mehr 799.000 Schilling. Warum, Herr Landesrat?

Weiters, der Röntgenzug mit Kosten von 3,47 Millionen Schilling. Meine Damen und Herren, kein anderes Bundesland leistet sich diesen Luxus mehr, da nämlich die entsprechenden Bestimmungen im TBC-Gesetz bereits mit 7. September 1994 aufgehoben worden sind. Wie hoch sind die Erfolgsraten? Wahrscheinlich so niedrig, daß sie auf Anfragen von Experten keine Antwort geben.

Mittelalterliche Methoden werden bei uns hochgehalten, aber wir können uns das ja alles leisten! Gespart, Herr Landesrat, haben Sie nur am Zuschuß für die KAGES, nämlich vom ersten Budgetentwurf an von 2,815 Milliarden auf 2,381 Milliarden Schilling, das heißt also um 15 Prozent!

Eine weitere offene Frage für mich ist die Deckung des Gesellschafterzuschusses. Diese ist nämlich um zirka 300 Millionen Schilling geringer als im ersten Budgetentwurf. Da frage ich Sie, sind das genau die von der KAGES noch offenen Rücklagen? In der Rechtsabteilung 10 konnte man mich jedenfalls nicht aufklären, vielleicht können Sie es. Sie sehen, es ist ein schwieriges Unterfangen. (Landesrat Dörflinger: „Sie aufzuklären, ist ein schwieriges Unterfangen?“) Versuchen Sie es! (Landesrat Dörflinger: „Ich werde mich bemühen!“)

Sie sehen, das Gesundheitsbudget ist so krank wie die Finanzierung unseres Gesundheitswesens, und deshalb lehnen wir Freiheitliche das Budget für 1996 als auch für 1997 ab.

Aber, meine Damen und Herren, ich frage Sie, wo gehen Sie hin, wenn Sie krank sind? Sie gehen wahrscheinlich zum Arzt, zum Experten!

Herr Landesrat, Sie tragen die Hauptverantwortung auf Ihren Schultern. Wenn sie Ihnen zu schwer wird, und bitte, bevor unser Land, unsere Patienten leiden, fragen Sie doch die Experten, stellen Sie doch bitte die Sache vor die Parteipolitik! (Abg. Gennaro: „Wollt ihr schon wieder das Ressort haben?“) Wir helfen Ihnen gerne! (Beifall bei der FPÖ.)

Seitens der freiheitlichen Fraktion mit Unterstützung der Grünen und der Liberalen wird folgender Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Mag. Hartinger, Dipl.-Ing. Vesko, Wiedner, Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Kooperations- und Koordinationsmodelle in der Krankenversorgung, gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen, Modelle der Kooperation und Koordination der Krankenversorgung im stationären, ambulanten und tagesklinischen Bereich im Sinne einer Vernetzung der Versorgungssysteme unter Bedachtnahme des neuen Finanzierungssystems in Angriff zu nehmen.

Weiters stelle ich einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Mag. Hartinger, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend medizinisches Gesamtkonzept. Es wird der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ehestmöglich ein medizinisches Gesamtkonzept für alle Landeskrankenanstalten in Anbetracht der Auswirkungen der leistungsorientierten Finanzierung vorzulegen. (Beifall bei der FPÖ. – 14.24 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erlitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Erlitz (14.24 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Das, was wir jetzt gehört haben, war ein ganz lieber Fachvortrag, kein guter, aber ein lieber Fachvortrag. (Abg. Mag. Hartinger: „Danke!“), bitte, wissen Sie, Schonzeiten sind vorbei, haben wir ausgemacht, das andere vergessen wir, aber Schonzeiten sind vorbei. Es war ein lieber Fachvortrag, aber sicherlich kein Beitrag zu einer umfassenden Gesundheitsdebatte. Frau Kollegin, Sie haben einen sehr scheuklappenartigen Zugang zum Thema Gesundheit. Ihr Referat strotzt von Eindimensionalität. Das mag schon für eine Betriebswirtin in der KAGES reichen, aber nicht für eine Spitalsprecherin, nicht für eine Politikerin, von der Sie immer sprechen – „wir Politiker“. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Kollegin, die Gesundheit der Bevölkerung hängt nur zu einem kleinen Teil vom Spitalsystem ab. Eine Vielzahl anderer Faktoren haben ja viel mehr Gewicht. Kein Land der Welt kann es sich länger leisten, immer mehr und mehr in den Moloch Krankenversorgung zu investieren. Das Verhältnis derzeit – (Abg. Ing. Peinhaupt: „Dann können Sie mit dem Antrag ja mitgehen!“) hör einmal zu.

Ja, ich weiß schon, warum du dich jetzt zu Wort meldest, weil das der Bereich ist, den du gerne über-

nommen hättest als Landesrat. Es ist dir halt nicht gelungen. Höre jetzt zu, vielleicht gelingt es dir irgendwann einmal. Schau, so ist es, ich verstehe es auch, ich kapiere es. Wenn man schon als möglicher Landesrat präsentiert wird und das dann doch nicht erreicht, ist das peinlich, gebe ich zu, würde mir gleich gehen.

Meine Damen und Herren, das derzeitige Verhältnis in der – (Abg. Dr. Wabl: „Die Krankenanstalten wollte er mitübernehmen!“) Jawohl, wollte er ja auch übernehmen, er wollte alles übernehmen.

Meine Damen und Herren, das Verhältnis der Mittelaufbringung zwischen der kurativen Medizin und der Vorsorgemedizin beträgt 10 Milliarden zu 50 Millionen Schilling. Das bedeutet, daß für die Gesundheitsvorsorge nicht einmal ein Prozent des gesamten Gesundheitsbudgets verwendet wird. Und Landesrat Günter Dörflinger wird hier sicherlich dieses krasse Mißverhältnis ändern und wird hier die Schiene legen zu einer entsprechenden umfassenden Gesundheitsförderung, zu einer Prävention, zu einer Präventivmedizin. Denn, meine Damen und Herren, ich habe in meiner Generalrede schon gesagt, zu einer umfassenden Reform des Gesundheitswesens gehört natürlich der Ausbau des extramuralen Bereiches – da sollte dann meines Erachtens der praktische Arzt eine Schlüsselposition einnehmen, sollte zur Drehscheibe werden.

Aber auch die Präventivmedizin und die Gesundheitsförderung spielen in diesem Bereich eine ganz große Rolle.

Sie haben wahrscheinlich noch nichts gehört davon, ich sage Ihnen jetzt AKP Steiermark. Haben Sie schon was gehört davon? (Abg. Mag. Hartinger: „Sie haben unsere Anträge nicht verstanden!“) Wissen Sie nicht?

Der Arbeitskreis Prävention, eine Vereinigung überzeugter engagierter Vorsorgemediziner, praktischer Ärzte, hat sich nämlich diesem zentralen Themenbereich Prävention zugewandt und beschäftigt sich mit Diabetesberatung, Raucherentwöhnung, Impfberatung und vor allem mit dem Problem Wirbelsäule.

Wir wissen ja sicher, daß die Störungen – (Abg. Dr. Wabl: „Du wirst gefilmt!“) Nein, ich nicht. Ich bin leider kein Student mehr, sonst würde ich vielleicht jetzt auch gefilmt werden. Die Frau Kollegin Hartinger ist fescher. (Abg. Mag. Hartinger: „Ist das ein Kompliment jetzt?“) Zu dem stehe ich. Es ist keine Schande, schöner zu sein als ich, bei Gott nicht!

Meine Damen und Herren, die Störungen des Stütz- und Bewegungsapparates – tuts aufpassen, Freunde, es ist etwas Wichtiges – es gehört zum Allgemeinwissen im Bereich Gesundheitsmedizin und dergleichen.

Sie wissen, daß die Störungen des Stütz- und Bewegungsapparates die häufigste Schmerzursache der Menschen in den Industrieländern überhaupt sind. Und dieser AKP – Arbeitskreis Prävention – bietet eine Wirbelsäulenschule an, bei der erstmals vernetzt zusammenarbeitend Sportwissenschaftler, Pädagogen und Ärzte zusammenwirken in einem großen Vorsorgeprogramm. Welche – und darauf gehe ich jetzt nämlich zurück – ökonomische Brisanz nämlich in dem Problem Wirbelsäule oder Stütz- und Bewegungsapparat drinnensteckt, ersieht man daran – (Abg. Mag.

Hartinger: „Reden Sie mit den Versicherungen darüber, bitte. Ich kenne die Studie!“ Hören Sie ein bißchen zu, saugen Sie an Wissen auf, Sie werden es noch brauchen, glauben Sie mir das. (Abg. Mag. Hartinger: „Aber Sie auch, Herr Kollege Erlitz!“) Nein, nein. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Spiel nicht den Oberlehrer da, wir sind ja nicht in der Schule. Glaubst du, du kannst da herkommen und mit uns umgehen wie mit deinen Schülern?“) Ja, wenn du dich nicht gescheiter anstellst als solche, wirst du als solcher behandelt. Die ökonomische Brisanz liegt darin, daß in Österreich jährlich rund 9 Millionen Krankenstandstage auf degenerative Erkrankungen der Wirbelsäule und des Haltungsapparates zurückzuführen sind. Neun Millionen Krankenstandstage!

Dies wird mit einem volkswirtschaftlichen Schaden von etwa 30 Milliarden Schillingen verknüpft. Und, meine Damen und Herren, allein daran sieht man, wie eminent wichtig eine qualitative ärztliche Vorsorge ist.

Meine Damen und Herren, rund die Hälfte der Todesfälle in Österreich lassen sich auf ungesunde Lebensweise zurückführen. Und da kommt mir heute ein Artikel der „Kronenzeitung“ sehr entgegen, da steht nämlich „Herzod bei uns im Vormarsch, Infarktgefahr für jüngere Menschen steigt“. Genau das ist das Problem, meine Damen und Herren. Nämlich trotz verschiedenster Kampagnen gegen das Rauchen in den letzten Jahren greifen trotz allem immer mehr Menschen und vor allem Frauen, leider – Frau Kollegin Hartinger, rauchen Sie? (Abg. Mag. Hartinger: „Nein, kann ich mir nicht leisten!“) Nein? Sehr vorbildlich! Ist ja in Ordnung – greifen immer mehr Frauen zum Glimmstengel. Zwei Drittel der Bevölkerung sind davon überzeugt, daß gesunde Ernährung schon in jungen Jahren die wichtigste Möglichkeit sei, ein unbelastetes Alter zu erleben, aber nur ein Drittel achtet auf gesunde Ernährung, und mit zunehmendem Alter werden die Menschen immer dicker, was natürlich Ursache für sehr viele Erkrankungen und unter anderem für solche Herzinsuffizienzen ist.

Das Screening allein, das heißt die Voruntersuchung allein macht natürlich noch nicht gesund. Es ist wichtig, natürlich. Viel wichtiger ist es dabei, Motivation, Anregung den Menschen zu geben zu einer Umstellung auf eine gesunde Lebensweise, damit die Menschen eben gar nicht krank werden.

Frau Kollegin Hartinger, es ist die Primärprävention, die hier entscheidend ist, das heißt im Gegensatz zur Sekundärprävention. Die Primärprävention greift nämlich dort in jenem Alter ein, wo noch keine Schäden feststellbar sind, im Jugend- und Kindesalter. Raucherkampagnen in den Kindergärten, in der Volksschule schon, Auftreten für gesunde Ernährung in den Kindergärten, in jenen Bereichen, wo eben die Menschen noch nicht zu Schaden gekommen sind. Später dann, wenn der Mensch schon zum Raucher geworden ist, wenn der Mensch schon zu dick ist und so weiter, dann ist es meistens schon zu spät und meistens auch sehr teuer. Das ist dann die Sekundärprävention, die sollte man gar nicht so unterstreichen. Ich spreche hier von Primärprävention.

Meine Damen und Herren, das Zauberwort heißt eben Gesundheitsförderung, und hier wird sicherlich ein Schwerpunkt sein. Und davon bin ich überzeugt, Günter Dörflinger wird hier seine Schwerpunkte

ansetzen. Wenn ich von der Gesundheitsförderung spreche und von diesen Insuffizienzen, von diesen Herzinfarkten, dann spielt dabei die Gesundheitsförderung, „Erste Hilfe“, eine ganz große Rolle, meine Damen und Herren. Die Ausbildung der Menschen zur Ersten Hilfe, die Ausbildung der Laien nämlich, daß man in den ersten Minuten Leben retten kann. Es müßte eben viel verstärkter in die Menschen gebracht werden. Da spielt vor allem, und gestern waren sie ja da, die Damen und Herren des Roten Kreuzes, das Rote Kreuz eine große Rolle, eine zentrale Rolle. Schon aus dem Grund muß man das Rote Kreuz entsprechend fördern, um hier diese Erste-Hilfe-Kurse viel verstärkter in die Menschen zu bringen. Denn, meine Damen und Herren, zwischen 70 und 80 Menschen sterben pro Tag an einem Herzinfarkt.

Statistiken aus den USA und der Bundesrepublik belegen eindeutig, daß die Erfolgsrate im Rahmen der von Laien durchgeführten Wiederbelebung, Reanimation, bei 30 Prozent liegt, während der Sanitätsdienst nur 4 Prozent zu verzeichnen hat. Warum? Ja, die Bevölkerung verläßt sich zu sehr auf den Rettungsdienst, denn sie vergessen die Tatsache, daß nach drei Minuten Sauerstoffmangel im Gehirn die ersten bleibenden Schäden auftreten und nach acht Minuten eine Wiederbelebung fast aussichtslos ist. Das ist auch Gesundheitsförderung, nämlich die Menschen entsprechend auszubilden, hier Erste-Hilfe-Maßnahmen zu ergreifen. Unter erfolgreicher und erfolgreicherer Reanimation versteht man nicht nur die Tatsache, daß man einen Patienten mit einem schlagenden Herzen ins Krankenhaus transportiert, dessen Herz halt gerade noch schlägt, sondern indem man auch das Ausbleiben nachfolgender Gehirnschäden, die eben durch den Sauerstoffmangel auftreten können, verhindert. Meine Damen und Herren, das alles verstehe ich unter dem Aspekt Gesundheit, und das alles gehört hier diskutiert, und nicht nur einspurig hier das „Krankenhaus“ zum Thema macht, so wichtig das auch ist.

Meine Damen und Herren, natürlich, und das habe ich in meiner Generalrede ja schon gesagt, gibt es auch entsprechende enorme strukturelle Entscheidungen, Weichenstellungen durch den neuen Landesrat Günter Dörflinger im Bereich der Trennung, des Splittings zwischen dem laufenden Betriebsaufwand und den Investitionen. Wir wissen auch, daß Spielraum vorhanden sein muß, ein investiver Spielraum, nicht zuletzt auch für wirtschaftliche Impulse. Ich habe schon gesagt, daß Günter Dörflinger unsere Spitäler, die steirischen Spitäler, auf Überholspur bringen wird, mit Hartberg, mit Weiz, mit Kapfenberg. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, Frau Kollegin, jetzt sage ich Ihnen noch etwas, wahrscheinlich kennen Sie die Aussendung Ihres freiheitlichen Landtagsklubs nicht, wenn Sie sagen, in Hartberg müsse gespart werden. (Abg. Mag. Hartinger: „Das habe ich nicht gesagt, daß in Hartberg gespart werden muß!“) Bitte, Presseinformation des freiheitlichen Landtagsklubs. Ich werde schauen, daß Sie das auch bekommen. Da sagen Sie, nicht sparen zu Lasten der Spitäler Hartberg und Weiz. (Abg. Mag. Hartinger: „Ich sage auch warum!“)

Gerade im Osten der Steiermark keine Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich. Der freiheitliche Landtagsklub muß Sie informieren über das, was er

schreibt, damit Sie wissen, wovon Sie sprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich bin schon am Ende, ich habe gerade das Zeittaferl vorgehalten bekommen, man könnte noch vieles dazu sagen. Ich bin überzeugt davon, mit Landesrat Dörflinger und seinem Team von der KAGES darf man mit Fug und Recht optimistisch in die Zukunft blicken. Es wird ihm gelingen, ein optimales Gesundheitswesen für den Menschen in unserem Lande zu schaffen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.38 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (14.38 Uhr): Der Kollege Erlitz hat, ich bin fast ein bißchen nervös geworden, immer von der Ernährungsweise gesprochen und hat mir ein schlechtes Gewissen eingeredet. Aber trotz dieses schlechten Gewissens habe ich mich zu Wort gemeldet.

Ich muß auch sagen, ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um dem Herrn Präsidenten Vesko zu gratulieren, vor allem im eigenen Namen, daß er heute diese Situation so maßvoll und behutsam gemeistert hat, daß er euch (auf die Studenten zeigend) die Gelegenheit gegeben hat, über eure ernststen Sorgen zu sprechen. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Ich freue mich auch, daß drüben im Rittersaal sich jetzt die Gelegenheit ergibt, jetzt schon mehr als eine Stunde, über eure Anliegen zu reden. Ich glaube, und das kann ich im Namen sehr vieler hier sagen, und ich möchte zum Ausdruck bringen, daß wir, und vor allem auch ich, eure Forderungen, die ihr in eurer Resolution gestellt habt, wo es um die Familienbeihilfe geht, um die Freifahrten, 100prozentig unterstützen und wir das hier auch mehrmals zum Ausdruck gebracht haben. Das Problem ist nur, daß der Landtag an sich von den Kompetenzen her etwas reduziert ist und daher manche Vorwürfe an uns nicht ganz berechtigt sind. Dieses Sparpaket ist in Wien geschnürt worden, und ich glaube, es gibt einige hier in den großen Fraktionen, die auch nicht glücklich sind, aber die keinen Einfluß haben. Das möchte ich nur dazu gesagt haben.

Aber ich möchte wirklich noch einmal das sagen, Kollege Vesko – ich darf nicht Kollege sagen, weil er ist ja Präsident, ich bin nur einfacher Abgeordneter – (Abg. Riebenbauer: „Klubobmann bist du!“) Klubobmann, na ja gut, das weiß man eh, was das zählt, Klubobmann einer ohnmächtigen, aber engagierten Fraktion – aber ich möchte sagen, vielleicht ist diese Vorgangsweise heute und die Bereitschaft, mit Gruppen, die von unserer Politik betroffen sind, zu reden, vorbildlich für ganz Österreich, und man könnte neue Wege beschreiten, um mehr miteinander zu reden und besser einander zuzuhören.

Aber nun zum Gesundheitswesen. Es freut mich, und ich habe da überhaupt keinen Neid – der Kollege Erlitz ist zwar ein fieberhafter Bursch, aber er ist nicht gefilmt worden, ihr (auf die Studenten zeigend) seid gefilmt worden. Das zeigt, welche Wertigkeit eure Anwesenheit heute hier im Landtag hat.

Aber nun zum Gesundheitswesen. Ich persönlich habe anlässlich meiner Vorbereitung in den Protokollen nachgelesen, und ich möchte heute manches nicht wiederholen. Aber ich möchte beim Kollegen Erlitz anschließen und, Kollegin Hartinger, wir treffen uns ja manchmal in der Früh, Sie sind sicherlich eine, die aus ihrer Position in der KAGES manche Probleme sehr technokratisch sieht. Mich hat Ihre Sichtweise des Problems Geburtenstation irritiert. Ich sage Ihnen ganz ehrlich – und der Kollege Majcen sitzt auch da –, wir haben natürlich das Phänomen, daß wir in der Steiermark einen Geburtenrückgang insgesamt erleben. Wir haben das Phänomen, daß es Gynäkologen gibt, die – und die Frau Kollegin Grabensberger ist nicht mehr da, und die hat eine ähnliche Rede gehalten, die hat immer wieder gesagt, es müssen 800 Geburten sein, nur dann ist es wirtschaftlich.

Aber ich sage Ihnen, gerade die Frage der Geburten – und der Kollege Prutsch weiß das schmerzlich –, da gibt es mehrere Faktoren. Ein Faktor ist, und das ist für mich der wichtigste, und das ist nicht die Frage, was kostet das allein, sondern die Frage, daß erstens einmal die Erreichbarkeit gegeben ist, aber zweitens, daß die Frauen und die werdenden Mütter in einer vertrauten Umgebung, besucht und betreut von den Angehörigen (Abg. Mag. Hartinger: „Das glaube ich nicht. Die Sicherheit ist das Wichtigste!“), ihre Kinder auf die Welt bringen wollen.

Dann kommt noch ein Faktor dazu, nämlich, daß Gesundheit und das Wohlbefinden sicherlich nicht ausschließlich von medizinischen Apparaten abhängig ist. Natürlich gibt es Risikogeburten. (Abg. Mag. Hartinger: „Die Sicherheit ist der wichtigste Faktor!“) Und ich sage Ihnen, ich habe das hier schon einmal gesagt, ich bin bei Petroleumlicht im fünfundvierziger Jahr nach einer Schlittenfahrt im tiefen Winter auf die Welt gekommen. Ich rede jetzt nicht das Wort, daß man sagt – (Abg. Mag. Hartinger: „Da haben Sie Glück gehabt!“) Damals war ich sehr schwach, 2,90 Kilogramm nur, hat sich inzwischen etwas verändert. Man sieht halt, daß wir alle an sich zugenommen haben, nicht nur an Bedeutung, sondern auch an Gewicht.

Aber, Frau Kollegin Hartinger, daher appelliere ich an Sie, Ihre Attacken oder Ihre Kritik an der Frage Geburtenstation Hartberg – ich bin zwar kein Hartberger, aber ich sehe das wirklich steiermarkweit – einzustellen. Abgesehen davon, habt ihr es als Landtagsklub eh schon gemacht, ihr habt euch eh schon dazu bekannt, ich halte die Gebärstation in Hartberg wie auch in Fürstenfeld für wichtig. Das gehört zum Spital dazu.

Frau Kollegin Hartinger, in Fürstenfeld sind jetzt zirka 300 Geburten, dieses Jahr wird es, glaube ich, weniger sein.

300 waren es, jetzt werden es weniger. Schauen Sie sich die Bilder an, die dort hängen, von glücklichen Müttern und Eltern, die dort betreut wurden. (Abg. Mag. Hartinger: „Schauen Sie sich an, was dort passieren kann!“) Und ich sage Ihnen, nicht die Masse macht es aus, die Intensität.

Es kann in Graz am LKH sehr wohl passieren, ohne daß ich jemandem nahe treten will, daß man wo hineingeschoben wird, und es rennen die Ärzte und Hebammen herum, und es ist niemand Vertrauter da. In der Situation, wo ein Kind auf die Welt kommt, hat

die werdende Mutter das Bedürfnis, von Vertrauten behandelt zu werden.

Ich würde wirklich bitten, daß man da übergreifend vorgeht. Ich möchte dem, was der Kollege Erlitz zum vernetzten Gesamtdenken des Gesundheitswesens gesagt hat, gar nichts weiteres hinzufügen, weil die Zeit es nicht erlaubt.

Das Krankenanstaltenwesen oder die Reparaturmedizin ist ja nur ein Teil, und wir in Österreich – ich glaube, das ist der springende Punkt – leiden darunter, daß wir den Rahmenbedingungen, den Umweltbedingungen, dem Straßenverkehr, den Arbeitsbedingungen, aber auch natürlich den Lebensgewohnheiten, die neben den Anlagen eine große Rolle spielen, zu wenig Bedeutung beimessen. Wir sind halt als Österreicher sehr oft etwas schizophren. Wir machen zwar für den Bewegungsapparat eine Thermalbadkur, aber am Abend gehen wir in die Buschenschank, und dort wird dann das, was wir hinausgeschwitzt haben, wieder kompensiert durch entsprechende Weinmischungen und einen ordentlichen Schweinsbraten – und je fetter er ist, desto besser ist er. Und die Kur ist dann, am erfolgreichsten, wenn das heiße Wasser mir gutgetan hat, wenn man sich wohl fühlt und das Gefühl hat, da gibt es die beste Buschenschank in der Gegend. Wir Oststeirer sind ja stolz darauf. Aber das ist sehr oft die Widersprüchlichkeit, unter der wir alle leiden. In diesem Spektrum bewegen wir uns ja immer wieder. Die guten Vorsätze, die kenne ich auch selber, daß man zumindest in der Fastenzeit einmal nichts trinkt, nichts isst oder wenig isst, gibt es immer wieder. Ich bin froh, daß wir das als Gesellschaft erkannt haben.

Der Kollege Pörtl ist jetzt nicht da, aber man sollte nicht übersehen, und da gibt es Untersuchungen, Kollege Erlitz, welchen Faktor bei der Erkrankung der Menschen eine ungesunde Ernährung hat und Lebensmittel haben, die durch verschiedene künstliche Zusätze als ungesund zu bezeichnen sind.

Es gibt ein Beispiel, das an Tieren erprobt worden ist, in New York, wo man drei Sorten von Milch gefüttert hat. Das ist die Biomilch, also die ursprünglich bewahrte, dann gibt es die pasteurisierte Milch und dann gibt es diese Haltbarmilch, die fast in ganz Europa, fast in der ganzen EU schon verwendet wird. Und man hat festgestellt, daß jene Mäuse, die die Biomilch getrunken haben, am längsten gelebt haben.

Das beweist uns, daß wir noch viel mehr tun müssen, daß wir da bei der Frage der Genmanipulation massiv dagegen kämpfen müssen, daß wir ungesunde Nahrungsmittel zu uns nehmen. (Abg. Mag. Erlitz: „Du weißt ja, wohin das führt!“)

Ja, erstens, und wir wissen ja gar nicht, wohin das führt. Beim Auto sind wir sehr heikel. Das kaufen wir als gebrauchtes nur, wenn wir wissen, wer der Besitzer war. Bei den Lebensmitteln bitteschön haben wir oft keine Ahnung, woher sie kommen. Das hat man beim Rinderwahn jetzt gesehen, beim Rindfleisch aus England. Wir wissen es, und daher appelliere ich daran im eigenen Interesse – und wenn es früher geheißsen hat, die Lebensmittel müssen billig sein, und die Hausfrau muß schauen, wo sie es am billigsten bekommt – billig kann auch sehr teuer sein, vor allem dann, wenn das wertlose Lebensmittel, wertlose Nahrungsmittel sind. Das fängt bei der Milch und beim Joghurt an. Wie

viele Hausfrauen kaufen ein wertloses Joghurt, das kostet zwar nur 7 Schilling, aber es legt 10.000 Kilometer zurück, daß die Marmelade zur Milch kommt. Sinnlos, die Verkehrsbelastung, die Umweltbelastung und die Belastung für die Gesundheit der Menschen! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Kollege Tasch, wie viele Bäuerinnen haben wir, die mit viel Fleiß und Energie um genau den gleichen Betrag auch ein Joghurt machen, ein gesundes Joghurt, das den Bauern und unserer Gesundheit dient. (Abg. Tasch: „Jawohl!“)

Aber das wird nicht gekauft, weil eben unsere Einkaufsgewohnheiten so sind. Da rennt man schnell wo hinein, und dann wird das alles sehr schmackhaft dargeboten. (Abg. Mag. Erlitz: „Die Werbung!“) Und bitte, eines muß ich auch sagen, Herr Kollege Erlitz, die Werbung, du sagst es. Es hat halt der Bauer nicht die Chance, daß er Millionen für die Werbung im Fernsehen ausgibt und sagt „iß Joghurt aus dem Ennstal, oder aus dem Mürztal“, da heißt es halt Müller-Milch in allen Varianten, und da sitzt der Manager oder die hübsche Unternehmerin dort, und dann wird halt der Milchreis oder was immer hereingebracht, und wir alle wissen nicht, was in dieser Massenfabrikation alles verbrochen wird.

Also, ich glaube, wenn wir über Gesundheit reden, über Voruntersuchung, du hast es auch gesagt, das weiß ja jeder von sich, daß es wichtig ist, wie man lebt.

Ich komme zum Schluß, zum letzten Glied, zu den Krankenhäusern. Ich sage das jetzt hier, obwohl wir kritisch gegenüber dem Budget eingestellt sind, das uns einfach hingeworfen worden ist, zur Krankenhauspolitik in der Steiermark – der Kollege Strenitz ist jetzt nicht da –, ich habe ihn in anderen Dingen massiv kritisiert, aber eines möchte ich sagen. Wenn ich mir das Krankenhaus in Fürstenfeld anschau, was dort geschieht, und auch in Feldbach habe ich es miterlebt, das war ein altes Lazarett, diese Krankenhauspolitik, die auch einen besonderen Stellenwert hat, ist für mich vorbildlich. Das möchte ich jetzt da hier sagen, und da möchte ich gratulieren, weil ich glaube – das weiß ich auch als Fürstenfelder –, das Krankenhaus ist, abgesehen von der Arbeitsplatzsicherung, wo Hunderte von Menschen beschäftigt sind und einen hochqualitativen Arbeitsplatz haben –, das ist einfach eine wichtige Anlaufstation und in jeder Region von Bedeutung. Und in Fürstenfeld sehe ich das, wenn die örtlichen Ärzte nicht da oder nicht erreichbar sind, dann fährt man ins Krankenhaus, in die Ambulanz, und es ist immer wer da, der auch bereit ist, jemanden zu behandeln und zu unterstützen. Das halte ich einfach für wichtig.

Und ich bin auch froh, daß Hartberg gebaut wird. Ich halte nichts davon – das sage ich da hier auch –, daß man auf Bundesebene Krankenanstaltenpläne erfindet, die man fernab von örtlichen Kenntnissen erstellt. Das ist ja nicht wahr, daß man sagt „in Hartberg brauchen wir keines, weil eh Oberwart da ist“. Da gibt es eben diese vielfältigen lokalen und regionalen Befindlichkeiten und auch Notwendigkeiten. Und da ist es einfach wichtig, daß Hartberg gebaut wird. Ich halte es für gut, daß auf dieser Ebene ein Konsens gefunden wird.

Zwei Themen noch, damit ich nicht meine Zeit überziehe. (Abg. Gross: „Hast du schon!“)

Bitte? Habe ich schon? Nein, zwanzig Minuten!

Zwei Themen, die mir noch am Herzen liegen. Das eine ist die Frage, wie verteilen wir jenes Geld, vor allem in den Krankenhäusern, ich will heute über die Krankenkassen nicht reden, das wäre ein eigenes Thema, wie dort effektiv gehandelt wird. Weil ich halte es für bedauerlich, daß wir dort Milliardenabgänge haben. Darüber müßten wir auch nachdenken. Aber die große zentrale Frage, die wir hier im Landtag regeln können, wie verteile ich jene Gelder, vor allem die Sondergebühren, die dort eingenommen werden? Und ich sage es wirklich, und es ist ein Appell an die Herren von der KAGES da hier. Ich habe das hier im Landtag selbst miterlebt, ich habe es damals miterlebt in Zusammenarbeit mit dem Herrn Landesrat Heidinger über die degressive Staffelung. Die Steiermark hat aufgeheult, wie es geheißen hat, der Primar Vogler hat 800.000 oder 900.000 Schilling im Monat Einkommen als Röntgenarzt, wo er selbst das Röntgenbild gar nicht gesehen hat. Damals hat man eine Lösung gefunden, eine degressive Staffelung. Bitte, finden wir eine Lösung, die gerecht ist, zumindest den Ansätzen von Gerechtigkeit entspricht, die so gestaltet ist, daß man sagen kann, der Primararzt kriegt sein Geld und auch die kleinste Angestellte. Ich sage eines, was mir am liebsten wäre, mir als Martin Wabl. Die Sondergebühren werden überhaupt in den Gesamtopf gegeben, und jeder der dort beschäftigt ist, soll ein ordentliches Einkommen haben. Der Primararzt soll von mir aus einen Betrag von 100.000 Schilling haben, und um das Geld kann man, glaube ich, in Österreich und in Steiermark wohl alles das tun, was von einem verlangt wird. Ich halte nichts davon, daß er, weil mehr Betten belegt sind, er umso mehr kriegt. Ich halte auch nichts davon, daß man für fünf Blinddarme im Monat mehr bezahlt bekommt als für drei. Das ist eine Konstruktion, die ich für unglücklich halte. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich wäre ein Anhänger davon, auch wenn mir bewußt ist, daß manche Ärzte dann vielleicht woanders hingehen, daß man saubere Lösungen findet mit einer ordentlichen Sozialversicherungsstruktur, und schauen wir, daß das Verhältnis zwischen Primararzt und zwischen Raumpflegerin dort ausgewogen ist. Da gibt es keine privaten Betten und Sonderklassebetten. Frau Kollegin Hartinger, Sie kennen das.

Und das darf es auch nicht geben, daß Primärärzte auswärts operieren, wie es bei mir einmal war. Da bin ich hingekommen und wollte meine Nase operieren lassen, da hat es geheißen – der Primar hat gesagt –, Sie können im Landeskrankenhaus operiert werden, dann kommen Sie in drei oder in fünf Wochen dran, oder wir gehen ins Sanatorium der Kreuzschwestern, dort mache ich das morgen. Und am nächsten Tag zu Mittag war der Primar mit der Assistentin vom Landeskrankenhaus dort und haben mich am nächsten Tag operiert, wo ich sonst hätte drei Wochen warten müssen. Das darf nicht sein, das ist etwas, was abzustellen ist. Und wir haben ja schon oft hier das Verbot beschlossen, daß man auswärts arbeitet, und das sollte also wirklich durchgesetzt werden.

Und ein Letztes, auch ein konkreter Anlaßfall, der mir am Herzen liegt, da müssen wir darüber nachdenken. Wie gelingt es uns, Kunstfehler so zu behandeln – es gibt ja diese Schiedskommission – auch

finanziell und materiell, daß es den Betroffenen gerecht wird? Ich sage Ihnen das Beispiel. Bei einer Geburt in Fürstenfeld – es kann aber überall passieren – ist es zu einer Behinderung des Kindes gekommen. (Abg. Mag. Hartinger: „Ja, warum?“)

Ja, das ist auch schon in Graz passiert. Es kann überall passieren. Und jetzt sage ich Ihnen, die Eltern sind möglicherweise ein Leben lang durch diese Behinderung schwer beeinträchtigt, und da ist einfach ein Geld notwendig. Ich halte nichts davon, daß man jetzt in jahrelangen Prozessen, wo in erster Linie nur die Rechtsanwälte verdienen, diese Sache ausfechtet. Das werden Millionen von Kosten werden. Ich bitte wirklich, daß man sich überlegt, Herr Landesrat Dörflinger, zumindest dort einen Sachverständigen zu installieren, der den Inhalt außer Streit gestellt und geprüft hätte, welche Ansprüche sind der Höhe nach gerechtfertigt, aber nicht, daß man hier jahrelang Prozeß führt. Vielleicht kann man einen Fonds gründen oder sonst irgend etwas. Ich weiß schon, daß es schwer ist, wegen der Präjudizierung manch anderer Sachen. Aber das ist menschenunwürdig, und das sollte man vermeiden.

In dem Sinne möchte ich sagen, daß wir von den Grünen diese Frage des Gesundheitswesens und Gesundheitssystems nicht reduziert nur auf die Reparaturmedizin sehen möchten, sondern glauben, daß wir dieses Problem ganzheitlich angehen sollten. Und letzten Endes ist es ja erfreulich, daß die Gesundheit in diesem Lande doch einen erheblichen Stellenwert hat. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 14.56 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Riebenbauer (14.56 Uhr): Meine Damen und Herren, Herr Präsident!

Gut Ding braucht Weil, ist ein altes Sprichwort. Und wenn ich so lange reden müßte, wie es gedauert hat, bis wir das LKH Hartberg bekommen haben, dann glaube ich, würden wir es alle gemeinsam nicht aushalten. Schlicht und einfach gesagt, dank der Initiative von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und des Gesundheitsreferenten Dörflinger, fairerweise dazugesagt, ist der Neubau des Landeskrankenhauses Hartberg sichergestellt und fixiert.

Wir haben lange darauf gewartet, und alle Menschen im Hartberger Land und darüber hinaus sind dankbar und froh, daß es endlich soweit ist.

Ich will überhaupt keine Gründe aufzeigen, warum etwas nicht gegangen ist, weil uns das heute nichts mehr bringt, sondern daß wir Taten setzen müssen, daß dieser Bau 1999 fertig ist.

Zur Geburtenstation möchte ich nur eines sagen. Wir bestehen auf die Errichtung der Geburtenstation in einer Form, liebe Frau Kollegin, die langfristig sinnvoll ist. (Beifall bei der FPÖ.) Und ich sage eines, kalte und kühle Rechner bezweifeln manches, Menschen mit Herz befürworten die Geburtenstation in Hartberg. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Wir sind auch froh, daß durch das gemeinsame Miteinander der Bau des Krankenhauses in Weiz ermöglicht wird.

Und die Bewohner der Region und des Bezirkes Fürstenfeld erhoffen sich, daß im Landeskrankenhaus Fürstenfeld eine onkologische Abteilung errichtet wird. Die Voraussetzungen dafür sind bestens gegeben, vor allem auch aus ärztlicher Sicht. Wenn man sinnvoll spart, meine Damen und Herren, kann man auch Investitionen für die Zukunft setzen. Wir alle sind dafür dankbar. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 14.58 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihr.

Abg. Gross (14.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auf Grund der uns selbst auferlegten Redezeitdisziplin, die ich bereits einmal zum Thema Sport nicht ganz einhalten konnte, darf ich nur ganz kurz ein Thema zur Prävention anreißen. Die besorgniserregende Aktualität wird uns sicher noch einmal die Möglichkeit geben, ausführlich, auch in diesem Hohen Haus, zu diesem Thema zu reden.

Meine Damen und Herren, es gibt immer mehr Menschen, die sich über den Mißbrauch von Sucht- und Rauschmitteln ernsthafte Gedanken machen. Entweder weil ihre Familie oder Freunde betroffen sind oder weil sie ganz einfach das Gefühl haben, daß hier eine Entwicklung im Gange ist, die sich anscheinend kaum noch stoppen läßt. Wie zu befürchten war, hat sich der Trend der vorigen Jahre fortgesetzt. Ein Ansteigen der Zahl der Drogentoten, eine deutliche Weiterverbreitung illegaler Drogen, vor allem unter Jugendlichen, und auch ein vermehrtes Auftreten von Modedrogen ist zu verzeichnen. Gab es 1994 in der Steiermark sechs Drogentote, so mußten 1995 bereits zehn Tote beklagt werden. Im Vergleich zu 1994 konnte ein Anstieg der Anzeigen, vor allem bei illegalen Drogen, auf das Doppelte verzeichnet werden. Durch den Preissturz infolge der Öffnung des Ostens ist eine noch stärkere Verbreitung von Drogen zu registrieren. Reines und damit viel zu starkes Suchtgift wird vermehrt aus den östlichen Nachbarländern importiert. Bei den sogenannten harten Drogen zeigt sich zunehmend die Tendenz, daß die Substanz nicht mehr in reiner Form genommen wird, sondern durch teilweise sehr gewagte Mischungen noch unberechenbarer geworden ist. Dies alles führte zu einem deutlichen Anstieg der Drogentoten. „Sieben Drogentote klagen an“, ist vor zwei Tagen im „Kurier“ gestanden.

Auf Grund der dramatischen Zustände in Trofaiach ist es höchst an der Zeit, vor Ort praktikable Initiativen zu setzen. Ein sinnvolles Handeln ist jedoch nur in einem Zusammenwirken von Drogenexperten mit den örtlichen Verantwortungsträgern und Einrichtungen möglich. Landesrat Günter Dörflinger und Bürgermeister Wagner haben am 27. Februar 1996 zu einem sogenannten Drogengipfel geladen, an dem auch der Drogenbeauftragte der Steiermark, Joachim Berthold, anwesend war, bei dem wirkungsvolle Gegenmaßnahmen beraten und auch die sofortige Umsetzung von Gegenmaßnahmen beschlossen wurde. Der Drogenbeauftragte der Steiermark studierte die gesamte steirische Infrastruktur und kommt zum Schluß, daß die Steiermark immer eine rustikal zufriedene Szene

hatte – da ein Mohnfeld, dort ein paar Hanffelder. Aber in Trofaiach ist es immer ein bißchen härter und ein bißchen offener gelaufen. Dort ist man der Wiener Szene auch immer näher gestanden.

Meine Damen und Herren, Drogen sind auch ein Fluchtversuch, nicht nur Jugendlicher. Ein Fluchtversuch vor Isolation und Vereinsamung, aber auch vor dem Streß. Es gibt keine Maßnahmen, die das Auftreten von Sucht, sei es Alkohol, aber auch Kaufwut mit dem Effekt der Verschuldung, Spielzwang oder auch Nikotin – Kollege Erlitz hat es ja schon angeführt – oder eben illegal mit Drogen zur Gänze verhindern können. Das bedeutet jedoch nicht, daß Entscheidungsträger zum resignativen Nichthandeln verurteilt sind. Es ist Aufgabe der Politik, durch eigene Aufklärung und Information zur Eindämmung und zur Verhinderung des Drogen- und auch des Alkoholmißbrauchs beizutragen. Angesetzt muß vor allem bei den Jugendlichen werden. Dort sind die Chancen noch größer.

1995 wurden in der Steiermark für den Bereich Drogensucht und Alkohol von seiten des Gesundheitsreferates 5,4 Millionen Schilling zur Bekämpfung dieses Bereiches ausgegeben.

Trotz minus 10 Prozent im Gesundheitsressort konnte Landesrat Dörflinger zusätzlich 3 Millionen Schilling für Suchtgiftprävention ausverhandeln.

1996 werden folgende Schwerpunkte im Bereich der Drogenprävention gesetzt werden: erstens die Errichtung einer Fachstelle für Suchtprävention, zweitens Antidrogenkampagne in allen steirischen Berufsschulen, drittens die Auswertung einer Studie betreffend Drogenerfahrung Jugendlicher und ihre Einstellungen zum Drogenkonsum, viertens auf Grund der dramatischen Zustände in Trofaiach – sieben Drogentote innerhalb der letzten 16 Monate – wurde vor Ort gemeinsam mit allen wichtigen örtlichen Verantwortungsträgern und Einrichtungen ein Maßnahmenpaket zur Verhütung von Drogenabhängigkeit und der Integration drogenkranker Menschen erarbeitet.

Sucht ist eine behandelbare Krankheit! Niemand soll süchtig bleiben müssen, weil es keine geeigneten Behandlungsmöglichkeiten gibt. Vor allem die öffentliche Hand ist verpflichtet, Hilfe anzubieten. Es müssen Maßnahmen gesetzt werden, die die Bereitschaft zur Annahme von Hilfe fördern. Meine Damen und Herren, ein Problem unserer Gesellschaft ist es allerdings, daß wir alle mögliche Hilfe anbieten können, der Betroffene selbst alleine entscheidet jedoch, ob er diese Hilfe annimmt. Wirksame Suchtgiftprävention muß daher ursachenorientiert und bei der jeweiligen Zielgruppe ansetzen.

Meine Damen und Herren, dabei muß man aber eines festhalten, die gesellschaftlichen Probleme, die zur Sucht, welcher auch immer, führen können, kann kein Vorsorgeprogramm lösen. Diese gesellschaftlichen Probleme können wir nur mit Toleranz gemeinsam lösen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 15.06 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brünner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (15.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich weiß nicht, ob ich jetzt wirklich jene Konzentration habe, die ich mir wünschen würde, um Ihnen das zur Gesundheitspolitik zu sagen, was ich mir vorgenommen habe. Ich möchte auch versuchen, mich weit kürzer zu halten, als ich mir das vorgenommen habe, damit wir dann noch einmal kurz zur Bildungspolitik kommen.

Es ist eine Binsenweisheit, wenn immer wieder ausgeführt wird, daß der Gesundheitsbereich nicht mehr so gestaltet werden kann wie in der Vergangenheit, wo es also primär um die Gesundheitsversorgung gegangen ist, um eine Art Reparaturmedizin, um den kurativen Bereich.

Und hier sind, das muß man auch festhalten, Spitzenleistungen erbracht worden, sowohl in medizinischer, als auch in technischer, als auch in ökonomisch-wirtschaftlicher Hinsicht; aber nicht zuletzt wegen der Technisierung der Medizin und sonstiger gesellschaftlicher Faktoren. Zum Beispiel für einen größeren Teil von alten Personen in der Gesellschaft ist dieser Bereich fast unfinanzierbar geworden. Und ich habe das heute schon an anderer Stelle gesagt, so wichtig Gesundheit, so wichtig Bildung et cetera. ist, man muß immer wieder auch den Zusammenhang mit der Finanzierbarkeit im Auge haben. Wenn die explosionsartige Vermehrung der Gelder festzustellen ist, die wir für den Gesundheitsbereich brauchen, dann ist klar, daß der Gestaltungsspielraum für die übrigen Politikbereiche drastisch eingeschränkt wird.

Das, worum es aber in Zukunft intensiver gehen wird, ist, daß wir schauen, daß der bestmögliche Gesundheitszustand in der Bevölkerung vorhanden ist. Und dabei geht es dann insbesondere auch um die Gesundheitsförderung, zum Beispiel im gesamten Bildungsbereich. Hier gibt es ganz interessante Projekte, einige habe ich mir in der Steiermark angeschaut, zum Beispiel eines im Stiftsgymnasium Rein, es geht um die Gesundheitsvorsorge. Dabei wird auch sehr viel Bildungsarbeit zu leisten sein, nämlich, daß die Bevölkerung bereit ist, auch gesünder zu leben. Und da rede ich gar nicht über die anderen, ich denke mir oft, daß ich mit meiner Gesundheit Raubbau betreibe. Es geht hier darum, auch den Bewußtseinszustand der Bevölkerung anzuheben, daß sie mitverantwortlich ist dafür, daß sie oder daß wir alle gesund sind.

Darüber hinaus geht es aber auch um die Vorsorge und Obsorge für den Bereich nach den Aktivitäten der kurativen Medizin oder nach einem Krankenhausaufenthalt, um Remobilisation, Rehabilitation, um Pflege und um alle Betreuungseinrichtungen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind, daß eben für die Altersmedizin oder für die altersmedizinische Versorgung entsprechende Einrichtungen oder Tagesbetreuungsmöglichkeiten für die frühe Rehabilitation nach chirurgischen Eingriffen geschaffen werden.

Wenn ich mir den Steirischen Krankenanstaltenplan anschau, und da komme ich jetzt zu einem zweiten konkreteren Punkt, dann ist er schwerpunktmäßig im kurativen Bereich, dann läßt er aus meiner Sicht diese gesamtheitliche Gesundheitsbetrachtung vermissen. Die Vernetzung mit den übrigen Bereichen der Gesundheitsvorsorge fehlt, ebenfalls die mit dem nieder-

gelassenen Bereich, und auch die Koordination mit all diesen Nachbetreuungseinrichtungen ist aus meiner Sicht nicht entsprechend verankert in diesem Krankenanstaltenplan.

Ich möchte auf ein Lieblingsthema von mir in diesem Zusammenhang zu sprechen kommen, Herr Landesrat Dörflinger muß zu Recht vielleicht schon darüber lachen, das ist das Landeskrankenhaus Hartberg. Ich kann mich mit dem, was dort geschehen ist und geschieht, ganz schlicht und einfach nicht abfinden. Es gibt in Oberwart, ein paar Kilometer weiter, ein Schwerpunktkrankenhaus mit einer gut ausgestatteten Geburtshilflich-Gynäkologischen Abteilung, und trotzdem müssen wir in Hartberg eine solche errichten, ohne daß wir aber für perinatalogische Notfälle in Hartberg Vorsorge treffen können; eine solche Abteilung hat aber Oberwart. Ich finde es einfach nicht ganz okay, wenn wir jetzt den Hartberger Frauen sagen, wir haben eine Geburtshilflich-Gynäkologische Abteilung für euch, aber wenn mit dem geborenen Kind – (Abg. Schleich und Abg. Herrmann: „Draußen solltest du es den Leuten sagen!“) Ja, ich sage es auch draußen den Leuten, weil ich noch etwas hinzufüge, meine Herren. Daß dann, wenn ein Notfall mit dem Erstgeborenen eintritt, dann muß man nach Oberwart fahren, oder dann muß man nach Graz fahren, weil man es in Hartberg nicht machen kann. Es ist schon okay, meine Damen und Herren, wenn Sie hinausgehen nach Hartberg und sagen, wir bauen ein Krankenhaus. Aber sagen Sie den Hartbergerinnen und Hartbergern die volle Wahrheit, nämlich, daß wir die Geburtshilflich-Gynäkologische Betreuung nicht optimal machen können, sonst müßten wir auch noch perinatalogische Notfälle vorsehen, was nicht vorgesehen ist in Hartberg.

Es wäre viel gescheiter, und ich plädiere ja nicht dafür, daß man jetzt Hartberg zusperrt. Ich möchte darüber reden. Es wäre viel gescheiter, wenn man in Hartberg zum Beispiel eine Abteilung einrichten würde, die es in Oberwart nicht gibt, und dafür in Oberwart ein Zentrum für geburtshilflich-gynäkologische Behandlungen haben könnte, nämlich in Hartberg eine Augenabteilung oder eine HNO-Abteilung oder eine Orthopädie. Und wenn wir in Hartberg eine Geburtshilflich-Gynäkologische Abteilung hinstellen, dann wird wahrscheinlich Oberwart nicht die entsprechenden Belegzahlen mehr haben. Wir Steirer können sagen, das ist uns Wurscht. Es könnte sein, daß dann auch der Primar dort vor einem halbleeren Haus steht. Ich bin aber nicht für eine Politik des Floriani-prinzips: Was jetzt im Burgenland oder in Niederösterreich ist, das ist uns Wurscht, die Hauptsache ist, wir haben in jedem Ort ein Krankenhaus. Sondern ich bin dafür, daß man sich auch gesamtösterreichisch den Kopf zerbricht und schaut, wie man gesamtösterreichisch zu einer erstens optimalen medizinischen Versorgung kommt und zweitens zu Kosteneinsparungen.

Es ist beschlossen oder geplant oder wie auch immer – da war ich noch nicht im Landtag –, daß bis zum Jahre 2003 1000 Betten reduziert werden sollen, dies nicht zuletzt auch wegen der Umstellung auf die leistungsorientierte Finanzierung. In Hartberg sind 233 Betten systemisiert, aber nur 213 sind wirklich vorhanden. Und das neue Krankenhaus soll 199 Betten

haben, das heißt es werden 14 Betten eingespart. Ich frage mich, Herr Landesrat, wie das geht, bis zum Jahr 2003 1000 Betten einzusparen, wenn in diesem Fall vierzehn Betten eingespart werden. Und wenn man nicht mehr zu dem Plan steht, die 1000 Betten einzusparen, dann soll man ihn bitte ändern. Ich gebe Ihnen schon zu, Herr Landesrat, daß das eine politische Frage ist. Aber dann soll man einfach so ehrlich sein und sagen, wir reduzieren halt nicht um 1000 Betten, sondern nur um 100 oder 500 Betten. Und wenn man 1000 Betten reduzieren möchte, dann hätte ich gerne von der KAGES Informationen, ob die KAGES ein Konzept hat, wie sie diese Reduktion um 1000 Betten erreicht. Weil es kann ja nicht so sein, daß man sagt, in Hartberg brauchen wir die Geschichte, daher nur um 14 Betten reduziert, und dann machen wir das von Krankenhaus zu Krankenhaus so, und im Jahre 2002 sagen wir dann, es tut uns leid, statt 1000 können wir jetzt nur 200 einsparen.

Zweitens hätte ich gerne von der KAGES Aussagen dahin gehend, wie das aus betriebswirtschaftlicher Sicht ausschaut, nämlich die Umstellung jetzt auf die leistungsorientierte Krankenhausfinanzierung. Die wird doch bedeuten, daß die Belegzahlen der Betten sinken werden. Und das bedeutet doch, daß wir unter Umständen weniger Betten brauchen. Wie schaut jetzt die betriebswirtschaftliche Sicht der ganzen Geschichte aus?

Wenn Vorstandsdirektor Klaus Fankhauser am 1. April in der „Kleinen Zeitung“ gesagt hat, dieser Bettenreduzierungsplan muß beschleunigt werden, damit man ihn erreicht, dann frage ich mich, ob eine Bettenreduktion von 14 Betten in Hartberg tatsächlich die Beschleunigung ist.

Ein anderes Beispiel für mich ist der Versorgungssektor 2 mit Knittelfeld, Judenburg und Stolzalpe, wo ebenfalls 170 Betten reduziert werden sollen. Aber wenn ich dann sehe, daß es Pläne gibt, daß das LKH Judenburg 175 Betten haben soll und das LKH Knittelfeld 170 bis 180 Betten, daß in beiden Fällen eine interne Abteilung vorhanden sein soll, dann frage ich mich wieder, wie das mit der Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation im Einklang steht, die sagt, Häuser unter 200 sind einfach unter Kostengesichtspunkten und auch unter den Gesichtspunkten der medizinischen Qualität, nicht nur wegen der Kosten, nicht tragbar.

Ich möchte noch einen Punkt anschneiden, das ist die Strukturkommission, die jetzt im Anschluß an die Umstellung im gesamtösterreichischen Bereich eingerichtet werden soll. Ich bin einerseits aus der Sicht meines Berufes, weil ich mich ein bißchen mit Verwaltungswissenschaft beschäftige, überzeugt davon, daß in dieser Strukturkommission nicht nur Vertreter jener Institutionen drinnen sein dürfen, die konkrete Interessen in dem Zusammenhang haben. Sondern in dieser Strukturkommission sollten auch Vertreter von draußen drinnen sein, die nicht unmittelbar ein konkretes Interesse haben. Und das Zweite, und das ist jetzt ein parteipolitisches Interesse, Herr Landesrat, ist meine Bitte an Sie, daß alle Parteien im Landtag, jedenfalls auch das Liberale Forum, jemanden vorschlagen können in diese Strukturkommission, damit dort ein breiteres Bild entsteht. Und in den Vorgesprächen oder in den Gesprächen, die ich mit Ihnen

geführt habe, habe ich von Ihnen den Eindruck bekommen, daß Sie auch die Kooperation mit einer kleinen Partei suchen, und ich habe Ihnen schon in diesen Vorgesprächen gesagt, ich bin bereit, schmerzliche Dinge, die in diesem Bereich unerlässlich sind, mitzutragen, und nicht parteipolitisches Kleinkapital daraus zu schlagen, aber ich möchte dann auch die Möglichkeit haben, daß ich jemanden in diese Strukturkommission hineinschicken kann.

Ich möchte noch einen Beschlußantrag stellen: „Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den jährlichen Gesundheitsbericht, wie in der Sitzung des Landtages vom 29. November 1994 beschlossen, umgehend vorzulegen.“ (15.16 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren, es folgen nun noch zwei Wortmeldungen zum Bereich Gesundheit, und dann werden wir den Tagesordnungspunkt unterbrechen und die berechtigten Anliegen der Studentenschaft diskutieren. Es ist hier zu einer Einigung gekommen, die dann vorgetragen wird.

Kurz zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Pörtl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Pörtl (15.17 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Sie werden staunen, warum ich mich da zu Wort melde. Ich bin biologisch wahrscheinlich nicht mehr der Kandidat, der die geburtshilfliche Abteilung in Hartberg direkt in Anspruch nehmen kann. Ich möchte aber trotz aller wissenschaftlicher Betrachtungen, die da sind, sagen, daß wir von Mürzzuschlag bis Radkersburg nur in Feldbach eine Geburtsabteilung haben und daß wir in diesem Raum 10.000 Menschen nur weniger haben als im gesamten Burgenland, wo es vier fixe Geburtenstationen gibt, plus einer geburtshilflichen Abteilung. Daher möchte ich wirklich ersuchen, daß wir diese Diskussion aus dieser Perspektive sehen. Ich bedanke mich sehr, daß da Gott sei Dank diese vernünftige Haltung dieser regionalen Angebotspalette in der Hinsicht gegeben ist.

Abschließend – ich glaube, wir müssen uns auch bemühen, daß wir diese Krankenanstalten, die außerhalb des Planes sind, vernünftig einklinken. Ich denke da nur laut an Vorau – ein neues Krankenhaus, bestens geführt –, daß die nicht das Gefühl haben, sie sind vor lauter Plänen nicht mehr auf der Landkarte. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Herr Landesrat, vielleicht ist es darauf zurückzuführen, daß wir Steirer leichtere Geburten sind als vielleicht die Burgenländer.

Das Schlußwort zu diesem Debattenpunkt hat der amtsführende Landesrat Dörflinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dörflinger (15.19 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich werde die Kürze herbeiführen, die es möglich macht, daß die Erklärung zur Bildungspolitik früher kommt, weil ich es für einen durchaus wesentlichen und wichtigen Teil halte.

Ich habe mir vorweg überlegt, ursprünglich der Frau Abgeordneten Hartinger einen Teil des Matthäus-Evangeliums zu schenken. Dort geht es um die wunderbare Brotvermehrung, die wir im Spitalsbereich nicht zustande bringen. Ich habe das ein bißchen während ihrer Wortmeldung abgeändert. Ich habe für sie ein Büchlein besorgen lassen. Es ist das Buch eines in Kärnten geborenen Schriftstellers, Paul Watzlawick, „Die Anleitung zum Unglücklichsein“. Ich überreiche Ihnen das. (Abg. Mag. Hartinger: „Ich bin aber nicht unglücklich!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Paul Watzlawick beschreibt in diesem Buch unter anderem eine Geschichte – ich sage das ganz kurz: Eine Familie zieht in einen Gemeindebau ein, räumt die Wohnung ein, richtet alles her. Die Wohnung ist fix fertig, es fehlt lediglich an den Bildern, die aufgehängt werden sollen. Man hat die Bilder, man hat die Nägel, bloß, im Chaos ist irgendwo der Hammer verschwunden und man beschließt, zum Nachbarn zu gehen, um einen Hammer zu holen. Auf dem Weg zum Nachbarn fällt der Frau ein, daß der Nachbar sie in der Früh ja schon so böse angeschaut hat, und sie fangen zu diskutieren an, warum der denn wohl böse ist auf uns. Jetzt kennt er uns noch gar nicht und ist schon böse auf uns, und eigentlich ist das eine Gemeinheit. Die Geschichte zieht sich ziemlich lange hin, sie endet damit, daß der neu Einziehende zum Nachbarn geht, dort anläutet, der freundlich die Tür aufmacht und der neu Einziehende zum Nachbarn sagt: „Danke, ich brauche den blöden Hammer nicht!“

Ich glaube, in diesem Stil haben wir zum Teil miteinander diskutiert, und ich sage das trotzdem, obwohl ich sehr dankbar für die Art und Weise der Diskussion bin, die im Grundsatz sehr fair und sachlich war. Und ich glaube, daß wir diese Sachlichkeit und diese Kooperationsbereitschaft in Zukunft dringend brauchen werden. Also die kleinen Zwischentöne sind wir gewöhnt, sie waren ja schon härter, und wir werden sie aushalten.

Worum geht es – und ich sage das ganz kurz – in der nächsten Zeit? Es wird in Zukunft nicht nur darum gehen, auf der einen Seite die Kosten für die Spitäler zu reduzieren oder in irgendeiner Form in Grenzen zu halten, sondern wir werden – und ich sage das sehr einfach und trivial – alles tun müssen, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß die Menschen krank werden. Das heißt, Vorsorgemedizin betreiben, im Vorsorgebereich tätig zu sein.

Ich glaube, daß wir mit diesem Budget trotz minus 10 Prozent, trotz Einschränkungen, trotz Kürzungen ein Zeichen gesetzt haben und genau das, was Sie auch angeführt haben, daß wir nämlich im Spitalsbereich die Kürzungen durchgezogen haben und daß es uns parallel dazu gelungen ist, im Vorsorgebereich Akzente zu setzen. Ich sage dazu, 20 Millionen Schilling bisher im Budget, jetzt 34 Millionen Schilling. Wenn man die 3 Millionen Schilling für den Drogenbereich dazunimmt, sind es 37 Millionen Schilling – fast eine Verdoppelung des Budgets für den Vorsorgebereich.

Ich glaube, daß es auch ein Umdenken in unserer Gesellschaft geben wird müssen, und ich möchte Ihnen drei Beispiele anführen, wie ich glaube, daß wir uns in die falsche Richtung entwickeln.

Wir haben in den letzten Tagen in den Zeitungen gelesen, daß Gesundheitspolitiker oder Finanzfachleute vorgeschlagen haben, die Versicherungsprämien für jene, die Sport ausüben, zu erhöhen. Ich nehme die sozialen Aspekte weg. Jeder könnte sich vorstellen, was es für eine Familie mit zwei oder drei Kindern heißt, die sich ohnedies die Liftkarten und so weiter nicht mehr leisten können, einen Schiurlaub zu machen, wenn auch noch die Versicherungsprämien erhöht werden. Das ist der soziale Aspekt. Aber ich frage, was würde das für eine Vorsorgemedizin, für eine sinnvolle Gesundheitspolitik bedeuten, wenn ich jene Leute bestrafe, die Bewegung machen, die genau das tun, wozu wir sie mit Millionen von Schillingen auffordern, wozu wir sie animieren? Ich glaube, daß das ein falscher Weg wäre. Ich habe schon einmal gesagt, es wäre viel gescheiter, man würde statt einer Sportlersteuer eine Schweinsbratensteuer einführen, die der Herr Präsident vielleicht nicht für so sinnvoll halten würde, die aber trotzdem notwendig wäre.

Frage – nächster Punkt – Alkohol – Suchtgiftprävention. Wir wissen, daß ein Alkoholkranker zwischen 500.000 und einer Million Schilling kostet. Wir verwenden trotzdem einen Großteil der Mittel, um die bereits Kranken zu versuchen wieder zu heilen, während wir auf der anderen Seite für die Prävention noch viel zuwenig haben. Ich könnte das sehr lange fortsetzen.

Zum Budget selbst, meine Damen und Herren, wir haben die minus 10 Prozent im Spitalsbereich zur Kenntnis genommen. Es wird sehr, sehr schwer werden, die Vorgaben zu erfüllen. Ich bin aber optimistisch, daß wir dank der guten Kooperation mit dem Vorstand, mit den Mitarbeitern der KAGES, mit den Leuten in den Krankenhäusern diese minus 10 Prozent realisieren werden.

Vielleicht nur ein Punkt, der Ihnen vor Augen halten sollte, wie dramatisch diese Einschnitte im Gesundheitsbereich sind. Wir werden beim Landeszuschuß erst 1998 wieder in jener Höhe sein, wo wir 1995 waren. Das heißt, daß wir dort sehr massiv mit den Mitteln hinuntergehen. Wir werden das zusammenbringen. Wir werden im Bereich der ärztlichen Verantwortung mit Steigerungsraten von plus 4 Prozent auskommen haben. Sie wissen, wie schwer das sein wird. Wir werden im Bereich der Personalpolitik keine über das Maß der Bundesbediensteten hinausgehenden Maßnahmen setzen können. Wir werden alles, was es an zusätzlichen Notwendigkeiten gibt, durch Umschichtungen und zusätzliche Einsparungen im Personalbereich realisieren müssen.

LKF ist angeführt worden. Ich würde nur davor warnen, das Hohe Haus und alle im Gesundheitsausschuß, im Landtag Sitzenden, meinen, daß das LKF allein, also die Umstellung des Finanzierungssystems allein, uns auch nur einen Schilling erspart. Im Zuge dieser Umstellung werden wir Maßnahmen zu setzen haben, die in den verschiedensten Bereichen wirken werden. Und ich sage dazu, Prof. Brünner hat die Frage gestellt, wir werden selbstverständlich diesen Bettenabbau in den steirischen Spitälern durchziehen müssen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, bereits mit Beginn des kommenden Jahres zwischen 300 und 400 Betten zu reduzieren, und bis zum Jahre 2003 werden es diese 1000 Betten sein.

Es wurde auch angesprochen – ich gehe jetzt etwas unsystematisch vor – die Frage der privaten Krankenanstalten im Zusammenhang mit dem Bundeskrankenanstaltenplan. Ja, meine Damen und Herren, sehr burschikos formuliert, wir wären doch verrückt, ein Krankenhaus wie Vorau zuzusperren, das dem Land in Wirklichkeit keinen Schilling kostet, das hervorragend geführt ist, das neu renoviert ist. Wir wären doch verrückt, ein Haus wie in Kalwang zuzusperren, nur damit wir irgendwelchen Planern von Krankenanstaltenplänen entsprechen würden und dort vielleicht auf dem Zeichenbrett idealtypischen Lösungen entsprechen würden, anstatt herzugehen, auf den bestehenden Stärken und Schwächen aufbauend etwas weiterzubringen.

Ich bekenne auch – und ich sage das hier sehr deutlich – zu den privaten Krankenanstalten, ob das die Barmherzigen Brüder, die Elisabethinen, ob das die Diakonissen in Schladming, Herr Klubobmann Flecker, sind, ob das Weiz ist, ob das Vorau ist. Wir werden hier im Zuge der Aufteilung der LKV-Mittel Mittel und Wege finden müssen, um den Bestand dieser Häuser zu sichern, aus gesundheitspolitischen Gründen. Ich sage das aber auch aus Selbstschutzgründen für das Land Steiermark als Spitalserhalter, damit wir nicht noch mehr unter Zugzwang kommen und noch mehr hier zu tun haben.

Zur Bildung dieser Landeskommission, Kollege Brünner. Wir werden in Zukunft noch darüber reden. Ich kann Ihnen das heute nicht konkret zusagen, an sich ist diese Landeskommission von der Struktur her anders geplant. Das soll ein Fachgremium sein, und es soll keine politische Beurteilungskommission sein. Ich kann Ihnen aber versichern, daß wir noch vor dem Sommer beziehungsweise im Laufe des Herbstes im Rahmen des Gesundheits-Ausschusses sehr, sehr intensiv über alle Maßnahmen diskutieren werden, die noch zu treffen sind.

Ich habe unter römisch drei meiner Vorbereitung „Fahrplan“ hingeschrieben. Wie soll es weitergehen, meine Damen und Herren? Frage Krankenanstaltenplan, heute sehr oft angesprochen. Wie Sie wissen, hat die KRAZAF-Einigung auf Bundesebene es nötig gemacht, daß der Steirische Krankenanstaltenplan mit dem Bundeskrankenanstaltenplan abgestimmt und akkordiert werden muß. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit dem Vorstand der KAGES noch vor dem Sommer einen ersten Grundsatzentwurf vorzulegen, der beinhaltet für alle Spitäler in der Steiermark, was in welchem Spital gemacht wird. Und Sie werden sehen, daß wir dort zu einer Strukturbereinigung kommen werden und zu einer Strukturbereinigung kommen müssen. Mit dieser Vorlage, die wir dann im Herbst im Landtag im Gesundheits-Ausschuß diskutieren, haben sich auch alle Beschlüsse, die wir anlässlich der dringlichen Anfrage im Winter dieses Jahres gefaßt haben, erübrigt. Wir ziehen auch jene Einigung vor, die vorgesehen hätte, daß wir nächstes Jahr im Sommer einen Zwischenbericht über diese Frage vorlegen sollen.

Die Personalführung und die künftige Personalführung in den Spitälern wurde heute noch nicht angeschnitten. Kollege Bacher, du hast kurz darauf Bezug genommen. Wie du ja weißt, haben wir in der Regierung einen Beschluß gefaßt, daß wir seitens der

KAGES innerhalb von acht Wochen die Vorlage von Modellen bekommen, das wird Anfang Mai der Fall sein. Wir werden dann diese Modelle prüfen, wir werden uns die Zahlen anschauen. Ich werde dort auch den Rechnungshof einladen, die vorgeschlagenen Modelle zu überprüfen, abzuchecken, damit wir dann zu einer sehr sachlichen und, ich sage dazu, zu einer undogmatischen Entscheidung kommen und dann das machen, was für die Krankenhäuser am sinnvollsten und für den Erhalter auch am kostengünstigsten ist. Das soll ja das gemeinsame Ziel sein.

Martin Wabl hat die Frage der Sondergebühren angeführt. Ich sage dazu, diese Frage muß geregelt werden. Wir werden uns dieser Frage sehr intensiv annehmen, es müssen allerdings die Rahmenbedingungen klar sein. Das heißt, wir müssen wissen, in welcher Form wir das Personal führen, es wird zu klären sein, wie wir durch die Pauschalabgeltungen durch die Versicherungen die Veränderungen unterbringen, und wir werden auch, sehr deutlich gesagt, abzuwarten haben, wie das Gerichtsurteil in der *Causa Primarius Winter gegen das Land* ausfällt, weil das auch Entscheidungen haben wird. Amtsärzte, Distriktsärzte ein Thema, das wir noch weiter fortzuführen haben.

Zum Vorsorgebereich ganz kurz. Ich bedanke mich bei allen, die an den Budgetverhandlungen in der Regierung beteiligt waren, daß es mir möglich gemacht wurde, die doch sehr deutliche Aufstockung im Vorsorgebereich durchzuziehen. Wir haben hier einen guten Schritt in eine gute Richtung gemacht. Es wird in der nächsten Zeit einer Vielzahl von Maßnahmen bedürfen. Ich zähle einige exemplarisch auf. Ich glaube, daß die Koordination der Vorsorgemaßnahmen in einem viel zu geringen Ausmaß noch stattfindet, daß in Wirklichkeit sehr viele, sehr gute Initiativen nebeneinander, sich zum Teil konkurrierend, durchgeführt werden. Es wird hier der Fachabteilung für das Gesundheitswesen eine wesentliche und wichtige Aufgabe zukommen. Und ich bin sehr froh, daß es gelungen ist, mit Gerhard Hirschmann und mit der Rechtsabteilung 1 darüber eine Einigung herbeizuführen, daß wir den Gesundheitsmanager sehr rasch und noch vor dem Sommer bestellen können. Das Auswahlverfahren ist abgeschlossen. Wir haben uns auf vier Kandidaten im engeren Kreis geeinigt und werden in den nächsten Tagen und Wochen aus diesen vier heraus einen Vorschlag der Landesregierung unterbreiten, wer als Gesundheitsmanager zu installieren ist. Er soll vor allem die Frage der Organisation der Fachabteilung, die aus meiner Sicht viel mehr als bisher zu einer Serviceabteilung werden muß, behandeln, und er wird auch die gesamte Frage der Koordination des Vorsorgebereiches zu übernehmen haben.

Wir werden – und das sage ich auch dazu – die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Gesundheitschutz mit Frau Präsidentin Kalnoky und den neuen Vorstandsmitgliedern Wieser, Gennaro, Bacher, Schrank und Abgeordnete Hartinger weiter ausweiten, um dort eine zentralere Stelle für den Vorsorgebereich zu bekommen.

Die Drogenprävention wurde angesprochen. Ich sage dazu, ich werde Sie schon in kürzester Zeit auch im Landtag um Ihre Unterstützung ersuchen, daß wir mit den 3 Millionen Schilling für die Drogenprävention